Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 1 1961

Einige Grundelemente unserer sozialistischen Baugesinnung*

Professor Alfred Kurella

Liebe Freunde und Genossen!

Erlauben Sie mir, hier einige Gedanken zu den vorliegenden Problemen zu äußern, allerdings vorwiegend zu Randfragen, die mehr in die Sphäre der allgemeinen Kulturentwicklung unserer Republik fallen. Ich werde dabei aber auch auf allgemeine Fragen eingehen, die dann wiederum im engen Zusammenhang mit den hier aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen stehen.

Wir sind hier auf einer Theoretischen Konferenz. Das heißt, wir bemühen uns, eine Reihe von prinzipiellen Klärungen durchzuführen, die uns für eine längere Periode die Möglichkeit geben, in einzelnen Fällen richtig zu entscheiden, ohne jedesmal in einem Büchlein oder in Thesen nachschauen zu müssen. Zu unserem Kampf gegen Dogmatismus gehört, daß wir die wissenschaftlich begründeten Erkenntnisse unserer Weltanschauung auf das Minimum zurückführen, das für eine längere Periode unveränderlich gilt. Das erlaubt uns dann, in den sich ständig verändernden Umständen frei und großzügig zu entscheiden. Über die konkrete Realisierung der Grundsätze — die wir nun auch gegen jeden Versuch einer Revision verteidigen — können und sollen wir streiten, vor allem mit der Praxis. In diesem Sinne verstehe ich auch die Gedanken des Architekten Wlassow, dessen von Kollegen Henselmann hier zitierter Artikel übrigens doch wohl eben als ein solcher Diskussionsbeitrag zu werten ist. Nun also zu den Fragen, die ich hier behandeln wollte.

Wenn wir unsere Epoche richtig als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus definieren, so müssen wir uns von vornherein darüber klar sein, daß das eine Epoche ständiger kämpferischer Auseinandersetzungen ist. Wir werden es noch lange Zeit mit einer ständigen Diskrepanz zwischen den im Aufbau des Sozialismus entstehenden, ja von uns selbst bewußt neu hervorgerufenen Bedürfnissen und den beschränkten Mitteln zu tun haben, diese gesteigerten Bedürfnisse jeweils zu befriedigen. Das gilt für all unsere Bemühungen auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft, der Kultur und deshalb auch des Bauwesens und der Architektur. Wir können nicht von einer Periode träumen, wo wir endlich mal „in Ruhe bauen" können, ohne Schwierigkeiten zu haben mit der Technik, mit dem Material, mit den umstrittenen Fragen des Was und Wie. Das sollten wir uns, ich möchte sagen, ein für allemal merken und haben es wohl auch getan. Ich wollte aber doch noch einmal daran erinnern, weil in der Diskussion solche Träume vom geruhigen Bauen anklangen. Eine schöpferische Unruhe gehört nun einmal zu der eigentümlichen Epoche, in der wir leben, die ich für meinen Teil aber ebenso charakterisieren möchte, wie es Genosse Chruschtschow in New York getan hat: als schwierige und stürmische, aber herrliche und begeisternde Epoche! Soviel zum Klima, in dem sich unsere Auseinandersetzungen und unsere Baupraxis vollziehen.

Im Referat ist mit Recht der sozialistische Inhalt unserer Wirklichkeit, unserer Bemühungen um den Aufbau der Wirtschaft und des sozialen Lebens unseres Landes als Kriterium für unsere neue Baugesinnung genannt worden. Das ist absolut richtig, und ich denke, wenn wir die Beispiele nehmen, die im Referat und in der

* Diskussionsbeitrag auf dem XXV. Plenum (Theoretische Konferenz) der Deutschen Bauakademie vom 19. bis 21. Oktober 1960

Aussprache vorgebracht wurden oder in dem uns vorgelegten Material und dort im Vorsaal zu sehen sind, und mit ähnlichem Material von vor vier oder fünf Jahren vergleichen, so muß man blind sein, wenn man nicht den Sprung nach vorn, die große Wandlung der Baugesinnung und der Baupraxis sehen will — bei allen Mängeln, von denen hier auch im Referat die Rede war. Und diese sichtliche Bereicherung entspringt sicherlich aus der Orientierung auf die neuen, sozialistischen Inhalte unseres Lebens.

Aber ich möchte doch noch auf ein anderes Moment hinweisen, nämlich auf die nationale Bedeutung unseres Bauens, unserer Bemühungen um eine eigentümliche, originale, aus unseren Lebensbedingungen entspringende Lösung der Probleme der modernen Architektur. Es geht dabei auch um die Frage, wie wir unsere Bemühungen um die richtige architektonische Lösung der von unserem Leben in seiner Perspektive gestellten Aufgaben zu den Bemühungen unserer zeitgenössischen Architekten in Westdeutschland in Beziehung setzen sollen. Wir müssen erkennen, daß bei manchen unserer Architekten noch Reste einer sogenannten „Gesamtdeutschen Auffassung" vorhanden sind, die heute überholt sind. Sie äußern sich unter anderem in Formeln wie: „mit der Entwicklung drüben Schritt halten", „die Kluft nicht zu groß werden lassen". Sie zeigen sich als Versuche, den Begriff „Weltniveau" über das rein Technische hinaus auf das Ästhetische auszudehnen und unsere Architekten unbesehen auf bestimmte Erscheinungen der Architektur im westlichen Teil der Welt zu orientieren. Ich empfehle Ihnen, in diesem Zusammenhang noch einmal die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates unserer Republik, Walter Ulbricht, über die Deutsche Demokratische Republik als einzig rechtmäßigen deutschen Staat durchzulesen und zu durchdenken. Sie werden dort finden, daß nicht juristisch argumentiert wird. Es geht dabei nicht um Fragen des Protokolls, um die Anerkennung unserer Diplomaten, sondern um eine historische Feststellung. Wir leiten unser Recht, als der deutsche Staat betrachtet zu werden, der letzten Endes die Entwicklung Deutschlands in Zukunft bestimmt, daraus ab, daß wir für die Lösung der Daseinsprobleme unseres Landes, unseres Volkes, unserer Nation die einzig mögliche, einzig gangbare, die einzig aus der bisherigen Geschichte logisch sich ergebende Politik eingeschlagen haben. Das gilt für alle Sphären des Lebens. Das heißt, wenn wir (und das muß unser Ziel sein) bestrebt sind, den städtebaulichen und architektonischen Ausdruck oder die Lösung für die in unserem Teil von Deutschland aus unseren realen Lebensbedingungen entstehenden Probleme zu finden, dann zeigen wir damit den Weg der ganzen deutschen Architektur! Wir geben den Ton für die Zukunft an, wir müssen uns von vornherein darüber klar sein und müssen eben das wollen. Mit anderen Worten: Der sozialistische Inhalt unseres Lebens, dem wir baulichen Ausdruck verleihen, ist zugleich der Wegweiser und das Kriterium für unseren Beitrag zur Lösung der Probleme der deutschen Architektur der Zukunft. Dabei muß dann natürlich die Praxis der Architektur Westdeutschlands nach allen Seiten daraufhin untersucht werden (vor allem nach der technischen Seite hin), was wir für die Lösung unserer spezifischen Probleme von dort übernehmen können. Also: Die nationale Verantwortung für die Entwicklung der deutschen Baukunst, die wir tragen, indem wir unsere Probleme hier baulich lösen, muß jedem von uns bewußt sein und gehört zu den Grundelementen unserer sozialistischen Baugesinnung.

Lassen Sie mich jetzt einige Worte zu dem sozialistischen Inhalt unseres Lebens sagen, dem wir baulichen Ausdruck geben sollen. Ich zitiere aus dem kurzen Resumé des Referates auf Seite 6:

„Die künstlerisch-ideologische Aufgabe von Städtebau und Architektur im Sozialismus besteht darin, daß in ihren Werken, ausgehend von der Einheit der Zweckmäßigkeit und der Schönheit in umfassendem Sinne, die Ideen und Vorstellungen der sozialistischen Gesellschaft widergespiegelt werden."

Hier ist die Rede davon, daß „... die Ideen und Vorstellungen der sozialistischen Gesellschaft ... widergespiegelt werden sollen ... in Werken der Architektur." Ich frage Sie: Können Sie mir sagen, was das real bedeuten kann? Ist diese Fragestellung eindeutig? „Widerspiegelung sozialistischer Ideen und Vorstellungen in der Architektur?" Gibt es eine direkte Verbindung zwischen gesellschaftlichen Ideen und Bauwerken? Wie geht das eigentlich vor sich, wenn ich am Zeichentisch sitze und projektiere? Ich denke, jeder wird sofort sagen, daß es hierbei sehr viel Zwischenglieder gibt. Auf sie aber kommt es an! Und eben sie sind uns, glaube ich, zum größten Teil noch nicht klar und wohl auch deshalb im Referat ungenügend herausgearbeitet. Wir kennen eine solche Fragestellung bei der Malerei oder anderen bildenden Künsten in der Theorie und Praxis des Westens.

Man spricht dort vom „Atomzeitalter" oder vom „Zeitalter der zweiten industriellen Revolution" und verlangt eine Kunst, die die Ideen und Ängste der so definierten „Zeitalter" ausdrücken oder ihr entsprechen müsse. Das Resultat ist dann Tachismus oder informelle Kunst bis zur Monochromie. Dort wird also auch der Versuch gemacht, aus dem angeblichen ideellen Inhalt der Epoche unmittelbar eine Kunstform abzuleiten. Bei diesem Versuch wissen wir, daß das Unsinn ist. Aber dann müssen wir uns auch zu unseren eigenen Formulierungen kritischer verhalten und nicht vorschlagen, aus sozialistischen Ideen und Vorstellungen und ihrer Widerspiegelung ohne weiteres Architektur ableiten zu wollen. Sonst laufen wir Gefahr, ins Idealistische abzugleiten. Wir müssen also suchen, wo die Bindeglieder zwischen diesen beiden genannten Komponenten sind.

Es heißt im nächsten Absatz der Thesen:

Städtebau und Architektur im Sozialismus wirken auf die Entfaltung der sozialistischen Lebensweise. Sozialistische Lebensweise tritt hier also als Objekt, als Resultat auf, das durch die auf obengenannten Wege gewonnene neue Architektur bewirkt wird. Auch hier ist, scheint mir, ein wichtiger theoretischer Gedanke nicht ganz richtig gefaßt. Sozialistische Lebensweise erscheint im Prozeß der Entstehung unserer neuen Architektur zunächst als Subjekt. Sie geht doch schon in den Prozeß der Umwandlung sozialistischer Wirklichkeit in Architektur ein! Nicht so sehr die architektonische Widerspiegelung sozialistischer Ideen und Vorstellungen steht an seinem Anfang, sondern die Realität einer tief in aller ihrer Widersprüchlichkeit, mit den heute übersehbaren Entwicklungstendenzen verstandene neue Lebensweise. Das hört sich ziemlich banal an, aber hier beginnen die eigentlichen Überlegungen und die eigentlichen Schwierigkeiten! Kollege Lazarus sprach hier zum Beispiel von den Schwierigkeiten in Hoyerswerda, die sich jetzt dort wiederholen, nachdem sie sich vorher in anderen ähnlichen Situationen gezeigt hatten. Da hat man für eine von vornherein als sozialistische Gemeinschaftssiedlung gedachte neue Ortschaft, so gut man konnte, die zukünftige Lebensweise der zukünftigen Bewohner in Betracht gezogen — und plötzlich sieht alles ganz anders aus! Es wimmelt von Kindern, es sind viel mehr Kinder da, als man berechnen konnte. Es zeigte sich, daß man sich einige Komponenten der neuen sozialistischen Lebensweise nicht „vorstellen" konnte. Wir merken jetzt: wir sind schon im Sozialismus drin, er fängt nicht erst am Tage X an, sondern erweist sich als ein langsam abrollender Prozeß, der bereits begonnen hat. Dabei ist es eben schwer, die nächsten Etappen der sozialistischen Lebensweise richtig zu kalkulieren. Und das wird uns noch öfter passieren und wird unter anderem zu Irrtümern im Bauen führen, zu steinernen Irrtümern, die spätere richtige Erkenntnisse und Bauten überdauern! Glauben Sie, daß wir schon richtige Antworten geben können, daß wir uns schon eine richtige Vorstellung machen können von dem Kulturleben der „gebildeten Nation", auf die wir zusteuern, von seiner Intensität, vom kommenden Bedarf an Theatern, an Kinos, an was weiß ich alles für neuen Kultureinrichtungen, die wir in den nächsten zehn, fünfzehn, dreißig Jahren brauchen?

Aber Sie kennen ja einige dieser Probleme.

Hier fangen die eigentlichen Schwierigkeiten an: Wie sollen die architektonische „Umkleidung", wenn Sie wollen, des neuen Lebens, aber auch dessen Einfluß auf die sozialistische Lebensweise aussehen? Denn es ist ganz klar, es handelt sich hier um einen wechselseitigen Prozeß — nicht um eine passive Registrierung der möglichen Tendenzen der sozialistischen Lebensweise, für die man entsprechende Bauformen und so weiter finden muß, sondern ganz richtig gehört dazu auch die Überlegung, daß das von mir so gelöste Bauproblem Einfluß nehmen wird auf die weitere Ausbildung höherer Erfordernisse der sozialistischen Lebensweise.

Das ist ein dialektischer Prozeß. Kurz und gut, hier wird es interessant, hier wird es schwierig. Und das sind, glaube ich, die eigentlichen Probleme, die auftreten, wenn wir von den sozialistischen Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft sprechen und die praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen versuchen, die sich aus ihnen für die Architektur ergeben. Hier müßte die Bauakademie wahrscheinlich in stärkerem Maße als bisher zusammen mit den anderen Kulturinstitutionen, auch mit den Stellen der Plan-

kommission, die sich mit diesen Prozessen befassen, wie unser Leben in zehn, zwanzig, fünfzig Jahren annähernd aussehen wird, zusammenarbeiten. Denn wir brauchen eine Reihe von neuen und zusätzlichen Gesichtspunkten für die Lösung der sich hieraus ergebenden Architekturprobleme.

Ganz nebenbei möchte ich ein praktisches Teilproblem dieser Untersuchung erwähnen. Wir haben vorhin den Wohnungstyp Qx gesehen. Ich finde, das sind sehr interessante Versuche, mit einheitlichen großen Bauelementen und einfachen gleichbleibenden Formen sehr verschiedene Varianten im Wohnungsbau zu erzielen. Aber alles, was wir hier gesehen haben, beschränkt sich auf Varianten der Wohnräume und ihrer Relationen mit Hilfe dieser einheitlichen Elemente, wobei ich, das muß ich sagen, beeindruckt war von der Vielseitigkeit der hier erarbeiteten Variationsmöglichkeiten. Hier sind Lösungen angedeutet, die bestimmten Bedürfnissen unseres Lebens für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre entsprechen. Aber ich meine und ich habe, glaube ich, im vorigen Jahr auf der Beratung schon kurz davon gesprochen, daß gerade hier auch noch eine andere Aufgabe liegt. Diese Variabilität ist weiter zu untersuchen in der Richtung der Möglichkeit ihrer Verwendung für eine höhere Variabilität der äußeren Form der Bauten, also da, wo es um das Architektonische geht, um das Bild, was man von der Straße aus sieht. Wir wissen doch, daß die Notwendigkeit, ein und dieselben Bauteile im Großplattenbau wiederholt zu verwenden, die Gefahr der Monotonie im Straßen- und Städtebild mit sich bringt.

Ich meine nun, daß beim Planen und Entwerfen einheitlicher Bauteile der Gesichtspunkt der Variabilität bei der Komposition der Außenwände und der Gedanke einer variierenden Verwendung an der Außenfront der Bauten mit berücksichtigt werden müssen, und zwar mehr als bisher. Mit großem Interesse habe ich eine im Vorbeigehen gemachte Bemerkung Professor Paulicks zur Kenntnis genommen, nämlich die von den aufgehängten Wänden. Ich möchte hier an den, wohl aus den zwanziger Jahren stammenden bautechnischen Gedanken erinnern, wir müßten in der Architektur vom Insekt zum Wirbeltier übergehen. Damit war gemeint, daß bei einem Gebäude die Außenwand nicht mehr zugleich Träger und Schutz gegen die Unbilden von Witterung sein soll, sondern daß die Trägerfunktion durch ein Skelett übernommen und der Nutzraum dann nach außen durch einen Panzer, eine Haut, geschützt wird. Dieser interessante Gedanke, für den die Geschichte der Baukunst einige Argumente liefert, ist leider drüben im Westen sehr mechanisch angewandt worden und hat nicht das hergegeben, was er könnte. Aber die Praxis ,,aufgehängter'' (nicht ,,stehender'', tragender) Außenwände könnte uns in Verbindung mit dem Prinzip der Variabilität die Probleme lösen helfen, die uns die Verwendung großer vorgefertigter Bauelemente in ästhetischer Hinsicht stellt.

Aber das nur nebenbei.

Wenn in dem anfangs zitierten Passus der Thesen der Sozialismus zu abstrakt gefaßt ist, als eine Summe von Ideen und Vorstellungen, aus denen man Architektur ableiten könnte, so ist auch ein anderer Begriff hier in der ganzen Darstellung des Referats zu abstrakt gefaßt, nämlich der sozialistische Mensch. Auch er erscheint hier nur als Objekt unserer Überlegungen. Es heißt, wir sollen bei der Suche nach Lösungen von Bauproblemen, vor allem beim Wohnungsbau, ausgehen von ,,dem sozialistischen Menschen'' und seinen Bedürfnissen. Ich frage Sie: Kennen Sie den sozialistischen Menschen? Ich kenne viele einzelne Menschen, die ich so nennen könnte, aber ich kenne den sozialistischen Menschen noch nicht, und es wird noch sehr lange dauern, bis wir ihn kennenlernen. In der Art jedenfalls, wie hier der Begriff auftaucht, verführt er zu Spekulationen. Ich soll durch Beobachtungen, Untersuchungen, Überlegungen feststellen: was ist er, was will er, was kann er, dieser sozialistische Mensch, wie entwickelt er sich, und ich soll daraus dann durch Gedankenschlüsse meine Baulösungen ableiten.

Wie wäre es, wenn wir etwas machten, was wir in den anderen Künsten mit großem Erfolg praktiziert haben und was zu erstaunlichen Neuentwicklungen geführt hat. Wie wäre es, wenn wir diesen sozialistischen Menschen aus einem Objekt unserer Überlegungen auf die Höhe des Subjekts der zu lösenden Aufgaben brächten? Ganz einfach gesprochen: Wir sind heute soweit, daß wir für eine ganze Anzahl von Malern neue Lebensbedingungen geschaffen haben. Sie sind nicht mehr in ihren Ateliers für sich allein, um sich dort etwas einfallen zu lassen und für sich Bilder zu malen, die sie dann — vielleicht! — auf eine Ausstellung bringen. Vielmehr leben sie so, daß sich in den Prozeß ihrer Arbeit, ja, ich würde sagen, vor Beginn des Prozesses, wo die Einfälle kommen, bereits hunderte und mehr als hunderte Arbeiter, Bauern, Menschen unserer Zeit als Subjekte einschalten, mit denen sie zusammen leben, die ihnen über die Schulter gucken, die ihnen reinreden, denen sie reinreden. Ich weiß nicht, ob in der Architektur auch nur in einem Falle schon ernsthaft versucht worden ist, die Menschen, die doch in unseren Wohnungen leben sollen, nicht nur gelegentlich zu Konsultationen und Besuchen einzuladen, sondern auf längere Dauer aktiv in den Prozeß des Projektierens und Bauens einzubeziehen, nicht als Richter, sondern, wenn Sie wollen, als Ratgeber, als Diskussionspartner bei der Suche nach Lösungen für unsere architektonischen Probleme. Ich möchte Ihnen das zur Überlegung stellen, nachdem wir auf anderen Gebieten der Kultur damit außerordentliche Erfolge erzielt haben. Selbstverständlich ist es leichter, sich ein Gedicht anzuhören oder eine Erzählung, einen Roman zu lesen oder mit dem Autor zu reden, noch bevor sein Werk entsteht, oder wenn es eben erst entsteht. Es ist einfacher, ein entstehendes Bild nach seinen Skizzen zu beurteilen und über sein Werden in eine fruchtbare Diskussion zu kommen. Es ist schwerer, sich in der beinahe mathematischen Sprache des architektonischen Zeichnens auszukennen. Groß ist andererseits die Gefahr, daß die vom Architekten so schön hingezeichneten, mit Bäumchen und Wölkchen schön verzierten Ansichtsskizzen naiven Gemütern außerordentlich imponieren; wenn man nicht aus der Küche ist und nicht weiß, was für schreckliche Dinge sich manchmal hinter den Sachen verbergen, die auf dem Papier wunderschön aussehen, kann man schön hereinfallen. Es ist also bei der Architektur eine nicht einfache Aufgabe, die gescheiten, werktätigen Menschen, die wir heute in unseren Brigaden haben, den Teil unserer Werktätigen, die zum sozialistischen Bewußtsein schon aufgewacht sind, zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen als Mitdenker und Mitgestalter bei diesem Prozeß der Entwicklung eines neuen Bauens aus einer neuen sozialistischen Baugesinnung heraus. Es ist gewiß schwer. Aber vielleicht sollte doch das eine oder andere Kollektiv, die eine oder andere Architektengruppe, die vielleicht besonders günstige Bedingungen in dieser Hinsicht haben, einmal den Versuch machen, unsere neuen Menschen zum ,,Mitsubjekt'' der Lösung unserer architektonischen Fragen zu machen und ihnen nicht nur die Rolle des Objekts unserer Überlegungen lassen, wie es bisher der Fall ist.

Und nun ein letzter Punkt — die Frage der Beziehung zwischen Architektur und bildender Kunst, die mir besonders am Herzen liegt. Die Praxis sieht augenblicklich, nun sagen wir einmal, etwas traurig aus. Schuld daran ist zunächst einmal die Grundhaltung vieler Architekten zu dieser Frage. Sie sieht etwa so aus: ,,Von Architektur verstehe ich etwas, ich baue das Haus fertig, in mein Haus braucht man nicht noch etwas hineinzuhängen, ich mache die Wand fertig, das ist alles in Ordnung, die Proportionen, die Überschneidungen, die Winkel im Treppenhaus und so weiter, da gehören keine Bilder hin, ich verbitte mir das.'' Wenn der Architekt schon etwas aufgeschlossener ist, heißt es: ,,Bitte, bitte, aber natürlich nur etwas, was meinem Baustil entspricht.'' Ich nenne das die Diktatur der Architekten. Manchmal sind es auch nicht die Architekten, sondern die Bauherren oder die künftigen oder schon eingezogenen Herren des Objektes. Wir hatten da jüngst einen solchen Fall in einem Institut in Leipzig, wo die Direktion und die maßgebenden Professoren es sich verbaten, daß an ihre Wände etwas gemalt wird. Wenn es aber sein muß, dann nur bestimmte Hertzsche Wellenformeln, als Ornament verwendet, an bestimmte Wände und an bestimmte andere Wände Medaillons mit den mehr oder weniger stilisierten Köpfen der großen Physiologen. Es ist schon ein Glücksfall, wenn es mal einen Architekten gibt, der wirklich bereit ist, mit bildenden Künstlern überhaupt ernsthaft zu reden. Ich meine mit Malern, nicht mit Anstreichern, auch nicht mit Ornamentenmalern oder sogenannten Spezialisten der Wandmalerei. Es gibt bei uns noch (oder wieder) solche ,,Fachleute'', die nichts mitbekommen haben von der Weltentwicklung der Wandmalerei, sondern die in irgendeiner Etappe steckengeblieben sind, entweder bei den alten Ägyptern oder bei den Mosaiks von Ravenna, vor denen wir alle den Hut abziehen, die aber doch nur eine Etappe darstellen. Wir haben aber solche Dogmatiker der Wandmalerei. Sie sind eine weitere Ursache für unser Zurückbleiben auf diesem Gebiet. Ich war vor kurzem in Rom und im Vatikan und habe mir die Wandbilder von Raffael in den ,,Stanzen'' angesehen. Seien Sie mir nicht böse, aber

ich muß schon sagen: Geb uns Gott Räume, wo wir zwei, drei solcher herrlicher Bilder hineinmalen könnten, und geb uns Gott die Maler, die solche Bilder malen könnten.

Wenn dann aber Architekten schon einmal bereit sind, in ihren Gebäuden Wände künstlerisch gestalten zu lassen, dann sind sie nicht bereit, die bei uns bestehenden politischen und gesetzlichen Festlegungen einzuhalten, in denen nicht nur davon die Rede ist, daß bestimmte Prozentsätze der Bausumme für künstlerisches Ausgestalten verwendet werden können, sondern auch einiges mehr. Ich will nur zwei Dinge nennen:

1. Daß der Inhalt, die letzte Entscheidung über die Bilder, die dorthin kommen, von den zuständigen staatlichen Organen getroffen wird, nicht von den Bauherren allein, nicht von den Objektträgern, sondern von den Auftragskommissionen. (Ich möchte nebenbei sagen, daß wir Schritte unternommen haben, um die Zusammensetzung der Auftragskommissionen so zu ändern, daß sie wirklich gültige Entscheidungen treffen können);

2. daß zum Prozeß der Bewertung der Entwürfe in der letzten Entscheidung in einem sehr frühen Stadium größere Teile, die aktivsten Teile der künftigen Benutzer, Besucher, Bewohner des jeweiligen Instituts, Raumes, Hauses zur Beratung mit hinzugezogen werden. Denn schließlich, wenn ich in eine Wohnung ziehe, will ich doch mit beschlossen haben, was bei mir an der Wand hängt.

Diese beiden bestehenden Festlegungen wurden bisher nicht eingehalten. Deshalb bin ich sehr erfreut, daß hier von einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Architektur und bildender Kunst die Rede ist. Ich habe auf dem Projekt vom Kollegen Henselmann an der Außenwand seines Lehrervereinshauses Andeutungen eines Wandbildes gesehen. Das ist sehr erfreulich. Allerdings habe ich auch andere solche schon vorliegende Exposés gesehen für Berliner Bauten, bei denen ich geneigt bin, den Kopf etwas zu schütteln, weil sich hier die Anzeichen der vorhin geschilderten Unarten zeigen. Im Ganzen aber bin ich sehr erfreut, daß dieses Problem endlich einmal hier in dieser Form gestellt worden ist. Ich bitte Sie daher aber, auch hier den sozialistischen Menschen zum Subjekt zu machen, ihn einzubeziehen in die schöpferische Arbeit, und ich bitte Sie auch, die bestehenden staatlichen Regelungen einzuhalten. Dann werden wir, glaube ich, auch auf diesem Gebiet zu praktischen Lösungen kommen, die wir bisher in zahllosen Versammlungen nicht haben erzielen können.

Ich denke, daß diese Konferenz eine Menge sehr fruchtbarer Anregungen gibt. Nach ihr werden wir wahrscheinlich bei der Lösung einer ganzen Reihe von Problemen, mit denen es unsere Architekten zu tun haben, schneller vorwärtskommen.

Das Neue in unserer Architektur*

Dipl.-Ing. Benny Heumann

Der Aufbau der Städte und Dörfer ist in der Deutschen Demokratischen Republik zur Sache des ganzen Volkes geworden. Das ist nicht eine bloße Feststellung oder Forderung, sondern eine objektiv bedingte Tatsache. Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten des Sozialismus wurde die Frage Städtebau und Architektur eine Frage des ganzen Volkes. Es ist verständlich, daß diese Tatsache nicht gleich in das Bewußtsein der Menschen eindringen konnte, aber wir wissen, daß die Volksmassen die Bedeutung des Aufbaus schneller erfaßt haben, als es sich manche Fachleute vorgestellt haben, denn was bedeuten letzten Endes das Nationale Aufbauwerk oder zum Beispiel der Aufbau der Stalinallee. Das beweist doch, daß breite Kreise der Werktätigen schon zu Beginn verstanden haben, daß der Aufbau der Städte und damit die Probleme des Städtebaus und der Architektur nicht nur Fragen sind, die einen kleinen Kreis von Fachleuten angehen, sondern auch ihre ureigensten Interessen berühren. Dieser Prozeß geht weiter, und wir sind Zeugen, daß diese Probleme immer mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rücken, denn unsere Werktätigen in der Republik wollen als neue Bauherren wissen: „Wie sollen unsere Wohnkomplexe und unsere Städte und Dörfer aussehen, in denen wir morgen leben werden?“ Deshalb hat die Theoretische Konferenz der Deutschen Bauakademie, die sich mit Problemen des Wohnungsbaus und des Aufbaus der Stadtzentren beschäftigt, eine Bedeutung, die weit über den Rahmen eines fachlichen Meinungsaustausches hinausgeht. Die Konferenz hat die verantwortungsvolle Aufgabe, eine Antwort auf die Grundfragen der sozialistischen Entwicklung der Architektur und des Städtebaus in der Periode des Siebenjahrplanes zu geben.

Diese neue Periode des Sieges des Sozialismus, eingeleitet durch die Beschlüsse des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, fordert von uns allen ein unablässiges Suchen nach dem Neuen, angestrengte Arbeit, Mut und Entschlossenheit. Es ist ein Gesetz der Entwicklung, daß das Neue nicht fertig vom Himmel herunterfällt, daß es ein Resultat der Entwicklung ist. Deswegen sind eine Einschätzung und eine kritische Betrachtung des bis jetzt Geleisteten entscheidend auch für das Kriterium des Neuen. Es ist notwendig, dazu einiges zu klären, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, daß wir die vergangene Periode als eine Periode der Fehler und Irrungen betrachten.

Die vergangene Periode war ein Stück des Weges zur Zukunft, zum Neuen, und was dort geleistet wurde, ist das Fundament des Neuen. Also war der Weg im Prinzip der richtige. Daß dabei aus geringen Erfahrungen, aus dem Stand der damaligen handwerklichen Bautechnik und der nicht schöpferischen Anwendung der marxistischen Lehre Fehler und Mängel entstehen können, ist eine Frage, die wir diskutiert und hier behandelt haben.

Wir müssen verstehen, daß der Aufbau der Stalinallee und der Aufbau in anderen Stadtzentren ein Stück des Neuen waren. Hier haben wir ein neues Kapitel der Architektur und des Städtebaus unter sozialistischen Verhältnissen begonnen. Und wie es der Fall ist, wenn man etwas ganz Neues beginnt, sind Fehler nicht immer zu vermeiden. Wir können natürlich nicht die Meinung einiger akzeptieren, die bis jetzt immer noch der Ansicht sind, man hätte anders gehen sollen, man hätte anknüpfen sollen an das, was früher gewesen ist oder im Westen ist.

Nein, das wäre ein grundfalscher Weg gewesen!

Unsere Fehler schätzen wir kritisch ein und finden die Kräfte und Fähigkeit, geleitet von unserer Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, den richtigen Weg zu finden und das Neue so anzupacken wie es unserer gesellschaftlichen Entwicklung entspricht. Das ist wichtig, weil gerade um diese Punkte noch Auseinandersetzungen bestehen. Es ist doch eine Tatsache, daß zum Beispiel bei der Besichtigung der Stalinallee durch Delegationen diese doch nicht als Galerie von Irrungen und falschen Anschauungen betrachtet wird, sondern trotz aller Fehler und Mängel als etwas Neues, Einmaliges, was in der Geschichte des Bauens in Deutschland bisher noch nicht vorhanden war.

Diese Periode des Beginns eines bewußten Suchens nach einem Weg in der Architektur, die der sozialistischen Gesellschaft entspricht, muß deshalb nach wie vor als eine progressive Periode bezeichnet werden.

Das Problem des Verhältnisses unserer neuen Planung zu den vorhandenen historischen Bauten und der historisch entstandenen Stadtsilhouette bedarf auch einer Klärung. Verschiedentlich wird, insbesondere von einigen Kunsthistorikern, die Meinung vertreten, daß sich die neuen Bauten der alten Zentren grundsätzlich der historisch gewachsenen Struktur und den historischen Bauten unterordnen müssen. Bekanntlich haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik der Erhaltung wertvoller Bauten in der Vergangenheit größte Aufmerksamkeit gewidmet. An dieser Einstellung zu unserem Kulturerbe hat sich nichts geändert. Das muß noch einmal betont werden, denn auf diesem Gebiet gibt es Unklarheiten und auch Versuche von gegnerischer Seite, uns eine Politik zu unterstellen, die angeblich gegen das Alte in der Baukunst gerichtet wäre.

Wir können behaupten, daß es noch keine Regierung in Deutschland gegeben hat, die soviel für die Erhaltung von Kunst-

* Diskussionsbeitrag auf dem XXV. Plenum (Theoretische Konferenz) der Deutschen Bauakademie vom 19. bis 21. Oktober 1960

denkmälern in einer solchen kurzen Zeit und vor allem unter so schwierigen Bedingungen getan hat wie die Deutsche Demokratische Republik.

Es ist doch interessant zu beobachten, daß ausgerechnet solche Kreise aus dem Westen als Vertreter des Erhaltens einiger Baudenkmäler auftreten, die letzten Endes die Befürworter einer Politik sind, die zur Vernichtung dieser Denkmäler geführt hat. Und wenn westdeutsche oder Westberliner Zeitschriften, Architekturjournale und so weiter versuchen, in diesen Dingen eine Polemik zu führen, dann müssen sie sich überlegen, wie ihre eigene Politik ist. Sie propagieren und unterstützen direkt und indirekt eine Politik, die zu einem dritten Weltkrieg führt. Also schaffen sie damit Voraussetzungen, daß es in Deutschland überhaupt keine Kulturdenkmäler mehr geben würde.

All das, was für die Geschichte, Wissenschaft und Kunst wertvoll ist, werden wir erhalten und produktiv zu verwenden versuchen. Wenn diese Gesichtspunkte jedoch nicht vorhanden sind, und das Alte dem Neuen im Wege steht, dann werden wir dem Neuen den Weg bahnen, denn das Neue ist das Entscheidende, allerdings werden wir das schöpferisch tun.

Auf der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau im Juni 1960 sprach man davon, daß das Alte, was wertvoll ist, sich harmonisch mit dem Neuen verbinden muß, und ich glaube, in unserer Praxis sind wir bestrebt, dieses Prinzip durchzuführen. Ein Beispiel für eine Erhaltung des kulturell wertvollen Bestandes und eine harmonische Verbindung der alten und neuen Gebäude ist zum Beispiel die Forderung, das „Lindenstatut" beim Aufbau der Straße Unter den Linden in Berlin unter allen Umständen einzuhalten, um den historischen Maßstab dieser bekannten Straße nicht zu zerstören.

Es gibt noch viele Beispiele, die beweisen, daß wir bemüht sind, nach Möglichkeit das zu erhalten, was für unsere nationale Kultur wertvoll ist. Aber es ist noch einmal notwendig, das Positive zu unterstreichen, das wir schon bis jetzt geleistet haben.

Auch in den anderen sozialistischen Ländern wird mitunter unter schwierigsten Bedingungen auf diesen Gebieten Großes geleistet und ist beispielgebend und eine Bestätigung dafür, daß die wahre humanistische Kultur nur unter sozialistischen Bedingungen gewahrt wird und sich weiter entwickeln kann.

Für uns ist natürlich das Problem des Neuen ausschlaggebend. Darauf konzentrieren wir unsere gesamten Kräfte. Deshalb ist es für uns entscheidend, in dieser Konferenz den Blick nach vorn zu richten. So oft es auch schon gesagt wurde, es ist doch wichtig zu wiederholen, worin das Neue besteht. Das Neue im Städtebau und der Architektur ist vor allem die neue gesellschaftliche Aufgabenstellung in der Periode des Sieges des Sozialismus.

Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist objektiv zum Inhalt auch unserer Architektur und unseres Städtebaus geworden. Das sozialistische Bewußtsein, der Wille, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, sind dabei eine aktive, lebensverändernde Kraft. Die Aufgabe der Architekten und Städtebauer besteht darin, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen und die besten Bedingungen für die Arbeit und das Leben aller Mitglieder unserer Gesellschaft zu schaffen.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik ermöglichen eine bewußte und planmäßige Lenkung der gesamten Volkswirtschaft und damit die komplexe Planung unserer Städte und Dörfer. Wir können also großzügige Maßnahmen in Angriff nehmen, weil bei uns die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft und nicht wie in Westdeutschland die Profitinteressen der Grund- und Hauseigentümer im Vordergrund stehen.

Das Neue besteht außerdem darin, daß wir durch den konsequenten Kampf um die Industrialisierung und Typenprojektierung, mit der breiten Einführung der Montagebauweisen und der Serienfertigung eine neue technisch-konstruktive Grundlage für den schnelleren Aufbau und für eine höhere Qualität in der Architektur geschaffen haben. Das vollzog sich zu langsam. In dieser Beziehung ist die Kritik besonders berechtigt gewesen. Es ist bekannt, daß wir auf diesem Gebiet einen ernsten Tempoverlust hatten und es nicht verstanden haben, entsprechend den Forderungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die konsequente Durchführung der Industrialisierung des Bauens rechtzeitig aufzugreifen. Wäre diese Aufgabe in ihrer großen politischen Bedeutung früher erkannt worden, wären viele Probleme, Mängel und Irrungen nicht entstanden, denn die reale materielle industrielle Bauproduktion hätte gezwungen, manches anders zu lösen.

Auf dem Gebiete des Städtebaus sind wir mit der Ausarbeitung der Grundsätze für die Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe und für die Gestaltung der Zentren der sozialistischen Städte auf Grund unserer vorangegangenen Erfahrungen einen wesentlichen Schritt vorangekommen.

Es ist aber äußerst wichtig, das Verhältnis und vor allem den Unterschied zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen und der entsprechenden Entwicklung des Städtebaus und der Architektur zu erkennen, weil wir diese Probleme unter besonderen und komplizierten Bedingungen lösen müssen.

Jeder verantwortungsbewußte Städtebauer oder Architekt muß sich doch immer wieder die Frage stellen: Für wen baue ich? Denn nur wenn sich ideologische Klarheit und technische Kühnheit mit großer Gestaltungskraft verbinden, wird er seiner verantwortungsvollen Aufgabe gerecht werden. Bei Diskussionen über dieses Problem taucht doch immer wieder die Frage auf, ob es überhaupt richtig sei, von sozialistischer Architektur zu sprechen, oder ob es nicht besser wäre, eine moderne Architektur beziehungsweise eine Architektur des 20. Jahrhunderts zu fordern. Diese Auffassung wird damit begründet, daß doch in vielen Einzelheiten eine gewisse Annäherung der Architektur der sozialistischen und der kapitalistischen Länder erkennbar sei, die auf Gemeinsamkeit der Konstruktion, des Materials und bestimmter Funktionen beruhen. Die Beantwortung dieser Frage, die auch eng mit der Frage zusammenhängt, was wir vom Kapitalismus übernehmen können, ist von grundlegender Bedeutung, weil sich daraus konkrete Schlußfolgerungen ableiten lassen. Wenn wir Verirrungen und Mängel in dieser Richtung hatten, so erklärt sich das zum Teil auch daraus, daß die Deutsche Bauakademie, der Bund Deutscher Architekten und die Zeitschrift „Deutsche Architektur" nicht in schöpferischen Auseinandersetzungen um Klärung dieser Probleme gerungen haben.

Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, eine sozialistische Architektur zu fordern, weil sie sich gesetzmäßig aus dem prinzipiellen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus ergibt. Die Auffassung, daß sich die kapitalistische und sozialistische Architektur annähern können, ist sehr oberflächlich und falsch. Sie stützt sich nur auf eine gewisse Übereinstimmung von Formen bestimmter Bauwerke und läßt die wesentlichen Unterschiede außer acht. Zur richtigen Einschätzung ist es notwendig, die sozialistische Architektur allseitig als dialektische Einheit von ihrer sozialen sowie funktionellen, konstruktiven, ökonomischen und baukünstlerischen Seite her zu betrachten und dabei die Entwicklungstendenzen und nicht einzelne Erscheinungen gegenüberzustellen.

Worin bestehen diese wesentlichen Unterschiede und gegensätzlichen Entwicklungstendenzen zwischen sozialistischer und kapitalistischer Architektur? Ich erlaube mir, sie nochmals in konzentrierter Form zu wiederholen, weil sie von wesentlicher Bedeutung sind.

1. Die sozialistische Architektur hat nur ein Ziel: Die möglichst vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft. Der soziale Inhalt der kapitalistischen Architektur wird dagegen durch die privaten Interessen der kapitalistischen Bauherren, das heißt in erster Linie von den Klasseninteressen des Monopolkapitals bestimmt.

Darin besteht der grundlegende Unterschied, und aus ihm ergeben sich alle weiteren Umstände und Unterschiede.

2. Aus dem unterschiedlichen Inhalt ergeben sich in der Tendenz sogar unterschiedliche Funktionen.

Zum Beispiel geht der kapitalistische Wohnungsbau in der Gesamttendenz von der privaten Hauswirtschaft, von der Tätigkeit der Frau in der Wohnung aus und versucht, alle Fragen der Erleichterung der Hausarbeit individuell zu lösen. Die Wohnung soll individuell alle Funktionen des Kochens, Essens, Lernens, Erholens, des Spiels der Kinder und so weiter erfüllen. Der sozialistische Wohnungsbau hat zwar nichts gegen Küchengeräte. Wir werden sie anwenden, so lange es notwendig ist. Der sozialistische Wohnungsbau geht aber prinzipiell von der Befreiung der Frau von der individuellen Hauswirtschaft, von der Schaffung gesellschaftlich genutzter Einrichtungen und von der Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft aus.

Deshalb wird die Qualität des Wohnens bei uns vor allem durch eine umfassende Entwicklung gesellschaftlicher Bauten erhöht. Die Wohnungsgröße kann im wesentlichen beibehalten werden, weil sich eine Reihe von Funktionen der Wohnung mehr und mehr in die gesellschaftlichen Einrichtungen verlagert.

Ein charakteristisches Beispiel für die Wandlung der Funktionen unter den Bedingungen der sozialistischen Entwicklung ist der Schulbau. Aus dem Übergang zur zehnklassigen polytechnischen Oberschule ergeben sich völlig neue Funktionen gegenüber der kapitalistischen Schule, die beim Übergang zur Ganztagsschule noch stärker in Erscheinung treten werden.

Beim tieferen Eindringen in die Probleme der sozialistischen Entwicklung wird sich zeigen, daß sich bei der Mehrzahl der Bauwerksarten (ausgenommen natürlich rein technologisch bedingte Bauten) neue Funktionen bereits jetzt abzeichnen beziehungsweise mit der weiteren Entwicklung abzeichnen werden.

3. Die Tendenzen in der konstruktiven Entwicklung sind unterschiedlich.

Unter unseren Bedingungen geht die Tendenz eindeutig zur Montage typisierter Gebäude oder Sektionen aus standardisierten und industriell vorgefertigten Bauelementen, weil das industrielle Bauen zu einer schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Baukosten und zur Erleichterung der Tätigkeit der Bauarbeiter führt, vor allem aber, weil es nur auf diesem Wege möglich ist, die vielseitigen Bedürfnisse an Bauten für die sozialistische Gesellschaft möglichst vollkommen zu befriedigen.

Die Tendenz der kapitalistischen Architektur dagegen geht nach wie vor zu monolytischen, individuellen und eigenwilligen Konstruktionen, die der industriellen Fertigung entgegenstehen. Ausnahmen sind einzelne Fälle industrieller Fertigung und bestätigen nur die Gesamttendenz.

4. Aus der prinzipiell unterschiedlichen Tendenz in der sozialen Aufgabenstellung, Funktion und Konstruktion bilden sich mehr und mehr auch unterschiedliche Gestaltungsprinzipien heraus.

Der sozialistischen Architektur entspricht — und das unterstreichen wir ganz bewußt — das Prinzip der Ordnung, die Hervorhebung der gesellschaftlich bedeutenden Bauwerke oder Bauteile, die harmonische Einordnung aller Bauwerke oder Bauteile in die gesamte Bebauung und in die natürlichen Bedingungen der Landschaft sowie eine klare und einfache Formensprache, die Großzügigkeit in der Gesamtanlage und die differenzierte Herausbildung der Details und nicht zuletzt die enge Verbindung mit den bildenden Künsten.

Dabei werden wir klare Formen bevorzugen, weil sie den normalen Raumbedürfnissen und den Forderungen des industriellen Bauens am besten entsprechen. Es gibt für die sozialistische Architektur kein Schema und kein fertiges Rezept. Zum Beispiel können sowohl symmetrische Formen als auch asymmetrische Formen unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein. Es muß aber als Prinzip gelten, daß jede Form in Übereinstimmung mit den materiellen und den ideellen Funktionen, mit der Konstruktion und der gegebenen Bebauung stehen muß.

Die kapitalistische Architektur hat heute in ihrer Gesamtheit eine völlig entgegengesetzte Tendenz in der Gestaltung. In ihr werden Individualismus und Willkür immer weiter gesteigert, modische Formen werden bis zum Schematismus getrieben. Jeder Architekt ist bestrebt, im Interesse seines Auftraggebers sein Projekt durch einen ausgeprägten Individualismus, durch etwas, was noch nie da war, durch völlig willkürliche Effekte gegenüber allen anderen Bauten hervorzuheben. Dadurch wird jede Harmonie in der Gestaltung zerstört.

Wenn man nun von diesen entgegengesetzten Entwicklungstendenzen und nicht von einzelnen Details ausgeht, wird man erkennen, daß es keine Annäherung geben kann. Mit der stürmischen Entwicklung der sozialistischen und der kommunistischen Gesellschaft werden sich immer größere Unterschiede und eine Überlegenheit der sozialistischen Architektur herausbilden.

Hier einfach von einer modernen Architektur oder von einer Architektur des 20. Jahrhunderts zu sprechen, hieße, diese Tendenzen zu vertuschen und unsere Architekten von der schwierigen Aufgabe, neue Wege zu suchen, abzulenken. Das Charakteristische unseres Jahrhunderts ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Daraus ergeben sich für den Architekten zwei Wege: entweder den modischen Torheiten der kapitalistischen Architektur nachzulaufen oder kühn neue Wege der sozialistischen Architektur zu beschreiten. Aber nur die sozialistische Architektur, die Architektur der fortschrittlichen Gesellschaftsordnung, kann wirklich modern sein und der Grundtendenz unseres Jahrhunderts entsprechen. Daraus ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, von wo wir heute in erster Linie lernen können.

Schon heute gibt es keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion das führende Land auf dem Gebiet des Bauwesens ist. In wenigen Jahren konnte die Sowjetunion die führenden kapitalistischen Länder im Wohnungsbau überflügeln und stand mit 14,5 gebauten Wohnungen auf je 1000 Einwohner schon 1959 weitaus an der Spitze der Welt. Diese stürmische Entwicklung basiert vor allem auf den gesellschaftlichen Verhältnissen, auf den grundlegenden Beschlüssen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Allunions-Baukonferenz, die im Jahre 1954 in Moskau stattfand.

Die damals eingeschlagene Richtung in der Industrialisierung und in der Entwicklung der Architektur und des Städtebaus wurde auf der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau 1960 bestätigt und weiterentwickelt. In der richtigen und schöpferischen Aneignung der sowjetischen Erfahrungen liegt ein Kriterium auch des richtigen Erfassens unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Von diesem Gesichtspunkt haben wir die Deutsche Bauakademie und die Zeitschrift „Deutsche Architektur" ernsthaft kritisiert, da sie die sowjetischen Erfahrungen nicht in genügendem Maße oder nur sehr zögernd und sehr einseitig ausgewertet haben. Aber wir verwahren uns auch gegen gewisse Versuche einiger, jetzt aus der Entwicklung in der Sowjetunion das herauszugreifen, was ihnen genehm erscheint und worin sie versuchen, die Behauptung aufzustellen, die sozialistische Architektur in der Sowjetunion gehe den Weg der Architektur, der im Kapitalismus vor sich gegangen ist. Das ist eine grundlegende Entstellung, die noch einmal auf der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau klargestellt wurde. Die Entwicklung der sozialistischen Architektur kann nicht in Anlehnung an die Erfahrungen des Westens erfolgen, sondern vor allem durch die schöpferische Verarbeitung der Erfahrungen der Sowjetunion und aus der großen Zielstellung des Aufbaus des Kommunismus. Deshalb ist es heute mehr denn je notwendig, die großen Fortschritte im sowjetischen Bauwesen mit größter Sorgfalt und umfassend zu studieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse unserer Praxis nutzbar zu machen und sie nicht vorbehaltlos und mechanisch auf unsere Praxis zu übertragen. Viele Artikel, die in der sowjetischen Fachpresse erscheinen, sind Diskussionsartikel, und argumentieren soll man mit ihnen als Meinungen in Diskussionen und nicht als Postulate und Deklarationen, denn auch hier gibt es gewisse Versuche, Äußerungen sowjetischer Architekten und Städtebauer, die ihre persönliche, teilweise subjektive Meinung darstellen, zur offiziellen Meinung in der Sowjetunion und in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Fragen der Architektur und des Städtebaus zu erklären.

In der Sowjetunion wird ein breiter Meinungsstreit um richtige Erkenntnisse geführt, und dabei gibt es natürlich auch irrige Meinungen, die in diesen Auseinandersetzungen geklärt werden müssen. Das erfordert ideologische Klarheit und Fingerspitzengefühl, um solche Gesichtspunkte in unserer Diskussion anzuführen, die wirklich unseren Verhältnissen und dem Fortschritt entsprechen.

Das schließt nicht aus, daß wir alles, was es im Kapitalismus in der Technik, an modernen Baukonstruktionen, Baumaterialien und gewissen formal-ästhetischen Erkenntnissen gibt, studieren und anwenden, um das Weltniveau im Bauen zu erreichen. Unter Weltniveau verstehen wir vor allem den Höchststand in der ganzen Bautechnik, in der Ausrüstung, im Tempo, in der Qualität. Der Begriff „Weltniveau" kann nur bedingt und differenziert auf das Gebiet der Architektur und des Städtebaus übertragen werden. Das Weltniveau auf diesem Gebiet bestimmen, das heißt führend sein in der Mitgestaltung und Formung der neuen sozialistischen Welt, kann nur eine sozialistische Architektur, die sich auf der Basis der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der modernen Technik entwickelt.

Was die Architektur und den Städtebau in den kapitalistischen Ländern betrifft, so können wir davon im wesentlichen nur lernen, ihre Fehler nicht zu wiederholen. Wir werden es erleben, daß mehr und mehr Architekten und Städtebauer aus den kapitalistischen Ländern, wenn sie ehrlich am Fortschritt interessiert sein werden, versuchen werden, das zu studieren, was sich in den sozialistischen Ländern entwickeln wird. Dann wird auch der Teil unserer Architekten und Städtebauer, der immer noch glaubt, Anregungen und Vorbilder in kapitalistischen Architekturzeitschriften zu finden, aufhören, in einer untergehenden Welt die Zukunft zu erblicken. Solche Erscheinungen sind möglich, weil sich

solche Fachleute des prinzipiellen Unterschiedes der sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch nicht bewußt sind.

Das Studium der Erfahrungen anderer Länder allein ersetzt nicht das konkrete Studium und die Analyse des eigenen Bauschaffens. Die Kompliziertheit und die Schwierigkeit unserer Lage bestehen darin, daß wir versuchen müssen, selbständige Wege zu suchen. Die Erfahrungen der Sowjetunion allein können uns auch nicht auf alle Fragen Antwort geben, sondern wir müssen ebenso in der schöpferischen Analyse und der Weiterentwicklung der eigenen Erfahrung die konkrete Lösung finden. Dieser Weg erfordert große Anstrengungen, Mut und beständigen Kampf um das Neue. Dieser Streit um das Neue hat sowohl dem Inhalt nach als auch der Form nach noch nicht die notwendige Qualität bekommen. In den Auseinandersetzungen wurde bis jetzt noch nicht die fruchtbare Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens geschaffen. Wir müssen uns von den Gedanken des Genossen Walter Ulbricht in seiner Erklärung vor der Volkskammer leiten lassen:

„Oft in der guten Absicht, unserem Staat und unserer Sache zu dienen, werden Menschen gedankenlos vor den Kopf gestoßen, weil man ihnen zuwenig Achtung entgegenbringt, ihre Meinung nicht anhört, weil man nicht den richtigen Ton findet, weil man überheblich ist und weil man ganz und gar fälschlich meint, Höflichkeit und gutes Benehmen vertrage sich nicht recht mit dem Sozialismus. Aber gerade das Gegenteil ist richtig."

„In prinzipiellen Fragen der Theorie und der Praxis des Sozialismus gehen wir keinen Schritt zurück. Wir werden es so wie bisher halten und alle Opportunisten und Revisionisten in die Schranken weisen. In diesen Fragen lassen wir nicht mit uns handeln. Aber um Menschen zu überzeugen, braucht man nicht nur prinzipielle Klarheit, sondern auch große Geduld. Nicht die Lautstärke ist ausschlaggebend, sondern das bessere Argument."

Kompliziert ist der neue Weg in der Formung der sozialistischen Architektur, und er läßt sich in kein Schema hineinpressen. Darüber gibt es auch wichtige und aufschlußreiche Äußerungen des Genossen Walter Ulbricht, die er aus Anlaß der Eröffnung des neuen Opernhauses in Leipzig ausgesprochen hat und die merkwürdigerweise im Verlauf der ganzen Theoretischen Konferenz nicht behandelt worden sind.

Genosse Walter Ulbricht sagte folgendes:

„Das neue Opernhaus ist wirklich ein Kunstwerk geworden, es legt Zeugnis von unserer sozialistischen Kultur ab. Die Entwicklung der sozialistischen Kultur ist eine sehr komplizierte Aufgabe. Wir haben darüber viel diskutiert, und es hat sich ergeben, daß es fruchtlos ist, die Bauweise des Westens zu kopieren. Wir können auch in der Architektur nicht die Bonner Bunkerbauweise übernehmen, in der zum Beispiel das Bonner Parlament errichtet worden ist. Wir haben eine sozialistische Architektur und hinsichtlich der Bautechnik hier das Modernste aufzuweisen, was es auf der Welt gibt. Den Architekten und Bauarbeitern der Leipziger Oper ist es gelungen, das Leipziger Opernhaus im Sinne der sozialistischen Architektur zu errichten. Ich sage deshalb im Sinne, weil es dafür kein Schema, keine Vorschriften gibt, weil die Herausbildung der sozialistischen Architektur einen Entwicklungsprozeß darstellt."

Ich glaube, das sind Gedanken, die wir weiter verarbeiten und schöpferisch in unserer gesamten theoretischen und praktischen Arbeit anwenden müssen.

Viele Kollegen haben darüber gesprochen, welche Schwierigkeiten es gibt, die Kompliziertheit der Aufgaben und die Vielfalt der Probleme, die auf uns einstürzen, zu lösen. Manche haben praktisch gezeigt, daß es dazu schon Wege und vor allem eine Methode gibt: das ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Wir müssen diese Arbeitsmethode immer wieder hervorheben, weil die dabei gesammelten Erfahrungen und erreichten Erfolge noch nicht zum Gemeingut aller geworden sind. Auch in die Köpfe der leitenden und verantwortlichen Instanzen im Bauwesen ist der Gedanke über die Notwendigkeit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nicht tief genug eingedrungen.

Diese neue, höhere Form der Zusammenarbeit ist nicht ein plötzlicher Einfall von uns oder eine Erfindung. Sie ist eine gesetzmäßige Schöpfung und Ausdruck der Masseninitiative unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung preist das Individuum, das Einzelwesen als Übermensch, der allein imstande sei, die Probleme zu lösen. Gleichzeitig damit züchtet sie immer stärker auch alle negativen Seiten dieser Menschen: Verachtung gegenüber anderen, Egoismus, Habgier und so weiter. Sogar gute Menschen können unter den Bedingungen des Kapitalismus zu schlechten, egoistischen Menschen werden. Dagegen formt die sozialistische Gesellschaftsordnung eine ganz neue Kategorie von Menschen, auch ein neues Individuum, das aber moralisch, vor allem durch seine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kollektiv, viel höher steht.

Wir können behaupten, daß in unserer Periode der komplizierten, wirklich neuen und revolutionierenden Aufgaben auch im Bauwesen ein Individuum allein nicht mehr imstande ist, die optimale Lösung zu finden. Auch ein Genie kann unter sozialistischen Bedingungen noch Höheres nur mit Hilfe des Kollektivs erreichen.

Für das große Bauprogramm kann uns niemand zusätzliche Arbeitskräfte geben. Dieses Problem ist nur durch Anwendung der höchsten Technik und durch die Industrialisierung zu lösen. Und dabei kommen wir ohne eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht aus. Außer der wissenschaftlich-technischen Seite dieser Gemeinschaftsarbeit gibt es noch die moralische, erzieherische und ideologische, die ebenso notwendig sind. Gerade für die Kollegen, die mit jungen Architekten und Studenten arbeiten, ist es notwendig, daß sie bei der Jugend außer der Sicherheit in ihrem eigenen Schaffen vor allem das Gefühl für das Kollektiv wecken. Die jungen Menschen, aber auch die älteren sollen nicht nur sagen: „Das habe ich gemacht. Das ist meine Leistung." Wer die Gelegenheit hatte, in der Sowjetunion zu sein, wird bemerkt haben, daß die Menschen im Betrieb oder im Entwurfsbüro über ihre Leistungen immer in der Wir-Form berichten. Das ist ein Ausdruck für die Anerkennung der großen Kraft des Kollektivs. Wenn wir auch von Auftraggeber und Auftragnehmer sprechen, so sind doch das nicht verschiedene Parteien, Vertreter entgegengesetzter Interessen. In der Deutschen Demokratischen Republik ist der Bauherr das Volk, und der Architekt, Ingenieur oder Städtebauer hat als Beauftragter des Volkes für das Volk die Aufgabe zu lösen. Je höher seine Leistungen sind, um so größeren Nutzen bringt er allen und damit sich selbst. Diese Gemeinsamkeit der Interessen findet auch einen Niederschlag in der großen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Es muß eigentlich eine der wesentlichsten Aufgaben vor allem für die Deutsche Bauakademie sein, sich zum organisierenden Zentrum dieser großen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf dem gesamten Gebiet des Bauwesens und damit auch in der Architektur und im Städtebau zu entwickeln. Wenn dieser Gedanke in uns alle eindringt, dann wird es uns auch gelingen, die großen historischen Aufgaben, die der Siebenjahrplan uns stellt, so zu lösen, daß wir nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern ganz Deutschland zu einer Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus führen werden.

Es geht um die Ausgangsposition für unsere Aufgaben*

Professor Edmund Collein

Genosse Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Gäste!

Das XXV. Plenum der Deutschen Bauakademie geht dem Ende zu. Ich möchte zu Beginn meines Schlußwortes allen Teilnehmern unserer Konferenz den herzlichsten Dank der Akademie für ihre Mitarbeit aussprechen, die sie hier während der zweieinhalb Tage geleistet haben, insbesondere den Kollegen, die durch Diskussionsbeiträge geholfen haben, die Probleme unserer Konferenz zu klären. Ich möchte weiter allen Mitarbeitern der Akademie danken, die in wochenlanger unermüdlicher Arbeit die Konferenz vorbereitet und zu ihrem Erfolg beigetragen haben.

Ich sagte, das XXV. Plenum der Deutschen Bauakademie geht zu Ende. Diese Jubiläumszahl gibt uns Veranlassung, die Ergebnisse des Plenums besonders kritisch einzuschätzen. Worin kann man den Unterschied dieser Tagung im Verhältnis zu vorangegangenen Zusammenkünften dieser Art sehen? Das Hauptergebnis besteht darin, daß das Gespräch, die kritische Bewertung unserer geleisteten

* Schlußwort auf dem XXV. Plenum (Theoretische Konferenz) der Deutschen Bauakademie vom 19. bis 21. Oktober 1960

Arbeit, der Ausblick auf das, was wir zu leisten haben, eine andere, wenn nicht sogar eine neue Qualität hatte als dies früher oft der Fall war. Das heißt also, das Gespräch hat begonnen. Bisher war es doch häufig so, daß vom Plenum der Akademie zu so wichtigen theoretischen Fragen wie dem sozialistischen Charakter des Städtebaus und der Architektur abgeschlossene Denkergebnisse gewissermaßen als Rezeptur für die Praxis postuliert wurden. Das Wesentliche unserer Zusammenkunft bestand darin, daß wir alle hier im Saal um die Ausgangsposition für unsere Aufgaben rangen, um, darauf bauend, zu neuen Ergebnissen zu kommen, die uns bei der Verwirklichung unserer Planziele helfen können. Diese Auseinandersetzung — und ich glaube, auch das ist ein Charakteristikum unserer Tagung — wäre aber blaß geblieben, wenn sie nicht von den vielen Anregungen und Hinweisen getragen worden wäre, die bereits vor der Konferenz — also in der Vorbereitung unserer Tagung — insbesondere aus den Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten an uns herangetragen wurden. Es gab Stimmen in der Diskussion, die sich von diesem Plenum die Klärung vieler Fragen unseres Berufes erhofften, die zum Beispiel erwarteten, daß in den Fragen der Gebietsplanung, des Industriebaus oder des gesamten Städtebaus eine Klärung erfolge. Es ist jedoch eine positive Erfahrung unserer Konferenz, daß wir lernen müssen, bestimmte Hauptfragen zu erkennen, sie herauszugreifen und durch ihre Lösung gleichzeitig eine ganze Reihe unterschiedlicher Detailfragen mit zu klären. Mit der Behandlung des Wohngebietes zum Beispiel wird nicht nur auf die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise, auf Fragen der städtebaulichen Komposition und Gestaltung eingegangen, sondern es werden gleichzeitig die Typenprojektierung, die Industrialisierung und die Baustoffproduktion angesprochen. Wir müssen also lernen, aus dem großen Zusammenhang heraus Schwerpunkte herauszugreifen und die einzelnen Fragen in Verbindung damit zu lösen.

Was hat die Konferenz erreicht?

Wenn wir davon ausgehen, daß es sich nicht darum handeln konnte, fertige Rezepte gewissermaßen in der Aktentasche mit nach Hause zu nehmen und sie dann wiederum als Rezepte den Kollegen weiterzugeben, dann können wir im großen und ganzen mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Wo sind wir weitergekommen?

Zunächst in der Bestimmung des Wesens und der Aufgabe des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur. Wir haben die sozialistischen Inhalte im Prozeß unserer sozialistischen Entwicklung herausgearbeitet, die sich wiederum sehr entscheidend auf die architektonische Form auswirken.

Genosse Professor Kurella hat uns bei der Klärung dieser schwierigen Aufgabe mit seinem Beitrag sehr geholfen und damit gleichzeitig eine der Wurzeln unseres früheren Dogmatismus aufgedeckt, indem er darauf hinwies, daß die Widerspiegelung der Ideen und Vorstellungen, die mit unserer sozialistischen Weltanschauung verbunden sind, nicht direkt und unmittelbar in der architektonischen Form sichtbar werden kann. Er hat darauf hingewiesen, daß hier viele Zwischenglieder beachtet werden müssen, um zum Beispiel den Zusammenhang zwischen der sozialistischen Lebensweise und der architektonischen Form herzustellen und auch wirksam werden zu lassen. Wir wissen — und das hat auch die Konferenz gezeigt —, daß wir hier noch am Anfang stehen, und ich sehe also die Bedeutung des Beitrages von Genossen Professor Kurella gerade darin, daß er uns hier ganz neue Aufgaben gestellt hat. Wir haben diese Zwischenglieder, von denen er sprach, noch nicht erkannt, und es wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, hier weiter in die Tiefe zu dringen, weit über das hinaus, was wir auf der Konferenz zu diesem Fragenkomplex sagen konnten. Genosse Kurella hat uns auch darauf hingewiesen, daß wir uns davon lösen müssen, den sozialistischen Menschen, die sozialistische Architektur oder die sozialistische Stadt abstrakt zu sehen, denn gerade diese Abstraktionen waren es, die uns zu Rezepten und Dogmatismus geführt haben, und die weitere Folge war eine viel zu einseitige Betrachtung der Produktivkräfte im Bauwesen. Wir haben mitunter vergessen, daß die wichtigste Produktivkraft der Mensch ist. Wir müssen also den sozialistischen Menschen als Subjekt und nicht als Objekt ansehen und in unsere Arbeit einbeziehen.

Weiter haben wir eine größere Klarheit in der Einschätzung des Städtebaus und der Architektur der Sowjetunion gewonnen, wozu uns vor allem die Städtebaukonferenz in Moskau verholfen hat. Wir haben erfaßt, daß sich in der Sowjetunion auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur eine große Wende vollzogen hat und noch vollzieht.

Die breite Diskussion, die in der Sowjetunion im Gange ist, zeigt uns, daß es dort unsere Kollegen verstanden haben, ausgehend von einer festen marxistisch-leninistischen Position in den Grundsatzfragen, die Lösung der ihnen gestellten Aufgaben in einer breiten und ständigen Auseinandersetzung zu finden, und daß sie dabei — und das ist sicher nicht unwesentlich — das Experiment zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeitsweise gemacht haben. Dadurch, daß wir das Verhältnis von der Grundsatzposition zu den noch offenen Fragen nicht immer richtig bestimmt haben, öffneten wir dem Revisionismus Tür und Tor, der sich unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Dogmatismus in Wahrheit gegen Grundsatzpositionen unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung richtete, so zum Beispiel gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei auch als Auftraggeber im Städtebau und in der Architektur, oder der den Einfluß der revolutionären Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik auf den Städtebau und die Architektur leugnet und damit auch den großen nationalen Auftrag negiert, den die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik für die deutsche Architektur insgesamt haben.

Die Konferenz hat weiter dazu beigetragen, unser Verhältnis zum Städtebau und zur Architektur, die unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft entstehen, einer weiteren Klärung zuzuführen. Wir haben erkannt, daß es sich auch bei dieser Frage darum handelt, die richtige Ausgangsposition zu beziehen, die darin besteht, daß die Ziele und Aufgaben des Städtebaus und der Architektur im Sozialismus grundsätzlich andere sind als im Kapitalismus. Ausgehend von dieser klaren Grundposition ist es uns, wie wir festgestellt haben, möglich, im Prozeß des Einholens und des Überholens auch auf dem Gebiete des Bauwesens uns die Dinge nutzbar zu machen, die uns dazu helfen, unsere eigenen Aufgaben besser zu lösen. Aber auch hier handelt es sich nicht darum, etwa Rezepte zu suchen, was man bei uns übernimmt oder nicht übernimmt. Bei allem kritischen Übernehmen besteht die Aufgabe darin, die sozialistische Architektur und den sozialistischen Städtebau bei uns selbst zu schaffen, das heißt eine Architektur, die unseren gesellschaftlichen Bedingungen und unseren Zielsetzungen entspricht. Genosse Heumann wies mit Recht darauf hin, daß wir stets davon ausgehen müssen, daß das Weltniveau im Städtebau und in der Architektur von der Sowjetunion bestimmt wird, da nur im Sozialismus die Produktivkräfte und die Kunst voll zur Entfaltung kommen können.

Wenn man die Diskussion einschätzen soll, muß man sagen, daß sie im allgemeinen positiv war, weil sie bei aller ernsten Kritik an den noch vorhandenen Mängeln stets vorwärts wies. Ganz besonders möchte ich in diesem Zusammenhang den Beitrag von Professor Henselmann nennen, der in seiner Frische der Kritik wohltuend war und vor allem die fachlichen Probleme in engem Zusammenhang mit den politischen Problemen sah. Hervorzuheben ist hier die Enthüllung der Zusammenhänge zwischen charakteristischen Erscheinungen in der Architektur des Westens und dem Angriff der reaktionären Ideologie auf die Friedenskräfte und auf den Sozialismus. In diesem Zusammenhang vielleicht ein paar Worte zu den Ausführungen von Genossen Colden, die er hier zur Frage einer Höhendominante in Berlin machte. Sicherlich kann man nur in dem Zusammenhang, wie ihn Genosse Professor Henselmann hier dargelegt hat, auf diese Frage eine befriedigende Antwort geben. Es geht keinesfalls und niemals darum — und das hat auch niemand behauptet —, daß lediglich eine Höhendominante oder ein Hochhaus in der Lage seien, große Ideen und eben gerade die Ideen des Sozialismus zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich also nicht darum, ein für allemal eine solche Festlegung zu treffen, sondern darum, ganz konkret im Jahre 1960 oder 1965, wann wir eben dieses Gebäude planen und bauen, in Berlin am Zentralen Platz unserer Hauptstadt, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt eines künftigen friedliebenden und demokratischen Deutschlands, die Macht der Arbeiterklasse besonders wirksam in der Architektur darzustellen. Wir sind daher der Meinung, daß unter den Bedingungen eines gespaltenen Deutschlands und des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus in Deutschland und im Zusammenhang mit der städtebaulichen Komposition des Zentrums der Hauptstadt eben nur eine solche Höhendominante den Aufgaben gerecht werden kann. Das ist die Frage, und es ging uns niemals

um eine Verabsolutierung oder Verallgemeinerung eines solchen Gedankens.

Manche weitere kritische Beiträge haben uns während der Konferenz geholfen. Dazu zähle ich besonders diejenigen, welche einen engeren Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis forderten, welche die Einbeziehung der Bevölkerung, der Bauarbeiter, der Jugend forderten, und auch solche, welche das mangelnde Interesse des Ministeriums für Bauwesen an dieser Konferenz kritisierten. Das kam in den Beiträgen der Kollegen Busch, Dalchau, Bronder, Mickin und Lucas zum Ausdruck.

Dabei wurden aber gleichzeitig gute Vorschläge gemacht. Ich erinnere an den Bericht des Kollegen Lucas, der aufzeigte, wie man es in Leipzig versteht, auf die vielfältigste Weise die ganze Bevölkerung in die Klärung der Fragen von Städtebau und Architektur einzubeziehen. Solche Hinweise werden uns helfen, unsere Mängel zu überwinden und weiterzukommen. Man sollte sie in den anderen Städten beherzigen und ihnen nacheifern.

Berechtigterweise wurde sehr heftig die Zeitschrift „Deutsche Architektur", und ich möchte sagen, im Zusammenhang damit nicht nur die Redaktion, sondern auch das Präsidium der Akademie und das Präsidium des Bundes Deutscher Architekten, kritisiert. Wir in der Akademie nehmen für unser Teil diese Kritik an und werden — wie der Präsident schon sagte — gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten in aller Kürze eine Wende in der Zeitschrift herbeiführen. Wir bitten jedoch die Kollegen, an dieser Veränderung aktiv mitzuhelfen, indem sie uns schriftlich — möglichst sehr bald — Hinweise geben, welche Vorstellungen sie sich selbst von der Entwicklung der Zeitschrift machen.

Ein gewisser Mangel in der Diskussion war, daß sich die Jugend noch zuwenig zu Wort gemeldet hat. Schließlich muß sich die Jugend selbst auch in der Auseinandersetzung auf solchen Konferenzen die Voraussetzung für ihre weitere schöpferische Arbeit schaffen. Ein gutes Beispiel dafür, wie sich junge Kollegen mit diesen Fragen beschäftigen, war unseres Erachtens der Beitrag der Kollegin Dullin, die hier nicht nur einen sehr interessanten Entwurf aus unseren gesellschaftlichen Veränderungen heraus begründete, sondern gleichzeitig einen interessanten und nachahmenswerten Vorschlag unterbreitete, wie man in den Städten die Werkstätten der Architektur zu Aussprachezentren mit der Bevölkerung machen kann.

Gleichzeitig zeigte die Diskussion aber auch — und das sollten wir nicht überhört haben —, daß wir jahrelang nicht diskutiert haben, daß wir also zu lange geschwiegen haben und deshalb manchmal noch Schwierigkeiten dargelegt werden, mit denen wir entweder schon längst fertig sein müßten oder die den Kern dessen, was wir uns zur Aufgabe gestellt haben, nicht treffen. Die einzige Schlußfolgerung daraus ist, das Gespräch nicht so selten, sondern sehr oft zu führen. Andererseits muß man sehen, daß aus dem verständlichen Bedürfnis heraus, die Sorgen der Praxis hier auszusprechen, auch Schwierigkeiten vorgetragen wurden, die sicherlich sehr ernst sind und überwunden werden müssen, die aber nicht auf der Konferenz geklärt werden konnten. Es handelt sich um mangelnde Planungskoordinierung, die Stärkung der Autorität und Verantwortung der Chefarchitekten, um die Regelung des Städtebaus durch ein Planungsgesetz und so weiter. Diese Schwierigkeiten müssen und können wir nur gemeinsam mit dem Staatsapparat klären. Diese Wünsche sind von den Vertretern des Ministeriums für Bauwesen, die hier anwesend sind, aufgenommen worden, und wir drücken den Wunsch der Kollegen aus, wenn wir erwarten, daß sie bald auf die hier aufgeworfenen Fragen eine befriedigende und gültige Antwort erhalten. Ein wichtiger Vorschlag, der den Städtebau insgesamt, insbesondere aber den Aufbau der Stadtzentren betrifft, geht dahin, den Erfahrungsaustausch zwischen den verantwortlichen Städtebauern und den Architekten gerade in diesen schwierigen Aufgaben zu organisieren und ständig weiterzuentwickeln. In der Durchführung eines solchen Erfahrungsaustausches muß es uns gelingen, im Prozeß der Arbeit, insbesondere also bei der Planung der Stadtzentren, aber auch auf allen anderen Gebieten, prinzipielle wissenschaftliche Fragen zu klären, den einzelnen Städten gleichzeitig konkrete Hilfe zu leisten und nicht zuletzt zugleich die Kollegen sowohl der Praxis wie der Wissenschaft zu qualifizieren. Hierbei sollten wir unbedenklich neue Wege gehen mit dem Ziel, den Theoretiker näher an die Praxis und den Praktiker näher an die Theorie heranzuführen.

Weiter ist es notwendig, vor allem in den Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten neue Formen zu entwickeln, um die auf den verschiedensten Gebieten tätigen Kollegen näher zusammenzuführen. Solche Zusammenkünfte sollten so zwanglos wie möglich gestaltet werden, als eine Gelegenheit, dort die Arbeiten zur Diskussion zu stellen.

Damit komme ich zu einem Kernpunkt unserer Arbeitsmethoden überhaupt. Die Konferenz hat richtig herausgestellt, daß wir mit den schwierigen Aufgaben nur durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit fertig werden können. Das betrifft die Arbeit in der Akademie selbst, aber ebenso die Zusammenarbeit mit den anderen Zweigen der Wissenschaft, das betrifft die Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, das heißt mit allen Bauschaffenden und schließlich mit der Bevölkerung als dem Auftraggeber und dem Nutzer unserer Werke. Wie wir uns im einzelnen die Fortführung der Diskussion und auch die Arbeit der Akademie auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur denken, wurde in der Resolution, die wir soeben angenommen haben, ausführlich dargelegt, und ich möchte darauf jetzt nicht näher eingehen. Aber man muß sagen, dieses Plenum hat zunächst der Selbstverständigung der Architekten untereinander gedient, das heißt, das Gespräch in unseren Reihen hat begonnen; jetzt kommt es aber darauf an, dieses Gespräch zu erweitern und nicht wieder abreißen zu lassen. Wie notwendig diese Erweiterung ist, wurde zum Beispiel in dem Beitrag von Dr. Erler deutlich, der hier wichtige Fragen der Sozialhygiene in die Diskussion warf und zugleich zeigte, daß sein Anliegen nur durch gemeinsame Arbeit eine Antwort finden kann. Geholfen haben uns auf unserem Plenum Beiträge wie der von Professor Paulick über die Typisierung im Wohnungsbau. Er zeigte uns, wie die Deutsche Bauakademie dabei ist, die in der Typisierung noch vorhandene Starre zu überwinden und eine neue Qualität zu erringen. Diese Bestrebungen müssen jedoch durch das ganze Kollektiv der Architekten unterstützt werden. Wettbewerbe und die größere Beteiligung des besten Architekten unserer Republik an den Aufgaben der Typisierung werden uns hier weiter helfen.

Auch die Beiträge von Professor Schmidt, Professor Dr. Münter, Professor Dr. Strauß und Kollegen Flierl haben uns geholfen, auf den sehr schwierigen Gebieten der Baukunst und der Baugeschichte ein gutes Stück vorwärts zu kommen.

Kollege Dr. Strassenmeier hat, wenn auch in reichlich abstrakter Form, doch sehr tiefgründig die Fragen des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und der Organisation und Gestaltung unserer Wohngebiete dargelegt. Gerade für diesen Beitrag trifft zu, daß wir lernen müssen, aus der Abstraktion herauszukommen und diese Fragen, die doch die ganze Bevölkerung angehen und interessieren, tmi Worten darzulegen, die nicht nur der hohen Wissenschaft verständlich sind, sondern die der Durchschnittsmensch auch versteht.

Manche Diskussionen zeigten, daß der Widerspruch zwischen den ständig wachsenden Bedürfnissen und den Mitteln zu ihrer Befriedigung noch nicht immer richtig in seinem Wesen erkannt wird. Genosse Professor Kurella hat unterstrichen, daß gerade das Wachstum und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ständig diesen Widerspruch neu erzeugen, zugleich aber eine wichtige Triebfeder sind, eine Triebkraft zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Darin liegt aber eine Aufforderung an uns alle, die Qualität unserer Arbeit zu verbessern, um in der Typisierung, in der Industrialisierung und auf allen anderen Gebieten des Bauwesens vorwärts zu kommen. Wir müssen aber auch sehen, daß unsere vielfältigen, ständig wachsenden Bedürfnisse noch schneller und umfassender zu erfüllen sind, wenn der Vorschlag der Sowjetunion zur vollständigen Abrüstung angenommen und verwirklicht wird. Wir können uns vielleicht noch gar nicht im einzelnen vorstellen, welche ungeheuren Perspektiven sich dann gerade für unseren Beruf ergeben würden. Große Mittel, die heute noch angewendet werden müssen, um die aggressiven Kräfte des Imperialismus in Schach zu halten, könnten dem Aufbau unserer Städte zufließen. Deshalb richten wir auch von unserer Konferenz aus, nicht zuletzt auch im Interesse unserer Arbeit, den Ruf an alle, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein und den Kampf um den Frieden zu verstärken. Alles, was wir bauen, unsere Städte, unsere Industrieanlagen, unsere Wohnungen, sind Bausteine des Sozialismus, und sie stärken die Kraft unserer Republik. Wir schaffen damit zugleich das Beispiel des friedlichen Aufbaus für ganz Deutschland und verhindern, daß die aggressiven und militaristischen Kräfte ihr Spiel gewinnen. Gehen wir also alle an unsere Arbeit mit dem Bewußtsein, daß unsere Tätigkeit dem Sieg des Sozialismus und der Erhaltung des Friedens dient.

Schwedt – ein Beitrag zum sozialistischen Städtebau

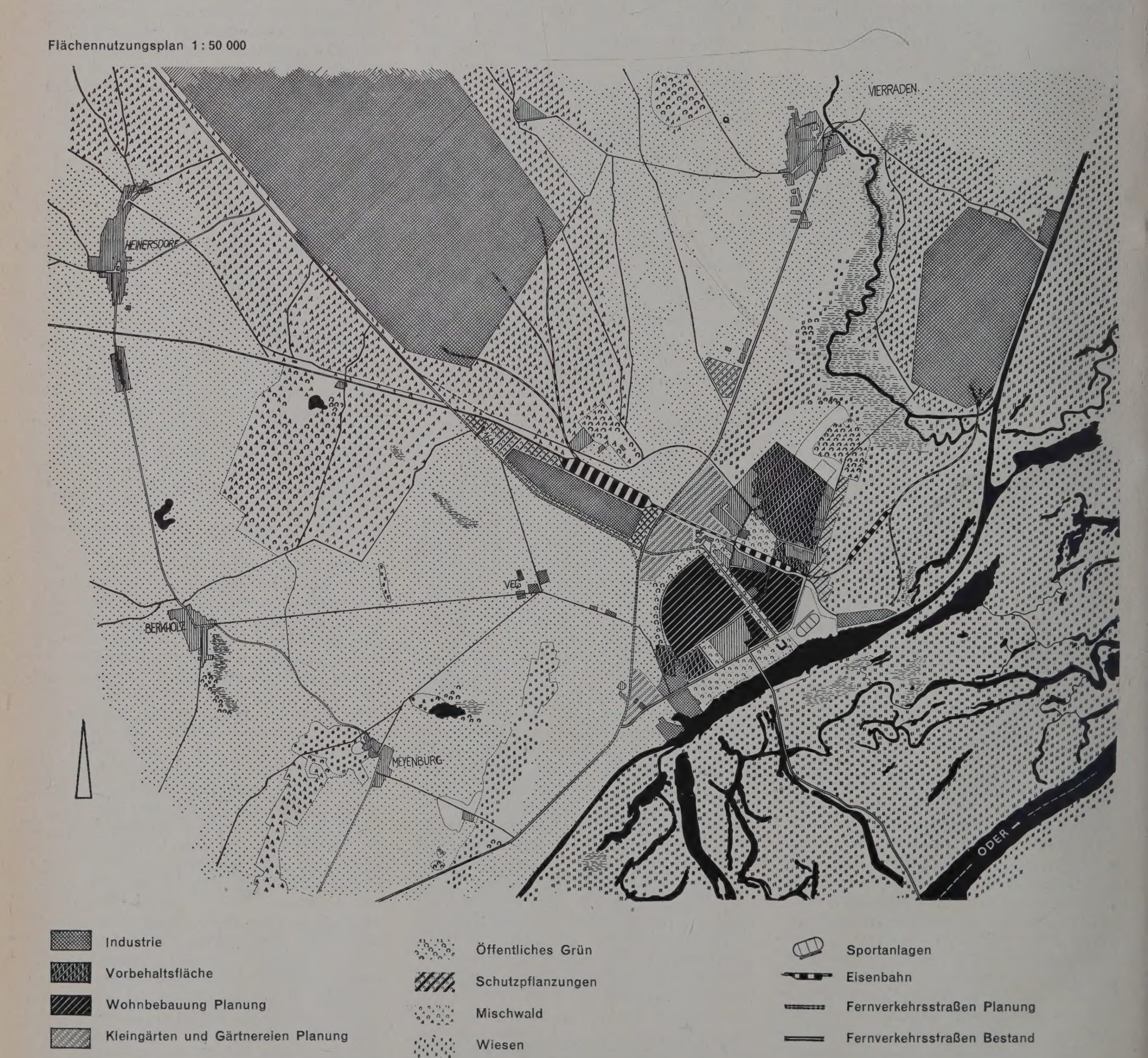
Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder)

Im Zusammenhang mit den bedeutsamen Ergebnissen der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau im Juni 1960, die gegenwärtig überall in der Deutschen Demokratischen Republik von den Städtebauern und Architekten diskutiert werden, verdient der Entwurf von Prof. Selmanagic für das neue Wohngebiet Schwedt (Oder) unsere größte Aufmerksamkeit.

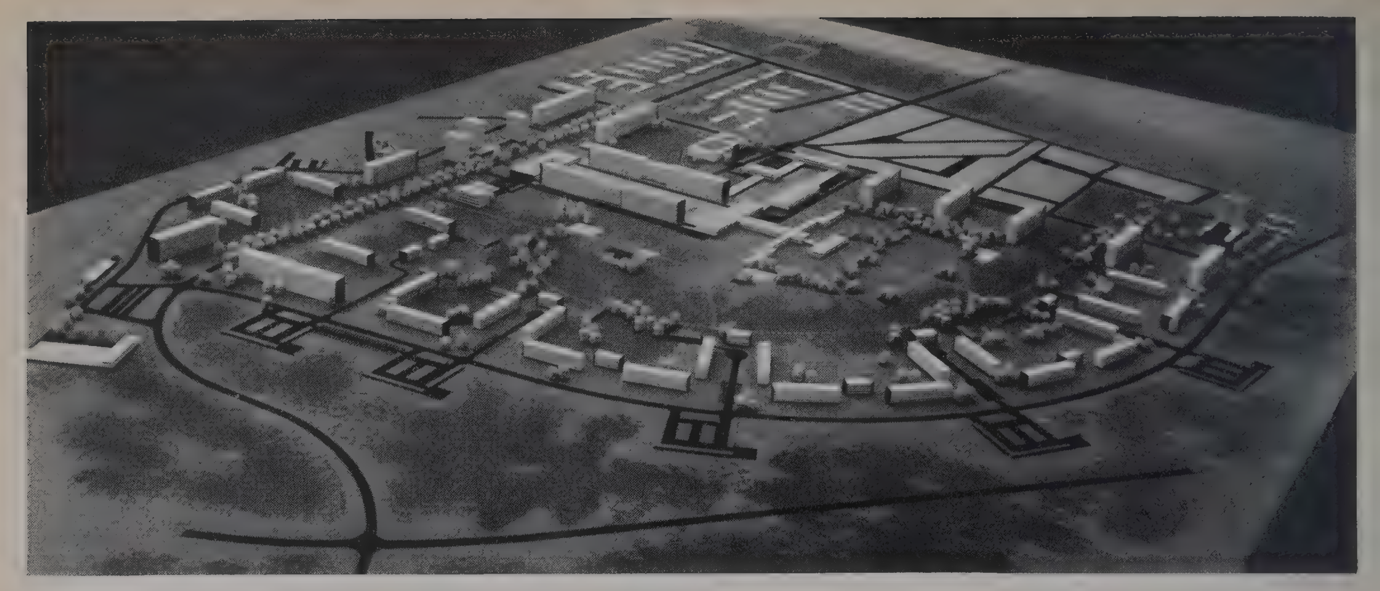
Die Aufgabe, die dem Städtebauer bei der Bearbeitung von Schwedt gestellt wird, ist schon deshalb interessant und reizvoll, weil es sich hier weder um die Rekonstruktion einer vorhandenen Stadt noch um eine einfache kleine Stadterweiterung, sondern um eine völlige Neuplanung handelt. Durch die Zuordnung neuer Industrien ändern sich im Laufe weniger Jahre Struktur und Größe der Stadt radikal. Im Nordwesten von Schwedt ist zur Zeit das Erdölverarbeitungskombinat im Bau, das außer den Bauarbeitern bis zum Jahre 1965 bereits 1700 Arbeitskräfte beschäftigen wird. Im Norden der Stadt, an der Hohensaaten - Friedrichsthaler Wasserstraße entsteht bis 1965 die Papierfabrik mit 700 Arbeitsplätzen. Der Aufbau beider Werke, vor allem des Erdölkombinates, geht über den Siebenjahrplan hinaus.

Schwedt war bisher ein Ackerbürgerstädtchen mit etwa 6000 Einwohnern. Ein Haupterwerbszweig war der Tabakanbau. Davon zeugen noch die charakteristischen

Flächennutzungsplan 1 : 50 000




HOHEN SAUTEN - FRIEDRICHSTHALER WASSERSTRASSE


Modell zum Bebauungsplan

Tabakscheunen (Fachwerkbauten), die im Westen der Stadt das sogenannte Scheunenviertel bilden. Die Stadt selbst lag früher eng und klein neben dem Schwedter Schloß und seiner schönen barocken Alleeanlage. Sie erlitt im zweiten Weltkrieg so starke Zerstörungen, daß man heute von einem bestehenden zusammenhängenden Altstadtkern kaum mehr sprechen kann. Vom ehemaligen Marktplatz ist so gut wie nichts mehr erhalten. Auch das Schloß wurde durch die Kriegseinwirkungen schwer beschädigt.

Ausgehend von den neuen städtebildenden Faktoren, die die Stadt Schwedt bekam, wurde vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder) ein städtebauliches Programm erarbeitet, das eine Vergrößerung der Stadt von 6000 auf vorerst 17000 Einwohner vorsieht.

In der Altstadt besteht keine Möglichkeit, Wohnbauten im größeren Umfang industriell zu errichten. Außer dem Aufbau des Wohnkomplexes an der „Schloßfreiheit" wird darum der Bau eines neuen Stadtteiles für 10000 bis 12000 Einwohner, der auch das Stadtzentrum für die Gesamtstadt enthalten muß, notwendig. Es ist schlecht möglich, dieses Gesamtzentrum etwa im Gebiet der jetzigen Altstadt vorzusehen, weil dort der Bestand an gesellschaftlichen Einrichtungen weder ausreichend noch ausbaufähig ist und sich außerdem der Schwerpunkt des Stadtgebietes auf Grund der Größe der Neubauvorhaben eindeutig zum neuen Stadtteil hin verschiebt. Für diesen steht das Gelände südwestlich der Lindenallee zur Verfügung. Es wird im Westen von einem Streifen besonders schlechten Baugrundes, im Südosten vom Gebiet der Altstadt begrenzt.

Angaben zum Bebauungsplan

Im August 1960 wurde der Bebauungsplan für den neuen Stadtteil Schwedt bestätigt. Dieser Plan ist — wie schon erwähnt — ein Entwurf von Professor Selmanagic, der in der vorliegenden Form vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder) in Zusammenarbeit mit Professor Selmanagic bearbeitet wurde. Er weist Wohnungen für etwa 12 000 Einwohner und die dazugehörigen Komplexfolgeeinrichtungen (Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Nahversorgungsläden) aus. Alle übrigen gesellschaftlichen Folgeeinrichtungen sind für die Gesamtstadt und ihren Einzugsbereich dimensioniert. Die Einwohnerdichte beträgt 200 EW/ha. Im einzelnen sind im Bebauungsplan enthalten:

Wohnbauten:

Fünfgeschossig (Q 6)	1210 WE
Acht- bis zehngeschossig am Zentrum	608 WE
Sonstige acht- bis zehngeschossige Wohnbebauung	1460 WE
Zwölfgeschossige Punkthäuser	144 WE
	3422 WE

Komplexe Folgeeinrichtungen:

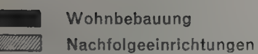
Zwei Zwanzigklassenschulen
Vier Kindergärten mit je 75 Plätzen
Fünf Kinderkrippen mit je 48 Plätzen
Drei Nahversorgungsläden

Sonstige gesellschaftliche Folgeeinrichtungen:

Kulturhaus
Lichtspieltheater
Verwaltungsgebäude
Gebäude für Versicherung, Bank und Post
Kaufhaus
Fahrzeughaus

Sonstige Spezialläden, Annahmestellen für Dienstleistungen, Handwerk, Werkstätten des Handwerks für Luxusbedarf,
Bücherei und Bibliothek
Hotel mit Gaststätte
Handwerkerhof
Schwimmhalle


Der vorangegangene Entwurf des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder)



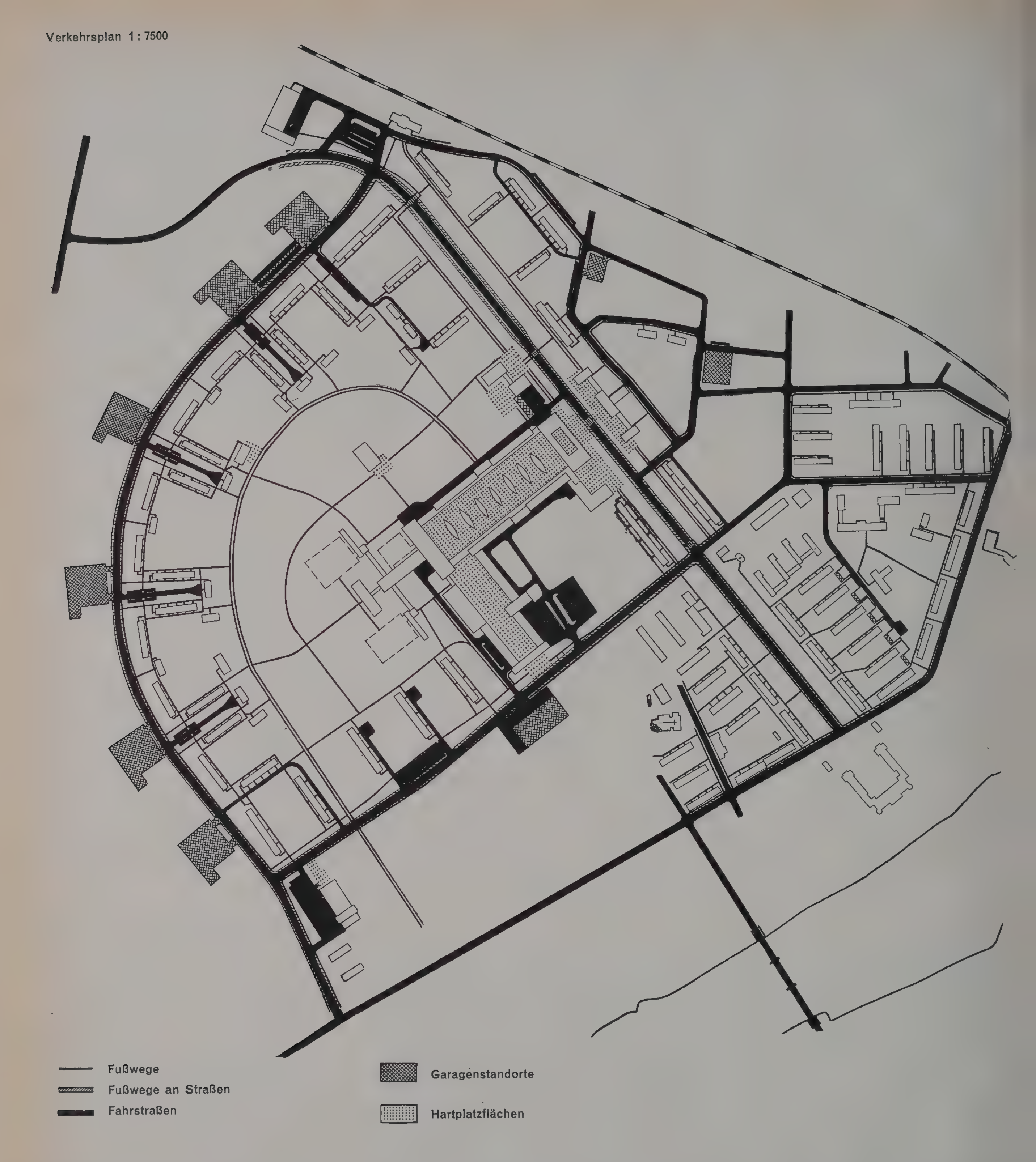
1 Kindergarten — 2 Kinderkrippe — 3 20-Klassen-Schule — 4 Spezialklassen, Speisesaal — 5 Turnhallen, Umkleideräume — 6 Kulturhaus mit Gaststätten — 7 Lichtspieltheater, Expresso, Modehaus — 8 Verwaltung — 9 Post, Versicherung, Sparkasse — 10 Kaufhaus — 11 Fahrzeughaus — 12 Spezialläden — 13 Nahversorgungsläden — 14 Hotel — 15 Gaststätte — 16 Schwimmhalle — 17 Krankenhaus mit Ambulanz und Apotheke — 18 Handwerkerhof — 19 Bahnhofsgebäude — 20 Garagenhof — 21 Hochgarage — 22 Schulhof — 23 Turnplatz — 24 Gymnastikwiese — 25 Schlag- und Korbball — 26 Schulgarten — 27 Volleyball — 28 Sportplatz

Komplexgröße

Auf den ersten Blick fällt es auf, daß das neue Stadtgebiet nicht mehr in Wohnkomplexe im bisher üblichen Sinne (4000 bis 5000 Einwohner) gegliedert ist, sondern daß vielmehr die gesamte Bebauung zu einer Einheit für 10000 bis 12000 Einwohner zusammengefaßt wurde. Das ist ein Problem, das auch auf der Allunions-Städtebaukonferenz zur Debatte stand. Der Wohnkomplex von 4000 bis 5000 Einwohner hat seine Berechtigung, solange es sich bei Neubauvorhaben tatsächlich nur um einen solchen Komplex handelt. Seine Schwächen zeigen sich erst, wenn man eine ganze Stadt aus diesen Komplexen zusammensetzen will (vergleiche Wettbewerbsergebnisse Rostock Lütten-Klein). Dabei stellt es sich heraus, daß die Verteilung der Folgeeinrichtungen nach Wohnkomplexgrößen von 4000 bis 5000 Einwohner zu einer zu starken Zersplitterung des gesellschaftlichen Lebens der Gesamtstadt führt und daß andererseits eine Einheit von 4000 bis 5000 Einwohner zu groß ist, um engere persönliche Beziehungen von Mensch zu Mensch und von Familie zu Familie besonders zu fördern.

Verteilung der Folgeeinrichtungen

Mit einer neuen Definition der Wohnkomplexgröße ist auch eine neue Organisation und Verteilung der Folgeeinrichtungen verbunden. Dieses Problem erscheint uns im vorliegenden Bebauungsplan für Schwedt besonders gut gelöst.



Verkehrsplan 1 : 7500

Es gibt hier nur ein gesellschaftliches Zentrum, das aber durch die Konzentration an Folgeeinrichtungen alle Voraussetzungen dafür bietet, ein ständig mit Leben erfülltes, wahrhaft „städtisches" Zentrum zu werden. Hinzu kommt, daß diese Zusammenfassung eine bessere Ausnutzung der einzelnen Einrichtungen möglich macht. So sind zum Beispiel die beiden Schulen direkt mit dem Kulturhaus verbunden. Der Saal des Kulturhauses ersetzt den Schulen die Aula, während die Spezialklassen der Schulen abends allen Werktätigen der Stadt für Abendkurse, als Experimentier- und Zirkelräume zur Verfügung stehen. Ebenso kann die Küche des Kulturhauses so eingerichtet werden, daß sie das Schulessen mitliefert.

Die Standortverteilung der Handelseinrichtungen baut auf den neusten Erkenntnissen des sozialistischen Handels auf. Alle geeigneten Sortimente werden in Kaufhallen angeboten, Einzelläden und Annahmestellen für das dienstleistende Handwerk sind im Erdgeschoß der Hochhäuser am Zentrum untergebracht. Die bisherigen Nahversorgungsläden werden soweit wie möglich durch Automatenstützpunkte an den Omnibushaltestellen ersetzt.

Das Neue am vorliegenden Bebauungsplan von Professor Selmanagic wird am anschaulichsten bei einer Gegenüberstellung des bestätigten Entwurfes mit der vorangegangenen Arbeit des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder). In diesem Entwurf wird das Bebauungsgebiet in zwei Wohnkomplexe gegliedert und hat außerdem noch das übergeordnete Stadtzentrum aufzunehmen. Trotz relativ günstig gelegener, genügend großer Grünflächen wird die Großräumigkeit des Entwurfes von Professor Selmanagic nicht erreicht. Die Einwohnerdichte ist in beiden Ent-

Grünplan 1 : 7500



würfen gleich groß. Der entscheidende Vorteil des bestätigten Planes besteht darin, daß durch die Zusammenfassung der gesellschaftlichen Einrichtungen und durch die stärkere Anwendung vielgeschossiger Bebauung die Beziehungen Wohnung : gesellschaftliches Zentrum und Wohnung : Grünraum viel klarer geworden sind.

Grünflächen

Im Entwurf von Professor Selmanagic ist jede Wohnung unmittelbar an das öffentliche Grün angeschlossen. Die einzelnen Wohnhöfe, in denen die Spielgeräteplätze für Kinder bis zu 6 Jahren und die Sitzplätze für Erwachsene liegen, münden direkt in den zentralen öffentlichen Grünraum, der die Spielplätze für Kinder von 7 bis 12 Jahren und die Sportplätze für Jugendliche (verbunden mit den Sport- und Spielflächen der Schulen) aufnimmt. Dieser Grünraum bietet außerdem genügend Reservefläche für eventuell notwendige spätere Ergänzungen des städtebaulichen Programms. Er ist über die Lindenallee und die Freifläche des Krankenhauses mit dem Kulturpark an der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße verbunden.

Neue Wohnformen

Für die Zukunft zeichnen sich heute bereits Änderungen und Weiterentwicklungen der Wohnformen ab. Es sei hingewiesen auf das Problem der Kollektivhäuser und der Wohnhotels, das auch auf der Allunions-Städtebaukonferenz und in der Fachpresse der Sowjetunion diskutiert wurde.

In Schwedt sind alle Möglichkeiten gegeben, diese neuen Wohnformen auszuprobieren. Der Bebauungsplan sieht bereits ein Wohnhotel und mehrere Objekte vor, die zu Kollektivhäusern entwickelt werden können. Dipl.-Arch. Jutta Anders

Die Gestaltung des Zentralen Platzes in Neubrandenburg

Dipl.-Architekt Iris Dullin

Unter den Architekten der Deutschen Demokratischen Republik gibt es eine ganze Anzahl junger und begabter Kollegen, die sich über den sozialistischen Städtebau und die sozialistische Architektur Gedanken machen. Diese junge Generation ist unter ganz anderen Voraussetzungen als die ältere in unseren Beruf hineingewachsen. Die Erlebnisse und Erfahrungen, die ihr Bewußtsein formten, sind zum überwiegenden Teil Bestandteil der sozialistischen Umwelt.

Eine dieser jungen Kollegen ist Dipl.-Architekt Iris Dullin. Durch viele Generationen hindurch waren die männlichen Mitglieder ihrer Familie immer Maurer. Frau Iris Dullin ist die erste Frau ihrer Familie, die dieses Handwerk erlernte, um Architekt zu werden. Sie studierte dann an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Weißensee. Professor Selmanagic war ihr erster Lehrer, und bereits während des Studiums fesselte sie die Antwort auf die Frage: In welchem Maße die Veränderungen unseres gesellschaftlichen Lebens die Bauten der Kultur beeinflussen.

Nach dem Studium arbeitete sie einige Jahre beim Chefarchitekten von Groß-Berlin. Unter der Anleitung von Professor Henselmann lernte sie, große städtebauliche und architektonische Aufgaben aus unserem sozialistischen Weltbild heraus zu bearbeiten.

Schließlich erhielt sie Gelegenheit, im Wettbewerb mit anderen Kollegen einen Entwurf für den Zentralen Platz in Neubrandenburg anzufertigen. Dieser Entwurf, den wir unseren Lesern vorstellen, wurde inzwischen, mit einigen Hinweisen versehen, zur Ausführung beschlossen. Er zeugt von einer selbständigen und eigenwilligen Persönlichkeit, die aus ihrer sozialistischen Weltanschauung heraus ihre architektonische Arbeit mit schöpferischen Impulsen versieht, und von den großen Möglichkeiten, die unsere jungen Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik finden.

Uns erscheint es auch bemerkenswert, daß dieser Entwurf, bei aller Fülle der Ideen, auf die Anwendung der Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten abzielt.

Die Redaktion



Die Bebauung des Zentralen Platzes in Neubrandenburg ist eine Aufgabe, für deren städtebauliche und architektonische Lösung in den letzten Jahren sowohl im Wettbewerb wie auch in einzelnen Entwürfen verschiedene Vorschläge ausgearbeitet wurden. Wenn man alle diese Entwürfe betrachtet, dann kann man an ihnen deutlich ablesen, welche Veränderungen und welche Entwicklung in den Auffassungen vom Städtebau und von der Architektur vor sich gegangen sind. Diese Veränderungen, die zugleich ein Spiegelbild der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik sind, bewirkten, daß alle bisher gemachten Gestaltungsvorschläge als überholt angesehen werden mußten.

Welches sind diese Veränderungen? Es ist klar, daß sich vor allem unsere Vorstellungen von der sozialistischen Umgestaltung unseres Lebens inzwischen vertieft haben und im Zusammenhang damit natürlich auch unsere Vorstellungen von dem, was man unter sozialistischer Kultur versteht. Die Entwürfe hatten auch gezeigt, daß das gestellte Programm auf dem zur Verfügung stehenden Raum nicht unterzubringen war. Abgesehen von einer starken Überbauung wäre es nicht möglich gewesen, mit dem schon vorhandenen Straßennetz den Bedürfnissen des Verkehrs zu genügen und die erforderlichen Parkflächen zu schaffen. Das hatte zur Folge, daß die Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen das Programm noch einmal überprüften. Während bisher den Architekten zur Aufgabe gemacht war, für sämtliche Verwaltungen der Bezirkshauptstadt wie auch für die Leitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Massenorganisationen am Zentralen Platz die entsprechenden Gebäude und außerdem noch die Kulturgebäude vorzusehen, wurde jetzt das Bebauungsprogramm für den dort zur Verfügung stehenden Platz stark reduziert. Dieser Entschluß hat wesentlich zur Verbesserung der Lösung beigetragen. (Es ist zu empfehlen, bei ähnlichen Aufgaben eine solche Überprüfung vorzunehmen.) Die Gebäude für die Räte des Bezirkes, des Kreises und der Stadt sowie für die Leitungen der demokratischen Organisationen werden an anderer Stelle errichtet. Sie erhalten ihren Standort außerhalb des historischen Stadtkerns, aber in direkter Verbindung und auch gestalterischer Übereinstimmung mit den Bauten der Kultur. Der Zentrale Platz dagegen wird das kulturelle Zentrum der Bezirkshauptstadt.

So wurde nun die Aufgabe gestellt, hier ein Theater für 800 Besucher, einen Konzertsaal für 300 Besucher, ein Lichtspieltheater für 600 Besucher zu projektieren. Außerdem sieht das Programm eine Bibliothek vor, die sowohl als Freihandbibliothek wie auch als Bezirks-, Kreis- und Stadtbibliothek arbeiten soll, sowie Zirkelräume für das künstlerische Laienschaffen und die technische und wissenschaftliche Weiterbildung der Bürger und mehrere Klubräume. Im Zusammenhang mit dem Entwurf sollten städtebauliche Vorschläge für die übrige Bebauung, die die Gestalt des Zentralen Platzes beeinflußt, gemacht werden.

Ein zweiter Faktor, der eine völlig andere Ausgangsposition für die Bearbeitung des Entwurfes schuf, ist die veränderte Einstellung zu den nationalen Traditionen unseres Volkes in der Architektur.

Neubrandenburg ist eine alte deutsche Stadt — sie wurde 1248 gegründet — mit einer traditionsreichen Vergangenheit. Sie enthielt herrliche gotische Backsteinbauten von hohem künstlerischen Wert, die noch heute von der Kraft und dem revolutionären Geist des jungen Bürgertums zeugen, das sie errichtete. Später kamen die behäbigen Bauten einer saturierten Bourgeoisie hinzu. Vor der Zerstörung war Neubrandenburg beherrscht von jener Atmosphäre, der Fritz Reuter um „Dörläuchting" herum ein lebendiges Denkmal gesetzt hat — eine Ackerbürger- und Rentnerstadt.

Die nach 1945 errichteten Wohnbauten griffen die Formensprache der zerstörten oder zu einem sehr geringen Teil noch erhalten gebliebenen Bürgerhäuser wieder auf. Sie gingen von dem Gedanken aus, die Traditionen dieser Stadt zu respektieren, indem sie ein Erinnerungsbild zu schaffen bemüht waren. Damit wurde zweifellos eine Harmonisierung des Stadtbildes angestrebt. Auch die meisten der früheren Entwürfe für den Zentralen Platz entstanden unter diesen Voraussetzungen. Was stellte sich jedoch heraus? Die in diesem Geist errichteten oder projektierten Bauten ließen das Bild einer verträumten Kleinstadt wieder entstehen — eher ein Museum, denn eine lebensvolle Stadt, die die großartigen Veränderungen spüren läßt, die in der Entwicklung zum Sozialismus gerade in diesem Bezirk besonders tiefgreifend und umfassend vor sich gehen und in der Zukunft noch vor sich gehen werden.

Neubrandenburg ist die Hauptstadt eines Bezirks, der wie kaum ein anderer in Deutschland eine völlige Veränderung erfährt. Die Bevölkerung hat sich innerhalb der letzten fünfzehn Jahre verdoppelt. In einem ehemals überwiegenden Agrargebiet werden moderne Industrien angesiedelt, und eine Reihe wissenschaftlicher Institutionen wird geschaffen. Vor allem aber wird das Leben in diesem Bezirk durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft geprägt. Und das alles muß auch in den Bauten zum Ausdruck kommen, die das Gesicht der Stadt bestimmen werden — in den Bauten des Zentrums.

Denn diese sind entscheidend für den Ausdruck des individuellen Charakters einer Stadt. Woran denken wir, wenn wir Dresden nennen hören oder Erfurt oder Greifswald? Wir sehen vor uns den Zwinger und die Hofkirche oder die einprägsame Baugruppe von Dom und St. Severin mit der monumentalen Treppenanlage oder den kühlen, klaren Rathausbau.

Hier nun ist die Aufgabe, einen neuen Inhalt — nämlich die Idee des Sozialismus: allen Menschen den ganzen Reichtum der Kultur zu erschließen und allen Menschen jede Möglichkeit der Bildung und schöpferischen Betätigung zu bieten — eine architektonische Form zu geben. Kann man das mit einer Wiederholung der äußeren Formen der Bauten der Vergangenheit erreichen?

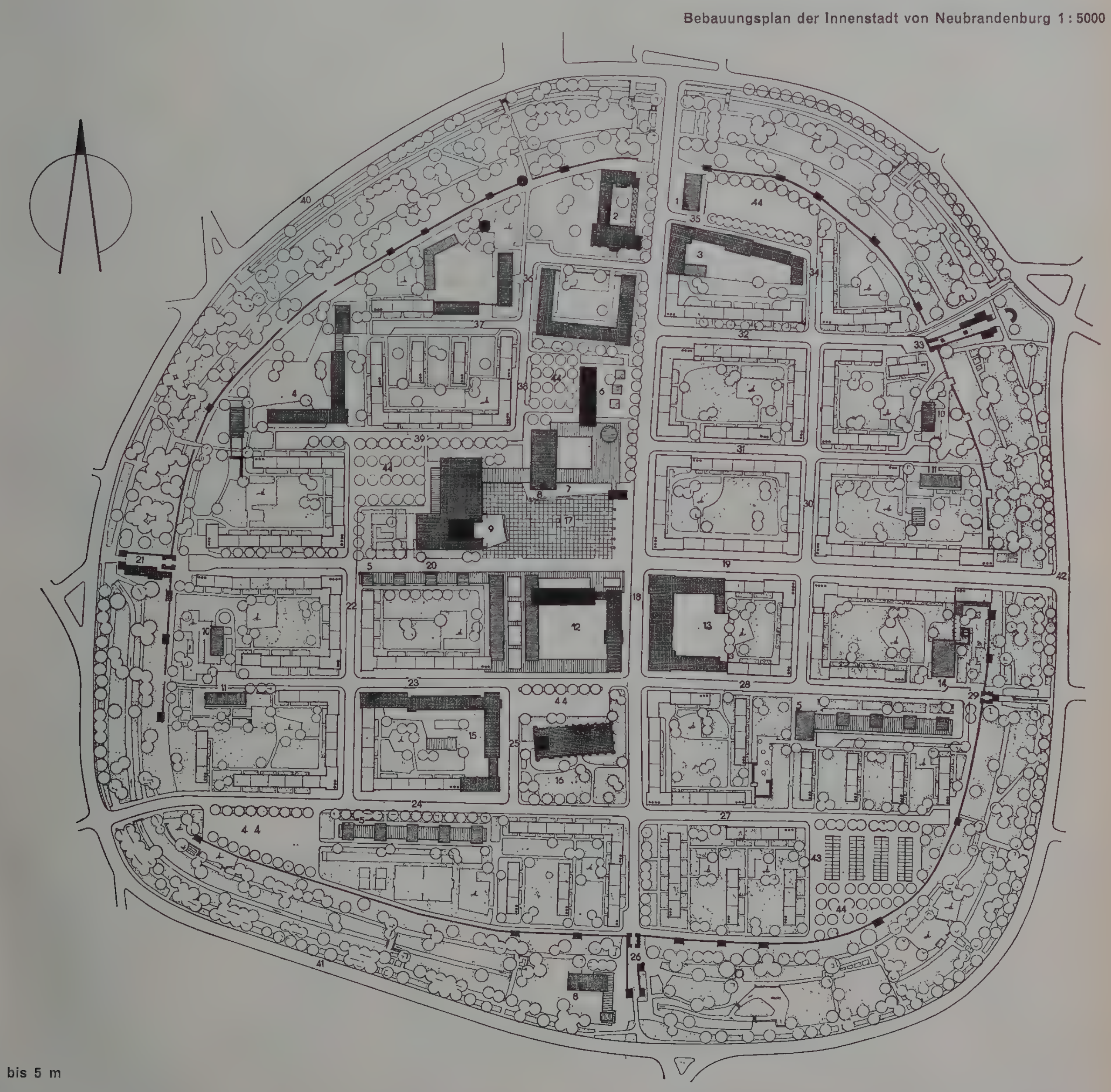
Wenn wir uns auf unsere Traditionen besinnen, so können wir lernen, daß sich jede neue Gesellschaftsordnung der entwickelsten Technik bediente, die ihrer Zeit zur Verfügung stand, und damit sehr selbstbewußt neue Formen schuf, die die in ihrem Sinne progressiven Ideen auszudrücken bemüht waren und auch ausdrückten. Die Bürgertore und auch die Bürgerkirchen des 13. und 14. Jahrhunderts zeichneten sich in die Silhouette der Stadt Neubrandenburg als ein Ausdruck des Führungsanspruches einer jungen, aufstrebenden Klasse ein. Wir wollen mit diesem Projekt, ganz im Sinne der Traditionen dieser Stadt, zu einer entschlossenen Darstellung des Neuen übergehen. Die Bauten unserer revolutionären Epoche werden der Silhouette der Stadt mit dem gleichen Selbstvertrauen neue Elemente hinzufügen im Auftrage der neuen Herren, nämlich der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und der schaffenden Intelligenz.

Ein dritter Faktor ist die inzwischen weiter fortgeschrittene Industrialisierung im Bauwesen, die nun auch mit aller Konsequenz bei der Errichtung gesellschaftlicher Bauten angewendet wird. Wie beim Wohnungsbau wird nun auch hier mit stan-

dardisierten, vorgefertigten Elementen gearbeitet. Damit wird natürlich entscheidend die Gestaltung beeinflußt. Die vorhergehenden Entwürfe hatten mehr oder weniger traditionelle Bauweisen zur Grundlage.
Infolgedessen geht dieser Entwurf von drei Grundgedanken aus:
Die Verbindung ideologisch-politischer Ideen mit städtebaulichen Überlegungen führt zur Bildung neuer Höhenakzente.
Die Zueinanderordnung der Gebäude, ihre Raum- und Rangfolge müssen von der kulturellen Revolution ausgehen.
Die Industrialisierung muß Eingang finden durch eine einfache und klare Gliederung der Baukörper, durch eine weitgehende Verwendung standardisierter Elemente und neuer, industriell gefertigter Materialien.

Das Bestreben, die Stadtkrone durch neue Elemente zu bereichern, führte dazu, eine Gruppe von höheren Gebäuden zu einem Ensemble zu organisieren. Ein schlankes Turmhaus, 55 m hoch, welches die Klub- und Zirkelräume aufnimmt, der massige, jedoch im Detail sehr liebevoll durchzuarbeitende Bühnenturm und zwei etwa achtgeschossige Wohngebäude setzen sich zueinander in Beziehung. Ihre Wirkung wird gesteigert durch eingeschossige gläserne Bauten, welche den Platz umgrenzen.
Der Platz selbst ist ein Feierplatz, dem Fußgänger zugedacht und raumbildend für Standdemonstrationen, für Freilichtaufführungen und auch für das fröhliche Leben der Bevölkerung aus festlichem Anlaß. An diesen geschlossenen Festplatz schließen sich zwei kleinere städtebauliche Räume an, die Gelegenheit bieten für das Parken von Fahrzeugen. Im Süden wird der Platz durch eine einbeziehungsweise zweigeschossige Ladenflucht flankiert, in welcher sich unter einem weit auskragenden Vordach verschiedene Einkaufseinrichtungen anbieten. Von hier aus führt eine Ladenstraße, die ebenfalls zum Teil überdacht ist, zum Platz um die Marienkirche. Während der Zentrale Platz dem unmittelbaren Leben der Gegenwart dient und mit dem Blick auf unsere Zukunft geplant ist, soll dem Raum um die Marienkirche sein Eigenleben gegönnt sein. Hier können die Bürger im Grünen sitzen und der Vergangenheit ihrer Stadt begegnen.
Der Entwurf strebt eine klare Trennung der Fahr- und Fußgängerbereiche an. Die betriebseigenen Fahrzeuge für die Bühnen-

Bebauungsplan der Innenstadt von Neubrandenburg 1 : 5000



bis 5 m
bis 8 m
bis 15 m — Gesellschaftliche Bauten
bis 30 m
bis 60 m
Wohnungsbauten

1 Foto — 2 Kloster — 3 Post — 4 Schule — 5 Läden — 6 Ledigenheim — 7 Bibliothek — 8 Kino — 9 Theater — 10 Kindergarten — 11 Kinderkrippe — 12 Hotel — 13 Kaufhaus — 14 Moden — 15 Poliklinik — 16 Marienkirche — 17 Zentraler Platz — 18 Ernst-Thälmann-Straße — 19 Turmstraße — 20 Treptower Straße — 21 Treptower Tor — 22 Dr.-Otto-Nuschke-Straße — 23 Kleine Wollweberstraße — 24 Große Wollweberstraße — 25 An der Marienkirche — 26 Stargarder Tor — 27 Pfaffenstraße — 28 Neutorstraße — 29 Neues Tor — 30 Wartlaustraße — 31 Badstüberstraße — 32 Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft — 33 Friedländer Tor — 34 Herbordstraße — 35 Poststraße — 36 Darrenstraße — 37 Beguinenstraße — 38 Mönchenstraße — 39 Krämerstraße — 40 Rudolf-Breitscheid-Straße — 41 An der Linde — 42 Berliner Straße — 43 Behmenstraße — 44 Parkplatz

dekorationen, die Omnibusse der Bibliothek, die Fahrzeuge der Handelsorganisation finden direkte Anfahrtsmöglichkeiten an den entsprechenden Stellen der Gebäude.

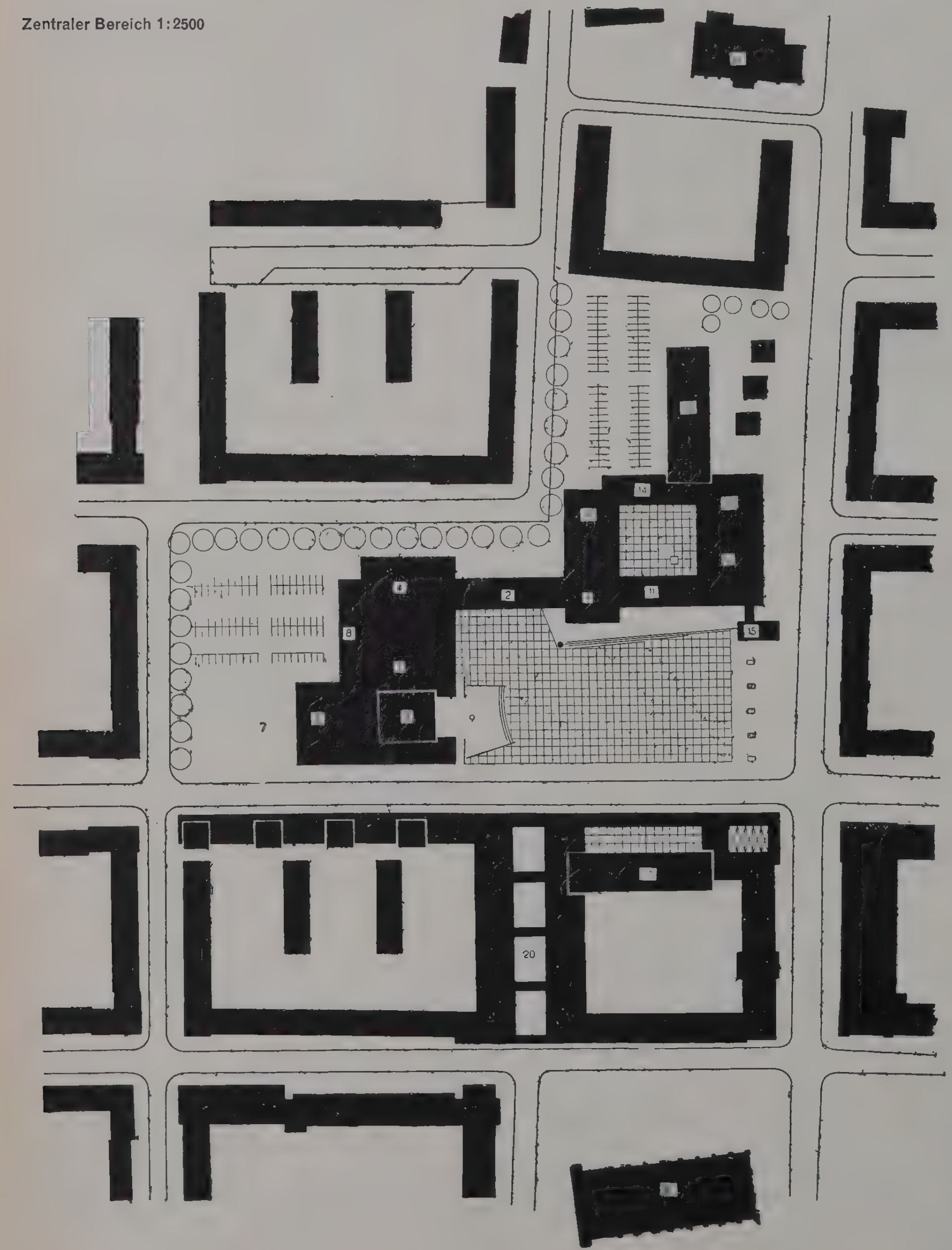
Die Bedeutung des Platzes soll durch architektonische Mittel hervorgehoben werden. Er soll einen besonderen Plattenbelag erhalten und kann durch Blumenschalen oder architektonisch gefaßte Blumengruppen belebt werden. Er soll jedoch ein Architekturplatz sein — kein Grünraum. Am Haupteingang wird eine Plastikgruppe vorgeschlagen; sie müßte so gestaltet sein, daß sie den Ideengehalt dieses kulturellen Zentrums verdeutlicht. Weiter ging es darum, jener Entwicklung auf dem Lande, die sich mit dem Begriff Kulturrevolution verbindet, Raum zu schaffen und architektonischen Ausdruck zu verleihen. Wenn wir von der sozialistischen Kultur sprechen, gehen wir davon aus, daß nicht nur der Kulturgenuß, sondern auch die schöpferische kulturelle Betätigung tiefgreifende Bedürfnisse des Menschen sind.

Mit diesem Entwurf wird der Versuch gemacht, ein Ensemble von Gebäuden so anzulegen, daß eine große Eingangshalle alle Einrichtungen erschließt und wiederum miteinander verknüpft. Damit soll folgendes erreicht werden:

Mit der Rangordnung der verschiedenen kulturellen Darbietungen soll Schluß gemacht werden, das heißt, es soll keine Überwertigkeit des einen Gebäudes, zum Beispiel des Theaters, gegenüber irgendeinem anderen entstehen. Gerade die Bourgeoisie hat auf Grund ihrer Bildungsprivilegien bestimmte Seiten der Kultur für sich beansprucht und so den verschiedenen Klassen auch verschiedene Unterhaltungsmittel zugewiesen. Der feine Mann ging ins Theater, der arme in den Kintopp. Der feine Mann las gute Bücher, der arme die Schmöker und so weiter. Der Verfasser stellt sich weiter vor, daß viele Bürger, die aus dem ländlichen Einzugsbereich kommen und ihren Tag mit Einkäufen verbrachten, am Abend gern noch an irgendeiner Veranstaltung teilnehmen möchten. Sie werden das Kulturzentrum aufsuchen und können sich dann dort für dieses oder jenes entscheiden. Es wird aber auch vorkommen, daß man einen ganzen freien Tag dort verbringt. Am Vormittag hält man sich in der Bibliothek auf, am Nachmittag besucht man einen Zirkel. Man wird vielleicht an einer Autorenlesung teilnehmen, zwischendurch die Ausstellung besichtigen und am Abend schließlich einen Film oder ein Theaterstück sehen oder ein Konzert hören.

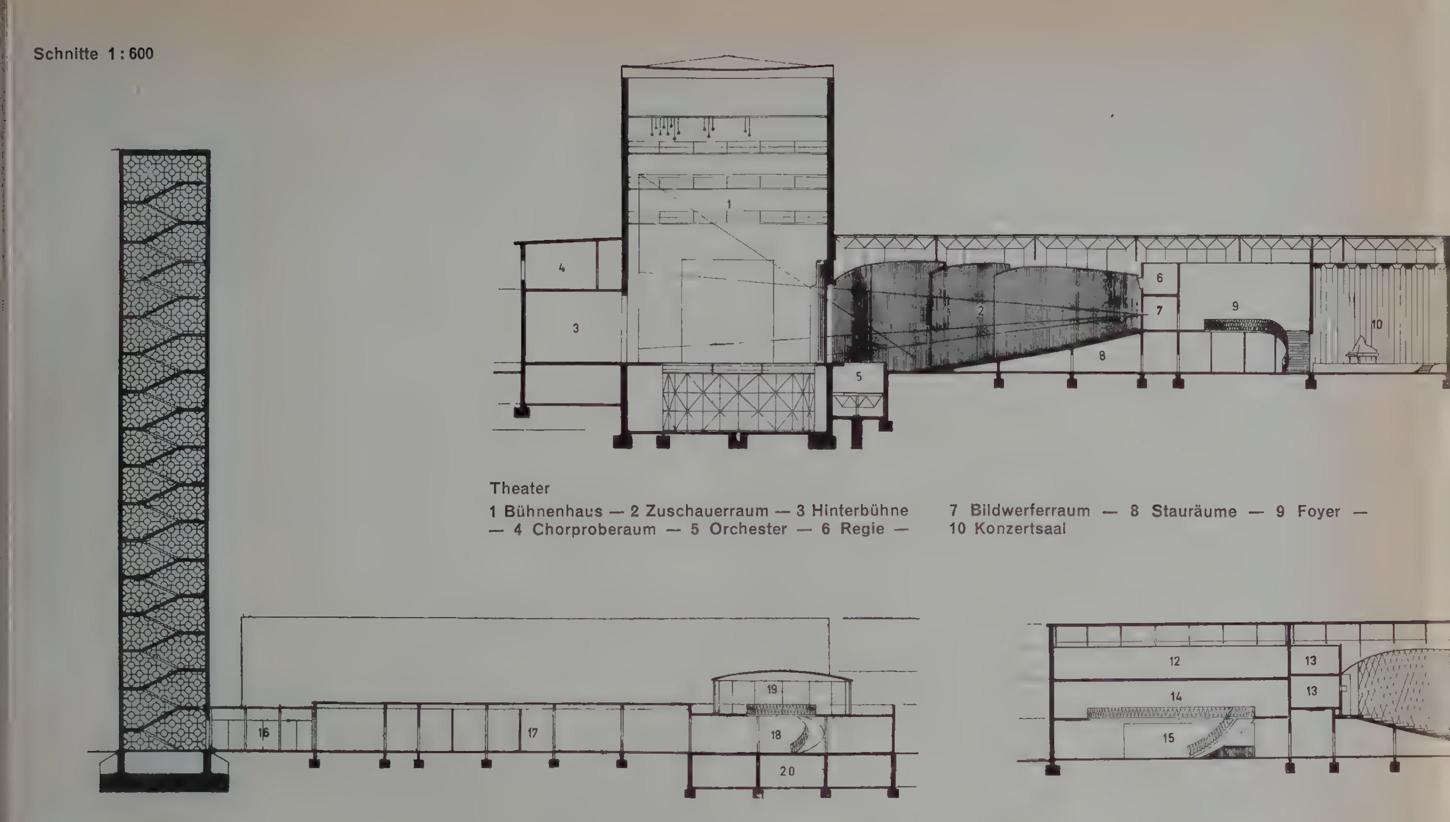
Bei diesem Entwurf sollte auch das Wechselspiel von Kunstgenuß und künstlerischem Laienschaffen seinen Raum finden. Hier sollen nicht nur große Filme erlebt, sondern auch Laienfilme vorgeführt werden, nicht nur Berufskünstler auftreten, sondern auch die verschiedensten Laienkünstler beheimatet sein.

Zentraler Bereich 1:2500



1 Haupteingang — 2 Garderobenhalle — 3 Theatersaal — 4 Konzertsaal — 5 Bühnenhaus — 6 Bühnennebenräume — 7 Bühnennebenräume (II. Phase) — 8 Imbißraum — 9 Freilichtbühne — 10 Kinosaal — 11 Ausstellungsraum — 12 Bibliothek — 13 Kinderbibliothek — 14 Nebenräume der Bibliothek — 15 Klubräume — 16 Ledigenwohnhaus — 17 Hotelerweiterung — 18 Marienkirche — 19 Johanniskirche — 20 Ladenpassage

Schnitte 1 : 600



Theater

1 Bühnenhaus — 2 Zuschauerraum — 3 Hinterbühne — 4 Chorproberaum — 5 Orchester — 6 Regie — 7 Bildwerferraum — 8 Stauräume — 9 Foyer — 10 Konzertsaal

Bibliothek

16 Eingang — 17 Bibliothek — 18 Kinderbibliothek — 19 Kinderleseraum — 20 Büchermagazin

Kino

11 Kinosaal — 12 Vortragssaal — 13 Bildwerferräume — 14 Kinofoyer — 15 Eingangshalle

Die Verbindung aller im Programm geforderten Einrichtungen bietet außerdem einen bisher oft nicht genügend berücksichtigten Nutzeffekt, durch die Überdeckung von Einrichtungen mit gleicher Funktion, zum Beispiel der Garderoben, Toiletten und Personalräume. Das erleichtert auch die Bewirtschaftung.

Bemerkungen zu den Grundrissen

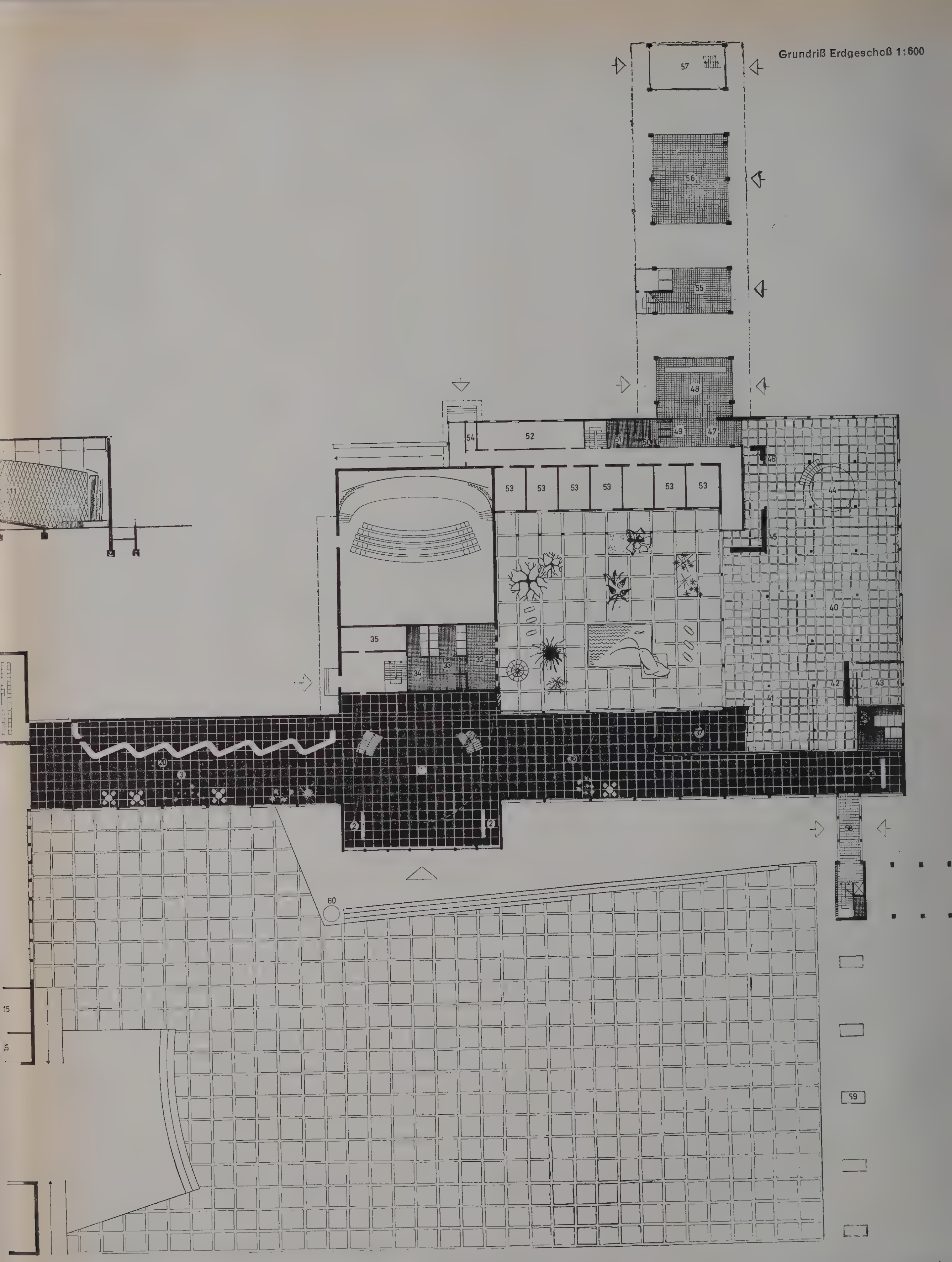
Unmittelbar an der Eingangshalle liegen verhältnismäßig großzügige Auffrischungs- und Umkleideräume für die Besucher. Es ist daran gedacht, daß dort einige spezielle Dinge, wie zum Beispiel Rasierkabinen, mit elektrischen Apparaten ausgestattet, für die Herren und ein Kosmetik- und Frisiersalon für die Damen eingerichtet sein sollen.

Die Zueinanderordnung von Foyer, Imbißraum und Konzertsaal auf einer Ebene schafft die Möglichkeit, festliche Empfänge anläßlich des Jahreswechsels, des 1. Mai, des 7. Oktober oder ähnliche große Veranstaltungen repräsentativer Art in diesen Räumen zu arrangieren.

Für die Bühne des Theaters macht der Verfasser einen besonderen Vorschlag: Der Entwurf sieht vor, daß der Bühnenturm unmittelbar am Platz steht, damit seine Vertikale in dem von den städtebaulichen Grundgedanken ausgehenden Sinne am Platz zur Geltung kommen kann. Die Bühne des Theaters ist einmal im üblichen Sinne dem Zuschauerraum zugewandt. Aber ihr ist draußen am Zentralen Platz auf der gleichen Ebene eine Freilichtbühne vorgelagert, so daß der gesamte Platzraum zu einem großen Zuschauerraum werden kann. Wenn man den Bühnenturm an dieser Seite öffnet, kann auch die ganze Tiefe des Bühnenhauses in das Spiel einbezogen werden. Dies ist ein architektonischer Vorschlag, im Herzen einer Stadt einen lebendigen Festraum für die verschiedensten Gelegenheiten zu schaffen. Es ist dabei an das Arbeiter- und Bauerntheater, an die Aufführung dramaturgisch bearbeiteter Chroniken und LPG-Tagebücher, an große Tanzensembles, Agitprop-Gruppen, Konzerte, sportliche oder artistische Darbietungen und vieles mehr gedacht. Es soll damit auch der Raum für ein Forum unserer Demokratie, für politische Veranstaltungen von besonderer Bedeutung geschaffen werden. Und natürlich soll der Platz auch ein Feierraum der Bevölkerung sein, sagen wir beim Erntefest des Bezirks oder am 1. Mai.

Das Programm für die Nebenräume der Bühne wurde in zwei Phasen unterteilt. Es ist vom Rat des Bezirks zunächst geplant, dieses Haus als Abstechtheater des Friedrich-Wolff-Theaters in Neustrelitz zu bespielen. Dafür enthält die erste Phase des Programms die erforderlichen Nebenräume. In der zweiten Phase sind die Nebenräume enthalten, die für ein

1 Eingangshalle — 2 Kassen — 3 Raucherfoyer — 4 Foyer — 5 Theatersaal (800 Plätze) — 6 Konzertsaal — 7 Imbißraum — 8 Make up — 9 WC Damen — 10 WC Herren — 11 Bühne — 12 Hinterbühne — 13 Seitenbühne — 14 Magazin — 15 Handrequisiten — 16 Kulissen — 17 Arzt — 18 Sanitätsraum — 19 Sologarderoben — 20 Garderoben — 21 Konversationsraum — 22 Pförtner — 23 Hausmeister — 24 Inspizient, Souffleur — 25 Maskenbildner — 26 Regisseur — 27 Komparserie — 28 Ankleideraum

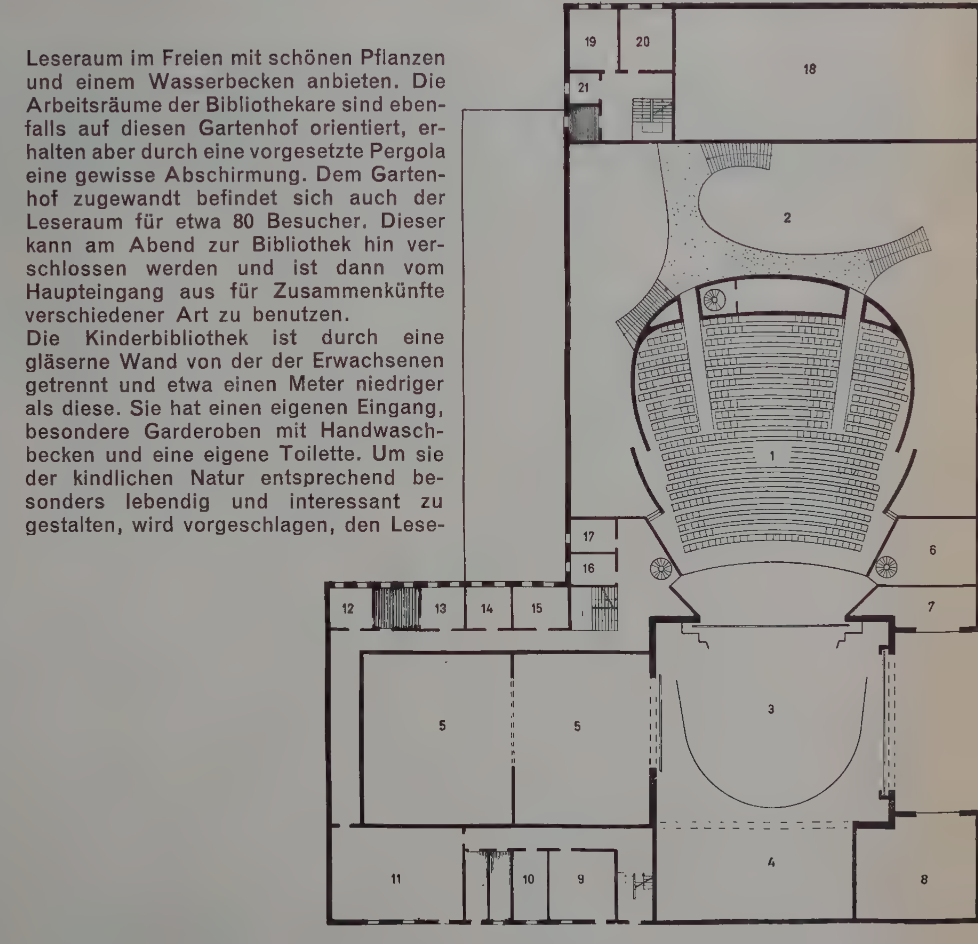


— 29 Konzertleiter — 30 Instrumente — 31 Anrichte — 32 Make up — 33 WC Damen — 34 WC Herren — 35 Klimaanlage — 36 Ausstellungen — 37 Leseraum — 38 Garderobe — 39 WC — 40 Freihandbibliothek — 41 Information — 42 Ausleihe — 43 Arbeitsraum — 44 Kinderbibliothek — 45 Buchrückgabe — 46 Ausleihe — 47 Eingangshalle für Kinderbibliothek — 48 Kinderbuchladen — 49 Garderobe — 50 WC für Kinder — 51 WC für Personal — 52 Buchbinderwerkstatt — 53 Arbeitsräume — 54 Pförtner — 55 Eingangshalle Ledigenheim — 56 Laden — 57 Nottreppenhau[s] — 58 Windfang — 59 Ausstellungsvitrinen — 60 Plastik — 61 II. Phase — Ergänzung der Bühnen[-] nebenräume (Vollttheater), Verwaltung, Magazin[e,] Probebühnen und Proberäume, Werkstätten





Volltheater noch notwendig werden, wie zum Beispiel Proberäume, Magazine und so weiter.
Diese Programmerweiterung durch die zweite Phase entstand aus den Erfahrungen, die in unserer Republik in ähnlichen Situationen gemacht wurden. Geht es doch in diesem Fall auch darum, Neubrandenburg als Hauptstadt des Bezirks auch zum kulturellen Mittelpunkt zu machen. Hierfür nun wurde der entsprechende Bauplatz freigehalten und der Entwurf so angelegt, daß sich die Räume der zweiten Phase hinzufügen lassen, ohne daß Störungen oder Beeinträchtigungen im Funktionsablauf entstehen und ohne daß die äußere Gestalt des Gebäudes entscheidend verändert wird.
Über dem Foyer des Filmtheaters liegt ein Raum mit etwa 100 Sitzplätzen, der für Autorenlesungen und kleine Vorträge gedacht ist. Ein kleiner, ihm zugeordneter Nebenraum, über dem Vorführraum des Lichtspieltheaters liegend und dessen Sicherheitseinrichtungen benutzend, schafft die Möglichkeit, dort auch ein Laienfilmkabinett einzurichten.
Der gläserne Verbindungsgang zwischen der Eingangshalle und der Freihandbibliothek ist für Ausstellungen vorgesehen. Er trennt den Zentralen Platz von einem intimen Gartenhof, der der Bibliothek zugedacht ist. Bei dazu geeigneten Exponaten (zum Beispiel Plastiken) kann die Ausstellung in den Gartenhof hinein erweitert werden.
Die Freihandbibliothek für Erwachsene und für Kinder sind eingeschossig und zu ebener Erde angeordnet. Die dem Gartenhof zugewandte Seite ist in Glas aufgelöst. Bei schönem Wetter wird sich hier ein Leseraum im Freien mit schönen Pflanzen und einem Wasserbecken anbieten. Die Arbeitsräume der Bibliothekare sind ebenfalls auf diesen Gartenhof orientiert, erhalten aber durch eine vorgesetzte Pergola eine gewisse Abschirmung. Dem Gartenhof zugewandt befindet sich auch der Leseraum für etwa 80 Besucher. Dieser kann am Abend zur Bibliothek hin verschlossen werden und ist dann vom Haupteingang aus für Zusammenkünfte verschiedener Art zu benutzen.
Die Kinderbibliothek ist durch eine gläserne Wand von der der Erwachsenen getrennt und etwa einen Meter niedriger als diese. Sie hat einen eigenen Eingang, besondere Garderoben mit Handwaschbecken und eine eigene Toilette. Um sie der kindlichen Natur entsprechend besonders lebendig und interessant zu gestalten, wird vorgeschlagen, den Lese-





Grundriß I. Obergeschoß 1 : 600

1 Theatersaal (800 Plätze) — 2 Foyer (Luftraum) — 3 Bühne (Luftraum) — 4 Hinterbühne (Luftraum) — 5 Seitenbühne/Magazin (Luftraum) — 6 Beleuchtungsgeräte — 7 Handrequisiten (Luftraum) — 8 Kulissenraum (Luftraum) — 9/10 Ballettgarderoben — 11 Ballettsaal — 12/13 Sologarderoben — 14 Orchesterleiter — 15/16/17 Orchestergarderoben — 18 Konzertsaal (Luftraum) — 19/20 Orchestergarderoben — 21 Notenraum — 22 Kinosaal (600 Plätze) — 23 Kinofoyer — 24 Bildwerferraum — 25 Kinderbibliothek-Leseraum — 26 Dachgarten — 27 Musikbibliothek (1. und 2. Turmgeschoß)

Turmgeschosse

28 Populärwissenschaftliche Zirkel — 29 Musikklubraum — 30 Tagungen und Besprechungen — 31 Direktor — 32 Sekretariat — 33 Angestellte — 34 Speiseraum — 35 Teeküche — 36 Sanitätsraum — 37 Ruheraum — 38 Populärwissenschaftliche Zirkel — 39 Methodisches Kabinett — 40 Fotozirkel mit Dunkelkammer — 41 Malzirkel — 42 Milchbar mit 60 Plätzen darüber Expresso — 43 Terrasse

raum unter einer Kuppel auf dem Dach vorzusehen. Er ist durch eine große runde Öffnung in der Decke von unten einzusehen und durch eine flache geschwungene Treppe mitten im Raum zu erreichen. Die Kuppel kann mit einem Sternhimmel bemalt sein und die Sternbilder darstellen. Im Sommer können die Kinder aus dem Leseraum auf einen Dachgarten treten, der sich durch die niedrigere Deckenhöhe anbietet. Und hier können sie sich ihre Welt gestalten, mit Schaukelstühlen, kleinen Zelten oder wie immer sie mögen. Sie haben damit das, was den Erwachsenen mit dem Gartenhof geboten wird.

Nach Beratungen mit den Vertretern des Zentralinstituts für Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Räume der Bibliothek, die der überörtlichen Verwaltung dienen, sowie Tagungs- und Besprechungsräume und der Speiseraum im Turmgebäude untergebracht. Ebenso befinden sich dort die Kabinen für wissenschaftliches Arbeiten, Lesegeräte und die Musikbibliothek. Diese steht in Verbindung mit einem Klubraum für Musik.

Die Arbeitsräume und Werkstätten haben einen eigenen Eingang. Sie sind unterkellert. Im Keller, der durch eine schiefe Ebene direkt von der Straße zu erreichen ist, geschieht die Ausstattung des Bibliotheksomnibusses und die Anlieferung beziehungsweise der Abtransport der Bücher. Dort befindet sich auch das Magazin.

Die Klubräume

Jedes Geschoß des Turmgebäudes über den der Bibliothek zugedachten Räumen dient einem besonderen Thema innerhalb des Laienschaffens. Ein Raum, 8 m × 12 m, kann entsprechend dem Charakter und den Bedürfnissen der verschiedenen Betätigungen gegliedert und gestaltet werden. Es werden dort beheimatet sein: das methodische Kabinett in mehreren kleinen Räumen, der Malzirkel in zwei Geschossen, Musikzirkel, der Klub junger Techniker, ein Fotozirkel, Schachzirkel und so weiter.

Ganz oben im 14. und 15. Geschoß ist ein Aussichtscafé geplant. Es wird den Besuchern der Stadt einen weiten Blick in die wunderschöne Umgebung gewähren.

Die Forderung nach weitestgehender Industrialisierung auch der gesellschaftlichen Bauten beeinflußte besonders das äußere Bild der Anlage. Die Anwendung der Standardbauweise, die eine umfassende Vorfertigung und eine schnelle Montage zuläßt und auch eine Einsparung von Baukosten bedeutet, verlangt unter anderem die Berücksichtigung folgender Hinweise:

Klare und einheitliche Formgebung der Baukörper

Vermeiden von Verschachtelungen und Dachüberschneidungen

Trennung der einzelnen Baukörper durch Dehnungsfugen in selbständige Montageabschnitte

Benutzung eines gegebenen Längs-, Quer- und Höhenrasters

Alle Bauten des Kulturzentrums Neubrandenburg mit Ausnahme des Turmgebäudes sind auf dieses Raster gestellt. So können fast ausschließlich standardisierte Deckenelemente verwendet werden und in vielen Fällen, wie zum Beispiel bei der Bibliothek, den Arbeitsräumen der Bibliothekare, beim Ausstellungsraum und den Bühnenräumen, auch eine vorgefertigte standardisierte Tragkonstruktion. Auch in der Höhenentwicklung wurde das Raster durchgehalten. Eine Ausnahme bilden lediglich die individuell aufzuführenden Bauten des Bühnenturms und des Turmgebäudes. Das letztere ist als Stahlskelettbau vorgeschlagen, da seine Höhe von 55 m die für Stahlbeton wirtschaftliche Höhe übersteigt.

Von den zuständigen staatlichen und politischen Organen des Bezirks Neubrandenburg wurde beschlossen, diesen Entwurf zur Grundlage für das Ausführungsprojekt zu nehmen. Es wird erwogen, das Programm eventuell noch um ein Theatercafé zu erweitern.

Die Kommission für Architektur und Städtebau beim Ministerium für Bauwesen schloß sich dieser Entscheidung im wesentlichen an. Es wird jedoch empfohlen, die architektonische Haltung der Eingangssituation zum Theater festlicher zu gestalten. Weiter wird vorgeschlagen, auf die achtgeschossigen Scheiben in der städtebaulichen Konzeption zu verzichten. Für die Südseite des Platzes, im Programm die Erweiterung des bestehenden Hotelbaus, wird ein nur etwa 15 m hohes Gebäude für ausreichend befunden.

Der Verfasser wird bei der weiteren Durcharbeitung diese Hinweise berücksichtigen und eventuell zu gegebener Zeit den überarbeiteten und gereiften Entwurf noch einmal vorstellen.

Am Ende des Siebenjahrplanes wird dieses Projekt verwirklicht sein.

Wettbewerb Zentraler Platz Karl-Marx-Stadt

Ausschreiber: Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt

Der vom Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt (Stadtbauamt) ausgeschriebene Architekturwettbewerb Zentraler Platz der Bezirkshauptstadt Karl-Marx-Stadt fand durch die Entscheidung des Preisgerichts am 13. und 14. September 1960 seinen Abschluß.

Ziel des Wettbewerbes war, eine städtebauliche und architektonische Lösung zu erarbeiten, die den Inhalt der sozialistischen Gesellschaftsordnung widerspiegelt und dem Charakter von Karl-Marx-Stadt als Bezirkshauptstadt Rechnung trägt.

Das Preisgericht setzte sich wie folgt zusammen:

Professor Collein,
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie

Herr Gebauer,
Sekretär für Wirtschaft der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Herr Hinkelmann,
Sekretär für Wirtschaft der Stadtleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Herr Hirschmann,
Stadtbaudirektor Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Lehmann,
Bezirksarchitekt Bezirk Karl-Marx-Stadt

Herr Müller,
Bezirkstagsabgeordneter

Dipl.-Ing. Pester,
Stadtarchitekt Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Seiler,
Chefarchitekt des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Karl-Marx-Stadt

Herr Scheller,
Oberbürgermeister der Stadt Karl-Marx-Stadt

Architekt Schneider,
Stadtarchitekt Dresden

Herr Wirth,
1. Sekretär der Stadtleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Auf Beschluß des Preisgerichts nahmen als Berater an den Diskussionen des Preisgerichts teil:

Als Berater für Verkehr:
Dipl.-Ing. Peschel,
Entwurfsbüro für Straßenwesen, Dresden

Als Berater für die Stadttechnik:
Dipl.-Ing. Wild,
Stadtbauamt Karl-Marx-Stadt

Als Berater für die Grünplanung:
Gartenarchitekt Rothe,
Stadtbauamt Karl-Marx-Stadt

Insgesamt wurden 29 Arbeiten eingereicht.

Nach drei Rundgängen wurden vom Preisgericht folgende Preise und Ankäufe vergeben:

1. Preis in Höhe von 10 000 DM an das Kollektiv
Dipl.-Ing. Peter Andrä
Dipl.-Ing. Klaus Griebel
Dipl.-Ing. Walter Krätzer
Dipl.-Ing. Erhard Schmidt
Dipl.-Ing. Wolfgang Schmutzler
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

3. Preis in Höhe von 5000 DM an das Kollektiv
Architekt BDA Gartenbauingenieur Martin Röser
Architekt BDA Bauingenieur Winfried Kurze
Stadtbauzeichner Siegfried Seyffert
Halle

3. Preis in Höhe von 5000 DM an das Kollektiv
Architekt BDA Karl Müller
Architekt BDA Martin Decker
Architekt BDA Peter Wolf
VEB Industrieprojektierung Karl-Marx-Stadt

Ankauf in Höhe von 3000 DM an
Dipl.-Ing. Bodo Hoffmann, Halle

Ankauf in Höhe von 3000 DM an das Kollektiv
Architekt Werner Müller und
Architekt Hans-Joachim Sommermeyer
Leipzig

1. Preis

Kollektiv Dipl.-Ing. Peter Andrä, Dipl.-Ing. Klaus Griebel, Dipl.-Ing. Walter Krätzer, Dipl.-Ing. Erhard Schmidt, Dipl.-Ing. Wolfgang Schmutzler, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

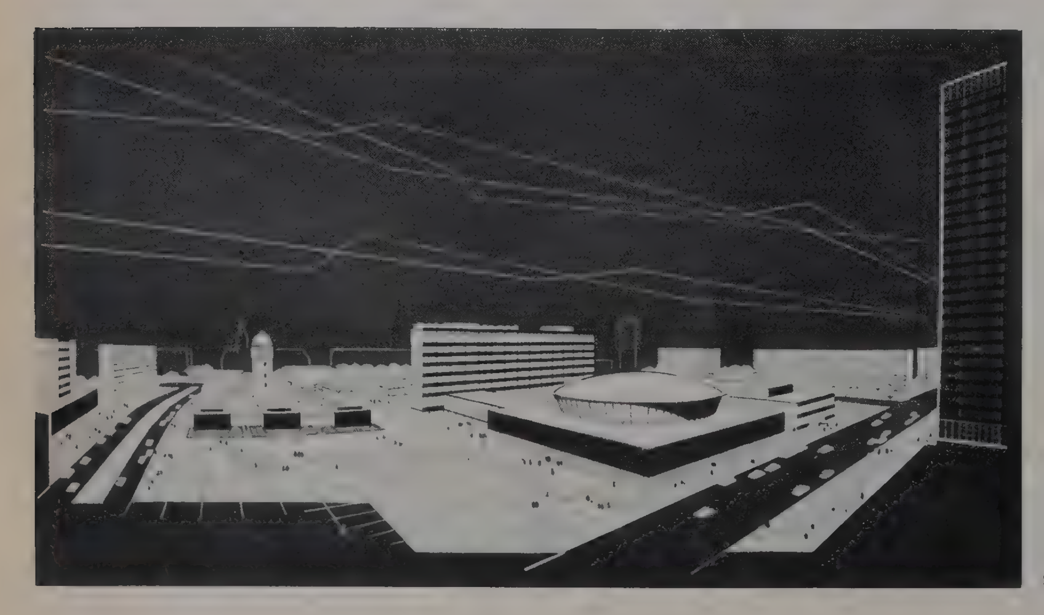
Begründung des Preisgerichtes:

Der Entwurf enthält eine Reihe sehr guter städtebaulicher Lösungen; ihm wird im Prinzip zugestimmt. Der Verfasser ordnet zwar die Dominante an der Brückenstraße — Karl-Liebknecht-Straße an, kommt aber trotzdem zu einer überzeugenden Lösung.

Überzeugend wirken besonders der vorgeschlagene Zentrale Platz und die Anordnung der wichtigsten Gebäude, wie Haus der Partei, Haus der Kultur und Wissenschaften und Hochhaus. Ebenso wird die Lösung im Bereich des Roten Turmes begrüßt. Es ist dem Verfasser gelungen, dadurch eine im Schatten liegende Nordseite zu vermeiden und das Einspielen des Rathauses und des Roten Turmes in den Zentralen Platz zu gewährleisten.

Die Einordnung des Schauspielhauses im Bereich der Mühlenstraße mit dem dabei entstehenden Grünraum und Fußgängerbereich erscheint als möglich.

Es ist zu prüfen, ob nicht ein Austausch der Funktionen zwischen Standort Hotel und Haus der Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe vorgenommen werden könnte.



Blick auf den Zentralen Platz von Osten

Weiter wäre es zweckmäßig gewesen, eine Reduzierung der Vielfalt der Baukörper im Bereich zwischen Zentralen Platz und verlängerter Ernst-Thälmann-Straße vorzunehmen, dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, eine größere zusammenhängende Grünfläche zu erhalten.

Der Haupteingang zum Varieté ist nicht überzeugend, der Verfasser hätte besser den Baukörper um 90° gedreht.

Die Grundrißlösungen der einzelnen Gebäude sind als gut zu bezeichnen. Hervorzuheben ist die Klarheit der Baukörper und des Funktionsablaufes beim Ensemble der Kultur und Wissenschaften und Haus der Partei.

Der gewählte Standort für das Karl-Marx-Denkmal über dem Eingang des Hauses der Partei ist wegen der entstehenden Überschneidung nicht möglich.

Dem Verfasser ist es gelungen, sich mit seiner städtebaulichen Lösung in den Maßstab der neu begonnenen Bebauung des Zentrums einzufügen.

Die vom Verfasser angeordneten Grünräume im Bereich des zentralen Ensembles lassen ein Erleben der einzelnen städtebaulichen Räume durch den Fußgänger zu und werden begrüßt.

Aus dem Vorprüfungsbericht:

Der Verfasser hält bis auf das Verlegen der Straße Brühl—Wilhelm-Pieck-Straße um maximal 35 m nach Nordwesten das vorgeschriebene Hauptstraßennetz ein. Ebenso wurde die Führung der Straßenbahn beibehalten. Die Fußwege und Grünflächen wurden im Entwurf deutlich herausgearbeitet.

Der Verfasser hält die Brückenstraße nahezu frei von Grün und benutzt die Tunnelstraße als Grünschmuck, dessen Verlängerung bis zum jetzigen Karl-Marx-Platz möglich ist.

Ein zweiter, zur zentralen Gartenanlage erweiterter Grünzug verbindet den Theaterplatz mit dem Zentralen Platz. Das wenige, an der Brückenstraße vorgesehene Grün befindet sich an der Fahrbahnkante, also zwischen Demonstranten und Zuschauern. Der Verfasser sieht einen umfangreichen Fußgängerbereich vor, der so gut wie möglich vom Fahrverkehr getrennt wird.

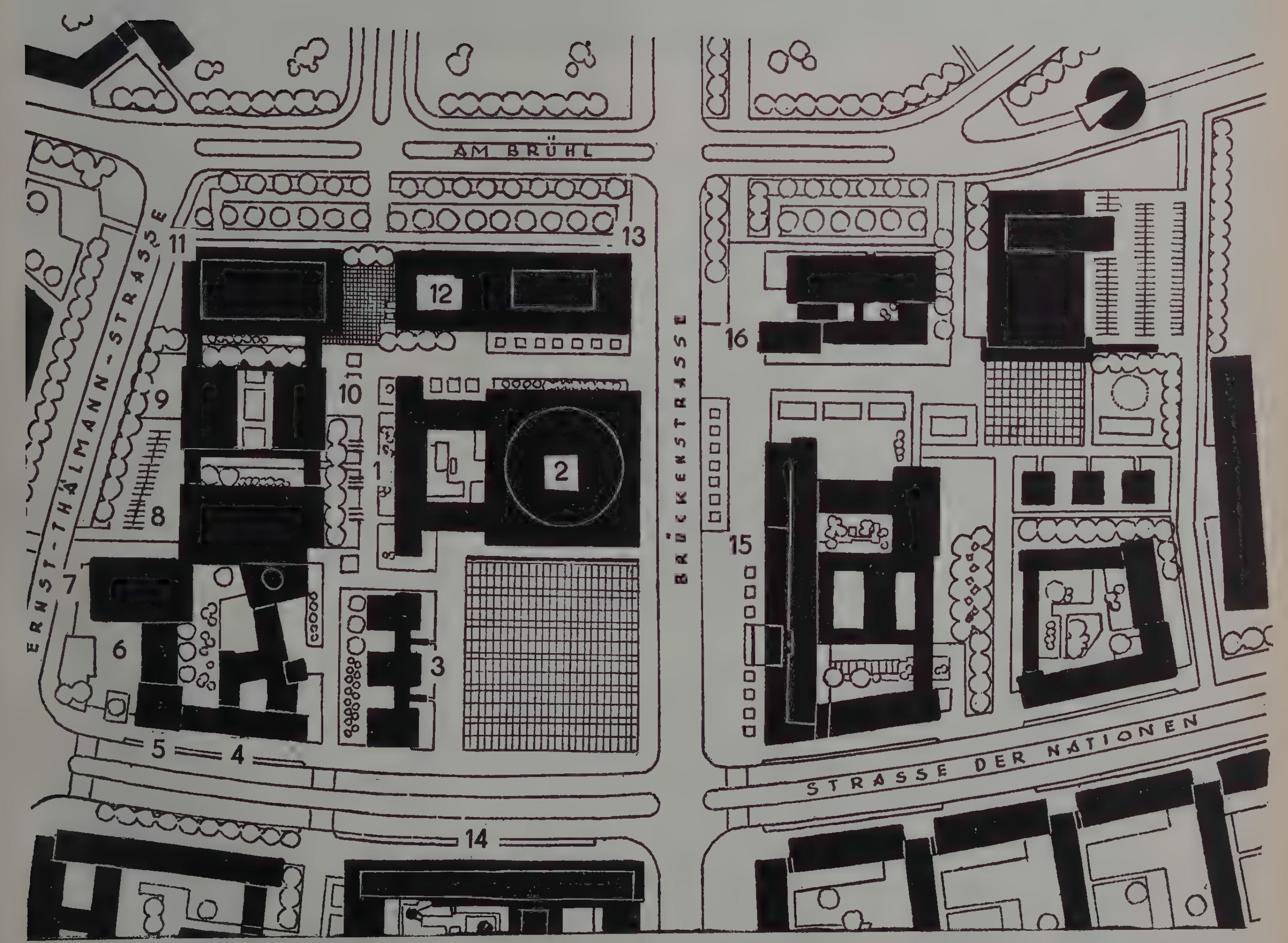
Die Zufahrt zum Café am Roten Turm ist nicht gelöst.

Der vorhandene Baumbestand wurde nicht berücksichtigt.

Die vorgeschriebene Gebietsgrenze für die im Rahmen des Wettbewerbes unterzubringenden Objekte wurde im Nordosten überschritten (Schauspielhaus).

Die vorliegenden zeichnerischen Unterlagen zeigen, daß der Verfasser das industrielle Bauen anstrebt. Er sieht für alle Gebäude ein Raster von 6 m × 6 m vor.

Lageplan 1 : 3000



1 Haus der Kultur und Wissenschaften — 2 Großer Festsaal — 3 Ausstellungspavillons — 4 Schnellimbiß — 5 Milchbar — 6 Limonadenbar — 7 Lichtspieltheater — 8 Parkhaus — 9 Rundfunkstudio — 10 Planetarium — 11 Varieté — 12 Puppenbühne — 13 Konzertsaal — 14 Hotel — 15 Haus der Partei — 16 Turmhaus (86 m) für die Vereinigungen Volkseigener Betriebe

Lageplan 1 : 3000

BRÜHL
8
THÄLMANN STR.
1
2
7
BRÜCKENSTRASSE
9
10
3
6
5
4
E
STRASSE DER NATIONEN



3. Preis

Kollektiv Architekt BDA Gartenbauingenieur Martin Röser, Architekt BDA Bauingenieur Winfried Kurze, Stadtbauzeichner Siegfried Seyffert, Halle

Blick auf den Zentralen Platz von Osten

Begründung des Preisgerichtes:

Der Verfasser ordnet die Dominante des Hauses der Kultur und Wissenschaften an der städtebaulich richtigen Stelle an. Ebenso ist die Anordnung des Schauspielhauses am Brühl Ecke Brückenstraße als gelungen zu betrachten.

Als nachteilig wird empfunden, daß das Haus der Partei zu niedrig ist und der niedrige Baukörper zwischen Zimmerstraße und Haus der Partei nicht der Bedeutung der Straße der Nationen entspricht.

Durch die Stellung des Hotels am Zentralen Platz besteht eine unerwünschte Trennung des städtebaulichen Raumes; der Baukörper des Hotels ist zu hoch und steht mit seiner unbelichteten Seite zum Platz.

Besonders hervorzuheben ist bei diesem Entwurf die funktionelle Lösung des Hauses der Kultur und Wissenschaften.

Es ist dem Verfasser gelungen, die verschiedensten Funktionen, wie großer Festsaal, Varieté, Konzertsaal, Mehrzwecksaal, Ausstellungsräume, in einen einheitlichen Baukörper unterzubringen und dadurch eine Klarheit im Funktionsablauf zu erreichen.

Die architektonische Lösung der Fassaden des Ensembles des Hauses der Kultur und Wissenschaften läßt jedoch einen festlichen Charakter vermissen.

Hervorzuheben sind die im Bereich des Hauses der Kultur und Wissenschaften sowie des Schauspielhauses angeordneten Grünflächen mit Fußgängerverbindungen.

Die Auflockerung der verlängerten Ernst-Thälmann-Straße durch quergestellte Bürogebäude wird begrüßt.

Aus dem Vorprüfungsbericht:

Das gegebene Straßennetz einschließlich der Führung der Straßenbahn wird vom Verfasser beibehalten. Der Verfasser geht im Erläuterungsbericht auf den Verkehr ein.

Er schätzt den Parkbedarf auf 1000 Stellflächen. Im Entwurf weist er 771 Stellflächen nach. Hierzu kommen Parknischen in der Straße der Nationen sowie Parkplätze auf der Brückenstraße, die vom Verfasser nicht berücksichtigt wurden. Das Parkhaus enthält 288 Stellflächen sowie Tankstelle und Pflegedienst. Zu- und Abfahrt zum Parkhaus wurde nicht getrennt.

Der Verfasser sieht für das Haus der Kultur und Wissenschaften und das Haus der Partei Garagen vor.

Der Sammler wurde nicht überbaut.

Es wird eine zentrale Gartenanlage in Verbindung mit dem Café am Roten Turm vorgeschlagen, die zwar verkehrlich, jedoch nicht optisch mit dem Zentralen Platz verbunden ist. Um das Grün des Kulturparkes an den Zentralen Platz heranzuziehen, ist vor dem Schauspielhaus eine gärtnerisch gestaltete Platzfläche vorgesehen. Die dort eingeordnete Wasserfläche liegt 15 m von der Brückenstraße entfernt. Sie nimmt ein Viertel der gesamten Platzfläche ein.

Eine Fußgängerverbindung zwischen Ernst-Thälmann-Straße und dem Zentralen Platz ist im Entwurf enthalten. Die Fortsetzung dieser Verbindung nach dem Theaterplatz ist nicht möglich.

Im Entwurf wurden Fußgängerbereiche und Fahrverkehr getrennt.

Die vorgeschriebene Gebietsgrenze für die im Rahmen des Wettbewerbsgebietes unterzubringenden Objekte wurde im Nordwesten überschritten (Parkplätze).

Der vorhandene Baumbestand wurde nicht berücksichtigt.

Für Büro-, Hotel- und Verwaltungsgebäude wird das vom Auslober gegebene Konstruktionsschema des Bürohauses übernommen, für Säle und Garagen ist ein Raster von 6 m vorgesehen.

←

1 Haus der Kultur und Wissenschaften — 2 Hochhaus (82 m) — 3 Haus der Partei — 4 Bezirksbildungsstätte — 5 Hotel — 6 Parkhaus — 7 Bürogebäude — 8 Kino — 9 Schauspielhaus — 10 Gebäude der Vereinigungen Volkseigener Betriebe

3. Preis Kollektiv Architekt BDA Karl Müller, Architekt BDA Martin Decker, Architekt BDA Peter Wolf, VEB Industrieprojektierung Karl-Marx-Stadt

Begründung des Preisgerichtes:

Der Entwurf bringt eine Reihe guter städtebaulicher Details und Anregungen besonders für die Gestaltung des Gebiets in der Nähe des Roten Turmes. Auch das Haus der Partei mit seiner vorgelagerten Terrasse an der Brückenstraße Ecke Straße der Nationen erscheint ansprechend.

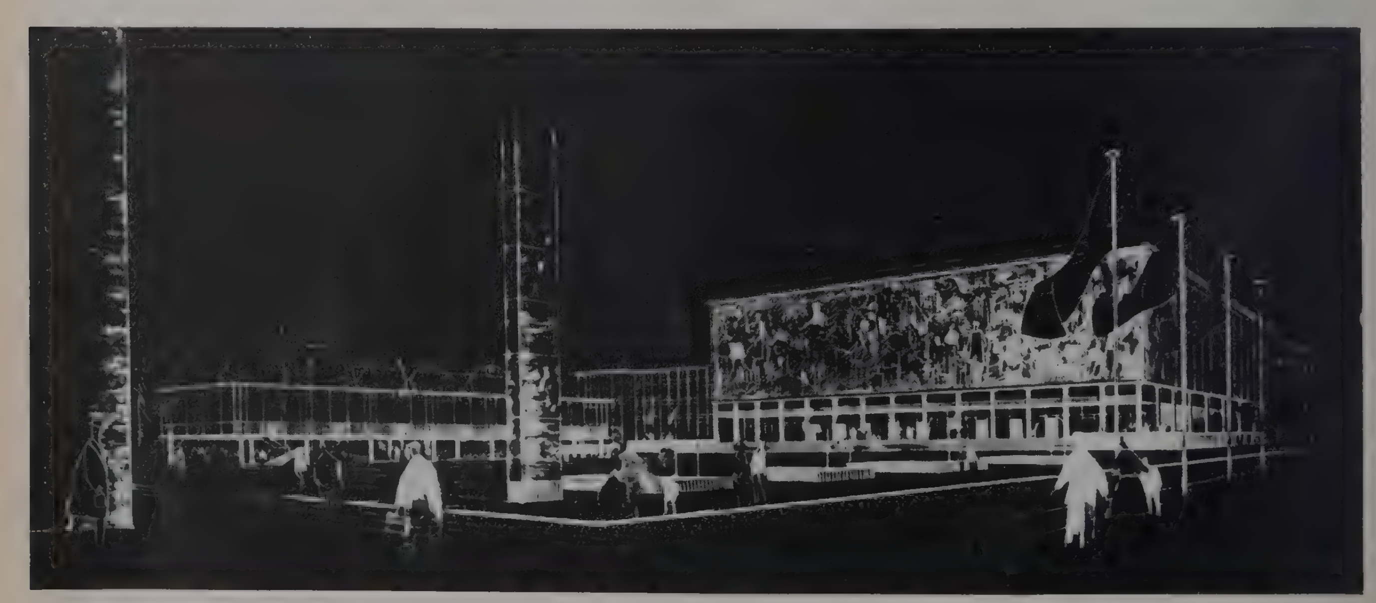
Ebenso ist die Anordnung des Hauses der Vereinigungen Volkseigener Betriebe mit Gasträumen im Erd- und Obergeschoß an der Südwestseite des Zentralen Platzes zu begrüßen.

Hervorzuheben ist der festliche Charakter der Architektur des Zentralen Platzes. Die praktische Ausführung des monumentalen Frieses am Haus der Kultur und Wissenschaften erscheint in künstlerischer Hinsicht problematisch.

Nachteilig ist bei diesem Entwurf die Anordnung der Dominante an der Straße der Nationen.

Dieser Baukörper erscheint zu hoch, besonders sein Hineinragen in die Flucht der Straße der Nationen ist abzulehnen.

Blick auf den Zentralen Platz von Osten



Zusammen mit dem Ausstellungsgebäude am Zentralen Platz bildet es ein Portal und läßt damit den Bereich der Straße der Nationen bis zum Rathaus als untergeordnet erscheinen.

Außerdem beeinträchtigt die Dominante den Maßstab des Rathausgebietes. Der Verfasser bringt in diesem Baukörper Maßstäbe, die den Charakter des Baugebietes übersteigen.

Der Baukörper des Hauses der Kultur und Wissenschaften wird funktionell nicht gelöst. Die Nebenflächen sind zu aufwendig.

Der Verfasser überbetont den großen Festsaal und die umliegenden Foyerräume und erfüllt in ungenügendem Maße die Belange der übrigen, im Programm geforderten Säle, insbesondere Konzertsaal, Mehrzweckhalle und ähnliches. Dabei gelingt es dem Verfasser nicht, trotz der hohen Kubatur, Puppenbühne und Varieté im Wettbewerbsgebiet unterzubringen. Die axiale Orientierung des Schauspielhauses auf die Nordwestecke des Hauses der Kultur und Wissenschaften ist nicht gelöst.

Aus dem Vorprüfungsbericht:

Die vorgegebene Konzeption der Straßen wurde bis auf das Verrücken der neuen Straße (verlängerter Brühl bis zur Wilhelm-Pieck-Straße) um maximal 35 m nach Nordwesten nicht verändert. Die Trassenführung der Straßenbahn wurde ebenfalls beibehalten.

Im Wettbewerbsgebiet überbaut der Verfasser mit einem viergeschossigen Gebäude die Tunnelstraße.

Das Parkhaus entfällt, da der Verfasser das Untergeschoß des Ensembles der Kultur und Wissenschaften mit Abstellplatz für Personenkraftwagen plant (800 Stellplätze). Es wird weiterhin vorgeschlagen, eine zweigeschossige Parkmöglichkeit an dieser Stelle zu schaffen.

Garagen für das Haus der Partei, Haus der Kultur und das Hotel sind vorgesehen. Insgesamt sind reichlich Park- und Garagenflächen ausgewiesen.

Der Verfasser sieht eine zentrale Gartenanlage vor, die sich von einer weiteren Grünfläche (für Volksfeste) durch ihre streng regelmäßige Form abhebt und mit dem Zentralen Platz in Sichtverbindung steht. Hiermit sowie auch über die Brückenstraße wird die gestalterische Verbindung Kulturpark—Zentraler Platz angestrebt. Die Brückenstraße erhält im Vergleich zur Straße der Nationen keine sinnfällig unterschiedliche Grüngestaltung.

Eine Fußgängerverbindung zwischen Theaterplatz und Ernst-Thälmann-Straße ist vorgesehen, führt jedoch in Höhe des Schauspielhauses zwischen Parkplätzen hindurch.

Aus den Lageplänen sowie aus dem Modell geht keine klare Trennung von Fußgänger- und Fahrverkehr hervor.

Der vorhandene Baumbestand wurde nicht berücksichtigt.

Die vorgelegten zeichnerischen Unterlagen sowie Hinweise im Erläuterungsbericht zeigen, daß der Verfasser die industrielle Bauweise für den Aufbau des Stadtzentrums anstrebt. So wird festgelegt, daß der Längsraster mit 3,60 m und 6,00 m angeordnet wird, der Querraster mit 5 m / 3 m / 5 m oder 4,50 m / 7,50 m.

Lageplan 1 : 3000

1 Varieté — 2 Puppentheater — 3 Rathaus — 4 Läden — 5 Hauptpost — 6 Hotel — 7 Gaststätte — 8 Vereinigungen Volkseigener Betriebe — 9 Haus der kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen — 10 Haus der Kultur und Wissenschaften — 11 Studio — 12 Kino — 13 Terrasse, Freilichtkino — 14 Café Roter Turm — 15 Haus der Mode — 16 Ausstellungsvitrine — 17 Mahnmal — 18 Schauspielhaus — 19 Bezirksbildungsstätte — 20 Haus der Partei — 21 Garagen — 22 Garagenhof — 23 Tankstelle — 24 Industrie- und Handelskammer, Rat des Bezirkes — 25 Bürohaus

Ankauf Dipl.-Ing. Bodo Hoffmann, Halle

Begründung des Preisgerichtes:

Der Verfasser zeigt eine ansprechende städtebauliche Gliederung des zentralen Raumes. Die Verteilung der einzelnen Baumassen ermöglicht das Einordnen größerer zusammenhängender Grünflächen. Der Maßstab der begonnenen Zentrumsbebauung ist aufgenommen und wird sinnvoll fortgesetzt.

Nachteilig ist die Anordnung des Hotels an der Südwestseite des Platzes mit der unbelichteten Front. Außerdem entsteht dabei eine unerwünschte Abriegelung des Bereiches Roter Turm — Rathaus.

Trotz der ansprechenden Lösung im Bereich Brühl — Brückenstraße wird die Anordnung des großen Festsaales an dieser Stelle als ungünstig angesehen, da



Blick auf die Brückenstraße

keine Beziehung zum Zentralen Platz entsteht.

Weiter muß die Stellung des Hochhauses bemängelt werden, da die Breitseite die längste Zeit des Tages im Schatten liegt.

Die Anordnung eines Parkplatzes an der Grünfläche zwischen Haus der Kultur und Wissenschaften und verlängerter Ernst-Thälmann-Straße wird als nachteilig empfunden, da dadurch der Grünraum zerstört wird.

Die Anordnung der beiden Säle im Haus der Partei links und rechts der Tribüne ist falsch, dadurch wird die Sicht von und zur Tribüne versperrt.

Die Grundrißlösung für das Haus der Kultur und Wissenschaften zeigt zwar gute Ansätze, als nachteilig wird jedoch empfunden, daß der zentrale Festsaal nicht direkt, sondern nur über ein Restaurant mit dem Hauptkomplex in Verbindung steht.

Der Standort des Planetariums ist ungünstig.

Die Architektur kommt trotz einiger guter Ansätze über eine schematische Aufteilung der Fassaden nicht hinaus.

Weiter ist die mehrfache Überbauung der vorgegebenen Tunneltrasse zu beanstanden.

Aus dem Vorprüfungsbericht:

Der Verfasser schlägt die Verlagerung des Tunnels um 8 m vor, damit bei dem gewählten Stützenabstand des dreigeschossigen Nebenflügels des Hotels der 7 m breite Tunnel ohne Beeinflussung der tragenden Konstruktionselemente gerade durchgeht. Diese angenommene Breite von 7 m reicht nur für eine Fahrtrichtung. Bei der Einordnung der zweiten Fahrtrichtung kommt der Tunnel in den Bereich der Fundamente des Roten Turms. Die Südost-Bebauung der Straße der Nationen ist auf die beschriebene Tunnelführung nicht abgestimmt.

Das ausgewiesene Parkhaus beinhaltet 318 Stellflächen. Nördlich des Schauspielhauses können viele Parkmöglichkeiten geschaffen werden. Für das Haus der Kultur und Wissenschaften wurden 66 Garagen ausgewiesen, für das Haus der Partei 32 Garagen.

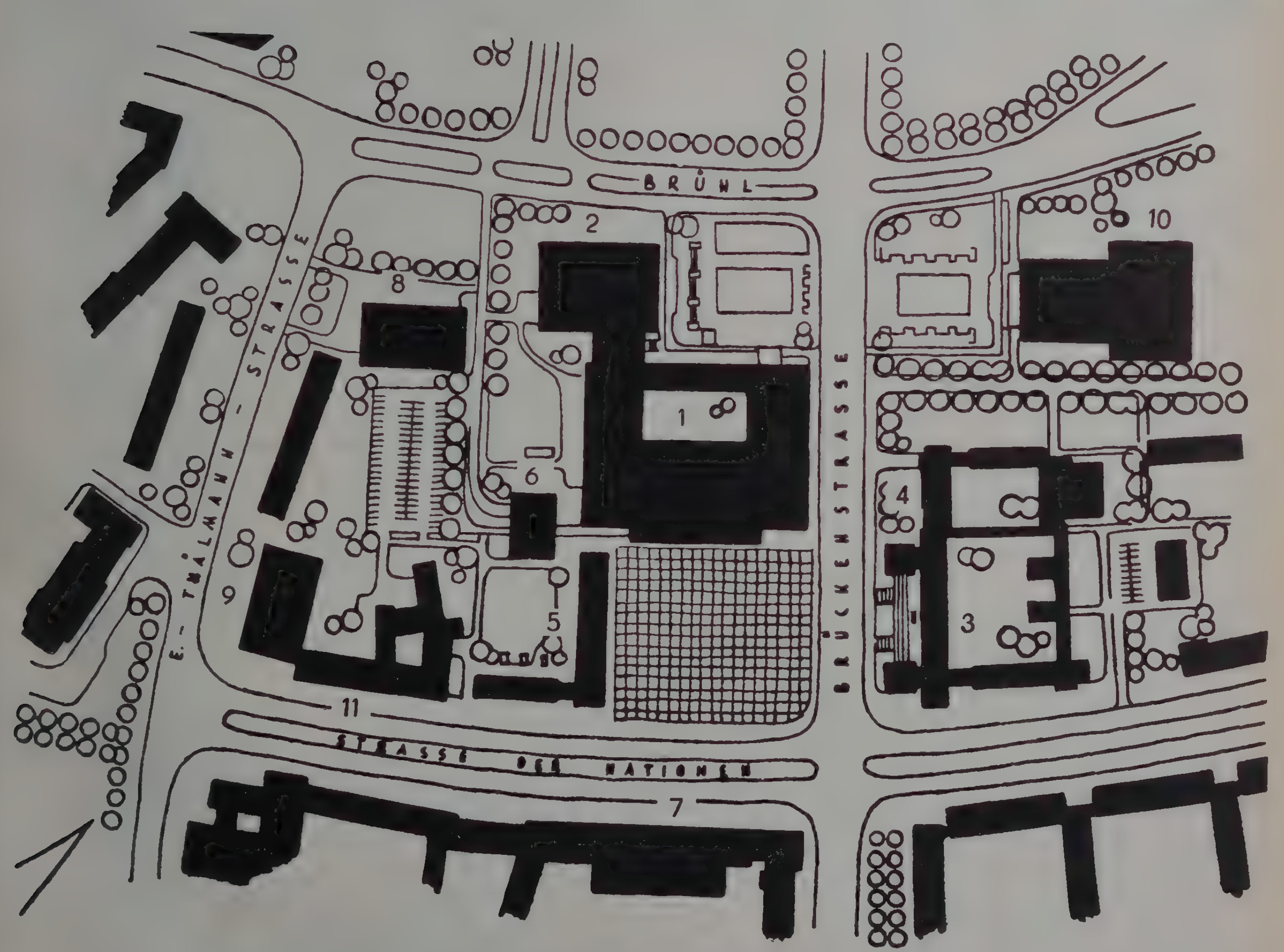
Der Verfasser sieht eine repräsentative Gartenanlage beiderseits der Brückenstraße vor, die als gestalterischer Kontrast zum Zentralen Platz gleichzeitig eine Überleitung zum Kulturpark darstellt.

Der Verfasser schlägt ein einheitliches Rastermaß vor. Die gewählten Achsabstände entsprechen den Normen des Industriebaus auf Dekametersystem.

Achsabstand: 5 m / 6 m / 7,50 m.

Die für die Säle gewählten Spannweiten betragen 12 m, 15 m und 18 m.

Lageplan 1:3000



1 Haus der Kultur und Wissenschaften — 2 Festsaal — 3 Haus der Partei — 4 Bezirksbildungszentrum — 5 Hotel — 6 Planetarium — 7 Haus der Vereinigungen Volkseigener Betriebe — 8 Hochgarage — 9 Lichtspieltheater — 10 Schauspielhaus — 11 Läden

Ankauf

Kollektiv Architekt Werner Müller und Architekt Hans-Joachim Sommermeyer, Leipzig

Begründung des Preisgerichtes:

Der Verfasser bringt eine ansprechende Lösung für den Zentralen Platz. Die bauliche Gestaltung des Hauses der Partei sowie des Hotels als dominierende Gebäude werden anerkannt. Begrüßt werden auch die Auflockerung im Bereich des Zentralen Ensembles und die Schaffung von Grünflächen.

Als nachteilig muß angeführt werden, daß der Verfasser die Tunneltrasse verlegt und das Café am Roten Turm zum Abbruch bringt, ohne jedoch eine bessere städtebauliche Lösung zu erreichen. Die Errichtung eines neuen Cafés am Roten Turm an Stelle des alten ist zu verwerfen.

Ebenso erscheint es falsch, zwischen Haus der Kultur und verlängerter Ernst-Thälmann-Straße ein Bürogebäude einzuordnen. Die dadurch entstehende Schlucht zwischen Haus der Kultur und



Blick auf die Brückenstraße

Wissenschaften und Bürogebäude und neuem Café am Roten Turm ist städtebaulich nicht erwünscht.

Ferner muß die Anordnung des Schauspielhauses im Bereich des Brühls bemängelt werden. Die dort entstehende Anlage ist zu weiträumig und steht in Konkurrenz zum Ensemble des Zentralen Platzes.

Die Lösung des Grundrisses für das Haus der Kultur und Wissenschaften zeigt Unklarheiten und wird dem Funktionsablauf dieses Gebäudes nicht gerecht. Die notwendigen Räume für gastronomische Betreuung und die erforderlichen Garderobenräume sind unzureichend und gewährleisten nicht die Funktion dieses Ensembles.

Aus dem Vorprüfungsbericht:

Der Verfasser ändert die Einmündung der Helmut-Just-Straße auf die Straße des verlängerten Brühl zur Wilhelm-Pieck-Straße. Er bringt den Vorschlag, die Helmut-Just-Straße mit der Ernst-Thälmann-Straße direkt zu verbinden. Dies ist nicht möglich. Das sonst vorgegebene Straßennetz wurde nicht verändert. Ebenfalls wurde die Führung der Straßenbahn beibehalten.

Die Zahl der Stellflächen für Kraftwagen ist nicht ausgewiesen. Die vorgesehenen Flächen außerhalb der Wettbewerbsgrenzen und das Parkhaus entsprechen den entstehenden Forderungen.

Für das Wettbewerbsgebiet wurde die erforderliche Garagenzahl nicht nachgewiesen, wenn auch genügend Fläche vorgesehen wurde. 75 Prozent davon liegen innerhalb der Wettbewerbsgebietsgrenze. Die Garagen für das Haus der Partei wurden eingeordnet.

Der Verfasser verändert die Trasse des Tunnels. Bei dieser Lösung erhält der Tunnel eine nicht gewünschte kurze Kurve.

Die Sammler wurden innerhalb des Wettbewerbsgebietes nicht überbaut.

Der Verfasser sieht eine sehr große zentrale Gartenanlage vor, die starke Beziehung zum Zentralen Platz aufweist.

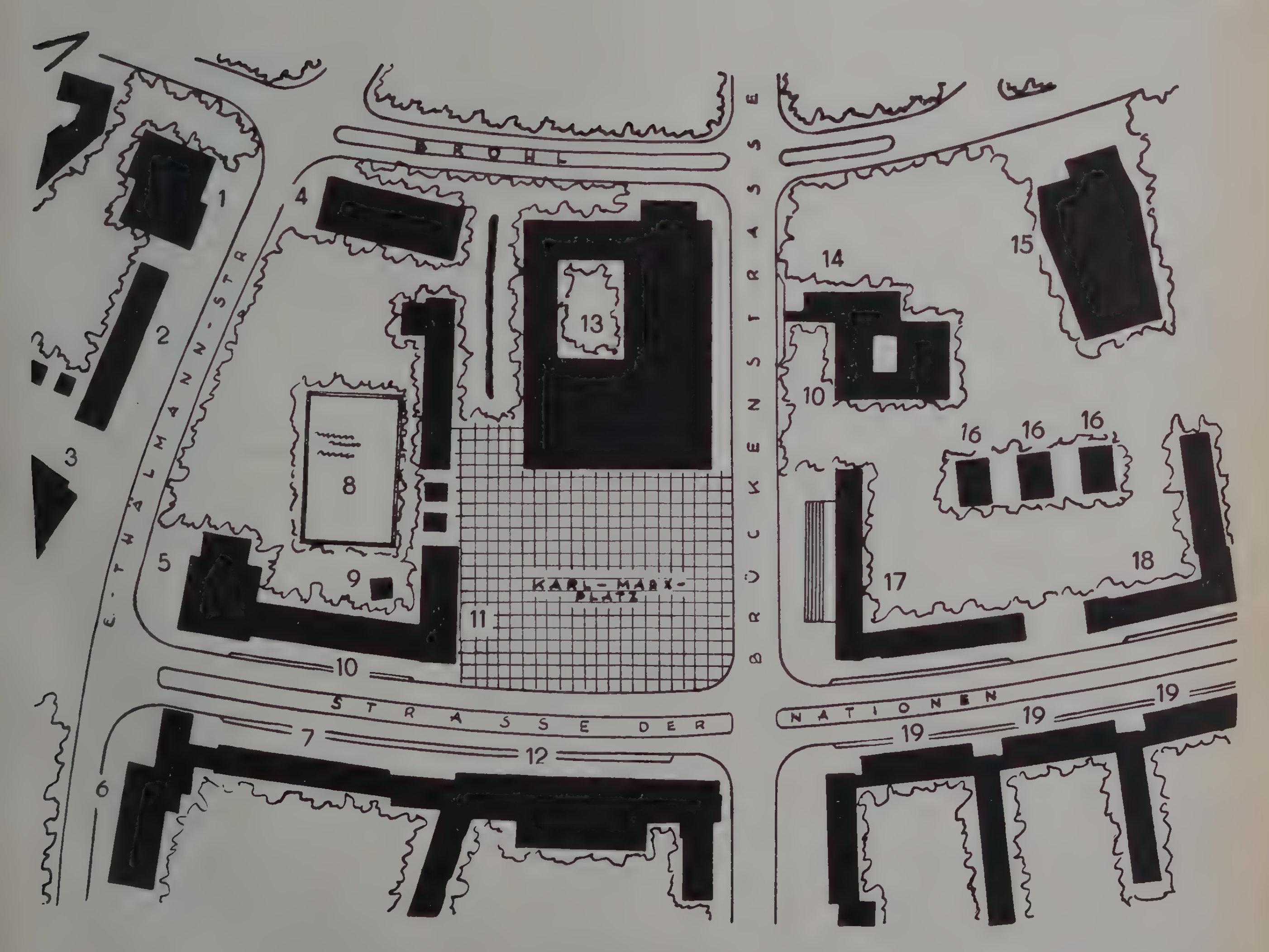
Die Grünverbindung Kulturpark—Zentraler Platz ist trotz der Einengung durch das Hotel gut möglich. Der Verfasser äußert sich über die Gestaltung der Außenanlagen sowie über die Erschließung der einzelnen Objekte nicht.

Der Verfasser stellt heraus, daß bei seinem Entwurf Blockumbauungen vermieden wurden.

Der gewählte Raster beträgt 6,00 m beziehungsweise 3,60 m.

Der Verfasser beabsichtigt, bei der Durchführung des Aufbaus vorgefertigte Konstruktionselemente anzuwenden.

Lageplan 1 : 3000



1 Kaufhaus — 2 Bürogebäude — 3 Rathaus — 4 Parkhaus — 5 Lichtspieltheater — 6 Post — 7 Bürogebäude — 8 Wasserbecken — 9 Roter Turm — 10 Café — 11 Gedächtnishalle — 12 Haus der Industrieverwaltungen — 13 Haus der Kultur und Wissenschaften — 14 Hotel — 15 Schauspielhaus — 16 Garagen — 17 Haus der Partei und Massenorganisationen — 18 Industrie- und Handelskammer — 19 Läden

Zur realistischen Methode der Farbgebung im Städtebau

Professor Siegfried Tschierschky
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Die Farbgebung in der Architektur und im Städtebau hat zwar, für sich betrachtet, nur allgemein-ästhetische und nicht künstlerische Möglichkeiten; aber richtig in den Dienst der künstlerischen Aufgaben der Architektur beziehungsweise des Städtebaus gestellt, kann sie von großer Bedeutung für die künstlerische Wirkung sein.

Alles Künstlerische, ganz gleich von welcher Kunstart hervorgebracht, ist zweifellos ein „Beschreibbares".

Das „Beschreiben" gelingt, entsprechend den Regeln der jeweiligen Kunstart, durch jeweils sehr verschiedene Mittel und Methoden.

Weil für jede Kunst die Beschreibbarkeit zutrifft, hat man zunächst angenommen, die Literatur sei so etwas wie eine Hauptkunst, weil sie dem Beschreibbaren, im Sinne des Wortes, am nächsten steht. Nach tieferem Einblick in die Probleme der Kunst mußte man diese Orientierung aufgeben und glaubte nun am „Abbild" als einem allen Künsten eigenen Phänomen festhalten zu können. Denn tatsächlich wird ja das durch irgendeine Kunst dargelegte Beschreibbare dank entstehender Bilder zur Kunst.

Diese Bilder zeigen aber nicht gleichermaßen eindeutigen Abbildcharakter. Sie werden zwar niemals ganz ohne Abbildcharakter sein; aber es wird hierin ein Mehr oder Weniger zugegeben werden müssen, und das bis zu einem Grade, bei dem das Abbild nicht mehr das Dominierende ist.

Eine solche Situation finden wir in der Architektur beziehungsweise im Städtebau vor, und ich war andererorts auch bemüht, deutlich zu machen, warum und wodurch das so ist.

Niemand wird jedoch leugnen, daß die Wirkung der Architektur eine bildhafte ist. Nur ist es eine andere Art von Bild als das Bild des Malers. In dieser Art von Bild sind Ordnungen durch Ordnungen in den Vordergrund der bildhaften Betonung gerückt. Das architektonische Bild ist also, im gewissen Gegensatz zum Abbild, ein Ordnungsbild, in dem auch Abbildcharakter sozusagen fermentierend enthalten ist, aber nicht vorherrscht.

Am deutlichsten wird der Unterschied zwischen Abbild und Ordnungsbild, wenn man die Verschiedenheit der Wege des Zustandekommens dieser zwei Arten von Bildern überdenkt.

Der bildende Künstler wird seiner Neigung und Entwicklung gemäß danach trachten, über das Abbild zu künstlerischem Ergebnis zu kommen. Der Architekt wird seiner Vorstellung und Entwicklung entsprechend ein Ordnungsbild anstreben, womit nicht geleugnet wird, daß Ordnung im Abbild und Abbildhaftes im Ordnungsbild mitwirkend enthalten sein müssen.

Es ist nun nicht uninteressant, die Bemühungen in der Praxis dort zu beobachten, wo man engste Berührungen beider bildhafter Auffassungen vorfindet, zum Beispiel in der Farbgebung. Das ist besonders gegenwärtig beachtenswert, weil mit der Typisierung und Industrialisierung im Bauen der Umfang dessen gewaltig zunimmt, was mit der Farbe im Sinne des Städtebaus und der Architektur zu charakterisieren ist. Was zum Beispiel durch den Wohnkomplex an städtebaulichen Überlegungen gefordert wird, geht weit über das hinaus, was die Anreihung von Besitzbürgerhäusern (oder ihrer Nachfahren) zu Straßen- und Platzwänden vom Farbgeber verlangte.

Die Räume und Raumfolgen in einem Wohnkomplex machen es besonders notwendig, daß die städtebauliche Konzeption durch Farbe verdeutlicht wird, nicht zuletzt darum, weil der Betrachter an die ihm oft noch ungewohnte Größe und Offenheit der Außenräume erst zu gewöhnen ist, weil er damit erst am künstlerischen Erleben des Neuen so recht teilnehmen kann.

Allein diese Bedingung rückt die Frage nach dem prädestinierten Farbgeber und nach einer geeigneten Methode der Farbgebung in städtebaulichen Räumen in den Vordergrund.

Es liegt nahe, den bildenden Künstler als Fachmann der Farbe zu solchen Aufgaben heranzuziehen. Die Erfahrung hat aber in vielen Fällen gelehrt, daß er dann in Fragen der Architektur und des Städtebaus überfordert war. Es hat sich vor allem gezeigt, daß der Maler, und dessen Gedankengängen folgend auch so mancher Architekt, mit der Methode, die Dinge so darzustellen, wie man sie sieht beziehungsweise sehen wird, der Methode des gegenständlichen Abbildes, also indem er Perspektiven und Abwicklungen von Straßen- und Platzwänden fertigte, scheitern mußte. Er kam damit aus der „Ausschnittbetrachtung" nicht heraus, weil sich mit dem Abbild niemals ganze Räume, sondern nur immer Wände erfassen lassen, und weil der erfaßbare Ausschnitt zum Zerlegen und damit zum Verwischen der Großräumigkeit verführt.

Es kommt aber gerade jetzt, im Anfang der neu formulierten Außenräume, darauf an, die städtebaulich konzipierten, oft ungewohnt weiten Räume mit der Farbgebung zu verdeutlichen, ohne allerdings die Baukörper, welche die Raumwände liefern, nun etwa farbig, zugunsten der Raumbetonung, zu zerlegen.

Die Benutzung eines Modells (1 : 1000 beziehungsweise 1 : 500) ist zwar ein großes Hilfsmittel für denjenigen, der in städtebaulichen Räumen zu denken gewohnt ist. Wer aber gewohnt ist, in „Abbildern" zu denken, wird durch das Modell vielfach irritiert werden, denn er kann sich auch mit Verwendung eines Spiegels beziehungsweise eines Periskopes nicht die Wirkung der vielgeschossigen Ausdehnungen der Farbflächen ausreichend zur Vorstellung bringen. In Isometrien und in der Aufsichtsbetrachtung eines Modells aber werden die Grün- und Wegflächen des Lageplans und vor allem die Dachflächen von unreal großer Wichtigkeit, und die Hauptsache, nämlich die Fassaden, wird immer unterdrückt, weil sie in der Verkürzung erscheinen.

Ein wirklich realistischer Farbgebungsentwurf in architektonischen und städtebaulichen Räumen ist also nicht nach den Prinzipien des Abbildes, sondern nur im Sinne eines Ordnungsbildes, das heißt abstrakt möglich. Denn die Farbwirkung in einem Raum hängt, genau wie bei einer Fläche, von den richtigen Proportionen der einzelnen, vollständig erfaßten Farbmengen und von der Beachtung der Nachbarschaften und Überschneidung dieser Farbmengen ab, nur mit dem Unterschied, daß sich das gleiche Verhältnis im Raum dreidimensional und nicht zweidimensional darstellt. Das Verhältnis der Farbmengen und Nachbarschaften wird davon nicht berührt und kann in beiden Fällen das gleiche sein.

Danach ist es durchaus möglich, das, was im Raum an Farbmengen und an Nachbarschaften beziehungsweise optischen Überschneidungen real werden soll, abstrakt auf der Fläche abzuwägen, und so zur richtigen Wahl und Abstimmung der Farben zu kommen. Der Farbgebungsentwurf von Räumen ist also auf der Fläche möglich. Ein solcher Farbgebungsentwurf ist für die Außenräume sogar noch einfacher als für Innenräume. Denn im Innenraum sind Decken und so weiter, also alle begrenzenden Flächen des Raumes, farblich zu bestimmen. Im Außenraum fällt dem Farbgeber fast ausschließlich die Aufgabe zu, die vertikalen Wände der Räume farbig zu fixieren. Das übrige wird zum Beispiel vom Grüngestalter und anderen bestimmt und muß darum auch für den Farbgebungsentwurf bereits festliegen.

Nach einer Reihe von Versuchen und Untersuchungen hat sich am Lehrstuhl für das „Bildkünstlerische in der Architektur" an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar folgende Methode als praktisch und empfehlenswert herausgestellt:

Der vorliegende Lageplan des zu bearbeitenden Wohnkomplexes (1 : 1000 beziehungsweise 1 : 500) wird linear auf einen Karton mittleren Graus übertragen. Dieses Grau soll immer noch auffallend dunkler sein als der dunkelste beabsichtigte Hauptton. Dann streicht man saugendes Papier mit Leimfarbe in jenen Tönen ein, die für eine Farbgebung von Fassaden real möglich sind und für den Entwurf in Frage kommen. Daraus schneidet man Streifen in der Größe der im Lageplan angegebenen Baukörpergrundrisse und legt diese auf die Grundrisse im grauen Lageplan. Damit bewegt sich die Farbmenge im annähernd richtigen Verhältnis zum Umgebenden. Lediglich bei Hochhäusern und Flachbauten wird man vom Grundriß abweichen müssen, wobei man allerdings darauf bedacht sein muß, die Raumverhältnisse nicht wesentlich zu stören. Entsprechend den städtebaulichen Absichten versucht man nun, zum ersten die Einheit der Räume, zum zweiten die Führung in den Räumen zu irgendwelchen Höhepunkten (Schule, Kaufhalle, Hochhaus und so weiter) und schließlich diese Höhepunkte selbst durch Farbe zu betonen. Es empfiehlt sich, sehr hell, eventuell mit Weiß als Hauptton, dort zu beginnen, wo die Hauptführung im Komplex verläuft. Die Außenwände in gekrümmten oder gebrochenen Führungen sind dabei immer als „Aktive" zu betonen. Ist nun im weiteren eine sinnvolle Führung, Pointierung oder Beruhigung

innerhalb der untergeordneten Räume gelungen, dann wird man — falls Dächer mit in Erscheinung treten werden — einen Bogen Papier in der zu erwartenden Dachfarbe einstreichen, um den farbigen Grundrissen schmale Streifen dieses Farbtons beizufügen. Die Breite dieser Streifen soll dabei nicht orthogonal sein, sondern vielmehr der Breite entsprechen, in welcher man das Dach als Betrachter erleben wird. Die Breite bei fallendem Gelände oder bei weiterem Raum wird zum Beispiel größer sein als im umgekehrten Falle. Es werden sich nach Hinzufügen der Dachfarbe bereits Korrekturen im Entwurf notwendig machen. Die spätere Trübung und Verdunklung der Dachfarbe verschlechtert niemals die für den Neuzustand der Dächer günstig liegende Situation. Nun streicht man sich zur Kontrolle des bisher Gefundenen einen Karton in Himmelblau (mit leichter Trübung) und einen Karton in einem leicht ergrauten Blattgrün ein, paust auch hier den Lageplan auf und belegt die Grundrisse mit den gleichen, auf dem Grauton brauchbar erschienenen Farbstreifen. Das geschieht in der Absicht, die bisher gefundene Farbgebung in ihrer Beziehung zur Farbe des Himmels und zum umgebenden Grün zu überprüfen.

Für gewöhnlich ist es auch hier wieder notwendig, den einen oder anderen Farbton zu verbessern. Ist das geschehen, so befestigt man die Farbvorschläge endgültig auf dem grauen Karton.

Es ist nun allgemein bekannt, daß eine Fassade für gewöhnlich in sich selbst Höhepunkte zeigt, die zu farbiger Betonung innerhalb des gefundenen Hauptttones herausfordern. Das bezieht sich zum Beispiel auf Balkone, Loggien und Treppenhäuser. Der Farbgebungsvorschlag bliebe unvollständig, ließe man diese Möglichkeit außer acht, die dazu dient, ohne Verletzung der Betonung der großen Räume, die darin bestehenden intimeren Räume abzuwandeln und so auch wieder als Räume zu verdeutlichen.

Damit treten zu den Haupttönen die Hauptbeitöne. Diese Hauptbeitöne wird man bereits in diesem kleinen und darum übersichtlichen Entwurf an der richtigen Stelle und in der richtigen Proportion, wenn auch nur als Schnitzel oder Kleckse, in die Haupttöne einbetten.

Daß diese mengenmäßig geringeren Hauptbeitöne gegen die lichten Haupttöne in der Regel farbintensiver und komplementär sein können, liegt auf der Hand.

Damit kann aber der Farbgebungsentwurf noch nicht abgeschlossen sein. In der Fassade werden nämlich Hauptton und Hauptbeiton ein Verhältnis zur Öffnungsstruktur eingehen, und ohne dieses Dreiklangverhältnis zu vervollständigen, können die Tonwerte nicht als endgültig festgelegt gelten.

Eine Fassade mit großen Öffnungen und wenig „Fleisch" verlangt zum Beispiel eine ganz andere Farbintensität als das bei relativ großen farbigen Wandflächen der Fall wäre.

Darum kommt man nicht umhin, dieses Verhältnis von erstens Öffnungen, zweitens farbiger Fläche und drittens Pointierung bestimmter Details abzustimmen.

Nun ist aber bekannt, daß eine kleine Farbfläche, wie sie der Baukörpergrundriß im bisher gewonnenen Entwurf 1:1000 oder 1:500 darstellt, in seiner kleinen Überschaubarkeit eine andere Wirkung auslöst, als das in Wirklichkeit der Fall sein würde. Das bezieht sich nicht allein auf die Notwendigkeit, daß die Farbintensität in der großen Fläche weit geringer sein muß als auf dem Streifen im kleinen Entwurf. Auch die Öffnungsstruktur wird, entsprechend dem Maßstab, einen Wirkungswandel durchmachen.

Es hat sich bei den Versuchen und Untersuchungen herausgestellt, daß es wenig Zweck hat, die Struktur bereits im Entwurfsmaßstab 1:1000 oder 1:500 zu erwähnen. Das führt zum Verblassen der geringen Farbmengen beziehungsweise zu einem Intensivieren der Farbe in einem von dem realen Ziel abweichenden Sinne. Erst der Maßstab 1:100 erwies sich als geeignet, bei Verwendung von orthogonalen Fassadenabwicklungen (mit entsprechend verminderter Dachhöhe) bereits die Öffnungsstruktur zu erwähnen. Dieser Maßstab hat größeren Maßstäben gegenüber den Vorzug, das Ganze doch noch in entwurfsmäßiger, leicht übersichtlicher Kleinheit zu lassen.

Es empfiehlt sich, die üblichen Aufrisse einschließlich der Öffnungen auszuschneiden und nach entsprechendem Einfärben auf grauen Karton zu kleben, wobei sich die Verwendung von nichtwäßrigem Klebstoff empfiehlt. Hier wird man nun auch die Anwendung der Hauptbeitöne präzisieren und weitere Beitöne, wie zum Beispiel die Farbe des Fensterholzes und so weiter, im Detail erwähnen können.

Es versteht sich fast von selbst, daß hier auch Gelegenheit ist, den Ort, den Umfang und die Farbwerte eingeplanter bildkünstlerischer Äußerungen am Bau festzulegen.

Den Abschluß des Entwurfs bilden Farbtonkarten mit dem entsprechenden Mischverhältnis der Pigmente und Bindemittel, so daß sich der Ausführende und der Kontrollierende immer auf diese Angaben stützen können, die bei allen in der Praxis hinzukommenden Komplikationen das Zuverlässigste darstellen, was in der Farbgebung am Bau geboten werden kann. Die Farbtonkarte sollte nicht kleiner als 13×18 cm sein.

Über den für die Fachleute bestimmten Farbgebungsentwurf hinaus kann und soll man dann, auf dessen Grundlage, einige perspektivische Schaubilder herstellen, die auch, für den normalerweise abbildhaft sehenden Betrachter, einen abbildhaften Eindruck von den markantesten Situationen im Komplex vermitteln.

Dabei empfiehlt sich aber, die Farbe des Himmels und des umgebenden Grüns dunkler und stumpfer als in Wirklichkeit zu wählen, um bei Einhaltung der beabsichtigten Lokaltöne in den Fassaden jene Leuchtkraft der Fassaden zu erreichen, die dann — bei der viel höheren Lichtfülle im Außenraum und der viel größeren Farbmenge bei natürlicher Größe — der Wirklichkeit, das heißt einer strahlenden Freundlichkeit, in etwa entspricht.

Allerdings wird man dem Laienbetrachter diese Situation erklären müssen, da er sonst leicht geneigt sein wird, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen zu vermuten, obwohl doch gerade beabsichtigt ist, mit allen Teilen des Entwurfes einer für das Objekt gesehenen realistischen Wirkung so nahe wie möglich zu kommen.

Der neue Wohnkomplex Finow-Ost

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder)

Architekt BDA Dipl.-Ing. Christian Zeil
Dipl.-Ing. Dieter Urban
Gartenbauingenieur BDA Heinz Zschäckel

Finow, im Bereich der Talsande des Eberswalder Urstromtales gelegen, zählt neben Stalinstadt, Eberswalde, Schwedt und Frankfurt zu den wichtigsten Industriestädten des Bezirkes Frankfurt (Oder).
Finow und Eberswalde bilden gemeinsam einen industriellen Schwerpunkt, wobei Eberswalde die zentrale ökonomische Funktion innehat.
Das Finowtal muß im industriell wenig entwickelten nordostbrandenburgischen Gebiet als ein regionalplanerischer Wirtschaftsbereich betrachtet werden; es verfügt über geeignete Standortfaktoren für die Industrie. Diese industriellen Standortfaktoren, die in der sozialistischen Perspektive noch besondere Bedeutung erlangen werden, sind:
der Oder-Havel-Kanal als bedeutende Wasserstraße für den Warenverkehr besonders mit der Volksrepublik Polen;
die Möglichkeit des Eisenbahnanschlusses;
die nördlich und südlich des Kanals gelegenen Talsandflächen als Baugelände;
die vorhandene Energie- und Brauchwasserversorgung (letztere wird durch den Finowkanal gewährt, dem nur noch als Stichkanal eine gewisse Bedeutung zukommt) und die günstige Abwasserleitung;
die vorteilhafte Lage zu den Abnehmern der Fertigerzeugnisse (Berlin, die Agrarkreise des Bezirkes Frankfurt (Oder), ebenso die angrenzenden Bezirke Neubrandenburg und Potsdam) und
schließlich ein erfahrener Stamm von Facharbeitern.

Im Finowtal entstanden im Gebiet Finow - Eberswalde schon verhältnismäßig früh (1690—1700) Produktionsstätten der Metallindustrie (Eisenspalterei, Messingwerk, Drahtzieherei und andere), die sich bis in unsere Zeit, durch eine ungleichmäßige Entwicklung in den vergangenen Jahrhunderten, als das „Märkische Wuppertal" behaupten konnten. Die Möglichkeiten, die die günstigen Industriestandortfaktoren bieten, wurden aber unter kapitalistischen Bedingungen nur wenig genutzt.

Erst unter den Bedingungen des Sozialismus wurde es möglich, die Regionalplanung für das Finowtal nach wissenschaftlichen Prinzipien festzulegen und die gegebenen Bedingungen weit besser zu nutzen. Es ist jedoch zur Erzielung eines hohen ökonomischen Nutzens erforderlich, daß die zuständigen Organe des Staatsapparates (Wirtschaftsrat des Bezirkes und Plankommission des Kreises)



den Fragen der Gebietsplanung endlich mehr Aufmerksamkeit widmen.
Es ist durchaus möglich, daß sich die Städte in der Entwicklung zusammenschließen, was durch ihre Lage und die gleichartigen Standortfaktoren für die Industrie begünstigt wird.
Finow ist heute eine Stadt mit annähernd 10000 Einwohnern. Die wichtigsten städtebildenden Faktoren Finows sind: das VEB Walzwerk mit den neu entstehenden Rohr- und Profilwalzwerken, eine chemische Fabrik, die ihre Produktion im Siebenjahrplan verdoppeln wird, das EKM Finow, eine Papierfabrik, ein Schiffsarmaturenwerk, der Leuchtenbau und der Rohrleitungs- und Apparatebau.
Das Erbteil der antagonistischen Klassenwidersprüche im Kapitalismus ist der in Finow (wie auch in Eberswalde) vorherrschende Wohnraummangel. Im Jahre 1958 arbeiteten in den Industriebetrieben der Stadt etwa 1600 Einpendler; die Zahl der Werktätigen dieser Betriebe wird sich bis zum Jahre 1965 noch erhöhen.
Die Bahnlinie Eberswalde—Finow—Finowfurt diente einst vor allem dem Berufsverkehr, sie wird aber durch umfangreichen Gütertransport zur Zeit so stark belastet, daß die Beförderung der Werktätigen oft Schwierigkeiten bereitet. Selbst durch zusätzlichen Einsatz von Omnibussen können diese nicht völlig behoben werden, denn die Fernverkehrsstraße 167 ist Hauptverkehrsstraße zwischen Eberswalde und Finow und trägt überdies allen Zubringer- und Ausfallverkehr zur nahe gelegenen Autobahn. Im Südosten verfügt die Stadt über geeignetes Baugelände, das sich im Sinne des bandartigen Zusammenschlusses der Städte Finow und Eberswalde im südlich des Finowkanals gelegenen Wohnbereich befindet, während sich die Industrie nach dem Südufer des Oder-Havel-Kanals orientieren wird.
Im Siebenjahrplan ist für Finow der Bau von rund 1100 Wohnungseinheiten vorgesehen.

Das für den Wohnungsbau vorgesehene Gelände wird im Norden von der Eberswalder Straße (Fernverkehrsstraße 167), im Süden von der Eisenbahn Eberswalde—Finowfurt, im Osten von einem Industrieanschlußgleis und im Westen von der Schönholzer Straße begrenzt. Die etwa 30 ha große Fläche ist im ganzen wenig, nur im nordöstlichen Teil stärker bewegt und dort für eine Bebauung kaum geeignet. Für das Gelände wurden schon in den vergangenen Jahren Bebauungsvorschläge ausgearbeitet, zumeist aber mit einem wesentlich kleineren Wohnungsbauprogramm, das ein- bis dreigeschossige Bebauung vorsah. Nach einem solchen Plan entstanden die zweigeschossigen Häuser, die Verlängerung der Straße der Jugend (6 m breit) und im vergangenen Jahr zwei viergeschossige Blocks an der Schönholzer Straße, die in die Planung einbezogen wurden. Der nordwestliche Teil des Geländes (etwa 3 ha) an der Eberswalder Straße und Schönholzer Straße wurde als Reservefläche für zentrale gesellschaftliche Einrichtungen der Stadt Finow (gegebenenfalls von der Bedeutung eines Wohnbezirkszentrums) ausgewiesen.

Das Bauprogramm des Siebenjahrplanes ist mit dem Bezirksharmonogramm abgestimmt, die Wohnungsbauten westlich des Komplexzentrums werden bis zum Jahre 1963 in traditioneller und Großblockbauweise der Serien L 1 beziehungsweise Q 6 und ab 1964 in Großplattenbauweise mit Zentralheizung (Standort des Heizhauses siehe Strukturplan) errichtet. Für dieses Programm erwies sich das Gelände bis an die 100-KV-Leitung im östlichen Teil des Komplexes als ausreichend, während die Fläche zwischen der Leitungstrasse und dem Industriegleis dem späteren Wohnungsbau vorbehalten bleibt (im Modell deshalb unberücksichtigt).

Der Bebauungsplan Finow-Ost wurde von den Verfassern Anfang des Jahres 1960 ausgearbeitet. Bei der Gestaltung des Wohnkomplexes haben wir uns in städtebaulicher, architektonisch-gestalterischer, funktioneller und technischer Hinsicht mit der Veröffentlichung der Deutschen Bauakademie vom September 1959 über den Sozialistichen Wohnkomplex kritisch auseinandergsesetzt. Es wurde versucht, diesen Wohnkomplex mit allen seinen baulichen Anlagen und Einrichtungen als eine optimale Einheit zur Befriedigung der Bedürfnisse des täglichen Lebens seiner Bewohner zu entwickeln. Bei einer klaren Darlegung der vielfältigen gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb des Wohnkomplexes wurde auch auf die ökonomischen, technischen und technologischen Belange besonderer Wert gelegt.
Der Wohnkomplex für zunächst 4150 Einwohner gliedert sich in zwei Wohngruppen, die östlich und westlich eines Wohnkomplexzentrums an Straßenschleifen so angeordnet wurden, daß für die Wohnblocks eine optimale Besonnung erreicht wird. Eine dritte Wohngruppe mit rund 2000 Einwohnern läßt sich im Osten dem Komplex zuordnen, sie wird möglich, wenn das Industriegleis, das zunächst noch die östliche Begrenzung darstellt, wegfällt. Der Wohnkomplex erreicht damit eine wirtschaftliche Größe.
Die Planung wurde vorerst nur für die beiden ersten Wohngruppen zum Abschluß gebracht. Diesen Wohngruppen sind Reihengaragen, Waschhäuser (Typ für 600 WE-Einzugsbereich), Mopedboxen und Kinderspielplätze zugeordnet. Zwischen den beiden Wohngruppen liegen in einem großen Grünraum die zugehörenden Gemeinschaftseinrichtungen.
Die baulichen Anlagen und Einrichtungen des Wohnkomplexzentrums entsprechen in ihrer Größe und Kapazität dem Wohnkomplex mit allen drei Wohngruppen. Als Gemeinschaftseinrichtungen wurden vorgesehen:
eine allgemeinbildende polytechnische Oberschule mit 26 Unterrichtsräumen,

eine Kaufhalle mit 320 m² Verkaufsfläche
ein Spezialladenpavillon,
ein Pavillon für Annahmestellen (Wäsche, chemische Reinigung, Lotto, Toto, Postzeitungsvertrieb),
ein Friseurladen mit 13,5 bis 18 Arbeitsplätzen,
eine Klubgaststätte mit 70 bis 90 Plätzen,
eine Kinderkrippe mit 64 Plätzen,
ein Kindergarten mit 125 Plätzen.

Für die städtebauliche Anordnung dieser Gemeinschaftseinrichtungen war die funktionelle Bestimmung der einzelnen Gebäude ausschlaggebend. Im großen Grünraum, der unmittelbar von der Straße der Jugend einzusehen ist, sind die Gemeinschaftseinrichtungen konzentriert, die besonders der Entwicklung eines sozialistischen Gemeinschaftslebens dienen. Bei der Gestaltung und Ausstattung der Grünanlagen wurde dies besonders berücksichtigt. Im Grünraum, er dient zugleich als Reservefläche für die mit der fortschreitenden Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens erforderlich werdenden Anlagen, wurden außer einem Kinderspielplatz mit Planschbecken und Spielrasen und einer großen Sandfläche mit kleinen Wasserbecken Blumenpflanzungen und Sitzplätze vorgesehen, wobei der Spielraum zugleich Festwiese sein kann. Neben der Architektur und der Grünplanung erhält die bildende Kunst die Möglichkeit, zur Gestaltung des zentralen Bereiches des Wohnkomplexes wesentlich beizutragen. Für eine künstlerische Ausgestaltung kommen vor allem die geschlossenen Flächen der Süd- und Westwände der Kaufhalle und die Grünfläche in Betracht. Selbstverständlich kann die bildende Kunst darüber hinaus zu einer guten farbigen Gestaltung der Gebäude beitragen.

Die intensiv genutzte Gemeinschaftsgrünanlage wird im Norden von der Schule begrenzt (wobei die vorhandene Straße allerdings störend wirken muß), den südlichen Abschluß bildet die Klubgaststätte. Die Kleinstsportplätze verteilen sich im langgestreckten Grünraum zwischen den Wohnblocks in der westlich gelegenen Wohngruppe; Kindergarten und Kinderkrippe liegen ebenfalls in günstiger Beziehung zum zentralen Grünraum, so daß das Gemeinschaftsleben durch die Organisation der Fußgängerverbindungen und die städtebauliche Komposition gefördert wird.

Die Wohngebäude und die Gemeinschaftseinrichtungen wurden als eine städtebauliche Einheit gestaltet, und die vielfältigen Beziehungen innerhalb des Wohnkomplexes orientieren sich alle nach dem Komplexzentrum.

Das Wohnhochhaus für Appartementwohnungen am Rande des Zentrums gliedert die verhältnismäßig lange Straße der Jugend und unterstreicht die städtebauliche Konzeption.

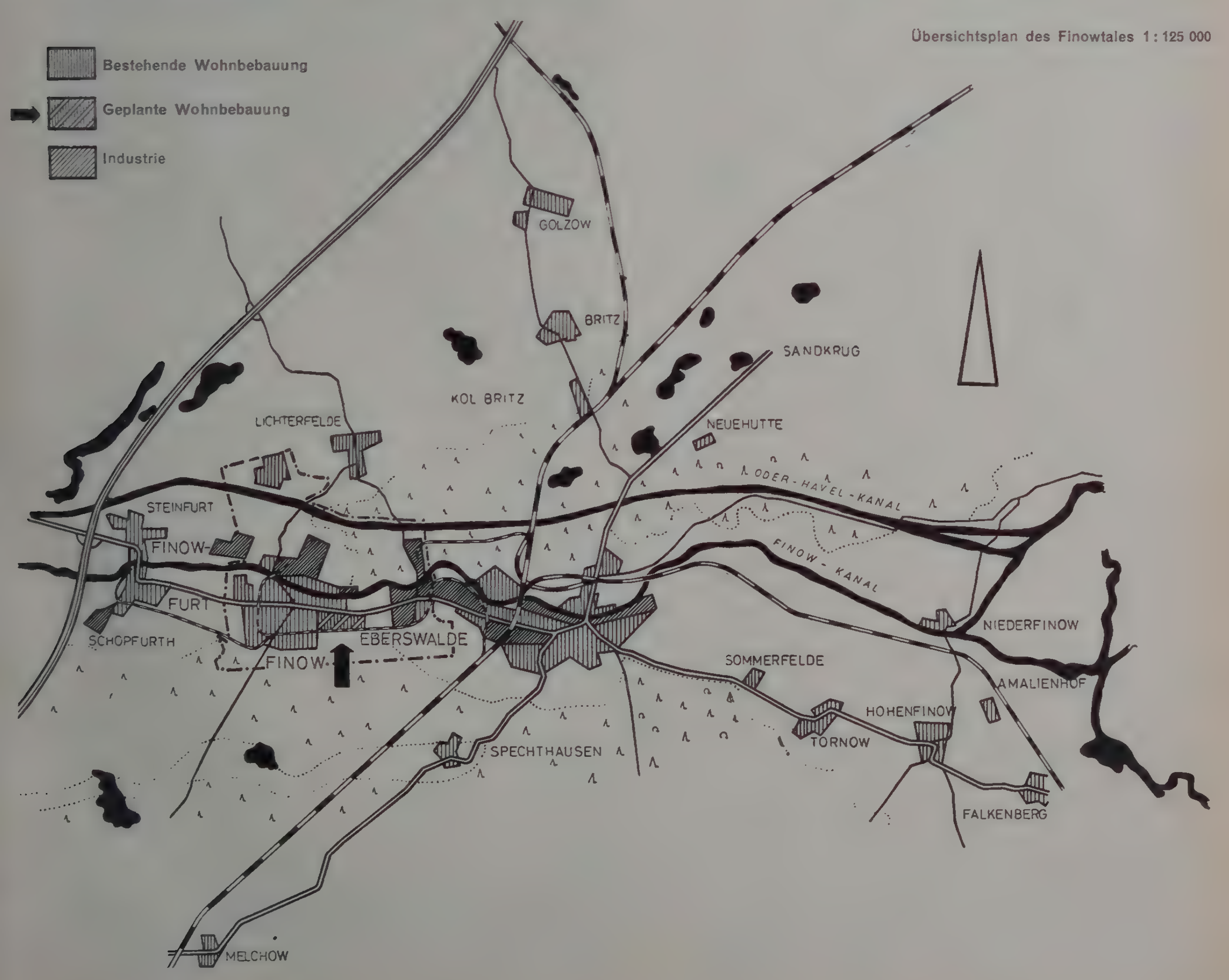
Für die Gemeinschaftseinrichtungen wurden bei der Aufstellung des Bebauungsplanes im wesentlichen die von der Deutschen Bauakademie im „Sozialistischen Wohnkomplex" vorgeschlagenen Typen in traditioneller Bauweise vorgesehen. Diese Typen, besonders die Klubgaststätte, sind funktionell mangelhaft und keineswegs großzügig gestaltet.

Es bleibt nur zu hoffen, daß für die Gemeinschaftseinrichtungen endlich Typenprojekte auf der Grundlage einer Standardbauweise entwickelt werden, die den technischen und ästhetischen Vorteilen des industriellen Bauens entsprechen und in jeder Hinsicht befriedigend sind.

Der Anwendung solcher Typen kann bei einer so klaren städtebaulichen Konzeption, wie sie im Entwurf zum Wohnkomplex Finow-Ost angestrebt wurde, nichts entgegenstehen.

Das gesamte Baugelände trägt zur Zeit guten Kiefernwald. Die Grundkonzeption der Grünplanung geht, unter Berücksichtigung des industriellen Bauens, von einer weitgehenden Erhaltung dieses Bestandes aus, wobei angestrebt wird, daß bei Neuanpflanzung baumartige Laubgehölze verwandt werden, die später die Großgrünfunktionen übernehmen können. Entlang der Eisenbahnlinie und der Fernverkehrsstraße soll ein 20 bis 30 m breiter Waldstreifen als Grünabschirmung belassen und durch Laubholzunterpflanzungen in seiner Wirkung gesteigert werden.

Übersichtsplan des Finowtales 1 : 125 000



Strukturplan 1 : 5000

Flächenbilanz

Flächenbezeichnung	ha	m²/EW	%
Wohnbauland	11,44	27,5	54,5
Grundstücke an Folgeeinrichtungen	5,7	11,88	23,6
Allgemeine Verkehrsfläche	1,872	4,50	8,9
Allgemeine Freifläche	2,707	6,52	13,0
Gesamtfläche	21,719	50,40	100,0

Richtwerte für die viergeschossige Wohnbebauung (EW/ha)

	Erreichter Wert	Richtwert
Einwohnerdichte	218	—
Wohndichte	363	350 ... 380

Wohnungsschlüssel

Wohnungsgröße	1	$1^1/_2$	2	$2^1/_2$	$2^2/_2$	$3^1/_2$
Prozent laut Richtzahl	7,5	2,5	25	50	10	5
Prozent entsprechend dem Bebauungsplan	5,0	3,0	27	50,4	9,8	4,8

Garagen (einschließlich Mopedgaragen)

Spiel- und Sportfläche auf Grundstücken der Folgeeinrichtungen

Spiel- und Tummelplatz der „Allgemeinen Freifläche"

Gerätespielplatz auf Wohnbauland

Wäschetrockenplatz

Müllplatz

1 Zweizügige polytechnische Oberschule mit 22 Klassenräumen — 2 Kaufhalle für den täglichen Bedarf mit 320 m² Verkaufsfläche — 3 Spezialladen — 4 Annahmestelle für Wäscherei und chemische Reinigung sowie Lotto und Toto und Postzeitungsvertrieb — 5 Friseur mit Damen- und Herrenabteilung — 6 Klubgaststätte mit 70 bis 90 Gaststätten- und 90 bis 120 Klubplätzen — 7 Kinderkrippe mit 64 Plätzen — 8 Kindergarten mit 125 Plätzen — 9 Waschpunkt mit einer Kapazität für je 600 Wohnungseinheiten — 10 Standort des Komplexheizhauses — 11 Trafostation

Die architektonisch-städtebauliche Geschlossenheit des Komplexes wird so in einen wohltuenden Kontrast zur umgebenden Landschaft gestellt.

Aus dem Strukturplan ist die Verteilung der Kinderspielplätze und Wirtschaftseinrichtungen (Wäsche, Müll) im Wohnbereich ersichtlich. Die erforderlichen Mopedgaragen sind an den Wohnerschließungswegen angeordnet. Für die Mopedgaragen wurde ein Typenvorschlag mit je 25 Mopedstellplätzen entwickelt, der außerdem 20 Mülltonnen aufnehmen kann.

Für die Kinder bis zu 6 Jahren ist an jedem Wohnblock ein Sandspielplatz vorgesehen. Auf 150 bis 300 Wohnungseinheiten entfällt ein Gerätespielplatz. Ein Ballspiel- und Tobeplatz für die Altersgruppen von 12 bis 16 Jahren ist an der Garagengruppe in der Nähe der Bahntrasse angeordnet.

Die Leitungstrassen der technischen Versorgung sind im Sinne einer komplexen Ausführung als einheitliche Leitungsstreifen in den Straßenräumen zusammengefaßt.

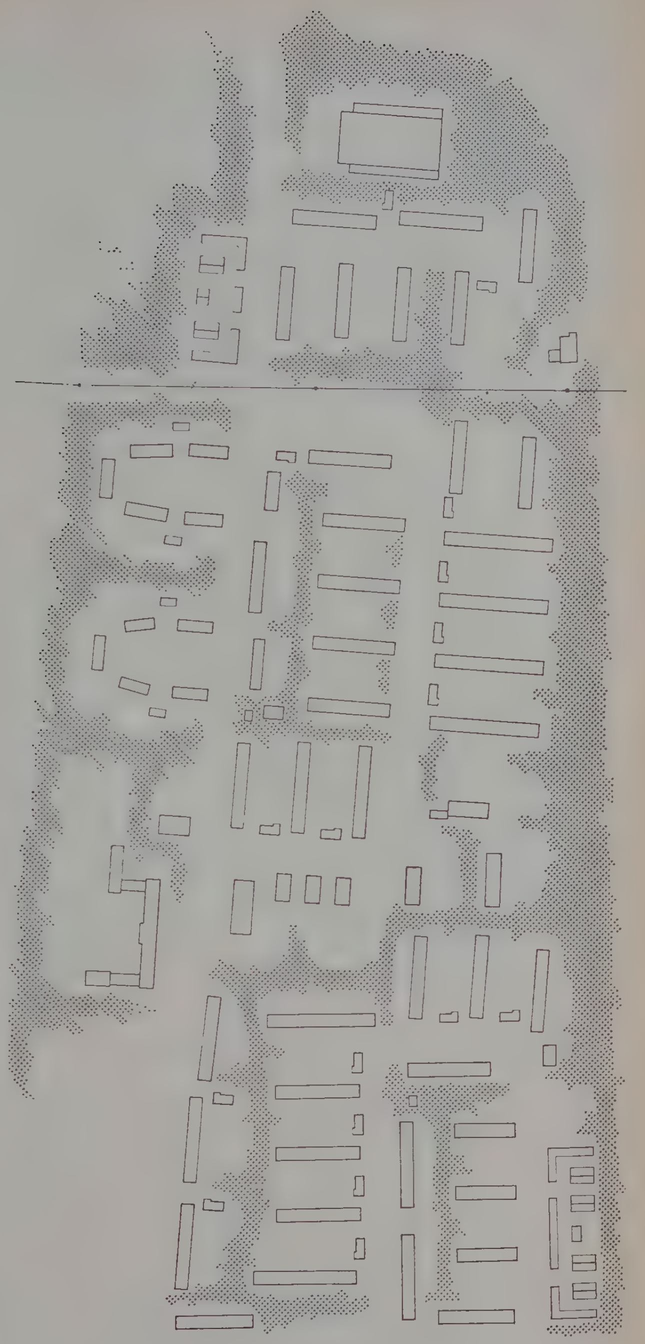
Die Wohnstraßen bezwecken eine sparsame verkehrsmäßige Erschließung. Parkflächen sind diesen Straßen als Parkspuren oder Parkstreifen für Senkrechtaufstellung zugeordnet. Die Garagengruppen, zusammengefaßt für die Wohngruppen, liegen außerhalb des Wohnbereiches.

Der Wohnungsschlüssel der im Komplex vorhandenen Wohnungen mit durchschnittlich 55 m² Wohnungsgröße entspricht annähernd den Richtzahlen und wird den unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen der Bewohner gerecht.

So wird in Finow ein Wohnkomplex für die Industriearbeiter und deren Familien entstehen, der die Forderung nach komplexer Bebauung von Wohngebieten verwirklicht und den Bewohnern ein schönes sozialistisches Leben ermöglicht.

Dipl.-Ing. Christian Zeil

Skizze zum Grünplan 1:5000



Verkehrsplan 1:5000

1 Garagenhof mit 95 Stellplätzen — 2 Garagenhof mit 66 Stellplätzen — 3 Dreigeschossige Großgarage mit 250 bis 270 Stellplätzen — 4 Garagengruppe mit 4 Stellplätzen — 5 Mopedgarage mit 25 Stellplätzen und Müllsammelplatz

Straße und Parkstreifen

Wohnerschließungswege, Fußgängerverbindungswege und Fußgängerbereiche

Garagenzufahrt



Wohnkomplex Zwickau-West

Stadtbauamt Zwickau

Der Siebenjahrplan sieht in Zwickau ein Wohnungsbauprogramm von insgesamt 9379 Wohnungen bis zum Jahre 1965 vor. Solch ein großzügiges Programm kann natürlich niemals in der traditionellen Bauweise erfüllt werden, sondern verlangt kategorisch die höchstentwickelte Industrialisierung des Bauens.

Im Stadtbezirk Zwickau-West sind durch den Flächennutzungsplan, den der Rat der Stadt am 14. September 1953 beschlossen hat, die größten Flächen für Wohngebiete ausgewiesen.

Schon im Jahre 1955 wurde das Baugeschehen der Stadt nach diesem Stadtbezirk schwerpunktmäßig verlegt.

Durch die günstige Lage des Bebauungsgebietes zu dem gegebenen Erholungsgebiet des Waldparkes, der sich vom Norden bis Westen erstreckt, sind gute bioklimatische und wohnhygienische Verhältnisse vorhanden. Zu den Hauptindustriegebieten bestehen ebenfalls günstige Verkehrsbeziehungen mit Ausnahme der Steinkohlenwerke, für die ein besonderer Wohnkomplex im Osten der Stadt entstehen wird.

Um nicht gegen die Höhenschichtlinien zu bauen, ist eine differenzierte städtebauliche Konzeption (Kranbahn) bei Einhaltung der erforderlichen Wirtschaftlichkeit gegeben. Aus ökonomischen Gründen und zur guten Ausnutzung des Kranes wurde eine viergeschossige Bebauung festgelegt. Außerdem ist ein elfgeschossiges Wohnhaus mit Kleinstwohnungen für Ledige auf der Typengrundlage in dem Komplex eingefügt.

Mit den Typen 56/2, 56/3, 56/1, 56/12, Q 20, Q 25, Q 255, Q 6, Q 6 ED 43, TW 58 wurde versucht, die Forderungen der harmonischen Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Wohnung, Erholung und Kultur zu erfüllen.

Die Grundkonzeption des Teilbebauungsplanes wurde 1956 erarbeitet.

Der Wohnkomplex wird in vier Abschnitten errichtet und umfaßt in der vorliegenden Planung 3477 Wohnungseinheiten.

Der Wohnkomplex und der bereits vorhandene Baubestand erhalten ein eigenes Zentrum, das in der Folgezeit in der Gegend des jetzigen Keglerheimes einen neuen gesellschaftlichen Schwerpunkt mit

Strukturplan 1 : 10 000

Wohnhäuser
Technische Dienste
Handel und Versorgung
Erziehung und Bildung
Politik und Verwaltung

1 Zentrale Wäscherei — 2 Garagenhof — 3 Tankstelle mit Wagenwäscherei — 4 Selbstbedienungsladen für Lebensmittel — 5 Laden für Kraftfahrzeugzubehör — 6 Trafostation — 7 Läden — 8 Kaufhaus — 9 Kultursaal — 10 Gaststätte und Café — 11 Verwaltung, Post, Volkspolizei — 12 Garagenhof mit Wagenwäscherei — 13 Kinderhort — 14 Allgemeinbildende polytechnische Oberschule mit Kinderhort — 15 Bücherei — 16 Garagenhof mit Tankstelle — 17 Nationale Front — 18 Kindergarten — 19 Kinderkrippe — 20 Läden und Café — 21 Wohnhochhaus — 22 Heizhaus und Gewächshäuser

Plan der technischen Versorgung 1 : 10 000

Wäschetrockenplätze
Wäscherei
Müllhäuser
Trafostation
Pumpstation
Straßenbeleuchtung

einer Klubgaststätte, einem Einkaufszentrum und einer Vollapotheke darstellt. Das Komplexzentrum stellt in der Zukunft das Zentrum des ganzen Stadtteiles Zwickau-West dar. Schon jetzt sind einige zentrale Einrichtungen, wie Lichtspieltheater, Zweigstelle der Sparkasse und Volkspolizeirevier, an dieser Stelle vorhanden.

An Folgeeinrichtungen sind für den Wohnkomplex eine polytechnische Oberschule (26 Klassen) mit Sportanlagen, Selbstbedienungsläden für den täglichen und wöchentlichen Bedarf, Kindergärten, Schulhorte, Kinderkrippen, eine zentrale Wäscherei, Arztpraxen, Bücherei, Bauten der Nationalen Front und Sammelgaragen vorgesehen. Weitere Folgeeinrichtungen, wie Garagenhöfe, Handwerkerhöfe und Spezialläden, sind bei der Umgestaltung der Marienthaler Straße in den Wohnkomplex einzufügen.

Die Marienthaler Straße ist als Hauptverkehrsader den heutigen und besonders den zu erwartenden Anforderungen nicht gewachsen und hat teilweise noch dörflichen Charakter. Hier wird in der Zukunft

Verkehrsplan 1 : 10 000

Umgehungsstraße
Hauptverkehrsstraße
Wohnsammelstraße
Wohnstraße
Fußgängerverbindung
Garagen
Parkflächen



eine Sanierung des Wohnbestandes notwendig werden.

Die Wohngebiete werden von Grünanlagen durchzogen, die abseits der Erschließungsstraßen angelegt werden. Dadurch ist es möglich, zu den Wohnungen auch auf grüngeführten Fußwegen zu gelangen. Die Grünanlagen sind mit Spielplätzen für Kleinkinder und auch mit Spielplätzen für größere Kinder sowie mit Ruheplätzen für Erwachsene ausgestattet.

Die künstlerische Gestaltung der einzelnen Wohngruppen, soweit sie gebaut sind, beschränkt sich auf Sgraffitos und Drahtplastiken mit farbigen Scherben unterlegt. Ferner finden Tierplastiken mit Kindergruppen (Bronze) an besonders dafür vorgesehenen Wohnhöfen Aufstellung. Besondere Gestaltung erhalten die fensterlosen Nordgiebel durch farbige Behandlung und Zeichnungen sowie Kleinarchitektur.

Durchweg wurde in Ziegelgroßblock-Bauweise gebaut. Fenstergewände, Podeste, Treppenläufe und Decken (Zwickauer Decke) wurden als Fertigteile verlegt.

Der Innen- und Außenputz wird gespritzt. Die Sockel wurden anfangs teilweise in Bruchstein, später in Betonfertigteilen ausgeführt. Die Dachdeckung besteht aus Ziegeln (37°). Die Wohnungen sind mit Kachelöfen als Grundöfen, kombinierten Küchenherden (Gas - Kohle), Spülen, Durchlauferhitzern beziehungsweise Kohlebadeöfen ausgestattet.

Aus Sparsamkeitsgründen ergab sich eine möglichst zurückhaltende Gestaltung.

Der Wohnkomplex Zwickau-West kann noch keinen Anspruch auf komplexes Bauen erheben, um so mehr, als der Komplex sich erst nach und nach aus kleineren Elementen zu einem Komplex formieren konnte, und zwar besonders deshalb, weil zum Beispiel das Mischungsverhältnis auf das Volkswirtschaftsjahr und nicht auf den Gesamtkomplex abgestimmt werden mußte.

Die fortgesetzten Typenänderungen, seit 1956/57 allein viermal, haben sich auf die städtebauliche Gestaltung wesentlich ausgewirkt. So gibt es verschiedene Dachneigungen, Fenster, Geschoßhöhen und -breiten.

Leider mußte sich auch die städtebauliche Konzeption an einigen Stellen der Bauproduktion beugen. Bei näherer Betrachtung dieser Forderung stellt sich heraus, daß die vermeintliche Rentabilität auf recht tönernen Füßen steht.

Die Zeitnot der Projektierung führte zum Beispiel dazu, daß Wohnblocks als Wiederverwendungsprojekt an Standorten vorgesehen wurden, die städtebaulich dafür keinerlei Notwendigkeit erkennen lassen.

Plan der künstlerischen Gestaltung 1 : 10 000



Künstlerischer Schmuck an Gebäuden
Plastik
Brunnen

Hinsichtlich der Typenprojekte sollte man auf Typenbeschränkung verzichten und vielmehr zur Typenbereinigung kommen, die gewährleistet, einwandfreie Typen auf Jahre hinaus zu planen und zu bauen.

Das trifft besonders auch auf Bauten der Nachfolgeeinrichtungen zu. Obwohl komplex gebaut werden soll, sind die Plan- und Investträger der Nachfolgeeinrichtungen meist nicht in der Lage, die Investitionen zusammen mit dem Wohnungsbau durchzuführen. Inzwischen ändern sich wieder die Typen, und der vorgesehene und festgelegte Standort im bestätigten Bebauungsplan stimmt nicht mit den gegenwärtig geltenden Typen überein.

So mußten beispielsweise für Kinderkrippen und -tagesstätten, die zur Zeit der Bestätigung des Bebauungsplanes Ost-West-Lage hatten, ein oder zwei Jahre später (zur Zeit der Baudurchführung) auf Grund der derzeitigen Typenprojekte Nord-Süd-Lage erhalten.

Es wäre noch darauf hinzuweisen, daß den Typenprojekten in bezug auf die örtliche Anpassung ein weiteres Feld eingeräumt wird, um so mehr, als die Gebiete mit stark differenziertem Gelände an die Anpassung größere Anforderungen stellen. Das gleiche gilt auch für die Anzahl der Geschosse.

Aus all diesen Gründen werden daher die Grundlagen für den Sozialistischen Wohnkomplex begrüßt. Die methodische Anleitung, die dadurch gegeben wird, wurde bei den bereits neu in Arbeit befindlichen Wohnkomplexen mit Erfolg angewendet, wobei allerdings das Mischungsverhältnis bei den Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaften nicht immer auf die erforderliche Gegenliebe stößt. H. Drechsler

Literaturprogramm für das Bauwesen

Beirat für Bauliteratur der Deutschen Demokratischen Republik
Herausgegeben im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultur

Bei der Einschätzung der bisherigen Literaturplanung im Bauwesen wurde festgestellt, daß die Bauliteratur der Perspektive und der Entwicklung des Bauwesens nicht entspricht. Die vorhandene und neu entstandene Bauliteratur wurde nicht der Forderung gerecht, die Bauschaffenden bei der Lösung der gewaltigen Aufgaben zu unterstützen.
Um eine Wende in der Literaturarbeit im Bauwesen herbeizuführen, hat der Beirat für Bauliteratur beim Ministerium für Bauwesen die Aufgabe gestellt, das Ministerium für Kultur, die VVB Verlage und die Fachverlage bei der Herausgabe besserer Literatur zu unterstützen und für eine der sozialistischen Entwicklung entsprechende Literaturplanung zu sorgen. Diese Aufgabenstellung deckt sich auch mit der Forderung des Ministeriums für Kultur, die Herausgabe solcher Bauliteratur anzustreben und sicherzustellen, die der weiteren sozialistischen Umgestaltung und insbesondere der schnellen Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins aller Werktätigen dient.
Die Veränderung der Literatur geschieht nicht im Selbstlauf. Sie bedarf einer straffen Lenkung und zielstrebigen Orientierung, damit in verhältnismäßig kurzer Zeit eine der Entwicklungstendenz des Bauwesens entsprechende Literatur entsteht. Diese neue Literatur kann nicht vom einzelnen geschaffen werden, sondern sie ist vom gesamten Kollektiv der Bauschaffenden zu erarbeiten, ganz gleich, ob Wissenschaftler, Ingenieur, Architekt, Meister oder Brigadier. Die Orientierung auf die Schwerpunkte der Literaturentwicklung gibt das vorliegende „Literaturprogramm für das Bauwesen". Es wurde von einem Kollektiv von Bauschaffenden ausgearbeitet, in der Arbeitskommission des Beirates für Bauliteratur beraten, vom Beirat für Bauliteratur verabschiedet und dem Ministerium für Kultur zur Bestätigung vorgelegt. Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultur wird nun dieses Literaturprogramm der Öffentlichkeit übergeben. Es bildet die Grundlage für die Ausarbeitung einer sozialistischen Fachliteratur auf dem Gebiete des Bauwesens. Alle Autoren und Autorenkollektive sowie die Mitarbeiter in Fachlektoraten und Verlagen sind hiermit aufgefordert, an der Entwicklung einer sozialistischen Fachliteratur mitzuwirken, für die das Literaturprogramm richtungweisend ist. Literatur, die nicht dieser Entwicklung entspricht, ist nicht herauszugeben.

Einleitung

Grundlage zur Schaffung neuer und zur Veränderung vorhandener Bauliteratur ist der am 4. Juni 1959 vom Ministerrat der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossene Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens. Er enthält die Grundzüge der Ökonomik der Bauwirtschaft und zeigt, daß das Bauwesen entscheidend an der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und der Erfüllung des Siebenjahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik beteiligt ist.
Die Hauptrichtung der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens ist die Beseitigung der Handwerkelei und der Übergang zum industriellen Bauen auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes. Im Verlaufe der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens haben die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Beseitigung der schweren körperlichen Arbeit, die schnelle Erhöhung der Bauleistungen bei niedrigsten Selbstkosten sowie die beste Qualität der Baustoffe und Bauwerke im Vordergrund zu stehen. Es ist heute notwendiger denn je, schneller, besser, mehr und billiger zu bauen.
Im Rahmen dieses Prozesses hat die neu zu schaffende Bauliteratur die untrennbare Verbindung von Politik, Ökonomie, modernster Technik und bester Organisation durchzusetzen, und die vorhandene, noch mit Schlacken des Kapitalismus behaftete Fachliteratur ist durch eine neue, den Entwicklungstendenzen des Bauwesens entsprechende Literatur zu ersetzen.
Alle Bauschaffenden, gleichviel ob sie als Wissenschaftler, Lehrer oder in der Produktion tätig sind, benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Fachliteratur, die das Neue im Bauwesen erläutert, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt vermittelt, den Weg zur Lösung der großen Aufgaben des Bauwesens im Siebenjahrplan zeigt und damit hilft, in der Deutschen Demokratischen Republik den Aufbau des Sozialismus siegreich zu vollenden. Eine spezielle Literatur wird der Qualifizierung unserer Baufacharbeiter, der Meister, Poliere und Brigadiere, der Techniker sowie der Ingenieure und Diplom-Ingenieure dienen. Besonderes Augenmerk ist den populärwissenschaftlichen Schriften zu schenken, die unsere Werktätigen, die Erbauer des Sozialismus, unter anderem in allgemeinverständlicher Form mit den Aufgaben des Bauwesens vertraut machen und ihnen die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus beweisen.
Um diesen Forderungen gerecht zu werden, wurden der Beirat für Bauliteratur und der VEB Verlag für Bauwesen gebildet. Beiden obliegt die verantwortliche Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Organen, Institutionen, Hoch- und Fachschulen, Betriebsakademien sowie den gesellschaftlichen Organisationen die zur allseitigen Erfüllung der dem Bauwesen gestellten Aufgaben erforderliche Literatur planmäßig zu entwickeln, herzustellen und herauszugeben. Damit wird das Bauwesen einen wesentlichen Beitrag zur sozialistischen Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik, besonders aber zur schnelleren Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins unserer Werktätigen leisten.
Dieses Literaturprogramm bildet den Ausgangspunkt für die Entwicklung der Bauliteratur bis zum Jahre 1965. Es ist die Grundlage für die Arbeit des Beirats für Bauliteratur und des Verlagswesens bei der Ausarbeitung, Durchsetzung und Verwirklichung der Perspektiv- und Jahresthemenpläne. Durch die ständig vorwärtsschreitende Entwicklung auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik kann dieses Literaturprogramm nicht als endgültig und abgeschlossen betrachtet werden. Es ist deshalb jeweils auf den neusten Stand zu bringen. Unabhängig davon ist es eine bindende Arbeitsgrundlage für den Beirat für Bauliteratur und das Verlagswesen.
Das Literaturprogramm ist nach der für das Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik verbindlichen Klassifikation Bauwesen gegliedert in:
0 Baupolitik. Baurecht. Allgemeines
1 Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen des Bauwesens
2 Naturwissenschaftliche und technische Grundlagen des Bauwesens
3 Städtebau und Siedlungswesen
4 Verkehrs- und Tiefbau
5 Industriebau
6 Allgemeiner Hochbau
7 Baustoffe
8 Baudurchführung
9 Bauökonomik

Schwerpunkte der Literaturentwicklung, gegliedert nach Sektoren

0 Baupolitik. Baurecht. Allgemeines

Seit dem Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik haben sich neue Formen der Leitung und Lenkung der Wirtschaft herausgebildet. Auf der Grundlage der Entwicklung der politischen und ökonomischen Verhältnisse veränderte sich auch der Inhalt des gesamten Wirtschaftsgefüges. Besonders in der Bauwirtschaft sind viele neue Momente entstanden, da in diesem Wirtschaftszweig mit den allgemein veränderten Verhältnissen der Übergang von der Handwerkelei zum industriellen Bauen zu vollziehen ist.
Über die veränderten Verhältnisse in der Bauwirtschaft und über den neuen Inhalt im Bauwesen gibt es sehr wenig Literatur. Hier ist es erforderlich, folgende Thematik in den Mittelpunkt der Literaturentwicklung zu stellen:
1. Die Rolle des Bauwesens beim Aufbau des Sozialismus
2. Die sozialistische Umwälzung des Bauwesens und die sozialistische Industrialisierung
3. Die sozialistische Baupolitik und das sozialistische Baurecht
4. Die Baupolitik in der Deutschen Demokratischen Republik und in den anderen sozialistischen Ländern
5. Die sozialistische Leitung und Lenkung des Bauwesens
6. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit im Bauwesen sowie zwischen dem Bauwesen und den anderen Zweigen der Volkswirtschaft
7. Die internationale Zusammenarbeit. Kooperation und Arbeitsteilung
8. Die Rechtsgrundlagen des Bauwesens, der Investitions- und Bauwirtschaftsplanung, der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung
9. Vertragsrecht, Vertragsgesetz, Vertragsgerichtsverfahren, Vertragsschiedsverfahren, Arten der Verträge im Bauwesen
10. Die Grundzüge und Grundlagen der Kaderpolitik im Bauwesen. Kadergruppen, Kaderbedarf, Kadereinsatz, Kaderreserve, Kaderentwicklung im Bauwesen
11. Die sozialistische Berufsausbildung und die produktionstechnische Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure im Betrieb
12. Die Ausbildung an den Hoch- und Fachschulen des Bauwesens
13. Das sozialistische Arbeitsrecht und der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bauwesen
14. Sicherheitstechnik, technische Überwachung, Arbeits- und Sozialhygiene im Bauwesen
15. Das Erfindungs- und Vorschlagswesen, die Normung, Standardisierung und Typisierung im Bauwesen
16. Wissenschaft und technische Entwicklung im Bauwesen

1 Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen des Bauwesens

In den letzten Jahren ist viel unternommen worden, um zu allgemeingültigen Auffassungen in Fragen der Architekturtheorie im Sozialismus und des sozialistischen Realismus in der Architektur zu gelangen. Die neue Etappe in der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur, die auf der Grundlage des weiteren Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und der raschen Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft basiert, und die Ausarbeitung der sozialistischen Architekturtheorie müssen sich in einer neuen Qualität der Literatur niederschlagen. In den nächsten Jahren ist zu diesen Fragen folgende Literatur vorrangig zu entwickeln:
1. Geschichtliche Entwicklung der Architektur und des Städtebaus — insbesondere der kapitalistischen Epoche — vom Standpunkt des historischen Materialismus
2. Baukunst des Mittelalters und der Neuzeit
3. Entwicklung der sozialistischen Baukunst
4. Theorie der Baukunst der sozialistischen Gesellschaft
5. Gestaltungsgrundsätze und Gestaltungsmittel der Architektur im Sozialismus und ihre Beziehung zur sozialistischen Industrialisierung

2 Naturwissenschaftliche und technische Grundlagen des Bauwesens

Die Entwicklung eines leistungsfähigen sozialistischen Bauwesens, das den Anforderungen der Volkswirtschaft auf allen Gebieten gerecht wird, erfordert eine umfassende Erhöhung des Bildungsniveaus der Bauschaffenden. Für die moderne Technik und die hochmechanisierte Fertigung im Taktverfahren müssen die vorhandenen Kader und der Nachwuchs zu sozialistischen Fachleuten herangebildet werden. Um dieser großen Perspektive und der Bedeutung des Bauwesens in der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, gilt es, in den nächsten Jahren

für die Bauschaffenden auch die entsprechende Grundlagenliteratur zu schaffen:
1. Mathematisch-naturwissenschaftliche Grundlagen für das Bauwesen
2. Grundlehren der Bauphysik von der Mechanik bis zur Elektrodynamik
3. Kernphysik und Kernchemie im Bauwesen
4. Die Chemie und ihre Bedeutung für das Bauwesen
5. Von der angewandten Geologie bis zur Ingenieur-Geologie
6. Die Bedeutung der Meteorologie und der Klimatologie im Bauwesen
7. Von der allgemeinen Biologie über die spezielle Biologie bis zur Ingenieur-Biologie
8. Für das Bauwesen bedeutsame Meß- und Prüfverfahren:
Elektrische Messungen und Prüfungen
Physikalisch-chemische Messungen und Prüfungen
Messungen und Prüfungen mit Radioisotopen
9. Die Besonderheiten der Vermessungstechnik für das Bauwesen
10. Die Baugrundmechanik von der Baugrunderkundung bis zur Baugrunddynamik
11. Grundlagen der technischen Mechanik für die Statik der Baukonstruktionen, die Festigkeitslehre, die Stabilitätstheorie und die Dynamik der Baukonstruktionen
12. Neue Berechnungsverfahren und Traglastverfahren
13. Grundsätze und Grundlagen der Bauweisen
14. Maschinenkunde auf der Grundlage der neuen Technik
15. Bedeutsame bauhygienische Grundlagen für das Bauwesen

3 Städtebau und Siedlungswesen

Die Industrialisierung des Bauens ist von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus, die sozialistische Umgestaltung der Dörfer und für ein sozialistisches Siedlungswesen. Die Forderung, weitgehend nach Typenprojekten zu bauen und die Bauwerke in der kontinuierlichen und spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode zu errichten, ist bei der Lösung der baukünstlerischen Aufgabe des Städtebaus zu beachten.
Die Stadtzentren sind klar zu gliedern sowie weiträumig und aufgelockert zu bebauen. Beim Bau von Wohnkomplexen ist es notwendig, von den neuen sozialistischen Lebensbedingungen auszugehen. Die vorhandenen alten Wohngebiete sind in sozialistische Wohnkomplexe umzugestalten. Bei der sozialistischen Entwicklung des Dorfes sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen auf dem Lande auf der Grundlage der allmählichen Beseitigung der Unterschiede zwischen Stadt und Land einzubeziehen.
Entsprechend dieser Entwicklung muß systematisch eine neue Literatur geschaffen werden:
1. Die Planung von Gebieten und Siedlungen
2. Grundsätze und Grundlagen der Planung und Gestaltung von Städten, sozialistischen Dörfern, Verkehrsanlagen und Anlagen der technischen Versorgung
3. Sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer
4. Sozialistische Städte und Wohnkomplexe
5. Umgestaltung der alten Wohngebiete zu sozialistischen Wohnkomplexen
6. Sanierung der Altbausubstanz in Stadt und Land

4 Verkehrs- und Tiefbau

Eine wichtige Aufgabe im Siebenjahrplan ist der weitere Ausbau des Eisenbahnverkehrs, des Straßenverkehrs, der Schiffahrt, des Luftverkehrs und des Postwesens. Der Ausbau des gesamten Verkehrsnetzes stellt eine Fülle von Bauaufgaben, die nur mit neuen Methoden in der Planung und Baudurchführung sowie durch leistungsfähige Mechanisierung gelöst werden können. Bei den wichtigsten Bauarbeiten im Verkehrs- und Tiefbau sind alle schweren und zeitaufwendigen Arbeiten maschinell auszuführen sowie die komplexe Mechanisierung und die Anwendung von Baufertigteilen durchzusetzen. Auf ein schnelles Wachstum der Tiefbaukapazitäten ist besonderer Wert zu legen.
Zur Unterstützung der Lösung der gewaltigen Aufgaben ist vorrangig Literatur zu folgenden Themenkomplexen zu entwickeln:
1. Verkehrsplanung unter Berücksichtigung der Entwicklung des Verkehrs
2. Für Land- und Luftverkehrsbau sowie Verkehrswasserbau:
Neue Projektierungs- und Konstruktionsmethoden sowie Rechnungsverfahren
Grundsätze und Grundlagen der Entwurfsarbeiten
Arbeitsorganisation und Baustelleneinrichtung bei komplexer Mechanisierung und neuen Arbeitsverfahren
3. Neue Brückenkonstruktionen und moderner Brückenbau
4. Planung und Bau von Wasserversorgungsanlagen, Entwässerungsanlagen, Tiefbauanlagen zur Gasversorgung nach neuen Erkenntnissen
5. Erdbau und Grundbau nach neuen Erkenntnissen
6. Hydrotechnische Anlagen, Fluß- und Seebau sowie landwirtschaftlicher Wasserbau nach neuen Erkenntnissen

5 Industriebau

Im Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens sind die Bauleistungen im Industriebau festgelegt. Sie sind bis zum Jahr 1965 auf das 1,8fache des Standes von 1958 zu steigern. Allein im Chemiebauprogramm betragen die Bauleistungen 3,5 Milliarden DM. Für Flachbauten, Werkhallen und Geschoßbauten, als Standardbauweisen des Industriebaus, ist bis 1961 die Stahlbetonfertigteil-Skelettbauweise einzuführen. Ab 1962 sind Vollmontagebauweisen mit hohem Mechanisierungsgrad in der Vorfertigung anzuwenden. Bis 1965 hat der Anteil der Montagebauweisen im Industriebau 50 Prozent des Bauvolumens zu betragen.
Diese gewaltigen Aufgaben können nicht mit den althergebrachten Methoden erfüllt werden. Hier gibt es nur eine Zielsetzung: industriell bauen und hochqualifizierte Kader heranbilden.
Vorliegende Erfahrungen und neue Erkenntnisse müssen zielstrebig publiziert werden. Die neu zu schaffende Literatur muß den Entwicklungstendenzen im Industriebau entsprechen:
1. Grundsätze und Grundlagen für die Planung und Projektierung industrieller Gesamtanlagen
2. Grundsätze und Grundlagen der technischen Entwicklung
3. Typisierung und Standardisierung im Industriebau
4. Standardbauweisen im Industriebau
5. Freibauweise im Industriebau
6. Montagebauweisen im Industriebau
7. Ingenieurtechnischer Ausbau im Industriebau
8. Spannbetonkonstruktionen im Industriebau

6 Allgemeiner Hochbau

Das Gesicht des Bauwesens wird in Zukunft durch die serienmäßige Montage von kompletten Typenbauwerken aus massenweise industriell vorgefertigten Bauelementen in einem mechanisierten Fließfertigungsprozeß bestimmt.
Die Serienfertigung von Bauwerken muß weitgehend eingeführt und die komplexe Mechanisierung der wichtigsten Bauarbeiten und ganzer Produktionsabteilungen abgeschlossen werden. Bis zum Jahr 1965 ist das Bauwesen in seiner ganzen Breite in einen mechanisierten Fließfertigungsprozeß der Montage von Bauten aus industriell hergestellten Großbauelementen zu verwandeln.
Die Erfüllung dieses Programms setzt eine exakte Planung und weitgehende Typenprojektierung voraus. Um die Lösung der Bauaufgaben zu unterstützen und für die Lehre und Ausbildung praxisnahe Unterlagen zu schaffen, ist die Literaturentwicklung auf folgende Thematik zu orientieren:
1. Typisierung und Standardisierung im Hochbau
2. Standard-Montagebauweisen im Hochbau
3. Methodik der Typenprojektierung
4. Grundlagen und Entwicklung des sozialistischen Wohnungsbaus, der gesellschaftlichen Bauten und der Bauten für die Landwirtschaft
5. Ingenieurtechnischer Ausbau nach neusten Erkenntnissen
6. Rohrbündelmontage und Raumzellen
7. Vorgefertigte Elektroinstallationsleitungen
8. Typisierung und Standardisierung von Raumausstattungsgegenständen und von Einrichtungen gesellschaftlicher Bauten
9. Grundlagen für den Einbau von Möbeln, Wandsektionen und begehbaren Kleiderkammern des Typenwohnungsbaus
10. Vorfertigung — Transport — Montage bei den Standardbauweisen des Hochbaus
11. Anwendung von Spannbetonkonstruktionen im Hochbau

7 Baustoffe

Besondere Aufmerksamkeit ist der Baustoffproduktion zu schenken. Die Baustoffindustrie muß in den nächsten Jahren entsprechend dem schnellen Wachstum der Bauproduktion entwickelt werden. Dabei ist ein qualitativer Umschwung zu erzielen. In weit größerem Maße ist die Produktion neuer, besserer und leichter Baustoffe zu sichern, die es ermöglichen, großformatige Bauelemente herzustellen.
Die althergebrachten und bekannten Baustoffe reichen für die Anforderungen des Bauens weder ihrer Menge noch ihrer Qualität nach aus. Die entscheidende materiell-technische Basis für den Montagebau und die industrielle Vorfertigung ist die Betonindustrie, die mit größter Energie aufzubauen ist. Sie ist das Kernstück der sozialistischen Bauindustrie.
Auf dem Gebiete der Baustoffe werden in der vorhandenen Bauliteratur zum größten Teil die traditionellen und allseitig bekannten Baustoffe behandelt. Hier gilt es, neue Literatur zu entwickeln, um die Bauschaffenden über die neuen Baustoffe und Verarbeitungsverfahren zu informieren. Für die Baustoffliteratur ist folgende Thematik in den Mittelpunkt zu stellen:
1. Betriebe und technische Ausrüstungen für die Baustoffherstellung
2. Industrieanfallstoffe für die Baustoffherstellung
3. Steigerung der Produktion und Verbesserung der Qualität bei Spezialzementen
4. Gleitfertigeranlagen und Gleitfertiger für Spannbetonelemente
5. Leichtbetone einschließlich Leichtzuschlagstoffe
6. Spannbeton und Spezialbetone und ihre Technologie
7. Faserbaustoffe und ihre Bedeutung für das Bauwesen
8. Montagefähige Fertigteile für den Ausbau
9. Plaste im Bauwesen
10. Korrosionsbeständigkeit und Korrosionsschutz von Baustoffen

8 Baudurchführung

In der gegenwärtigen Etappe ist die Serienfertigung das Hauptkettenglied der sozialistischen Industrialisierung. Die vorhandenen Elemente der Industrialisierung, wie Mechanisierung, Vorfertigung und Montage, kommen dadurch erst zur vollen ökonomischen Wirkung. Das industrielle Bauen verlangt den raschen Übergang von der Zersplitterung zur Konzentration, Spezialisierung und Konzentration der Bauproduktion. Deshalb ist die volkseigene Bauindustrie nach den Erfordernissen des technologischen Prozesses bei der Einführung der kontinuierlichen und spezialisierten Serienfertigung neu zu formieren.
Durch gute Arbeitsorganisation und breite Einführung des Mehrschichtensystems sind die Baumaschinen besser auszunutzen. In kurzer Zeit ist die Vollmechanisierung des gesamten Bauprozesses zu verwirklichen. Die Handarbeit ist durch die Kleinmechanisierung zu beseitigen.
Eine weitere Verbesserung der Baudurchführung wird durch Standardbauweisen für den Industriebau, für Produktionsbauten der Landwirtschaft, für Wohnungsbauten und für gesellschaftliche Bauten erreicht.
Die neu zu entwickelnde Fachliteratur muß den politischen, ökonomischen, fachlichen und organisatorischen Aufgaben entsprechen und für die Ausbildung des Nachwuchses sowie die Qualifizierung der Bauschaffenden eine wertvolle Hilfe darstellen:
1. Organisation der Baustelle auf der Grundlage von Mustertechnologien
2. Mechanisierter Fließfertigungsprozeß der Montage von Bauwerken aus industriell gefertigten Großbauelementen
3. Serienfertigung im Hochbau
4. Montagebauweisen — Großblöcke — Großplatten
5. Vorfertigung bei den Ausbauarbeiten
6. Komplexe Mechanisierung ganzer Produktionsabteilungen und wichtiger Bauarbeiten
7. Maschinensystem der Bauwirtschaft nach Typenreihen und Standards auf der Grundlage des Baukastensystems
8. Vier-Brigaden-System bei hochleistungsfähigen Aggregaten
9. Hydraulik für die Steuerung und Luftbereifung an Stelle von Raupen
10. Bau- und Baustoffmaschinen mit modernster Meß-, Regel- und Steuerungstechnik
11. Komplette Maschinenanlagen für das Bauen von Wohnungen,
landwirtschaftlichen Gebäuden,
Industrie- und Ingenieurbauanlagen
12. Kleinmechanisierung und Neuerermethoden

9 Bauökonomik

Im gesamten Bauwesen ist ein energischer Kampf um die Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Rentabilität zu führen. Die Verbesserung der Planung und die Einführung des technischen Fortschritts sind durch die Bildung von Festpreisen zu unterstützen. Durch eine sinnvolle Wert- und Mengenplanung sind für das industrielle Bauen bessere Voraussetzungen für die Organisation der Bauproduktion, für die Aufschlüsselung der Pläne und für den sozialistischen Wettbewerb zu schaffen. Die vorgesehene Erhöhung der Bauproduktion macht es notwendig, ausreichend Baumaterialien bereitzustellen. Die Materialvorratsnormen und Materialverbrauchsnormen sind vorrangig einzuführen und anzuwenden. Die neuen Baustoffe und die neue Technologie sind dabei besonders zu berücksichtigen, um dem technischen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen.
Auf dem Gebiet der Bauökonomik gibt es bisher wenig den Bedürfnissen entsprechende Literatur. Hier muß einiges nachgeholt werden, damit die Kader des Bauwesens ausreichend Literatur über ökonomische Fragen erhalten, die die neusten Erkenntnisse und Erfahrungen vermittelt:
1. Ökonomische Grundsatzfragen für die Planung und Abrechnung des industriellen Bauens
2. Konzentration und Spezialisierung der Baubetriebe
3. Technologische Ordnung der Bauproduktion
4. Materialvorratsnormen und Materialverbrauchsnormen
5. Zeit-Wert-Mengenplanung im Bauwesen
6. Die Anwendung des Objektlohnes in der Bauindustrie
7. Der sozialistische Wettbewerb als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität
8. Neuererbewegung und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt
9. Technisch begründete Arbeitsnormen als Hebel zur Erfüllung der Bauaufgaben

Über einige städtebauliche Probleme Groß-Moskaus

Der neue Perspektivplan der Stadt Moskau, der von den Verwaltungsbehörden der Stadt beschlossen wurde und die durchzuführenden Maßnahmen bis 1980 festlegt, wird das Gesicht der Stadt entscheidend verändern. Die flächenmäßige Entwicklung wird durch die neue Festlegung der Verwaltungsgrenzen gewährleistet und sieht die Anlegung von Schutzgürteln in Gestalt von Waldparks vor.

Die Einwohnerdichte wird planmäßig herabgesetzt, das heißt begrenzt werden.

Ein stetes Wachsen der Großstadt ist in allen Ländern zu beobachten. Während jedoch in den kapitalistischen Ländern das Wachsen der Großstädte eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung mit sich bringt, bedeutet dieses Wachstum der Städte im Sozialismus eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

So sieht die Verkehrsentwicklung eine komplexe Entwicklung des Straßen-, Auto- und Fußgängerverkehrs vor. Die Beseitigung einer Vielzahl von kleinen Straßen, die in Hauptverkehrsstraßen einmünden und den Durchgangsverkehr hemmen, bringt ebenso eine Verbesserung des gesamten Verkehrsnetzes mit sich wie der Bau von Unterführungen und Tunnels. Ferner ist die Herausnahme von Eisenbahnlinien, die zum Teil bis in die Innenstadt führen, vorgesehen. Auch der Schiffsverkehr wird durch die Indienststellung neuer Fährschiffe zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beitragen. Zur Erschließung der Waldparks werden neue Verkehrslinien eröffnet und Verkehrsstraßen gebaut.

Mit der Verkehrsplanung steht die Lösung der Fragen stadttechnischer Einrichtungen in engem Zusammenhang. Große Schwierigkeiten ergeben sich aus den Forderungen nach Verlagerung von Industriebetrieben, ihrer Zusammenfassung zu Industriebezirken und, damit verbunden, Anlage und Ausbau von Satellitenstädten in der Nähe der Hauptstadt. Diese Fragen werden in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen der benachbarten Städte gelöst werden.

Aus den bestehenden Stadtzentren werden zum Teil Verwaltungsstellen an die Peripherie verlagert. So wird als Standort für den neuen Palast der Sowjets der südwestliche Bezirk genannt, um das Zentrum der Stadt zu entlasten. Die Schaffung eines Netzes gesellschaftlicher und kultureller Einrichtungen trägt zur Hebung des Bildungsstandes der Bevölkerung bei, die Vergrößerung der Grünflächen auf 50 m²/EW hebt den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung, und der Bau von 27,5 Mill. m² Wohnfläche bis 1965 sorgt für bessere Wohn- und Lebensverhältnisse.

Architektura i Stroitelstwo Moskvy, Heft 8/1960, S. 5 bis 7

Die Montage von kompletten Wohnungen im Geschoßhebeverfahren

Auf der Städtebauausstellung in Moskau wird an Hand eines Modells demonstriert, wie ein Wohnhaus aus kompletten Raumelementen montiert werden kann. Die Raumelemente werden aus dünnwandigen Stahlbetonplatten zusammengesetzt, die im Rüttel-Walz-Verfahren hergestellt werden. Sie werden fertig verputzt vom Werk geliefert. Ihr Gewicht beträgt bei einem Ausmaß von 5,17 × 8,96 × 2,75 m bis zu 20 t.

Die Montage der Wohnhäuser wird im Geschoßhebeverfahren durchgeführt. Die Montageaggregate bestehen aus zwei miteinander verbundenen Montagerahmen sowie einem auf Schienen fahrenden Montagewagen mit einer Hebebühne.

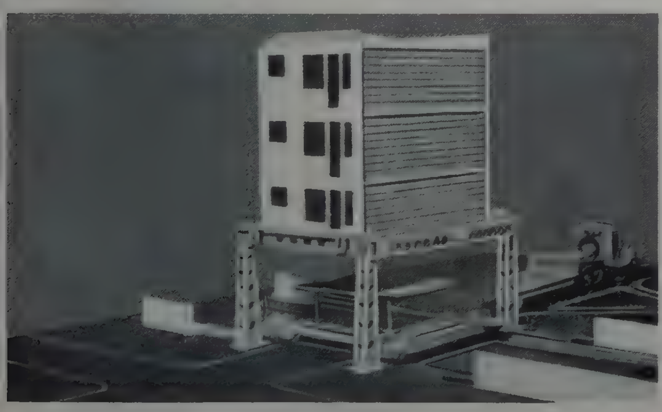
Die Montage des Hauses beginnt nach der Fertigstellung der Fundamente und Keller. Der fertige Wohnungsblock wird mit Spezial-Lastkraftwagen zum Bauplatz transportiert und dort mit Hilfe von vier synchron arbeitenden hydraulischen Hebewinden abgeladen, der Montagewagen mit Hebebühne wird untergeschoben und so der gesamte Wohnungsblock emporgehoben. Befindet er sich in Höhe der ersten Etage, wird er durch den Montagerahmen gehalten. Die Hebebühne senkt sich, und der Montagewagen fährt zurück. Dann wird der zweite Block angefahren, abgeladen und ebenfalls emporgehoben. Der erste Block befindet sich dann auf der Höhe der zweiten Etage, während der zweite sich auf der Höhe der ersten Etage befindet. Die Verbindung der Blöcke erfolgt durch Verschweißen.

Die Inneninstallation der Blöcke wird während der Montage miteinander verbunden. Nachdem ein Hausteil von vier Etagen auf diese Weise entstanden ist, wird dieser durch den Montagewagen auf das Kellergeschoß gesetzt. Der Montagewagen bewegt sich auf den Schienen weiter, um mit der Montage des nächsten Hausabschnittes zu beginnen.

Der Arbeitsaufwand pro Quadratmeter Wohnfläche (auf der Baustelle) beträgt 0,11 Arbeitstage.

Das Gewicht des Gebäudes beträgt 510 kg/m² Wohnfläche. Die Montage eines Hauses mit 70 Wohnungen dauert 5 bis 6 Tage.

Stroitelstwo i Architektura Leningrada, Heft 8/1960, S. 22 und 23



Montage des 3. bis 5. Geschosses

Garagenbau in Leningrad

Auf Grund der Erfahrungen beim Bau von Großgaragen für Lastkraftwagen und Personenkraftwagen sowie von Omnibusparks werden folgende kostengünstige Typenprojekte empfohlen:

Zweigeschossige Garagen mit offenen Außenrampen für 116 Fahrzeuge. Garagen mit drei und mehr Etagen mit Innenrampen für 158 und 214 Fahrzeuge sowie mit fünf Etagen für 270 Fahrzeuge.

Als optimale Größe, unter Berücksichtigung der Manövrierfähigkeit der Fahrzeuge und der maximalen Platzausnutzung, wird für Etagengaragen eine Fläche von 36,50 m × 37,00 m angesehen.

Die unterste Etage dient als „Empfangshalle" und zur Unterbringung aller technischen Räume.

Das Abstellen der Autos erfolgt in zwei Reihen.

Das rationellste Netz der Stützen (7,50 m × 6,00 m) und der Rampen gibt die Möglichkeit, den Platz pro Auto von 35 m² auf 24 m², die Kubatur von 110 m³ auf 75 m³ und die Baukosten von 9000 auf 6700 Rubel zu senken.

Außer Projekten für Garagen in Skelettbauweise gibt es auch Projekte für den Bau von Garagen im Geschoßhebeverfahren. Da die Garage ihrem Wesen nach ein großer Lagerraum ist, läßt sich die letztgenannte Baumethode besonders gut anwenden.

Die ökonomische Gestaltung des Stützenrasters (9,80 m × 8,15 m) bei dieser Bauweise senkt den Platzbedarf pro Fahrzeug sogar auf 19 m², die Kubatur auf 50 m³ und die Kosten auf 4800 Rubel.

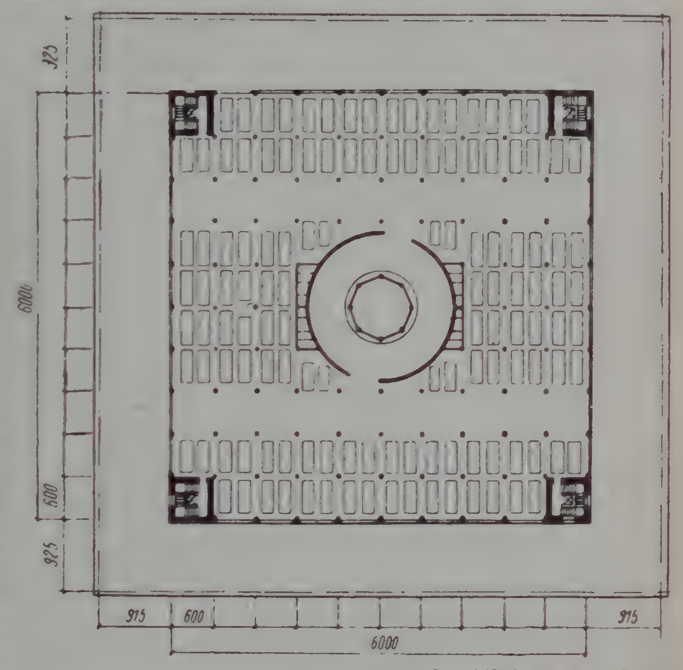
Schlußfolgerungen:

1. Der Bau von Boxen-Garagen ist nur in Vororten beziehungsweise kleineren Städten zweckmäßig.

2. Für Wohnkomplexgaragen mit einer Kapazität von 100 bis 125 Fahrzeugen sollte man zweistöckige Garagen mit Außenauffahrtsrampen errichten.

3. Für Garagen mit einer großen Kapazität (Autoparks, Taxihöfe) sind vierfünf- und mehrstöckige Gebäude zu empfehlen.

Stroitelstwo i Architektura Leningrada, Heft 8/1960, S. 17 bis 21



Grundriß der getypten Garage

Typenprojekt für ein Kino mit 2566 Plätzen

In den nächsten Jahren werden in einigen Großstädten der Sowjetunion Kinos mit 6000, 4000, 2500, 1600 und 1000 Plätzen errichtet, in denen Panoramafilme, Breitwand- und herkömmliche Filme aufgeführt werden können. Das vom Leningrader Projektierungsinstitut entworfene Projekt für ein Kino mit 2566 Plätzen wurde als Typenprojekt bestätigt.

Als Konstruktion wurde ein Stahlbetonskelett mit einem Raster von 3 m und 6 m gewählt, das mit leichten Gasbetonplatten ausgefacht ist, die mit eloxierten Aluminiumplatten verkleidet sind.

Die Hauptfassade ist unter Verwendung großer Spiegelglasflächen in einer Einfassung aus Duraluminium projektiert. Decken- und Dachelemente bestehen aus Spannbeton-Fertigteilen.

Im Hochparterre sind die Kassenvorräume und die technischen Räume untergebracht.

Um die Akustik und die Sichtverhältnisse zu verbessern, wurde der Zuschauerraum in Form eines Trapezes angelegt.

Im Parterre sind 1748 Sitze und auf dem Balkon 818 Plätze vorgesehen.

Die Filmapparatur befindet sich in Höhe der Wandelgänge für den Balkon. Dabei wird erreicht, daß der Winkel der Projektion zur Lage der Leinwand 0 Grad beträgt, was vor allem für die Vorführung von Panoramafilmen von großer Bedeutung ist.

Für die Tonübertragung wurde ein neunkanaliges System der Lautverstärkung angewandt; fünf Kanäle sorgen für eine stereophone Tonwiedergabe von der Leinwand, während die anderen Kanäle den Ton von der Decke beziehungsweise den Wänden in den Zuschauerraum leiten. Über der Kinoapparatur, unter der Schräge des Balkons, sind die Verwaltungsräume untergebracht.

Der vorgesehene umbaute Raum beträgt pro Zuschauer 12 m³.

Bei der Projektierung des Kinos wurde von der bestehenden Norm für einen Sitzplatz ausgegangen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Norm von 0,25 m² Fläche pro Zuschauer für Wandelgänge und Foyer nicht unter allen Umständen angewandt werden kann.

Diese Norm muß differenziert Anwendung finden; ebenso das Verhältnis von Nebenräumen zum Zuschauerraum (20 : 80).

Stroitelstwo i Architektura Leningrada, Heft 8/1960, S. 14 bis 16

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie, Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 2093734 und 2094151, erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Der Lesesaal ist werktags (außer sonnabends) von 9.00 bis 17.00 Uhr, mittwochs bis 20.00 geöffnet.

Umspannerräume und ihre Standardausführung

Architekt BDA Ingo Schönrock

Die elektrische Energie hat einen komplizierten Weg zurückzulegen, ehe sie in unsere Fabriken und in unsere Haushalte gelangt, um dort genutzt zu werden. Neben den Kraftwerken selbst nehmen vor allem die Umspannwerke, Umspannstationen und die Räume für Blockumspanner ein beträchtliches Bauvolumen für den Energiesektor in Anspruch.
Blockumspanner sind den stromerzeugenden Generatoren oder Turbogeneratoren je nach deren Größe und Art in entsprechender Größe direkt nachgeschaltet. Die Blockumspanner sind meist im Kraftwerk selbst aufzustellen. Sie haben die Aufgabe, den von der Turbine erzeugten Strom von der Eigenspannung (Erzeugungsspannung) direkt höher zu spannen.
Diese mittlere Spannung (meist 30 kV) wird dann in einem besonderen Umspannwerk auf die „Überland-Hochspannung" (110 oder 220 kV) gebracht. Die Umspannwerke werden je nach dem Verunreinigungsgrad der Luft auch in Freibauweise ausgeführt. Grundsätzlich sollten wir bestrebt sein, diese gewaltigen Anlagen mit ihren dazugehörenden Schaltinstallationen in Freibauweise zu errichten.
Die Hochspannungsleitungen (110 oder 220 kV) trennen also die Anlagen für Umspanner in zwei Gruppen:

1. in Anlagen, die den Strom hochspannen und
2. in Anlagen, die den Strom herunterspannen.

Die hierbei zu bewältigenden baulichen Aufgaben sind bei beiden Gruppen die gleichen. Als Umspannwerke werden immer die Umspannanlagen bezeichnet, die unmittelbar an den Hochspannungsleitungen liegen.
Unter Umspannstationen verstehen wir die Anlagen, die die elektrische Leistung für einen Ort oder für ein Werk umformen. Ihnen untergeordnet sind die „Ortsnetz-Trafostationen". Das Wort Umspannstation hat hierbei die gleiche Bedeutung wie das Wort Trafostation. Ortsnetzstationen werden in der Regel bis zu einer Größe von 0,500 MVA = 500 kVA errichtet.

Die Umspanner (Trafos) selbst können auch in zwei Gruppen eingeteilt werden, und zwar nach ihrer Leistung in:
1. normale Transformatoren (0,1 MVA bis etwa 10 MVA),
2. Hochleistungstransformatoren (ab 10 MVA).
Die Transformatoren von 100 kVA (0,1 MVA) bis 1600 kVA (1,6 MVA) sind standardisiert.[1]

Die Trafostationen zu typen, ist keine leichte Aufgabe. Die neue Tendenz ist, Traforäume für Trafos mit einer Leistung von 500 kVA zu schaffen, in die dann auch alle anderen Trafos kleinerer Leistungen hineinpassen. Nur so kann man dem Wachstum oder dem Rückgang einer Stadt oder eines Werkes gerecht werden. Umbauten, Anbauten und Investruinen oder gar Abbrüche lassen sich somit weitestgehend vermeiden!

Allgemeine Forderungen an Räume für Umspanner

An Räume für Umspanner (Trafos) werden eine ganze Anzahl von baulichen Forderungen gestellt (siehe Detailblatt Nr. 193).

Vor Beginn der baulichen Projektierungsarbeit ist besonders bei den Räumen für nicht standardisierte Trafos (ab 1,6 MVA) mit den Technologen Rücksprache zu nehmen.

Die Räume sollen natürliche Be- und Entlüftung haben. Nur in Ausnahmefällen dürfen sie mit künstlicher Belüftung versehen sein.[2]

Die Räume müssen voneinander getrennt und aus feuerhemmendem Material nach DIN 4102 errichtet sein. Ab 0,315 kVA sind Ölsammelgruben erforderlich. Die Gruben müssen eine Grobkiespackung erhalten. Diese Kiesschicht soll das Feuer, das mit dem brennenden Öl bei Trafobränden abfließt, auffangen und ersticken oder zumindest eindämmen. Trafobrände kommen leider noch allzuoft vor, und die Feuerwehr erhöht deshalb eher ihre erlassenen Forderungen, ehe sie davon abläßt.

Die Türen sind nach VDE 0101 feuerhemmend oder zumindest aus Stahlblech auszuführen. Die BEWAG fordert in Berlin außerdem eine zweite Drahtgittertür, die sich erst öffnen läßt, nachdem die Spannung ausgeschaltet ist. Bei Traforäumen in Geschoßbauten muß über den Abluftöffnungen ein feuerfestes Kragdach von 1 m Breite angeordnet werden. Hierdurch wird vermieden, daß die Flammen bei Trafobränden in die darüberliegenden Geschosse schlagen.

Die Rampe muß freitragend sein oder nur auf wenige Einzelpfeiler abgestützt werden. Das ist notwendig, um die Zuluftöffnungen, deren Größen vom Technologen zu ermitteln sind, einordnen zu können. Die Rampe muß mindestens 1 m breit sein. Sie erhält zweckmäßigerweise eine Stoßschiene aus U-Eisen oder aus L-Eisen. Wird die Rampe in Stahlbeton ausgeführt, so kann auf einen besonderen Estrichbelag verzichtet werden, da dieser selten eine Verbindung mit den Betonplatten eingeht. Die Oberfläche der Stahlbetonplatte ist dementsprechend zu stampfen, zu riffeln oder zu glätten. Die Fahrschienen sollten nur bei außergewöhnlich schweren Transformatoren bis an die Vorderkante der Rampe reichen. Für die Fahrmöglichkeit der Transformatoren auf den Rampen hat sich eine Doppelmontageschiene als sehr zweckmäßig erwiesen. Sie hat besondere Vorteile:

1. Materialersparnis, da dieselbe nur einmal hergestellt wird, aber für alle Trafoboxen zu benutzen ist.

2. Einfache Konstruktion der Rampen, da die Fahrschienen die Rampen nicht unterbrechen und die schwierigen Anschlüsse der Rampe an die Fahrschiene wegfallen.

3. Die Schienen können nicht zerrosten.

Oberkante Fahrschiene im Transformatorenraum, Oberkante Türanschlagschiene und Oberkante Montageschiene, welche bei Auswechslungen der Trafos einfach auf die Rampe gelegt wird, müssen eine Höhe bilden. Ist Bahnanschluß der Rampe, das heißt also Bahntransport der Trafos bis zum Einbau, vorgesehen, dann muß die Rampenhöhe 1150 mm von der Fahrschienen-Oberkante bis zur Bahngleisoberkante betragen.

Rampen sollten immer bei Umspannstationen, die mehr als drei Trafoboxen besitzen, oder bei schweren Trafos (etwa ab 500 kVA) angeordnet werden. Ausgehend von den angestellten Überlegungen, daß die Transformatoren recht selten ausgewechselt werden und die Räume zur Wartung der Transformatoren nur von Personen in größeren Zeitabständen betreten werden, sollen und werden die teuren Stahltore durch Montagewände ersetzt.

Als Grenze für die Anwendung der Montagewände kann eine Transformatorengröße von 10 MVA (10000 kVA) angenommen werden. Es läßt sich nachweisen, daß die Montagewände gegenüber Türen und Falttoren sehr wirtschaftlich sind. Bei Umspannern mit einer Leistung von 63 MVA (siehe Detailblatt Nr. 193) ist zum Beispiel eine Türgröße von über etwa 25 m² notwendig, die nur mit einem aufwendigen Falttor zu schließen ist. Falttore kosten nach Katalog 130 bis 200 DM/m², die Montagewand nach Detailblatt Nr. 194 38,20 DM/m².

Da die gesamte Öffnung zum Ein- oder Ausfahren des Trafos nur bei Generalreparaturen benötigt wird, ist allein auf Grund des Preisvergleichs die Montagewand eindeutig im Vorteil. Anstatt der angegebenen Bleche lassen sich auch ebene Zementasbestplatten verwenden. Hierbei ist jedoch die erhöhte Bruchgefahr zu berücksichtigen, so daß Stahlbleche vorteilhafter sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Montagewände bei allen Räumen für Hochleistungstrafos (etwa ab 10 MVA) angewendet werden können und wirtschaftlich sind. Die Kostenersparnisse gegenüber Stahlfalttoren können bis zu 80 Prozent betragen.

[1] Standard HVEN 68 / Oktober 1958 / 2.127 (siehe Tabelle auf Detailblatt Nr. 193)
[2] VDE-Vorschriften 0108 und 0118 und Forderungen der Feuerwehr

Standardküche „Anneliese" für alle Wohnungen

Eva Heyne

Das Bestreben nach Rationalisierung auch in der Küchenmöbelindustrie, vor allem aber die vom Handel und den Verbrauchern immer wieder geäußerte Kritik an der mangelnden Funktionstüchtigkeit der angebotenen Küchenmöbel veranlaßten die Staatliche Plankommission, einen Arbeitsstab zu bilden, der sich mit der besseren und zweckmäßigeren Ausnutzung des Küchen- und Küchenmöbelraumes sowie der Unterbringung von Haushaltsgeräten und -maschinen mit ihren Einzelteilen befassen sollte. Die Federführung übernahm das Entwurfsbüro der sozialistischen Möbelindustrie, Dresden/Radeberg.

Auf der letzten Leipziger Frühjahrsmesse wurde nun das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit der Möbelindustrie, der Elektroindustrie und der Massenorganisationen vorgestellt und fand allgemeinen Beifall, wobei besonders die Gebrauchstüchtigkeit hervorgehoben wurde. Unter Berücksichtigung der TGL 3911 „Küchen-Anbaumöbel, Hauptabmessungen", die zur Zeit als rechtsverbindlicher Standard überarbeitet wird, wurden Küchenmöbeleinzelteile so zu Arbeitszentren zusammengestellt, daß sich eine voll funktionsfähige Kücheneinrichtung ergab. Da es sich um Anbaumöbel handelt, kann also jeder Küchenraum nach individuellen Gesichtspunkten als zweizeilige, U- oder L-Küche eingerichtet werden.

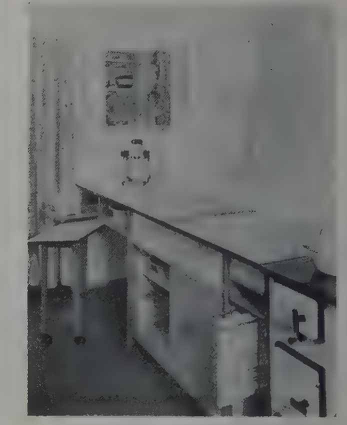
Die zweizeilige Küche ist komplett mit dem durchschnittlichen Bedarf einer vierköpfigen Familie an Geschirr, Geräten und Vorräten eingerichtet.

Die Schrankstrecke (Aufbewahrungszentrum) besteht aus Reinigungsvollschrank mit Einlegeböden, Putzkasten und Haltern für Reinigungsgeräte. Der Oberschrank mit Schiebetüren hat den Geschirrgrößen entsprechend verschiedenen hohe Einlegeböden und kann an die seitlichen Vollschränke angeschraubt werden. Der zweitürige Unterschrank dient als Topfschrank mit Deckelstürzen und so weiter an den Türen; über den vier Schiebekästen für Kleingeräte und Bestecke liegt das Brotfach mit Klapptür und Brotschneidemaschine. Die lichte Weite zwischen Ober- und Unterschrank beträgt 450 mm. Daran schließt sich der Vorratsschrank mit dem tischhoch eingebauten 60-Liter-Kühlschrank „Kristall" an, im Unterteil sind herausziehbare Schübe für Trockenvorräte angeordnet, über dem Kühlschrank befindet sich ein Sonderfach für Flaschen, Gläser und so weiter. Wird der Einbaukühlschrank nicht gewünscht, kann das Fach mit einer Tür und Einlegebrettern als Vorratsschrank benutzt werden.

Die Gegenzeile der Küche enthält Koch- und Reinigungszentrum und den Hauptarbeitsplatz. Dieser besteht außer der Arbeitsfläche aus einem herausschwenkbaren, auf Rädern laufenden Tischchen von 650 mm Höhe für im Sitzen zu verrichtende Arbeiten. Dazwischen sind zwei Fächer mit der herausziehbaren Küchenwaage und zur Unterbringung der ständig gebrauchten Plast- oder Metallschüsseln zum Gemüsewaschen und so weiter angebracht. Dieser Arbeitsplatz soll Standplatz für die Küchenmaschine sein, deren Zubehörteile in einem sehr gut durchkonstruierten Wandschränkchen zusammen mit den Schütten für Gewürze und Nährmittel untergebracht sind. Es gibt zwei Typen dieses Wandschränkchens: für die „Libelle" und für den „Komet".

Neben dem Arbeitsplatz ist das Reinigungszentrum angeordnet. Es enthält zwei Spülen, deren eine mit der (innen mit PVC-Folie bespannten) Ablaufplatte abgedeckt werden kann, um die Arbeitsfläche zu vergrößern. Unter diesem Spülbecken liegt ein Schrankraum mit Drahtkörben für Kartoffeln und Grobgemüse. Im angrenzenden Schrankteil (unter dem Aufwaschbecken) ist Platz für elektrische Kochgeräte.

Der zwischen Beckenrand und Herd entstandene Abstellplatz enthält unter der Platte ein Schubfach für Kleinigkeiten, ein offenes Fach für Holzbretter



Arbeits- und Installationsstrecke

und drei herausziehbare Metallstangen zum Trocknen der Handtücher. Über dem angrenzenden Herd ist in Griffhöhe ein Wandbrett als Ablage für zum Kochen benötigte Kleinigkeiten angebracht.
Die Herstellung dieser Kücheneinrichtung wurde dem VEB Möbelfabrik Römhild/Thüringen übertragen, der schon im Jahre 1960 2000 Stück fertigte, die mit Melacartabdeckung, Kühlschrank, Spülen, Drahtkörben und so weiter versehen werden. Von 1961 bis 1963 sollen jährlich 8000 Stück, danach 10 000 Stück hergestellt werden.

DETAILBLATT NR. 193

zu Seite 46

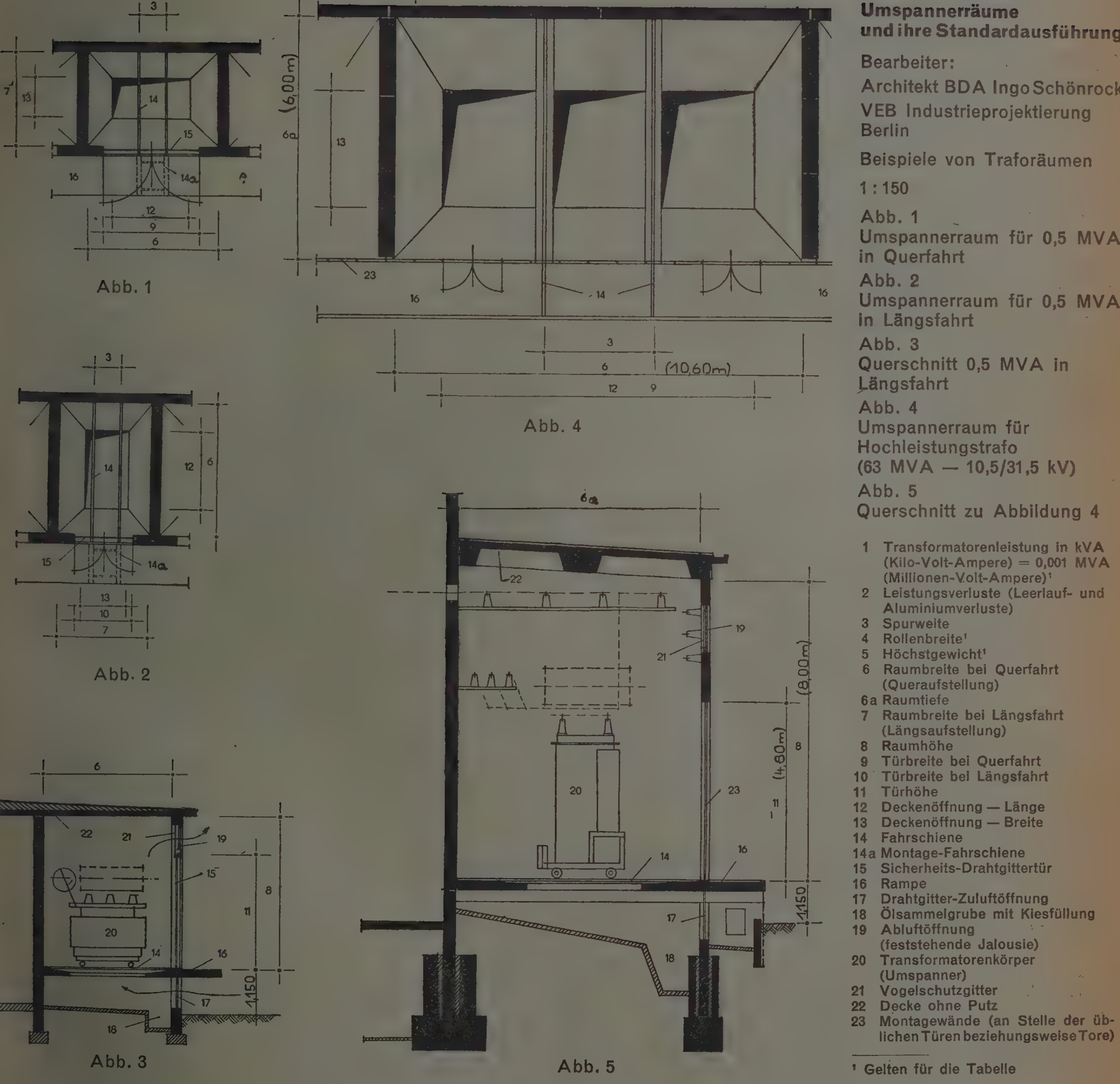


Abb. 1

Abb. 2

Abb. 3

Abb. 4

Abb. 5

Umspannerräume und ihre Standardausführung

Bearbeiter:

Architekt BDA Ingo Schönrock
VEB Industrieprojektierung Berlin

Beispiele von Traforäumen

1 : 150

Abb. 1
Umspannerraum für 0,5 MVA in Querfahrt

Abb. 2
Umspannerraum für 0,5 MVA in Längsfahrt

Abb. 3
Querschnitt 0,5 MVA in Längsfahrt

Abb. 4
Umspannerraum für Hochleistungstrafo (63 MVA — 10,5/31,5 kV)

Abb. 5
Querschnitt zu Abbildung 4

1 Transformatorenleistung in kVA (Kilo-Volt-Ampere) = 0,001 MVA (Millionen-Volt-Ampere)[1]
2 Leistungsverluste (Leerlauf- und Aluminiumverluste)
3 Spurweite
4 Rollenbreite[1]
5 Höchstgewicht[1]
6 Raumbreite bei Querfahrt (Queraufstellung)
6a Raumtiefe
7 Raumbreite bei Längsfahrt (Längsaufstellung)
8 Raumhöhe
9 Türbreite bei Querfahrt
10 Türbreite bei Längsfahrt
11 Türhöhe
12 Deckenöffnung — Länge
13 Deckenöffnung — Breite
14 Fahrschiene
14a Montage-Fahrschiene
15 Sicherheits-Drahtgittertür
16 Rampe
17 Drahtgitter-Zuluftöffnung
18 Ölsammelgrube mit Kiesfüllung
19 Abluftöffnung (feststehende Jalousie)
20 Transformatorenkörper (Umspanner)
21 Vogelschutzgitter
22 Decke ohne Putz
23 Montagewände (an Stelle der üblichen Türen beziehungsweise Tore)

[1] Gelten für die Tabelle

Auszüge aus der Tabelle (2) des Standards „Hauptverwaltung Energie 68" / Oktober 1958 — 2.127

Transformatoren mit Oberspannung 6 bis 30 kV					Transformatorenkammern			Türöffnungen			Fußbodenöffnung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
kVA	kW	MM	MM	kg	MM	MM	MM	MM	MM	MM	MM	M
100	3,65			1100	2510	2135	2750	1500	1125	2000	1160	870
160	5,6	520	40	1600	2760	2260	2917	1750		2250	1380	945
200	6,45								1250		1480	
315	9,5							2250		2500	1965	960
500	13,65	670	50	2900	3385	2385	3500	2500		3000	2095	1070
800	18,75			4600	3760	2885	4083		1500		2340	1130
1250	27,45	820	70	6600				3000		3500	2415	1200
1600	33,1			8000	4010	3010	4500		2500		2560	1220

Umspannerräume und ihre Standardausführung

Bearbeiter:
Architekt BDA Ingo Schönrock
VEB Industrieprojektierung Berlin

Montagewände für Traforäume
1 : 60

Abb. 6
Grundriß der Montagewand
Abb. 7
Ansicht der Montagewand
Abb. 8
Querschnitt der Montagewand
1 : 6
Abb. 9
Detail A
Abb. 10
Detail B
Abb. 11
Detail C
Abb. 12
Detail D
Abb. 13
Detail E

1 ⊔ 8 als Türpfosten
2 ⊔ 6,5 als Wandrippe
3 L 80/80/8 feststehend
4 L 80/80/8 ausnehmbar
5 Schraubenholz M 6 oder M 8
6 Deckleiste 50/8
7 Stahlblech 2 mm
8 Gummistreifen am ⊔ 6,5 befestigt
9 Blechstreifen anschließen
10 Horizontales Stoßblech

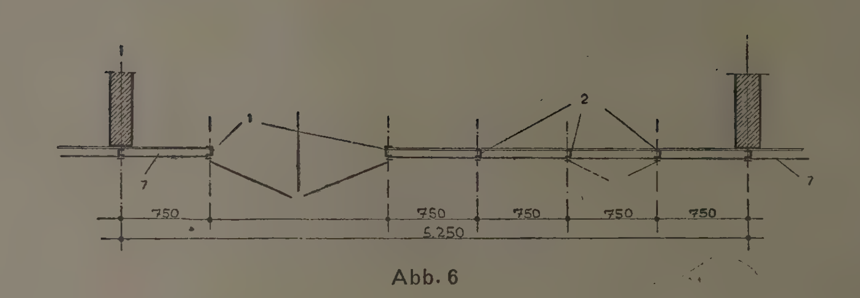


Abb. 6

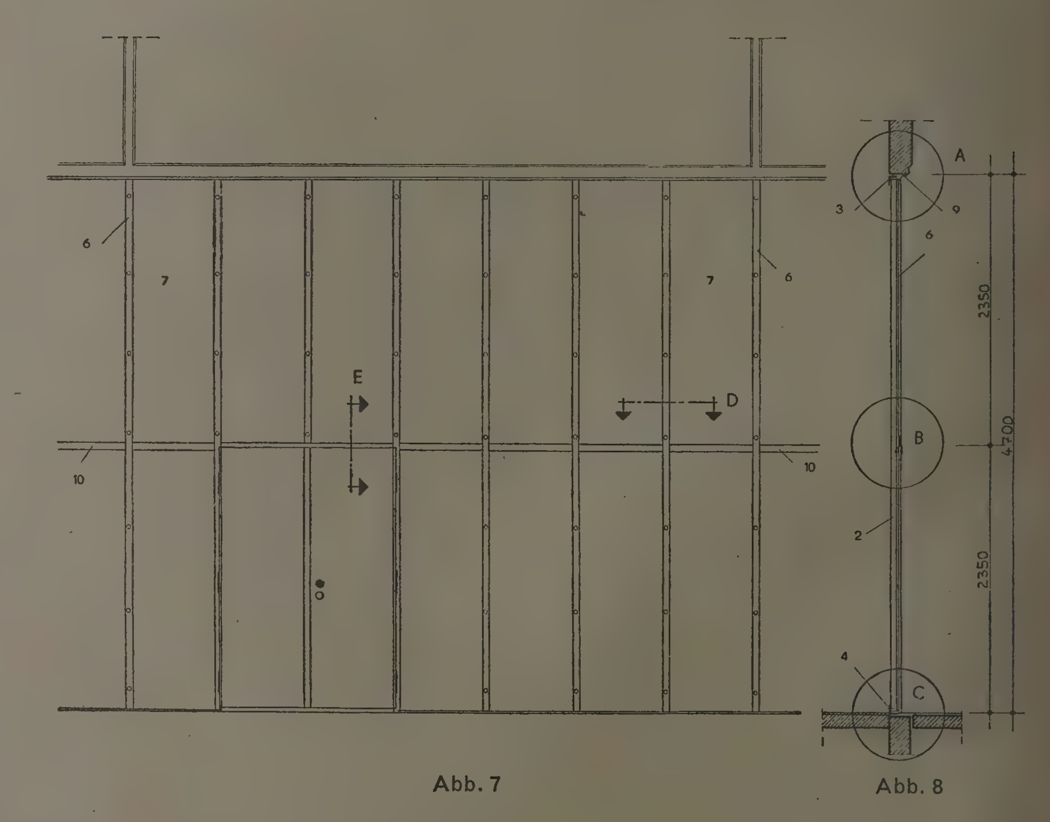


Abb. 7

Abb. 8

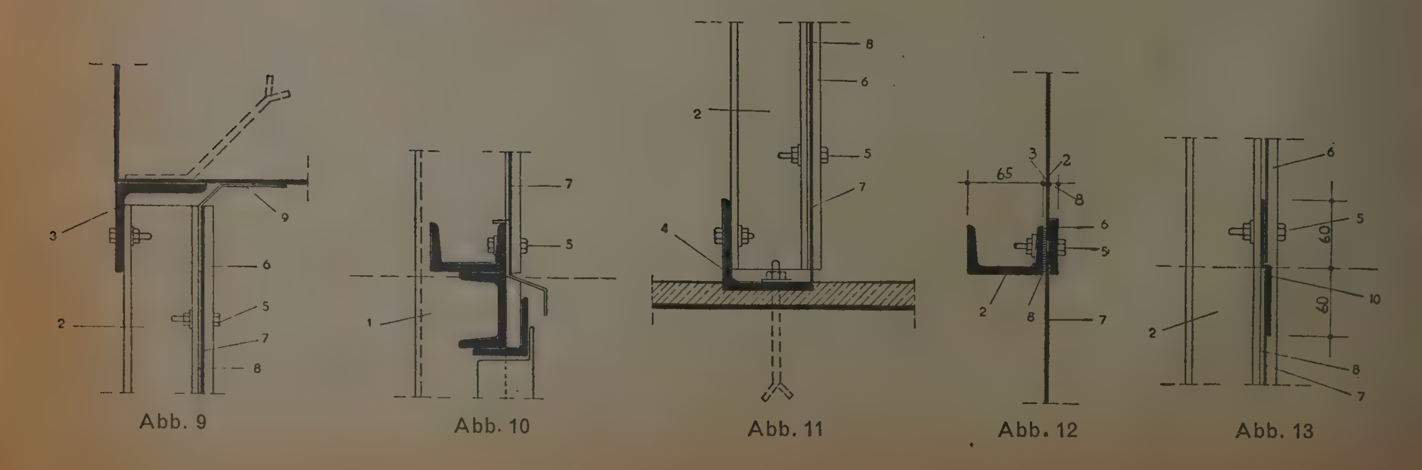
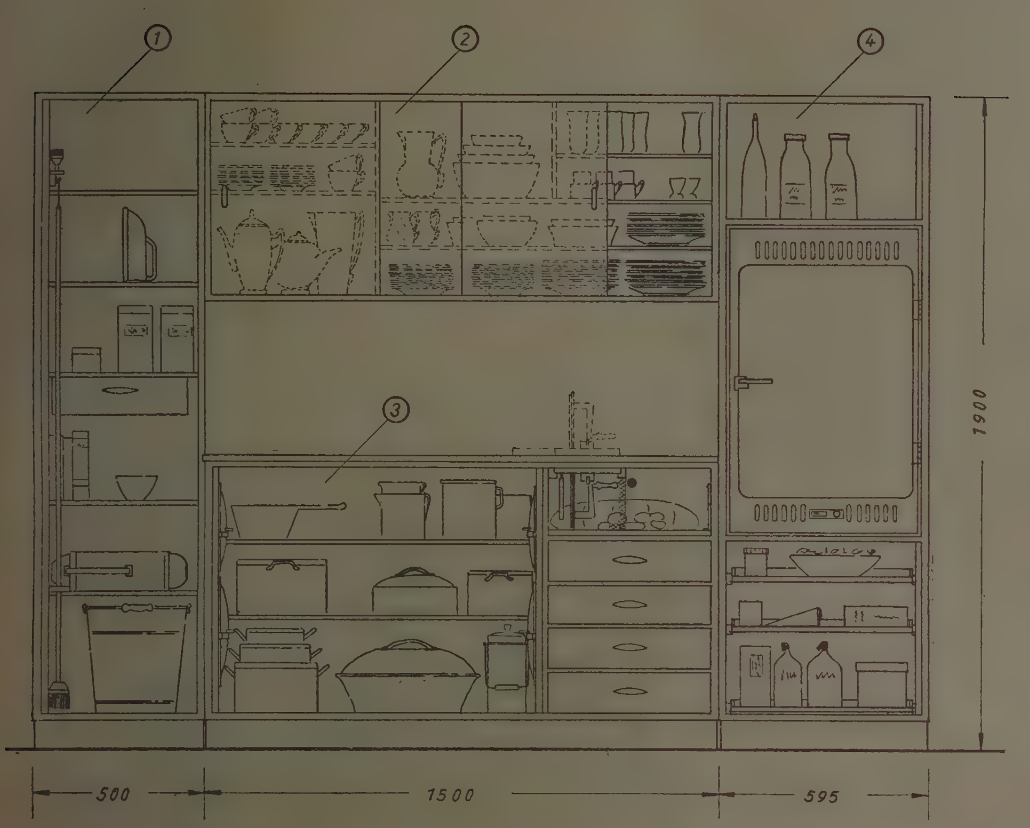


Abb. 9 Abb. 10 Abb. 11 Abb. 12 Abb. 13

DETAILBLATT NR. 195

zu Seite 46



Standardküche „Anneliese"

Bearbeiter: Eva Heyne

1 : 20

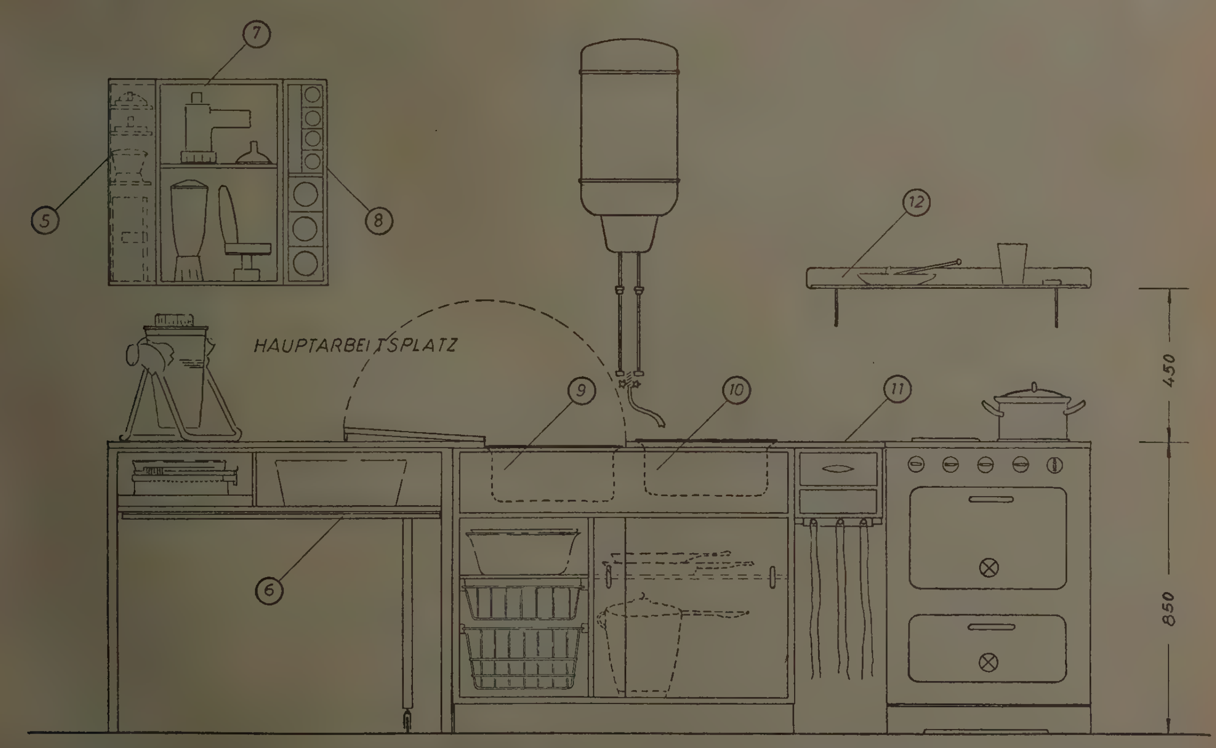
Ansicht der Schrankstrecke

1 Reinigungsgeräte und Reinigungsmittel

2 Hängeschrank für Geschirr mit verschiedener Höhe. Fachteilung für Kaffeetassen, Kaffeekannen, Krüge, Schüsseln, Gläser und Teller

3 Topfschrank, Brotfach mit herausnehmbarer Brotschneidemaschine und Besteckkasten

4 Vorratsschrank mit 60-Liter-Kühlfach, Schrankraum mit Zügen für Trockenvorräte und Fach für Gläser und Flaschen



Ansicht der Installationsstrecke

5 Aufgeklapptes Geräteschrankteil

6 Arbeitstisch für Arbeiten im Sitzen

7 Geräteschrank für Zubehörteile einer Küchenuniversalmaschine mit entsprechenden Halterungen

8 Schüttenteil

9 Abgedecktes Spülbecken. Die Platte dient zur Vergrößerung der Arbeitsfläche, aber auch — durch innen angebrachte PVC-Schale — als Ablaufplatte. Unter dem Spülbecken ist ein Schrankraum mit Drahtkörben für Frischgemüse

10 Aufwaschbecken, darunter Schrankfach für elektrische Geräte und Pfannen

11 Abstellplatz neben dem Herd. Darunter Schubkästen für Küchengeräte, offenes Fach für Schneidebretter und drei herausziehbare vernickelte Stangen zum Aufhängen der Handtücher

12 Abstellbrett über dem Herd

Kombinierter Ruhe- und Liegesessel

(Schutzrechte angemeldet)

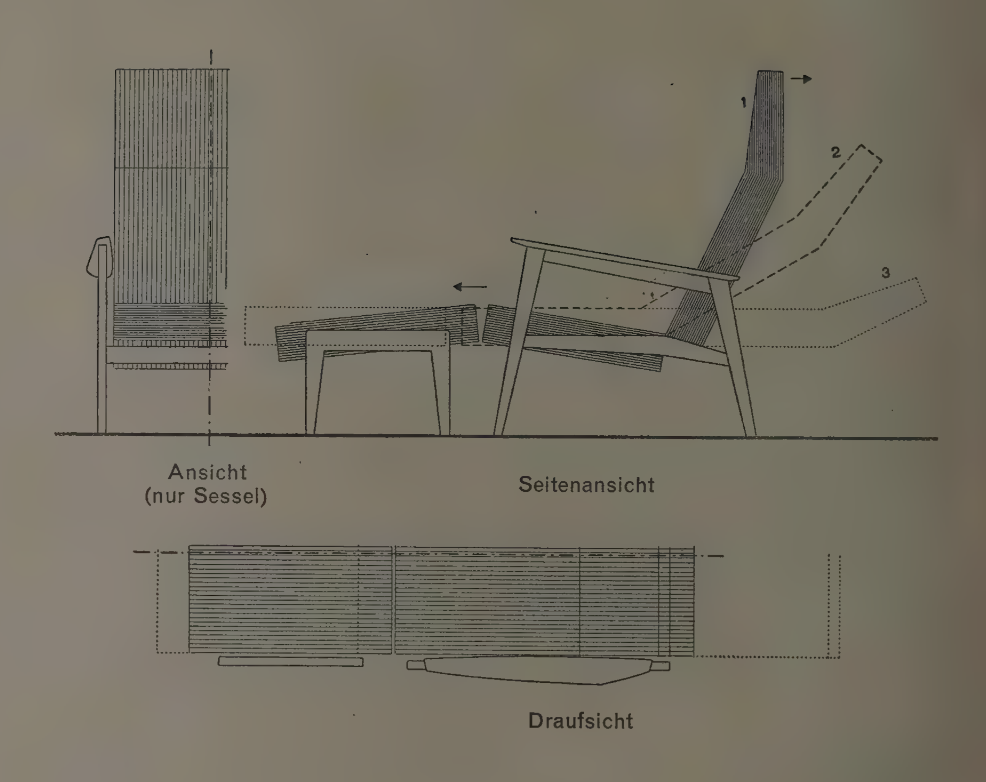
Entwurf:
Architekten Gerhard Hillnhagen und Fritz Stimmerling, Berlin

Ausführung:
Tapeziermeister Kurt Lindner, Schwerin

1:20

Der Sessel ist verstellbar durch Verlagerung des Körpergewichts. Die Verstellbarkeit liegt innerhalb des durch 1 und 2 begrenzten Bereiches. Als Ergänzung dient ein Hocker mit ebenfalls verstellbarer Sitzfläche

Die Lehne des Sessels kann auch waagerecht gestellt werden (Stellung 3). Zusammen mit dem Hocker (Sitzfläche ebenfalls waagerecht gestellt) ergibt sich eine Liegefläche von ausreichender Größe.



Ansicht
(nur Sessel)

Seitenansicht

Draufsicht

Zwei-Lagen-Sessel

Architekt BDA Peter Berger

1:20

Abb. 1
Vorderansicht

Abb. 2
Seitenansicht
A = Speiche

Abb. 3
Grundriß

Abb. 4
Details
B = Schaumgummikissen
C = Bezogene Spiralfedern

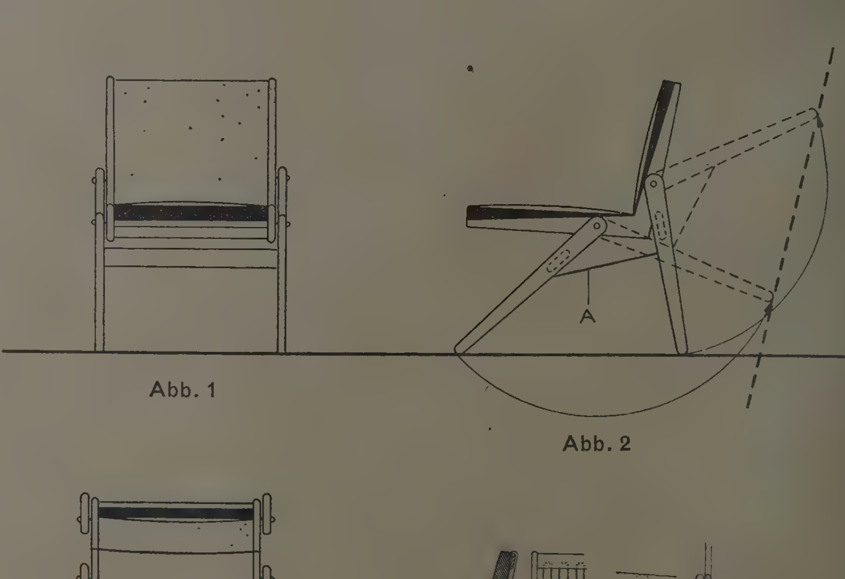


Abb. 1

Abb. 2

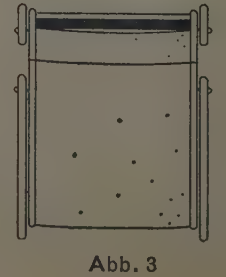


Abb. 3

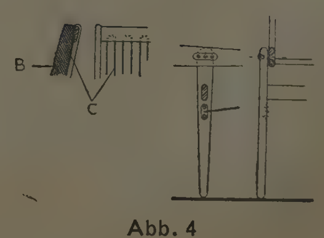


Abb. 4

Über die fensterlose Bauweise im Industriebau

Architekt BDA Ingo Schönrock

Dipl.-Ing. Siegfried Schmidt vom VEB Typenprojektierung sprach am 11. November 1960 vor Vertretern der Berliner Projektierungsbetriebe über fensterlose Industriebauten.
Unter „fensterloser Bauweise" verstehen wir die Zusammenfassung möglichst aller Gebäude eines Werkes zu einem oder mehreren eingeschossigen, meist fensterlosen großen Baublöcken.
Der Widerspruch zwischen einer relativ kurzlebigen Technologie und langlebigen Bauwerken wird bei Geschoßbauten und individuell projektierten Flachbauten am wenigsten beseitigt. Flachbauten mit großen Ausmaßen dagegen, die unabhängig vom Tageslicht benutzt werden können und ein großzügiges Stützenraster haben, werden den Anforderungen eines modernen Industriebaus in weitestgehendem Maße gerecht.

Was ist das Neue an dieser Bauweise?

Geschoßbauten sollen möglichst vermieden werden. Die Produktion wird in einer Ebene abgewickelt. Haupt- und Nebengebäude sind zu einem Block, unter einem Dach, auf einer Ebene zusammenzufassen. Die Nebenanlagen, wie Trafostation, Verwaltungsgebäude und Expedition, die mit der Außenwelt in Berührung stehen müssen, sind an die Außenfronten der Blöcke zu legen. Die Produktionsräume erhalten grundsätzlich keine Fenster und keine Dachoberlichte. Das Dach eines solchen Blockes hat kein Gefälle (0° Dachneigung). In der warmen Jahreszeit werden 3 cm Wasser auf das Dach gepumpt, die dauernd stehenbleiben. Diese Wasserschicht reflektiert die Wärme, erzeugt durch Verdunstung Kälte und verhindert den unangenehmen Wärmestau (Barackenklima). Der Fußboden bleibt frei von jeglicher Installation. Innerhalb der Dachkonstruktion entsteht ein Installationsgeschoß, das sämtliche Leitungen aufnimmt. Alle Zu- und Abgänge für die einzelnen Maschinen kommen von oben.
In solchen Betrieben soll vier- oder dreischichtig gearbeitet werden, jedoch mit verkürzter Arbeitszeit (Sechs- oder Siebenstundentag). Bei der Fließbandproduktion ist es in ökonomischer Hinsicht besser, den Sechsstundentag im Vier-Schicht-Betrieb einzuführen als täglich die Fließbandproduktion neu in Gang zu bringen.
Die Stützenstellungen sind wie folgt vorgesehen:
Breite: 12 000 mm,
Länge: 12 000, 18 000, 24 000, 30 000, 36 000 mm.
Als Kassettenplatte ist grundsätzlich die 12000-mm-Kassettenplatte anzuwenden.
Für die Dachhaut ist in der Deutschen Demokratischen Republik zur Zeit folgender Aufbau vorzusehen:
Schiefersplittbestreuung,
Asbestbitumenasphaltgemisch, eine Lage Glasfasergewebe oder eine Lage Glasvlies,
50 bis 100 mm Holzspanbeton,
Kassettenplatte (12 000 mm Länge).

Das Installationsgeschoß wird für 150 kg/m² Nutzlast bemessen. Unter Installationsgeschoß verstehen wir den Raum vom Binderuntergurt bis zum Binderobergurt. Er ist konstant für alle Spannweiten 3000 mm hoch. An den Untergurt der Binder können überall dort, wo die Nutzlast von 150 kg/m² nicht durch Installationen in Anspruch genommen wird, Schienen für leichte Laufkatzen oder hängende Fließbänder angebracht werden.

Vorteile der Monoblockbildung (fensterlose Bauweise)

1. Schnellste Änderung der Produktionsmethoden ohne bauliche Veränderungen. Außerdem ist eine andere Zweckbestimmung des Gebäudes ohne weiteres möglich.
2. Stärkste Einschränkung von teuren Brückenkränen.
3. Einsparung an Außenwänden bis zu 60 Prozent gegenüber verstreut angeordneten Werkgebäuden.
4. Einsparung von Baumaterial, da sich die Windkräfte, die bei Einzel- und bei Geschoßbauten aufgenommen werden müssen, um 20 bis 90 Prozent verringern.
5. Die Baukosten für Oberlichte und umfangreiche, komplizierte Dachanschlüsse entfallen. Diese Kosten betragen bei den meisten Flachbauten mit Oberlichten 12 Prozent der gesamten Bausumme.
6. Die Unterhaltungskosten werden um 20 Prozent verringert.
7. Je nach Art der Produktion bis zu 50 Prozent kürzere Transportwege.
8. Trotz vollständiger Klimatisierung Einsparung an Wärme, da die Wärmeverluste durch die oft sehr umfangreichen Oberlichte (zum Beispiel Shedhallen) fortfallen.
9. Durch großzügige Anordnung ist eine weitgehende Standardisierung der Bauelemente möglich. Vorteilhafte Anwendung des Spannbetons mittels zusammengespannter Binder.
10. Einsparung an Werkgelände etwa 30 Prozent.

Erfahrungen im Ausland

In der Sowjetunion sind bereits im Jahre 1959 die ersten Werke in dieser neuen Bauweise fertiggestellt worden. Die bautechnischen und bauökonomischen Erfahrungswerte der Sowjetunion sind zum Teil im vorstehenden Abschnitt enthalten. Der VEB Typenprojektierung wertet zur Zeit die Erfahrungen weiter aus.
In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde der Schritt zur fensterlosen Flachbau-Blockbildung bereits vor etwa 20 Jahren bedenkenlos getan, während man bei uns in Deutschland und im übrigen Ausland dem Neuen reserviert gegenüberstand und die traditionellen Bauweisen pflegte.
Professor Dr.-Ing. W. Henn schreibt im „Baumeister", Heft 9/1957, über eine Studienreise, die ihn im Jahre 1956 durch die Vereinigten Staaten von Amerika führte, daß der amerikanische Industriebau von den beiden Forderungen „Flexibility" und „Expansibility" beherrscht werde. Fast täglich würden neue Maschinen aufgestellt, alte umgesetzt und somit die Produktionsmethoden verbessert.

In den größeren Produktionsbetrieben seien mehrere Ingenieure nur damit beschäftigt, die Produktionsmethoden zu verbessern. Die funktionelle Planung und die laufende Rekonstruktion würden an maßstabgetreuen Modellen durchgeführt.

Unter diesem Gesichtspunkt sei der geringe Kostenaufwand bei der Produktion vieler Industrieerzeugnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika zu verstehen.

Die Produktionsstätten würden erweitert.

Jede neue Werkanlage werde flächenmäßig in drei gleich große Teile untergliedert, und zwar für die Produktionsgebäude, Parkplatzfläche und die Werkserweiterung. Verwaltungsgebäude und Laboratorien würden jedoch noch eine Sonderstellung einnehmen.

Die Dachhaut bestehe in den Vereinigten Staaten von Amerika nur aus zwei bis drei Lagen guter Dachpappe, für die die ausführenden Firmen 40 bis 50 Jahre Garantie übernehmen würden.

Neuplanungen von fensterlosen Industriewerken in der Deutschen Demokratischen Republik

Die Vorplanungen über 5 Mill. DM der VEB Industrieprojektierung wurden überprüft. Vorerst sind zwei Industrieobjekte auf die neue Bauweise umgestellt worden, und zwar das Textilkombinat Frankfurt (Oder), Blockabmessungen 600 m × 264 m, und das Glasseidenwerk „Albrechtshof" bei Staaken.

Die konstruktiven und ökonomischen Besonderheiten wurden in den ersten Abschnitten bereits erläutert. Den Grünanlagen und den Sozialgebäuden kommt eine besondere Bedeutung zu, da für die Beschäftigten in den Pausen ideale Erholungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen (siehe hierzu auch „Deutsche Architektur", Heft 11/1960, Seite 608 bis 609 und 629).

Die Deutsche Bauordnung muß zum Teil überholt werden, oder es muß für diese neue Bauweise eine Sonderbauordnung herausgegeben werden, da nicht nur bautechnisch, sondern auch brandschutztechnisch und arbeitsschutzmäßig andere Verhältnisse vorliegen.

Die Hygiene-Inspektion fordert eine relativ hohe Beleuchtungsstärke und eine günstige Verteilung von Kalt- und Warmlicht. Außerdem kommt der Farbe eine noch höhere Bedeutung zu als bei anderen Bauten.

Der Brandschutz hat noch keine klaren Forderungen erhoben. Wahrscheinlich werden Wasserschleier die sonst zahlreichen Brandwände ersetzen.

Die Forderungen des Luftschutzes erscheinen noch zu aufwendig, da dieser nach wie vor eine Dezentralisierung fordert.

Voraussichtlich wird die neue Bauweise vorerst nur für einige Industriezweige zugelassen werden.

Zu gegebener Zeit wird der VEB Typenprojektierung über die weitere Entwicklung und über die erarbeiteten Typenelemente berichten.

Internationale Gemeinschaftsarbeit – ein Mittel zur Steigerung der Produktivität der technisch-wissenschaftlichen Arbeit im Bauwesen

Ingenieur Alfred Lux
Deutsche Bauakademie, Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation

Dem Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik sind im Siebenjahrplan große Aufgaben gestellt. Gleich große Aufgaben stehen auch vor den anderen sozialistischen Ländern. Um sie zu erfüllen, muß die Produktivität der geistigen und manuellen Arbeit auf allen Gebieten des Bauwesens systematisch auf das höchstmögliche Maß gesteigert werden. Ein entscheidender Weg dazu ist das Erkennen, Anwenden und Ausnutzen des internationalen Erfahrungsschatzes im Bauwesen, des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts.

Die Hauptmethode, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt zu ermitteln, ständig zu verfolgen und zu verallgemeinern, ist die wissenschaftliche Dokumentation und Information. Sie stellt als Bestandteil der Forschung und Praxis ein wichtiges Instrument zur Ermittlung und Vermittlung neuer Erkenntnisse und Erfahrungen dar, erleichtert dem Forscher und dem Praktiker die Überwachung und Auswertung der auf seinem Fachgebiet erscheinenden Literatur und unterrichtet ihn über den neuesten Stand in Wissenschaft und Technik, soweit er im Schrifttum oder in anderen Dokumenten seinen Niederschlag gefunden hat. Im Beschluß der 9. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde festgelegt, daß der Aufbau einer systematischen Dokumentation und Information zur Unterrichtung aller Betriebe über die neuesten Erkenntnisse des In- und Auslandes eine entscheidende Aufgabe und eine Voraussetzung für die kurzfristige Erreichung des höchsten Standes der Technik ist.

Die Deutsche Bauakademie hat die Notwendigkeit der organisierten Auswertung und Publizierung des internationalen Erfahrungsschatzes rechtzeitig erkannt und im Jahre 1957 die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation gegründet. Sie hat die Dokumentation auf allen Gebieten des Bauwesens durchzuführen, Betriebe und Institutionen des Bauwesens über neue Entwicklungen und wissenswerte Erfahrungen zu informieren, fremdsprachige Literatur aufzubereiten und zu verbreiten sowie vor allem eine vorwärtsweisende, die Entwicklung des Bauwesens fördernde Fachliteratur als wichtigstes Informationsmittel zu entwickeln.

Die bisherige Arbeit der Zentralen Wissenschaftlichen Bauinformation hat den Bauschaffenden zweifellos Arbeitserleichterungen gebracht und zu Verbesserungen im Bauwesen geführt. Trotzdem gibt es noch Mängel, die systematisch beseitigt werden müssen, um einen noch höheren Nutzeffekt zu erreichen. Die rasch anwachsende nationale und internationale Fachliteratur ist nur noch sehr schwer zu übersehen, so daß keine Gewähr für die volle Erfassung der neusten Erkenntnisse gegeben ist. Ein weiterer Mangel ist, daß die Ergebnisse der Auswertung und die aufbereitete fremdsprachige Fachliteratur ungenügend publiziert werden. Beide Mängel sind bekannt. Sie verhindern eine höhere Wirksamkeit der Dokumentation und müssen im Interesse der Entwicklung des Bauwesens rasch überwunden werden, vor allem durch Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

Die Aufgabe, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt zu verfolgen und auszuwerten, steht vor allen Ländern des sozialistischen Lagers. Deshalb verursacht die Dokumentation des nationalen und internationalen Bauschrifttums in allen Ländern den gleichen Arbeitsaufwand und die gleichen Investitionen für technische Spezialeinrichtungen. Es erscheint deshalb zweckmäßig und für die Zukunft unumgänglich, eine Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiete der Dokumentation durchzuführen. Eine Gemeinschaftsarbeit würde durch Ausschaltung der jetzigen Parallelarbeit große fachliche und materielle Vorteile bringen, außerdem eine höhere Qualität der Auswertung und einen besseren Ausschöpfungsgrad des bautechnischen Schrifttums bei einer wesentlichen Verringerung der Übersetzungsarbeit.

Natürlich stellt eine solche Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsteilung in der Dokumentation des Bauschrifttums zwischen zwölf sozialistischen Ländern eine große Aufgabe dar, die nur etappenweise verwirklicht werden kann. Die Ständige Kommission Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hat deshalb von Experten Vorschläge ausarbeiten lassen und die Vertreter der Informationszentren der sozialistischen Länder zur Beratung dieses Materials im Juli 1960 zu einer Konferenz nach Berlin geladen. Diese im Geiste herzlicher Freundschaft und bester Kameradschaft durchgeführte Arbeitskonferenz hat beschlossen, die Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet der Baudokumentation in zwei Etappen durchzuführen.

In der ersten Etappe wertet jedes sozialistische Land seine eigene nationale Bauliteratur aus und übergibt die Auswertungsergebnisse jedem anderen sozialistischen Land. Diese Etappe wird am 1. Januar 1961 beginnen und die Länder von der jetzigen Parallelarbeit entbinden. Der gegenseitige Austausch der Dokumentationsergebnisse wird monatlich so erfolgen, daß das in der Landessprache und in russischer Sprache gehaltene Dokumentationsmaterial zwei Monate nach Erscheinen der Fachliteratur in allen sozialistischen Ländern vorliegt.

In der zweiten Etappe der Gemeinschaftsarbeit wird jedes sozialistische Land entsprechend seinen politischen, wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten die Auswertung der Literatur einiger Länder des kapitalistischen Weltsystems übernehmen. Diese Etappe wird am 1. Januar 1962 beginnen.

Folgende Arbeitsteilung wurde vorgesehen:

Volksrepublik Bulgarien —
  Griechenland, Türkei
Ungarische Volksrepublik —
  Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark
Deutsche Demokratische Republik —
  Westdeutschland, Schweiz, Österreich
Volksrepublik Polen —
  Frankreich
Rumänische Volksrepublik —
  Italien, Spanien, Portugal, Lateinamerikanische Länder
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken —
  Vereinigte Staaten, England, Kanada, Indien
Tschechoslowakische Sozialistische Republik —
  Jugoslawien, Belgien, Holland, Afrikanische Länder, Australien
Volksrepublik China —
  Japan

Die Konzentration auf das Schrifttum der sozialistischen Staaten und weniger kapitalistischer Länder gestattet eine umfassendere und gründlichere Auswertung der Literatur. Um möglichst viele neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet des Städtebaus, der Projektierung, der Bautechnik und der Baustoffindustrie zu erfassen, werden

Fachzeitschriften,
Bücher und Broschüren,
Berichte über abgeschlossene Forschungsarbeiten,
Standards und Normen,
Regierungsverordnungen, Beschlüsse und Verfügungen auf dem Gebiete des Bauwesens,
Veröffentlichungen der Hochschulen des Bauwesens und sonstige Unterlagen (zum Beispiel Messeberichte, Dienstreisebeschreibungen, Tagungsunterlagen und anderes)

ausgewertet.

Für die Entwicklung unseres Bauwesens wird es von großer Bedeutung sein, die uns aus den sozialistischen Ländern übermittelten Erfahrungen schnell und umfassend den Institutionen und Betrieben des Bauwesens mitzuteilen, damit sie in Forschung, Lehre und Praxis rasch und fruchtbringend genutzt werden können. Deshalb muß die gegenwärtig unzureichende Form der Verallgemeinerung grundlegend verändert werden. Zur Zeit werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Dokumentation in Form von Dokumentationsdiensten durch das Institut für Dokumentation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herausgegeben. Gliederung, äußere Aufmachung, Erscheinungstermine und Bezieherkreis der Dokumentationsdienste entsprechen nicht den Forderungen nach gründlicher Unterrichtung der Bauschaffenden über den technisch-wissenschaftlichen Höchststand. Es wird deshalb angestrebt, die Verbreitung des aus der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit gewonnenen Erfahrungsschatzes der neuen Organisationsform des Bauwesens mit Fachbereichen und Sektionen anzupassen und folgende Dokumentationsdienste zu schaffen:

Statik der Baukonstruktionen,
Städtebau und Architektur,

Bauökonomik,
Baustoffe,
Technologie der Bauproduktion und Mechanisierung,
Hochbau,
Industriebau sowie
Verkehrs- und Tiefbau.

Diese Aufteilung trägt der zunehmenden Spezialisierung im Bauwesen Rechnung.

Es wird ferner angestrebt, die gegenwärtig wenig ansprechende Form der Dokumentationsdienste zu verbessern. An Stelle der gegenwärtig noch erscheinenden Karten mit Papierbanderolen sollen für die einzelnen Fachgebiete geschmackvolle Broschüren herausgegeben werden, die entweder gesammelt oder zum Aufbau von Karteien zerlegt werden können. Vor allem aber kommt es darauf an, daß sich die Institutionen, Betriebe und Lehranstalten des Bauwesens der Deutschen Demokratischen Republik der Dokumentationen bedienen, sie auswerten und nutzen. Nur dann können die Dokumentationen als Grundlage zu einer Verbesserung der Konstruktionen, Technologien und Arbeitsverfahren dienen. In den volkseigenen Projektierungsbetrieben, in den Forschungs- und Entwicklungsinstituten des Bauwesens, in den Hoch- und Fachschulen des Bauwesens, in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe, in den großen Bau-, Baustoff- und Holzbetrieben sowie in den Sektionen der Ständigen Kommission Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe müssen die Dokumentationsdienste zu einem ständigen Arbeitsmittel werden, das den technisch-ökonomischen Höchststand in Form neuer Erkenntnisse und Erfahrungen vermittelt.

Stahlbetonskelett-Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten

Dipl.-Ing. Arno Schmid
Deutsche Bauakademie, Institut für Hochbau

Am 21. September 1960 wurde vom Institut für Hochbau der Deutschen Bauakademie vor Vertretern des Ministeriums für Bauwesen und der Räte der Bezirke sowie Vertretern der Baubetriebe und der Projektierungsbüros die Grundlagenarbeit der Standardbauweise „Stahlbetonskelett-Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten" öffentlich verteidigt. Im folgenden werden die wesentlichen Fragen des technologisch-konstruktiven Teiles der Arbeit dargestellt.

Aufgabenstellung

Im „Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens" vom 4. Juni 1959 ist die Aufgabenstellung festgelegt. Es heißt dort: Ab 1962 sind die gesellschaftlichen Bauten im erweiterten Umfang in Montagebauweisen zu errichten.

Für diese Bauweise ist ein höchstmöglicher Industrialisierungsgrad in der Vorfertigung und Montage zu gewährleisten. In einem mechanisierten Fließfertigungsprozeß sollen die Bauten aus industriell hergestellten Großbauelementen montiert werden.

Dabei ist die materiell-technische Basis für den Montagebau und die industrielle Vorfertigung die Betonindustrie.

Vorzugsweise sind großformatige Spannbetonelemente für alle horizontalen Traglieder und Rahmenkonstruktionen anzuwenden, wobei die Orientierung auf die Produktion in Gleitfertigeranlagen erfolgen soll.

Insbesondere sind industriell vorgefertigte standardisierte Ausbauelemente zu berücksichtigen.

Mit dieser Standardbauweise sollen folgende Ergebnisse erzielt werden:

Höhere Arbeitsproduktivität,
niedrigere Baukosten,
geringeres Baugewicht,
schnelleres Bauen,
höhere Qualität.

Die umfangreiche Aufgabenstellung und das geforderte Ergebnis stellten die Bearbeiter vor eine große Aufgabe, die auch in Anbetracht ihrer Dringlichkeit nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu lösen war. Nachdem im Institut für Hochbau im ersten Quartal 1960 ein Studienentwurf ausgearbeitet worden war, wurde im Rahmen einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit Kollegen der Projektierung und aus Baubetrieben die Grundlagenarbeit vom 30. Juni 1960 fertiggestellt.

Einheitliche Bauweise für gesellschaftliche Bauten

Schon im Studienentwurf wurde aufgezeigt, daß der im Ministerratsbeschluß vorgesehene Weg, die Großblock- oder Plattenbauweise für dem Wohnungsbau ähnliche Gebäude und die Skelettbauweise des Industriebaus für dem Industriebau ähnliche Gebäude anzuwenden, nicht zum gewünschten Erfolg führt. Warum? Es liegen doch Beispiele vor, die zeigen, daß die Plattenbauweise oder die Großblockbauweise für bestimmte Gebäudearten der gesellschaftlichen Bauten anwendbar sind, das heißt die geforderten funktionellen Bedingungen erfüllen. Aber sinnvoll sind diese Bestrebungen nur dann, wenn die Elemente, die in diesen Bauweisen verwendet werden, unverändert übernommen werden können. Doch schon die mögliche Deckenspannweite mit ihrer Belastbarkeit schränkt neben anderen konstruktiven Festlegungen (unter anderem keine Baugewichtssenkung durch die tragenden Querwände) gegenüber der Skelettbauweise den Anwendungsbereich auf ein Minimum (etwa zwei bis drei Gebäudearten) ein.

Neben diese vorerwähnten konstruktiven Merkmale tritt bei der Plattenbauweise eine weitere Einschränkung — die benutzte Gewichtsklasse von 5 Mp. Das bedingt den Einsatz des Kranes Rapid V (100 tm), der wesentlich höhere Kosten für Auf- und Abbau, Gleisbett und Unterhaltung erfordert als der Kran Rapid III (40 tm). Er kann nur dann wirtschaftlich genutzt werden, wenn ein Einzelgebäude im Komplex mit anderen Bauten der Plattenbauweise montiert wird.

Untersucht man die Anwendungsmöglichkeiten der Großblockbauweise für die im Jahre 1962 neu beginnende Montagebauweise, so muß auch die Frage nach der Perspektive der Großblockbauweise gestellt werden. Die Großblockbauweise 750 kp kann schon jetzt als traditionelle Bauweise angesehen werden. Die notwendige Senkung des Arbeitsaufwandes bestimmt die Weiterentwicklung über die Gewichtsklasse 2 Mp zu großformatigen, vollkomplettierten Elementen, wie sie die Plattenbauweise besitzt. Damit haben sich beide Bauweisen angenähert. Aus diesen Gründen werden die Bauweisen des Wohnungsbaus nur in Ausnahmefällen bei gesellschaftlichen Bauten Anwendung finden.

An Hand konkreter Projektierungsbeispiele verschiedener Gebäude, wie Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Instituts- und Laborgebäude, Bauten für Handel und Versorgung und andere, wurde erkennbar, daß die Skelettbauweise ohne funktionelle, konstruktive und vor allem technologische Einengungen die günstigste Lösung darstellt. Eine entsprechende Montagebauweise im Industriebau gibt es zur Zeit nicht. Eine Untersuchung an Hand der in Arbeit befindlichen Unterlagen für eine Skelett-Montagebauweise für Geschoßbauten der Industrie zeigte, daß infolge der Gewichtsklasse, des Rasters und der technisch-funktionellen Anforderungen, wie Deckenuntersicht, Wärme- und Schallschutz, Auflagerkonsolen, die sichtbar im Raum angeordnet sind, eine Übernahme der in Entwicklung befindlichen Bauweisen des Industriebaus nicht möglich ist. Insbesondere können hiermit die anfangs erwähnten Forderungen des Ausbaus nicht erfüllt werden, ohne die einer Steigerung der Arbeitsproduktivität Grenzen gesetzt sind, wobei zu beachten ist, daß bei den gesellschaftlichen Bauten der Ausbau einen wesentlich größeren Anteil besitzt als im Industriebau.

Ein entscheidender Faktor bei diesen Fragen ist die Bautechnologie. Der Umfang der Anwendung von Montagebauweisen hängt im wesentlichen von der Kapazität der Vorfertigungswerke ab. Der vorgesehene schnelle Übergang zu den Montagebauweisen erfordert eine ebenso schnelle Verlagerung der Bauproduktion in die Vorfertigung. Das erfordert die Erweiterung und den Neuaufbau von Betonwerken. Hierbei wird man nicht nur den neuesten Stand der Technik bei der Ausrüstung dieser Werke anwenden, sondern sich im Produktionssortiment auf die zukunftsträchtigen Bauweisen einstellen, um die Gewähr für eine mehrjährige Produktionsserie zu besitzen. Die Orientierung auf die neuen Standardbauweisen sichert darüber hinaus die Kontinuität der Produktion durch die enge Verbindung von Vorfertigung und Montage. Die angespannte Lage in der Betonindustrie wird es nicht gestatten, auf Lager zu produzieren, von wo nach Bedarf die Teile abgerufen werden. Auch volkswirtschaftlich können wir uns eine derartige Bindung von Volksvermögen nicht leisten.

Aus der Standortverteilung der Gebäudearten ergibt sich für die Vorfertigung des Wohnungsbaus und für gesellschaftliche Bauten eine bezirkliche Orientierung. Für den Industriebau müssen dagegen mehr die Bauschwerpunkte Berücksichtigung finden. Aus diesen Gesichtspunkten ergibt sich für die Vorfertigung eine Verbindung mit den Vorfertigungsstätten des Wohnungsbaus, organisiert auf bezirklicher Basis. Dies ist auch mit Rücksicht auf die Austauschbarkeit standardisierter Ausbauelemente des Wohnungsbaus zweckmäßig.

Anwendungsbereich

Aus den funktionell-architektonischen Untersuchungen ergab sich, daß die neue Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten gestatten muß, aus einheitlichen Elementen Gebäude mit ein bis acht Geschossen bei einer maximalen Verkehrslast von 500 kp/m² zu errichten.

Raster

Aus der Gewichtsklasse von 2 Mp und den funktionellen Untersuchungen ergaben sich für diese Bauweise als günstigstes Rastermaß 600 mm beziehungsweise Maßsprünge von 1200 mm. Das entspricht den sowjetischen Vorschlägen für ein einheitliches Maßsystem, die auf der internationalen Expertentagung der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau im August 1960 vorgelegt und zur Anwendung empfohlen wurden.

Auf der Grundlage der dort getroffenen Festlegungen gelten als Maßsprünge:
Für die Konstruktion das Großraster 600 mm, 1200 mm, 6000 mm.
Für die Abmessung der Konstruktionselemente 10 mm, 50 mm, 100 mm.
Die Lage der Systemlinien wird bei der Konstruktion begründet und definiert.

Baustoffe

Die konstruktiven Teile sind als Stahlbeton- und Spannbetonfertigteile ausgebildet.
Die nichttragenden, im wesentlichen raumabschließenden Bauelemente sind als Leichtkonstruktionen vorgesehen, um das Baugewicht zu senken.
Die Innenwände auf der Basis von Porengips wiegen 50 kg/m² Wandfläche. Gegenüber den herkömmlichen 70 mm dicken Wänden aus Lochziegeln bedeutet das eine Gewichtseinsparung von 50 Prozent.
Die Außenwände aus Kunststoffen und Kunststoffschäumen wiegen 20 bis 50 kg/m² Wandfläche. Demgegenüber beträgt das Wandgewicht der Plattenbauweise zur Zeit bei Verwendung von Leichtzuschlagstoffen 300 kg/m². Für die Zeit, in der dem Bauwesen noch nicht ausreichend Kunststoffe zur Verfügung stehen, wurde als Zwischenlösung eine mittelschwere Außenwand mit etwa 200 kg/m² Wandfläche entwickelt, die mineralisch gebundene organi-

sche oder anorganische Dämmstoffe verwendet. Bereits bei der Benutzung dieser Zwischenlösung läßt sich gegenüber den traditionellen Typen eine Baugewichtssenkung von 28 Prozent erreichen.

Konstruktionselemente

Die Elemente für die Skelettkonstruktion mußten neu entwickelt werden. Das Produktionsprogramm für Betonelemente der VVB Zement und Beton für das Jahr 1960 wies keine derartigen Elemente aus. Auch der wesentlich umfangreichere Typenelementenkatalog konnte nicht verwendet werden:
Die Elemente entsprechen nicht den statisch-konstruktiven Bedingungen, da sie im wesentlichen entsprechend den Bedingungen des Industriebaus entwickelt worden sind.
Die Elemente entsprechen materialmäßig nur dem derzeitigen Stand der Technik und nicht dem geforderten Stand, wie zum Beispiel der Anwendung von Spannbeton und hochwertigen Baustoffen.
Die Elemente entsprechen nicht den Bedingungen einer hochmechanisierten Fertigung.

In der Sowjetunion durchgeführte Untersuchungen über die Konstruktion von Stahlbeton-Fertigteilen zeigten folgendes Ergebnis:
Die Fertigteilkosten können bei hoch mechanisierter Fertigung von 100 auf 72 Prozent gegenüber wenig mechanisierter Fertigung gesenkt werden. Infolge des gleichbleibenden Anteils an Materialkosten ist die Differenz zwischen mittlerer und hoher Mechanisierung geringfügig. Wie jedoch aus dem Lohnkostenanteil hervorgeht, ist die Senkung des Arbeitsaufwandes sehr beachtlich.

Eine entscheidende Kostensenkung des Elementes und damit der Baukosten kann durch die Anwendung feingliedriger Bauteile erzielt werden. Bei einer Senkung der Materialkosten um ein Drittel lassen sich die Kosten bei hoher Mechanisierung auf 57 Prozent senken. Da mehrere Betonwerke der Deutschen Demokratischen Republik bereits serienmäßig bei Fertigteilen Betongüten von B 300, B 450 und B 600 erreichen, können die neuen Bauweisen ebenfalls maximal B 600 für ihre Elemente verlangen und so feingliedrige Massenelemente entwickeln. Dabei müssen hohe Stückzahlen für die Elementenserien gewährleistet werden, um die Voraussetzung für die Anwendung hochmechanisierter Fertigungsverfahren zu schaffen.

Skelettsystem

Ursprünglich waren Pendelstützen mit aussteifenden Längs- und Querscheiben vorgesehen. Da aber die Längsscheiben zu starken funktionellen Einschränkungen führten, wurden die Einzelelemente zu einem Längsrahmentragwerk zusammengefügt. Der Abstand der Querscheiben kann bis zu 40 m betragen. Die Stützenquerschnitte (eine Außenstützen- und zwei Innenstützen-Typen) sind in allen Geschossen gleich. Durch die aus den Fertigteilelementen gebildete horizontale Scheibe werden die Stützen und Riegel verbunden. Diese Deckenscheibe besteht aus Spannbeton-Deckenelementen der Gleitfertigerproduktion und besonderen Installationsdeckenelementen. Sie sind ebenfalls vorgespannt und besitzen Vertiefungen, deren unterer Spiegel bei Bedarf durchschlagen werden kann. Ihre Lage ist im Grundriß in den Stützenachsen fixiert, sie können aber an beliebiger Stelle das Normalelement ersetzen und so für Heizungs-, Lüftungs-, Be- und Entwässerungsleitungen benutzt werden.

Die ursprüngliche Bearbeitung orientierte sich auf die im Industriebau übliche Achsanpassung, das heißt, die Systemlinien liegen in Stützenmitte. Dadurch ergibt sich bei Gebäuden, die eine große oder eine kleine Innenstütze besitzen, daß die Deckenelemente kürzer oder länger ausgebildet werden müssen. Im vorliegenden Fall ergab sich die doppelte Anzahl von Arten für Deckenelemente, Installationselemente, Treppenelemente, Dachelemente, Betonquerscheiben, leichte Innenquerwände und Giebel-Fassadenelemente.
Darum wurde die Systemlinie etwa dem Deckenauflager gleichgesetzt, so daß diese Vermehrung um 59 Arten von Elementen nicht eintritt.
Durch diese Abmessungen ergeben sich bei den Innenstützen ein Differenzmaß mit dem Raster 100 mm und eine Vereinheitlichung der Innenraummaße, was die Industrialisierung der Ausbauarbeiten fördert.

Außenwand

Als Außenwandelement ist ein großflächiges Element vorgesehen, das mit fertigem Innen- und Außenputz sowie mit den Fenstern zum Einbau gelangt. Es wird vor die gesamte Konstruktion gehängt. Dadurch werden folgende Vorteile erreicht:

Die Ausnutzung der überbauten Fläche wird größer.
Die Wärmedämmung ist wärmetechnisch einwandfrei und einfacher als bei anderer Lage der Außenwand.
Die geschlossene Außenhaut besitzt weniger Fuge und gestattet eine gute Lösung der Fugendichtung. Insbesondere bei der Lage der Brüstung zwischen oder hinter den Stützen treten oft Feuchtigkeitsschadenstellen an den Anschlüssen zu den Stützen oder Riegeln auf. Auch läßt sich an diesen Stellen die mit einem hohen Arbeitsaufwand verbundene handwerkliche Verkleidung mit Dämmaterial und Putz auf der Baustelle nicht vermeiden.

Das vorgehängte Außenwandelement gestattet in den einzelnen Etappen den Übergang von der mittelschweren zur leichten Außenwand ohne Änderung der Konstruktion und bietet dem Architekten zugleich die Möglichkeit einer entsprechenden Außenwandgestaltung.

Innenwände

Als raumabschließende Elemente sind raumwandgroße Verbundleichtwandkonstruktionen aus glasfaserverstärktem Porengips 70 mm dick vorgesehen. Sie werden im Montagetakt mit dem Kran versetzt und ermöglichen durch ihre einbaufertige Oberfläche den Verzicht auf die üblichen Putzarbeiten. Diese Gipswände können auch für Feuchträume unbedenklich verwendet werden, sofern für eine entsprechende Oberflächenbehandlung gesorgt wird, die Spritzwasserschäden ausschließt. Diese leichte Trennwand besitzt eine Schalldämmung, die etwa 35 db entspricht. Treten höhere Anforderungen an die leichten Trennwände auf, so sind doppelschalige Wände auszubilden, deren Entwicklung als Montagekonstruktion noch nicht abgeschlossen ist. Vom Projektanten ist grundsätzlich kritisch zu prüfen, welche Anforderungen im speziellen Fall an die leichten Trennwände gestellt werden, um danach die entsprechende Festlegung zu treffen.

Dach

Dieser Vollmontagebauweise entsprechen großflächige Dachelemente. Das vorgespannte Wellbetondach mit 25 Prozent Dachneigung findet vorwiegend Verwendung, das keiner nachträglichen Oberflächenbehandlung bedarf. In Ausnahmefällen, insbesondere bei Läden und Kaufhallen, ist ein Flachdach mit 5 bis 7 Prozent Dachneigung vorgesehen, das aus Deckennormalelementen mit einer Dachhaut als Bitumendämmdach besteht. Die handwerkliche Arbeit beim Aufbringen der Dachhaut muß hierbei in Kauf genommen werden.

Treppenhaus

Neben Lasten- und Personenaufzügen sind für die Nutzung und als Fluchtweg Treppenhäuser so ausgebildet, daß sie dem Gebäude an entsprechender Stelle zugeordnet werden können. Im Interesse einer Beschränkung der Elemente wurden ein einheitliches Steigungsmaß und eine Treppenhauskonstruktion vorgesehen.

Bautechnologie

Im Rahmen dieser Veröffentlichung soll hierauf nicht eingegangen werden. Wir verweisen auf die Studie „Technisch-konstruktive Grundsätze der Stahlbetonskelett-Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten" im Heft 10/1960 der „Deutschen Architektur".

Kennzahlenvergleich

Der Vergleich von Kennzahlen dieser Standardbauweise mit dem technisch-wissenschaftlichen Höchststand bereitet einige Schwierigkeiten. Da zur Zeit weder im sozialistischen noch im kapitalistischen Ausland eine einheitliche Bauweise für einen so weitgespannten Anwendungsbereich existiert, können nur die Einzelgebäude verglichen werden.
Wir wählten die Schule zum Vergleich aus, die dem bisherigen Typ in der Deutschen Demokratischen Republik (Ziegelbauweise mit Montagedecken und Montagedach) und einer Schule in Stahlbetonskelett-Montagebauweise (Gewichtsklasse 5 Mp) im Moskauer Bezirk Tscheljabinsk gegenübergestellt wurde. Außerdem wurden einige Kennzahlen von Wohnungsbauten zur Veranschaulichung mit herangezogen.

Gewicht pro Kubikmeter umbauter Raum in Kilopond:

Schule, Standardbauweise	325
Schule, Ziegelbauweise, DDR-Typ	432
Wohnungsbau (vier Stockwerke):	
Ziegelbauweise Typ L 4	435
Großblock Typ Q 6	418
Großblock Typ Q x	346
Plattenbau Typ P 1	401
Plattenbau Typ P 2	325

Nach sowjetischen Angaben liegt das Baugewicht von Stahlbetonskelett-Montagebauten etwa 25 bis 30 Prozent unter dem der traditionellen Bauten.

Ausnutzung der Gewichtsklasse

	Gewichtsklasse Mp	Ausnutzung %
Schule, Standardbauweise	2,0	60
Wohnungsbau Typ Q 3	0,75	64
Wohnungsbau Typ Q 6	0,75	59
Wohnungsbau Typ Q x	2,0	55
Wohnungsbau Typ P 1	5,0	47

Diese Zahl zeigt, daß es bei der Standardbauweise verhältnismäßig gut gelungen ist, den Kran in seiner Tragkraft auszulasten und kleine Elemente zu vermeiden.

Montierbarkeit, bezogen auf 1000 m³ umbauten Raum

	Fertigteilanzahl	Elementenarten
Schule, Standardbauweise	231	50
Schule, Tscheljabinsk	106	—
Wohnungsbau Typ Q 6	650	104
Wohnungsbau Typ Q x	246	37
Wohnungsbau Typ P 1	107	35

Die Gewichtsklasse spiegelt sich in der Anzahl der zu montierenden Fertigteile wider.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Vergleichswerte ein beachtenswertes Ergebnis aufzeigen, obwohl bei der Schule durch ihre starren funktionellen Bedingungen die Konstruktion nicht voll befriedigt, so daß bei anderen Gebäudearten zum Teil wesentlich günstigere Lösungen erreicht werden.
Im Zusammenhang mit den Bauten im Jahre 1961 in dieser Bauweise wird man auch Auskunft geben können, wie weit es gelungen ist, die Baukosten und den Arbeitsaufwand zu senken. Dies ist um so notwendiger, als der Umfang der Bauten dieser Bauweise von etwa 400 Millionen DM auf weit über 1 Milliarde DM Bausumme ansteigen wird. Vergleichsweise bindet der Wohnungsbau 2,2 Milliarden DM jährlich.
Mit Gewißheit läßt sich jedoch sagen, daß diese neue Bauweise alle Voraussetzungen enthält, die die Erreichung der gestellten großen Ziele gewährleisten.

Zu einigen funktionellen Fragen der Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten

Architekt BDA Dipl. Ing. Helmut Sachs
Deutsche Bauakademie, Institut für Hochbau

Der augenblickliche Stand der Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten ist unbefriedigend. Der größte Teil der zur Zeit im Bau befindlichen gesellschaftlichen Bauten wird noch nach individuellen Projekten ausgeführt. Typenprojekte sind lediglich für die Bauten des Wohnkomplexes und nur in traditioneller Bauweise vorhanden; außerdem haben diese Typenprojekte eine Reihe von Schwächen. Der Hauptfehler liegt jedoch darin, daß für die jeweiligen Gebäudekategorien Typenreihen geschaffen worden sind, die zwar eine Variation der einzelnen Bauwerke hinsichtlich der Kapazität ermöglichen, aber nicht komplex entwickelt worden sind. Es wurde nicht erkannt, daß die Schaffung von Typenreihen einzelner Gebäude nur über die Entwicklung von komplexen Typenserien für bestimmte, sich aus den städtebaulichen Forderungen ergebende städtebauliche Einheiten möglich ist.

Daher mußte die Schaffung der Grundlage für die Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten als vordringliche Aufgabe des Instituts für Hochbau angesehen werden. Hierfür gelten folgende Forderungen:
1. Die Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten ist so zu entwickeln, daß komplexe Serien für städtebauliche Einheiten, zum Beispiel Wohnkomplex, Wohnbezirk, Stadtzentrum, und für verstreut liegende Standorte entstehen. Die auftretenden funktionellen Bedingungen, die unterschiedliche Größe der städtebaulichen Einheiten, die Abweichungen in der Struktur der Bevölkerung und deren Entwicklung verlangen dabei eine akute Variabilität für die Kapazität, die Funktion und die Möglichkeit der Kooperierung wiederkehrender Funktionen der einzelnen Gebäude in bestimmten, noch näher festzulegenden Mehrzweckgebäuden.

2. Die Bedingungen des industriellen Bauens müssen zur Grundlage der konstruktiven Durchbildung und der Bautechnologie werden. Die Vorfertigung und die Montage bestimmen den Roh- und Ausbau. Das Bauwerk muß zum industriell hergestellten Produkt werden, wobei die Herstellung der Bauelemente zur maschinellen Massenproduktion wird. Das Bauen mit diesen Elementen führt zur kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung.

3. Das Typenbauwerk muß nicht nur in seiner funktionellen und bautechnischen, sondern auch in seiner baukünstlerischen Lösung allgemein gültig und typisch sein. Es muß ihm eine klare Vorstellung von den städtebaulichen Beziehungen zugrunde liegen, innerhalb deren es errichtet wird.

Von diesen Forderungen muß bei den Ausarbeitungen der Typenserien ausgegangen werden. Das industrielle Bauen erfordert notwendigerweise die Entwicklung bestimmter Standardbauweisen. Durch eingehende Untersuchung hat sich ergeben, daß die Stahlbetonskelett-Montagebauweise für die gesellschaftlichen Bauten die besten Voraussetzungen sowohl in konstruktiv-technologischer als auch in funktionell-baukünstlerischer Hinsicht bietet.

Die industrielle Bauweise hat die Vorfertigung der Bauelemente und ihre serien- beziehungsweise massenweise Herstellung zur Voraussetzung. Die Anwendung bestimmter Raster und weniger, vielseitig verwendbarer Vorzugsmaße wird dadurch zu einer der wesentlichen Bedingungen. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Funktion außer acht gelassen und grundsätzlich den Bedingungen der Konstruktion und der Technologie untergeordnet wird. Funktion, Konstruktion, Bautechnologie, architektonische Gestaltung und Wirtschaftlichkeit des Einzelbauwerkes wie der gesamten Serie sind eine unabdingbare Einheit.

Durch die vorliegende Grundlagenarbeit wurden die Möglichkeiten dazu geschaffen.

Die Kollegen Architekten und Ingenieure haben sich in der Vergangenheit bei der Ausarbeitung der Großblock- und Plattenbauweise weitgehend in die Entwicklung eingeschaltet und dadurch zur schnellen Einführung der Großblock- und Plattenbauweise beigetragen. Wir hoffen, daß auch bei der Anwendung der Skelettmontagebauweise dieselbe tatkräftige Mitarbeit erreicht werden kann. Bereits bei der Erarbeitung der Grundlagen sollen die entsprechenden Entwurfsbüros weitgehend eingeschaltet werden. Vorliegende Beispiele beweisen bereits jetzt, daß auf diese Weise gute Ergebnisse erreicht werden können. Es ist durch die Mithilfe der VEB Hochbauprojektierung Cottbus, Leipzig, Berlin und des Aufbaustabes Hoyerswerda möglich gewesen, diese vorliegende Grundlagenarbeit in so kurzer Zeit fertigzustellen.

Verbesserungsvorschläge für die Standardbauweise*

Dipl.-Ing. Fritz Lazarus
Aufbaustab der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda

Die beim Aufbau der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda gesammelten Erfahrungen lehren, daß es mit dem industriellen Aufbau einer Stadt unvereinbar ist, die Nachfolgeeinrichtungen in traditioneller Bauweise zu errichten.

Gerade in Hoyerswerda ist die Montage der viergeschossigen Wohnungsbauten und gegenwärtig vor allem der achtgeschossigen Häuser sehr gut organisiert, so daß der Bau der Nachfolgeeinrichtungen mit diesem Bautempo nicht mehr Schritt halten kann. Die Bau-Union Hoyerswerda verlangt schon seit Jahren die Ausführung der Nachfolgeeinrichtungen in Standardbauweise, da ihr gesamter Produktionsablauf gestört würde, wenn die Läden, Gaststätten, Schulen und so weiter nach wie vor in handwerklicher Bauweise ausgeführt werden müssen.

Für eine moderne Bau-Union, die ihren Produktionsablauf weitgehend industrialisiert und mechanisiert hat und für die die Baustellen zu Montageplätzen geworden sind, ist es eine unabdingbare Forderung, die Nachfolgeeinrichtungen ebenfalls montieren zu können.

Gegenwärtig werden die Grundprojekte für Schulen, Läden, Verkaufshallen, Kindertagesstätten, Kinderkrippen und auch für ein modernes Krankenhaus mit etwa 500 Betten bearbeitet. Diese Projektierungen werden in Cottbus, Leipzig und Hoyerswerda durchgeführt und zeigen eindeutig, daß die Grundlagen der Stahlbetonskelett-Montage bauweise tatsächlich für die verschiedenartigen Bauvorhaben angewendet werden können. Natürlich sind bei der Durcharbeitung der Projekte noch viele Fragen zu klären, insbesondere was die Decken, Dächer, Außenwände und die Knotenpunkte betrifft.

In den Grundlagen für die Standardbauweise wird darauf hingewiesen, daß in den Produktionsstätten mit 25 Formen 350 verschiedene Elemente hergestellt werden müssen; in Anbetracht der geringen Anzahl der Formen wird also die Produktion keine Schwierigkeiten bereiten. Unserer Meinung nach ist es aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß es nicht entscheidend ist, daß mit den 25 Formen die Produktion von 350 verschiedenen Elementen verhältnismäßig einfach durchzuführen ist, sondern daß all diese Elemente getrennt gelagert werden müssen, wodurch eine erhebliche Schwierigkeit entsteht.

Die Lagerung so vieler Elemente, der ordnungsgemäße Transport und die Montage vom Hänger aus dürften auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Deshalb sollte unbedingt angestrebt werden, die Zahl dieser Elemente zu verringern, damit in der Praxis ein einfacher Ausführungsablauf gesichert werden kann.

Ferner sollte man sehr ernstlich prüfen, ob es nicht vermieden werden kann, Elemente gleicher Formen in verschiedener Qualität herzustellen. Wenn sich diese einzelnen Stücke auch einwandfrei bezeichnen lassen, so kann doch bei der Produktion, Lagerung oder Montage eine Verwechslung auftreten. Man kann hinterher dann sehr schwer kontrollieren, ob es sich um eine Stütze mit starker oder schwacher Bewehrung handelt.

Besonderes Augenmerk muß auf die Durchbildung der Außenwandrahmen gelegt werden.

Wie uns während der öffentlichen Verteidigung der Standardbauweise im Lichtbild gezeigt wurde, beabsichtigt man, einen Außenwandrahmen, 135 mm stark, mit zwei armierten Betonschalen und einer Leichtbauplatte in der Mitte herzustellen. Man sollte jedoch mehr als bisher die vorliegenden Erfahrungen berücksichtigen. In der Dresdner Großblockbauweise wird zum Beispiel seit längerer Zeit ein 290 mm starker Schwerbeton-Balkonfensterblock verwendet, der nicht isoliert wird.

Diese Balkonfenstergewände haben bisher zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben und werden nicht nur in zentralgeheizten, sondern auch in ofengeheizten Wohnungen eingebaut. Wir sind der Meinung, daß ein Leichtbeton mit einem Gamma 1800 und entsprechender Bewehrung ohne Isolierung mit einer Stärke von 250 mm durchaus die Aufgaben dieser Außenwandrahmen erfüllen würde; es muß nämlich dabei gesehen werden, daß der Außenwandrahmen von etwa 250 mm Breite nur etwa 80 mm über die Außenwandstützen herausragt, so daß die Kältebrücke nur eine verhältnismäßig kleine Fläche einnimmt.

Vor allem während der ersten Erprobung und Einführung dieser Standardbauweise soll man nicht zu theoretisch an die einzelnen Fragen herangehen, sondern die Erfahrungen der Praxis beachten und eine Bauweise entwickeln, die uns wirklich die Möglichkeit gibt, schnell und billig sowie in guter Qualität unsere Nachfolgeeinrichtungen montieren zu können.

Bemerkungen zur Stahlbetonskelett-Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten*

Ingenieur Richard Thiele
VEB Hochbauprojektierung Cottbus

Während im Wohnungsbau die beiden Montagebauweisen „Block und Platte" dem Projektanten als bereits erprobte und gesicherte Grundlage zur Verfügung stehen, macht sich das Fehlen einer gleichwertigen Montagebauweise für die Kategorie „gesellschaftliche Bauten" immer fühlbarer bemerkbar. Alle Versuche, die Block- oder Plattenbauweise auch für die umfangreichen Aufgaben der gesellschaftlichen Bauten, wie zum Beispiel Verwaltungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser und so weiter, anzuwenden, ergeben keine befriedigenden Lösungen, erfordern einen hohen Arbeitsaufwand, führen zu einer Fülle von Sonderkonstruktionen und zeigen, wie dringend hier die Entwicklung einer geeigneten Montagebauweise erforderlich ist.

Daß Einzelkonstruktionen der Bauindustrie kein ökonomisches Arbeiten ermöglichen, die Arbeitsproduktivität schmälern und keine Chance zu echter industrieller Fertigung geben, ist ein besonders schwerwiegender Nachteil der Anwendung an sich bewährter Bauweisen am ungeeigneten Objekt. Der Zielsetzung der hier zur Diskussion stehenden Grundlagenarbeit wird von uns deshalb voll zugestimmt, wobei wir uns darüber klar sind, daß wir noch am Anfang stehen. Allerdings wird die Grundlage entscheidend für den erstrebten Erfolg sein, und deshalb ist sie von besonderer Bedeutung.

Die ihr zugrunde liegende Konstruktionsidee sichert eine gute Wirtschaftlichkeit durch die Doppelfunktion der Decken und eines Teiles der Trennwände, die beide neben ihrer normalen Aufgabe zusätzlich zur Aussteifung des Gebäudes herangezogen werden. Hier unterscheidet sich die Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten grundlegend von Stahlbetonskelett-Konstruktionen des Industriebaus, die zumeist mit biegefesten Anschlüssen der Riegel an die Stützen arbeiten und so die erforderliche Stabilität in beiden Hauptachsen erzielen.

Als weiterer Unterschied zum Industriebau muß eine wesentlich höhere Qualität, das heißt Maßgenauigkeit und Oberflächengüte der sichtbar bleibenden Flächen der Bauelemente, angestrebt und erreicht werden.

Der Diskussionsbeitrag des Kollegen Ulbricht vom Betonwerk Hoyerswerda zeigte, daß die Forderung nach einer neuen Qualität dort Verständnis findet. Das bedeutet Verzicht auf Improvisationen im Fertigungsprozeß des Betonwerkes, Einbeziehung und Durcharbeitung der Technologie des Betonwerkes und der Formenkonstruktion in die Grundlagen des Projektes.

Eine sehr enge und intensive Zusammenarbeit zwischen Projektant, Betonwerk und Montagebetrieb ist dabei unerläßlich und erfolgt bereits für die ersten Erprobungsbauten in Hoyerswerda und im Bezirk Cottbus im Rahmen einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.

Im Gegensatz zu den Montagebauweisen des Wohnungsbaus muß die Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten mit ihren Bauelementen für die große Zahl von Aufgaben dem Architekten die Möglichkeit zu vielfältigen Variationen geben. Wir schlagen deshalb vor, für die Deckenspannweiten ein Systemmaß bis zu 7,20 m zu wählen. Dadurch wird die Schaffung größerer stützenfreier Räume ermöglicht, zum anderen kann in dem 7,20 m tiefen Raum ein Mittelflur angeordnet werden, was oft zur Einsparung einer ganzen Stützenreihe nebst Unterzügen in Gebäudelängsrichtung führen dürfte.

Bezüglich der Geschoßhöhen erscheint der Sprung von 3,30 m auf 4,29 m zu groß, um den praktischen Bedürfnissen zu genügen. Man sollte prüfen, ob hier nicht noch ein Zwischenmaß eingeschaltet werden kann.

Aus unserer Projektierungsarbeit sei berichtet, daß wir die Grundlagenarbeit, außer für den Bau des Krankenhauses und der Schulen in Hoyerswerda, auch für andere Projekte herangezogen haben.

Das in Arbeit befindliche Projekt eines Seminargebäudes aus dem Komplex der Hochschule für Bauwesen Cottbus wurde für die Standardbauweise umgearbeitet und zugleich funktionell besser gelöst.

Im Bezirk Cottbus sind darüber hinaus folgende Objekte in der Vorplanung für die Standardbauweise vorgesehen:

Verwaltungsgebäude Cottbus — viergeschossig
Verwaltungsgebäude für die Wasserwirtschaftsdirektion Cottbus — fünfgeschossig
Krankenhauserweiterung Lübben
Magazin und Werkstattgebäude für das Stadttheater Cottbus
Reichsbahn-Direktionsgebäude Cottbus — achtgeschossig

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wird die Standardbauweise für derartige Aufgaben ausgezeichnet geeignet sein, auch wenn zur Zeit noch einige damit zusammenhängende Probleme nicht restlos gelöst sind.

Als Gegenbeispiel kann das Projekt eines Krankenhausbaus in Spremberg genannt werden. Mit diesem Bau soll bereits Anfang 1961 begonnen werden, weshalb die Standardbauweise nicht angewendet werden kann und auf die Block- oder Plattenbauweise zurückgegriffen werden muß. Hierbei ergeben sich jedoch außerordentliche Schwierigkeiten sowohl für die Bauausführung als auch für die Projektierung. Letztere erfordert einen ungewöhnlich hohen Arbeitsaufwand, ohne die Chance einer späteren Wiederverwendung zu geben. Gerade dies aber ist von entscheidender Bedeutung.

Wir sind überzeugt, daß die jetzt zu leistende, umfangreiche Entwicklungsarbeit zu einer rationellen Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten führt und eine Leistungssteigerung in der Bauindustrie ermöglichen wird.

In der Projektierung wird sich der hohe Arbeitsaufwand für die ersten Projekte als lohnende Investition erweisen, wenn alle Möglichkeiten der Wiederverwendung genutzt werden und nach der Erprobung die Ausarbeitung von Typenprojekten erfolgt.

---

* Diskussionsbeiträge anläßlich der öffentlichen Verteidigung der Grundlagenarbeit „Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten" in der Deutschen Bauakademie am 21. September 1960

Wir gratulieren

Architekt BDA Curt Mergenbaum, Eisenach
6. 2. 1876, zum 85. Geburtstag
Architekt BDA Otto Hellriegel, Leipzig
9. 2. 1891, zum 70. Geburtstag
Architekt BDA Alfred Rämmler, Leipzig
9. 2. 1911, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Hans Vitzthum, Plauen
10. 2. 1901, zum 60. Geburtstag
Architekt BDA Walther Butzek, Rostock
11. 2. 1901, zum 60. Geburtstag
Architekt BDA Herbert Spaete, Leipzig
12. 2. 1896, zum 65. Geburtstag
Architekt BDA Prof. Oswin Hempel, Dresden
13. 2. 1876, zum 85. Geburtstag
Architekt BDA Herbert Flade, Dresden
15. 2. 1906, zum 55. Geburtstag
Architekt BDA Paul Große, Wusterwitz
19. 2. 1911, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Max Vogt, Eisenach
20. 2. 1886, zum 75. Geburtstag
Architekt BDA Rudolf Wallstab, Leipzig
27. 2. 1906, zum 55. Geburtstag

Berlin
Für das Recht des vietnamesischen Volkes auf Einheit und Integrität

Liebe Genossen!

Die große Frage, die das vietnamesische Volk gegenwärtig beschäftigt, ist die seiner Einheit. Die internationale Genfer Konferenz hat feierlich die territoriale Einheit und Integrität von Vietnam anerkannt.

Getreu den Interessen des Volkes hat die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam wiederholt Vorschläge gemacht, die in dem Genfer Abkommen vorgesehene beratende Konferenz zwischen den beiden Zonen zu eröffnen, welche die allgemeinen freien Wahlen, die die Probleme der Einheit Vietnams regeln sollen, organisieren soll.

Aber die Behörden von Südvietnam wirken auf Betreiben der amerikanischen Imperialisten ständig einer Wiedervereinigung entgegen. Sie versuchen mit allen Mitteln, die Waffenstillstandsabkommen zu sabotieren; sie wollen die Teilung Vietnams verewigen, Südvietnam zu einer Kolonie und einer Militärbasis Amerikas machen, um so die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Indochina vorbereiten zu können.

Das Blut im Süden unseres Landes fließt weiter. Seit sechs Jahren läßt Ngo-dinh-Diem, eine Marionette der Vereinigten Staaten, jeden Tag Verhaftungen, Folterungen, Meuchelmorde und andere faschistische Maßnahmen vornehmen, die schlimmer sind als die Gemetzel von Hitler.

Die Bevölkerung von Südvietnam lebt im Elend, leidet an Hunger und ist von einem engen Netz von Polizeistationen und Gefängnissen umgeben.

Seit sechs Jahren sind Hunderttausende unschuldige Menschen verhaftet, ins Gefängnis geworfen und getötet worden.

Die südvietnamesischen Soldaten greifen unter Führung ihrer amerikanischen Lehrer am hellen Tage die Dörfer an, legen Feuer in die Wohnungen, plündern die Häuser, vergewaltigen die Frauen und töten die Menschen nach ihrem Belieben.

Heute gibt es in Südvietnam nicht einmal mehr ein Kriterium für Gesetz und Moral.

In Verletzung des Paragraphen 14 C des Genfer Abkommens hat die Ngo-dinh-Diem-Clique in Südvietnam vor kurzem das faschistische Gesetz 10/59 geschaffen, das alle Personen, die gegen ihre Terrorpolitik protestieren, zum Schafott verurteilt. Unter dem Vorwand, die Kommunisten zu bekämpfen, haben die Behörden von Südvietnam Strafmaßnahmen gegen alle die getroffen, die acht bis neun Jahre lang in der Widerstandsbewegung entsagungsvoll für die Sache der Unabhängigkeit, der Einheit und des Friedens des Landes gekämpft haben. Trotz unserer wiederholten Proteste hat das Internationale Komitee in Vietnam kürzlich festgestellt, daß das faschistische Gesetz 10/59 den Paragraphen 14 C des Genfer Abkommens nicht verletzt.

Dabei ist der Widerstandskampf der Volksmassen in Südvietnam für Freiheit, Demokratie Vereinigung und Existenzberechtigung wirklich heroisch gewesen. Überzeugt von der Legitimität seines Rechtes auf Einheit, Unabhängigkeit und Demokratie führt das ganze vietnamesische Volk diesen Kampf fort und glaubt an seinen Sieg.

Außer den obenerwähnten Verbrechen haben die Ngo-dinh-Diem-Clique und die amerikanischen Imperialisten vor kurzem ein Abkommen getroffen, laut dem die Zahl der amerikanischen Militärangehörigen in der Militärorganisation der USA in Südvietnam (bekannt unter der Bezeichnung MAAG: Military Aid Advisory Group) erhöht werden soll, und zwar unter dem Vorwand, die bisherigen französischen Instruktionsoffiziere zu ersetzen.

Entsprechend dem Genfer Abkommen von 1954, das den Frieden in Vietnam wiederherstellt, müßte diese Militärmission Südvietnam verlassen. Währenddessen hat die MAAG, die mit den Behörden von Südvietnam zusammenarbeitet und das Genfer Abkommen mißachtet, die gesamte Organisation der südvietnamesischen Armee in ihre Hände genommen. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages (1954) war die MAAG 200 Mann stark, heute zählt sie mehr als 2000 Berater aller Dienstgrade. Das ist ein neuer schwerer Bruch des Genfer Abkommens, der das Ziel hat, das Eindringen der amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam zu legalisieren.

Unsere Proteste gegen diese Verletzungen sind bis jetzt unbeachtet geblieben. Im Gegenteil, das Internationale Komitee in Vietnam faßt Beschlüsse, die es der MAAG erlauben, die Zahl ihrer Militärangehörigen zu vergrößern. Somit bilden diese Beschlüsse einen neuen schweren Störakt gegen den Frieden in Vietnam.

Wir rufen Sie auf, liebe Genossen, im Namen der Vernunft, der Menschlichkeit und des Friedens die Aggressionsakte, die faschistischen Gesetze und die schweren Verletzungen des Genfer Abkommens in Südvietnam zu verurteilen, und fordern:

daß die amerikanische Militärorganisation, MAAG genannt, unverzüglich aus Südvietnam ausgewiesen wird;

daß die Behörden von Südvietnam das faschistische Gesetz 10/59 unverzüglich aufheben;

daß die amerikanischen Imperialisten unverzüglich aus Südkorea, Japan, Taiwan und allen anderen Gebieten in Asien, Afrika und Lateinamerika abziehen;

daß das Internationale Komitee in Vietnam unverzüglich seine gesetzwidrigen Beschlüsse über die amerikanische Militärmission MAAG und über das faschistische Gesetz 10/59 revidiert und für ungültig erklärt.

Liebe Genossen!

Mit Empörung schreiben wir Ihnen von den Aggressionsakten, von den unmoralischen faschistischen Gesetzen und den fortdauernden schweren Verletzungen des Genfer Abkommens in Südvietnam.

Jede Ihrer Interventionen, die die amerikanischen Imperialisten und die Ngo-dinh-Diem-Clique verurteilen, wird dazu beitragen, ihre Verbrechen zu verhindern und sie zu zwingen, das faschistische Gesetz 10/59 aufzuheben und sich den gefährlichen Machenschaften von seiten der amerikanischen Militärmission in Südvietnam zu widersetzen.

Nehmen Sie, liebe Genossen, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung entgegen.

(Nguyen-Khanh)
Vietnamesischer Architektenverband

Die sozialistische Lösung der Wohnungsfrage und der Neuaufbau der zerstörten Stadtzentren in der Deutschen Demokratischen Republik

Zur Vorbereitung der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie veranstaltete die Bezirksgruppe Berlin des Bundes Deutscher Architekten Mitte September einen Diskussionsabend, auf dem Kollege Bruno Flierl einen Farblichtbildervortrag hielt, der vom Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie zusammengestellt worden war. Sinn des Farblichtbildervortrages war, die Diskussion an Hand des Beispiels von geplanten und ausgeführten Bauten in die Wege zu leiten. Kollege Bruno Flierl gliederte seinen Vortrag in zwei Teilabschnitte:

1. Sozialistische Lösung der Wohnungsfrage

2. Sozialistischer Aufbau zerstörter und neuer Stadtzentren

Im Vortrag wurde hervorgehoben, daß Unklarheiten über die Gestaltung der künftigen Bauten bestehen. Außerdem bestehen überall Unklarheiten über das gesellschaftliche Leben in der Gegenwart und in der Zukunft. Diese Unklarheiten in Grundfragen haben zur Folge, daß viele Gestaltungstendenzen aus anderen Ländern, besonders aus Westdeutschland, oft sogar kritiklos, übernommen werden. Weiter hob Kollege Bruno Flierl hervor, daß die Arbeit der Architekten als ein Teil der großen Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus betrachtet werden muß.

Der Referent ging ferner auf einige spezielle Probleme und Aufgaben ein, die sich aus den zuvor angeführten beiden Hauptproblemen ergeben. Zum ersten Hauptproblem wurden folgende Mängel angeführt:

1. Ungenügende Kenntnis der Architekten über das künftige gesellschaftliche Leben in unseren Wohnkomplexen und Wohnbezirken.

2. Nachfolgeeinrichtungen werden viel zu spät oder gar nicht geplant und gebaut.

3. Für unsere gesellschaftlichen Bauten bestehen immer noch keine industriell zu bauenden Typen.

4. Wo gesellschaftliche Bauten projektiert wurden, sind sie in vielen Fällen nur vom Wohnkomplex aus betrachtet worden, also nicht im Zusammenhang mit den benachbarten Wohnkomplexen und nicht im Zusammenhang mit dem Wohnbezirks- oder Stadtzentrum.

5. Die Wohnungs- und die Gemeinschaftseinrichtungen müssen als untrennbare städtebauliche Einheit gestaltet werden. Die gegenwärtigen Ansprüche der Bevölkerung sind sehr unterschiedlich und müssen mit den wissenschaftlich erkennbaren künftigen Bedürfnissen auf einen Nenner gebracht werden.

Auf die Gliederung der Stadt ging der Referent näher ein. Er erläuterte die kleinste Einheit, die Wohngruppe, sowie die sich daraus bildenden Wohnkomplexe und die Wohnbezirke. Wie auch in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck kam, bestehen über die Größenverhältnisse der Wohngruppe, des Wohnkomplexes und des Wohnbezirkes noch sehr unterschiedliche Auffassungen.

Die Vorrangigkeit einzelner gesellschaftlicher Bauten im Zentrum ist noch nicht geklärt. Als wichtigste Bauten sind diejenigen zu betrachten, die dem sozialistischen Gemeinschaftsleben am meisten dienen.

Der Verfasser ist der Meinung, daß in den Wohnkomplexen die Schule als öffentliches Bauwerk die primäre Bedeutung besitzt, da sich hier bei zehnklassigem Unterricht, im Zusammenhang mit Kindergarten und Schulhort, des Leben unserer jungen Menschen formen wird.

Die Entwicklung einer angemessenen Wohneinheit in einem Gebäude, das heißt die Entwicklung von Großwohnhäusern mit den dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen, ist in unseren Diskussionen und in unserem Bauen vernachlässigt worden. Hier sind besonders die in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik entwickelten und gebauten Häuser, große Wohneinheiten in Schweden und Finnland, die Siedlung Roehampton Lane bei London und nicht zuletzt die mannigfaltigen Erfahrungen von Le Corbusier auszuwerten und zu entwickeln.

Über die Reserveflächen in Wohnkomplexen bestehen große Unklarheiten. Auf die Wichtigkeit der Weiterentwicklung von Montagebauweisen, insbesondere der Stahlbetonskelett-Montagebauweise, wurde hingewiesen. Außerdem bestehen noch Lücken in der Raumausstattung, der Entwicklung flexibler Wände und raumgliedernder Schrankelnbauten. Gerade hiermit können die veränderlichen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden, und insgesamt gesehen sind diese Entwicklungen von außerordentlicher ökonomischer Bedeutung.

Leider ging der Referent zuwenig auf die Umgestaltung der Altbaugebiete ein. Unter Umgestaltung der Altbaugebiete verstehen wir nicht nur Generalreparaturen und Verschönerungen, sondern vor allem die Gebiete, die teils aus Neubauten und teils aus Altbauten bestehen. Gerade die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß oft die Möglichkeit der Schaffung eines gesellschaftlichen Zentrums in der Wohngruppe beziehungsweise im Wohnkomplex verbaut wird. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Altbaugebiete oder die mit Altbauten durchsetzten Wohngebiete nicht in die Vorplanung einbezogen wurden. Ziel unserer künftigen Arbeit muß sein, für all unsere Altbaugebiete Wohnkomplexe vorzuplanen. Nur so können folgende Fehler der Vergangenheit vermieden werden:

1. Nationales Aufbauwerk und Stadtplanung arbeiteten nebeneinander her oder in den krassesten Fällen sogar gegeneinander.

2. Nur auf Grund abgeschlossener Vorplanungen für die Wohnbezirke oder Städte ist eine exakte Planung der benötigten Tiefbaukapazität, Abbruchkapazität, Ausbaukapazität und der Möglichkeiten zur Schaffung von Grünanlagen gewährleistet.

Die Wichtigkeit der Einheit von Architektur und bildender Kunst und die klare tektonische Gliederung unserer Gebäude in industrielle und traditionelle Bauweise wurde hervorgehoben. Vom Referenten wurden interessante Aufnahmen von Hoyerswerda, Dresden, Stalinstadt sowie die neuesten Planungen aus dem kapitalistischen Ausland gezeigt. An Hand der letztgenannten Beispiele des westlichen Auslandes aus Vergangenheit und Gegenwart wurde nachgewiesen, welche Dissonanzen im Leben der Menschen unter dem Kapitalismus bestehen, die in den Bauten ihren Ausdruck finden.

Zur Erläuterung des Aufbaus der sozialistischen Stadtzentren stellte Kollege Bruno Flierl an Hand von Bildbeispielen die Zentren kapitalistischer und sozialistischer Städte einander gegenüber. Es ist bezeichnend, daß sich in den Zentren kapitalistischer Städte Banken, Industriekonzerne und Monopolgesellschaften sowie Vergnügungsstätten in den Vordergrund schieben. Im Gegensatz hierzu ist in den sozialistischen Städten das Stadtzentrum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens des jeweiligen Einflußgebietes (Kreis, Bezirk, Stadt). Akzente, weiträumige Ensembles und kulturelle Bauten müssen das gesellschaftliche Leben zum Ausdruck bringen. Vor allem müssen auch solche Kultureinrichtungen geplant werden, die das Stadtzentrum besonders an Sonn- und Feiertagen zu einem belebten Mittelpunkt werden lassen. Auf die Wichtigkeit der Fußgängerbereiche im Stadtzentrum wurde zuwenig hingewiesen, hierin kennzeichnet sich ein wesentlicher Unterschied gegenüber vielen kapitalistischen Stadtzentren. Während der Mensch ohne Kraftfahrzeug in vielen kapitalistischen Stadtzentren ein geplagtes Wesen ist, wurde bei der Vorplanung unserer Stadtzentren die Wichtigkeit der Fuß-

gängerbereiche berücksichtigt. Auch hierzu wurden Bildbeispiele aus verschiedenen Städten unserer Republik gezeigt.
In Hoyerswerda sind bereits die ersten Häuser am Zentralen Platz fertiggestellt. Bereits im Rohbau kann man die gute Qualität dieser in industrieller Bauweise hergestellten Hochhäuser erkennen. Am Beispiel von Dresden wurde die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, aber es wurde auch klargestellt, daß allein durch einen Wettbewerb die weitere Bebauung des Zentrums von Dresden nicht geklärt werden konnte. Am Beispiel Leipzigs wurden Probleme erläutert, die mit dem Wiederaufbau der Karl-Marx-Universität und der neuen Oper im Zusammenhang stehen. Bezüglich des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt wurde an Hand der Handelskammer, der Bank, des Hotels und so weiter nachgewiesen, daß hier ebenfalls noch nicht alle Forderungen erfüllt wurden. Bekanntlich wurde der vom Magistrat von Groß-Berlin ausgeschriebene Wettbewerb „Stadtzentrum Berlin" dahingehend ausgewertet, daß nochmals drei Kollektive aufgefordert wurden, die Ergebnisse des Wettbewerbs zu verarbeiten. Kollege Bruno Flierl konnte die neuen Arbeiten folgender Kollektive zeigen:

1. Kollektiv Hopp-Mertens-Schneider.
2. Kollektiv Kröber-Leucht,
3. Kollektiv Kaiser-Gericke-Schweizer,

Alle drei Kollektive haben als Mittelpunkt und Höhendominante des Stadtzentrums Regierungsbauten gewählt. Alle drei Kollektive haben ferner einen Fußgängerbereich im jetzigen Gebiet der gesamten Friedrichstraße vorgesehen. Das Stadtzentrum wird bekanntlich von vier Stadtautobahn-Tangenten berührt, so daß sich der durchgehende und tangierende Autoverkehr hauptsächlich auf diesen Autobahnen abwickeln werden.
Kollege Flierl hob weiter hervor, daß die ideologischen Unklarheiten die architektonischen Schöpfungen sowie die Hervorhebung wichtiger gesellschaftlicher Bauten hemmen. So wird die aktive Rolle der Architektur bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Republik nicht genügend erkannt.

•

Die Diskussion über den Vortrag fand eine Woche später im VEB Hochbauprojektierung I Berlin statt. Zu bemängeln ist, daß auch hier wenig Diskussionsteilnehmer auf die spezifischen Belange des neuen sozialistischen Baustils eingegangen sind. Der Stil ist nicht nur eine künstlerische Angelegenheit, sondern Angelegenheit des gesamten gesellschaftlichen Lebens, das von uns gestaltet werden muß.

Kollegin Herzenstein vom Stadtbauamt Berlin kritisierte besonders das Fehlen vieler gesellschaftlicher Einrichtungen in den bisher gebauten Wohnkomplexen. Sie sagte: „Es wurde einiges gebaut, was nicht gebraucht wird, aber es wurde nicht gebaut, was gebraucht wird."

Sie wies darauf hin, daß die Arbeiten des Nationalen Aufbauwerkes unbedingt mit den Wirkungsbereichen der Nationalen Front und den Stadtplanungsämtern abgestimmt werden müssen, da es in sehr vielen Stadtbezirken zu Doppelarbeiten gekommen ist, beziehungsweise das Nationale Aufbauwerk wurde unabhängig von den festgelegten oder noch festzulegenden Standorten der Gebäude durchgeführt. Weiterhin appellierte sie an alle Kollegen, die sich im Nationalen Aufbauwerk betätigen, ihre Arbeiten unbedingt mit der Vorplanung des jeweiligen Wohnkomplexes abzustimmen. Nur so können Schwarz-Planungen vermieden werden.

Professor Hopp legte dar, daß wir ohnehin zu einer Architektur kommen müssen, die sehr mit Technik durchdrungen ist. Die kühne Statik ermöglicht ganz neue Formen im Städtebau. Er warnte aber vor der „Immaterialisierung", die besonders im Westen unserer Heimat propagiert wird. Weiterhin bemängelte er, daß den neuen Planungen oft die Belebtheit unserer alten Städte fehlt. Wir kommen zwar durch die Typenprojektierung zu einer Gleichheit der Gebäude und hiermit zu ganz neuen Schönheitsprinzipien im Städtebau. Er warnte jedoch vor einer bloßen Aneinanderreihung der Gebäude, die sich leider infolge der „Kranideologie" der Bauwirtschaft in manchen Projekten widerspiegelt. Der Extrakt seines Diskussionsbeitrages war folgender: „Wir planen unsere Städte vorweg und überlassen dies nicht dem chaotischen Zufall." Deshalb ist es um so wichtiger, daß der Architekt zugleich ein guter Organisator aller städtebaulichen und bauwirtschaftlichen Belange sein muß.
Professor Hopp kritisierte außerdem, daß noch viel zuwenig die neuen gesellschaftlichen Momente in Architektur umgesetzt werden. Sehr wichtig sei hierbei die Frage der Repräsentation im Stadtzentrum, wobei nur einige Gebäude repräsentieren sollten, um eine Steigerung zu erhalten.
Kollege Vogler sprach über die Parteilichkeit in der Architektur. Er kritisierte ebenfalls, daß die gesellschaftlichen Momente zuwenig in Architektur umgesetzt werden. Er führte Beispiele von Studentenheimen und Parteihäusern an. Weiterhin wurde kritisiert, daß bei manchen Kollegen die Architektur nach Metern und nicht nach Proportionen bewertet wird.
Kollegin Frank stellte als bildende Künstlerin einige Fragen:
1. Muß denn unsere Architektur „moderner" als die westliche sein?
2. Warum messen wir unsere Höhendominanten in den Stadtzentren nach Metern?
3. Spiegeln die Architektur und die übrige bildende Kunst die Wirklichkeit und das gesellschaftliche Leben wider?
4. In welchem Verhältnis steht die bildende Kunst zur Architektur? In Form von Ornamenten oder in Form von Kunstwerken?
Professor Magritz kritisierte, daß auf die Fragen der Schönheit im Lichtbildervortrag und in der Diskussion zuwenig eingegangen wurde. Ferner hob er die Notwendigkeit der bildenden Kunst hervor. Ganz energisch wandte er sich gegen die biologisch-naturalistischen und gegen die formalistischen Tendenzen in der bildenden Kunst und besonders in der Architektur. Weiterhin hob er die Bedeutung der gesellschaftlichen Bauten und Nachfolgeeinrichtungen hervor. Der Vorschlag, in den in unseren Wohnkomplexen zu errichtenden Klubgaststätten Frühstücksstuben vorzusehen, fand allgemeine Zustimmung.
Addiert man nämlich die Arbeit, die in allen kinderlosen Haushalten notwendig ist, um das Frühstück zu bereiten, so kommt man zu dem Schluß, daß mit Hilfe der Frühstücksstuben diese Arbeiten sehr ökonomisch bewältigt werden können.
Kollege Leucht sprach über die gesammelten Erfahrungen beim Aufbau von Stalinstadt. Er brachte einige grundsätzliche Darlegungen, die er in seiner Praxis und durch Befragung der Bevölkerung in Stalinstadt gesammelt hat:
1. Kindergarten und Kinderkrippe gehören eng zusammen. Kinder im Alter bis sieben Jahre können unter einem Dach wohnen. Es ist nur eine separate Abteilung zu schaffen, in der die Kinder unter neun Monaten bleiben. Ab neun Monaten können diese mit größeren Kindern zusammengebracht werden. Dies ist ein sehr wichtiges pädagogisches Moment, und außerdem kann die Arbeit mit viel weniger Kindergärtnerinnen bewältigt werden.
2. Als optimale Wohngruppe wurden 1750 Einwohner genannt. Als Gegenüberstellung nannte er Hoyerswerda, wo noch 3000 Einwohner zu einer Wohngruppe zusammengefaßt werden.
3. Sechs Wohngruppen sollen zu einem Wohnkomplex, also 10500 Einwohner/Komplex, zusammengefaßt werden. Bei dieser Größe lassen sich die Schulen ökonomischer gestalten. Das 1. bis 4. Schuljahr sollte eine getrennte Schule haben, da hier die Bedürfnisse ganz andere sind als bei den höheren Klassen (Sportanlagen, Bänke und andere Möbel). Es bedarf noch einer Untersuchung, ob auch die übrigen gesellschaftlichen Einrichtungen des Wohnkomplexes bei einer Größe von 10500 Einwohnern/Komplex günstig zu ermitteln sind.
4. Als Erfahrungswert für Klubgaststätten nannte Kollege Leucht eine Gaststätte für 3500 Einwohner. Daraus ergibt sich also, daß die Klubgaststätte Bindeglied zwischen den einzelnen Wohngruppen wird, weil immer jeweils für zwei oder mehr Wohngruppen eine Klubgaststätte benötigt wird. Kollege Leucht bemängelte das Fehlen guter Typen für Klubgaststätten, die industriell zu bauen sind. Jede Klubgaststätte sollte Bastelräume erhalten. Diese Bastelräume sollten von der Gaststättenleitung mit verwaltet werden. Sie sollen hauptsächlich dazu dienen, daß die Bewohner kleinere Reparaturen an ihren Möbeln, Gebrauchsgegenständen, Radioapparaten und so weiter selbst ausführen können.
Zum Schluß ging Kollege Flierl noch einmal auf einige Punkte der Diskussion ein. Er erklärte, daß sich noch eine recht breite Diskussion bis zur Theoretischen Konferenz und darüber hinaus bis zum IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten über die erörterten Probleme entfalten möge.
Der Verfasser dieses Artikels ruft hiermit ebenfalls alle Kollegen auf, sich mit den beiden Hauptproblemen unserer künftigen Arbeit („Lösung der Wohnungsfrage" und „Aufbau der Stadtzentren") zu beschäftigen und hierüber in Versammlungen der Bezirksgruppen und Betriebssektionen zu diskutieren. Ferner müßten zu diesen Fragen in unserer Zeitschrift „Deutsche Architektur" Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden, die die Erfahrungen der Vergangenheit für die kommende Arbeit auswerten.
In diesem Zusammenhang wird auf die breite Entfaltung der tschechoslowakischen und sowjetischen Architekturdiskussion verwiesen. Wie umfangreich sich die Diskussion in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die neue sozialistische Architektur entfaltet, beweisen die Veröffentlichungen in einem Heft der „Architektura CSSR" (Heft 5-6/1959), in dem zum Beispiel 78 kurzgefaßte Referate von Architekten mit Porträt abgedruckt worden sind. Dies sollte ebenfalls Ansporn für unsere Fachzeitschrift „Deutsche Architektur" sein.

Schönrock

Karl-Marx-Stadt

Diskussion über städtebauliche Probleme

Die BDA-Kreisgruppe Plauen-Zwickau führte am 15. September 1960 eine Mitgliederversammlung durch, auf der zur Vorbereitung der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie über einige städtebauliche Probleme gesprochen wurde.
Zu Beginn der Versammlung gedachte Kollege Zeidler in ehrenden Worten des Ablebens unseres Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Die Anwesenden erhoben sich ihm zu Ehren von den Plätzen.
Die in der Kreisgruppe Plauen-Zwickau durchgeführten und noch anstehenden Aufgaben lassen erkennen, daß viele Fragen noch einer Klärung bedürfen. So wurde festgestellt, daß die Frage alter Wohnbestand nie richtig geklärt wurde. Auf diesem Gebiet ist noch außerordentlich viel zu leisten, damit auch dort die moderne Technik ihren Einzug halten kann. Die Erhaltung des alten Wohnbestandes ist vor allem aus rein ökonomischen Erwägungen besonders wichtig. Die Verbesserung der Versorgung mit Wasser und Energie und die Abwasserbeseitigung sind im Altbaugebiet sehr zu beachten.
Als weiterer Punkt ist die Frage der Gemeinschaftseinrichtungen besonders zu werten. An einigen Beispielen wurde erläutert, daß diese vor allem in der richtigen Reihenfolge geschaffen werden müssen. Sie dürfen keineswegs außer acht gelassen werden.
Es wird vermißt, daß Fragen des Verkehrs und der Versorgung eingehend behandelt werden. Aber gerade diese Gebiete sind für uns ungeheuer beachtenswert. Sie werden noch weiter an Bedeutung gewinnen.
Ein besonderes Problem sind die Hinweise auf die „gesellschaftlichen Zentren". Hier allein lohnt sich eine ausführliche Bearbeitung, denn es taucht die Frage auf, was darunter überhaupt zu verstehen ist. Mit einem Klubhaus allein ist es nicht getan.
Bei Betrachtung der Flächennutzungspläne muß die Stadtrandbebauung besondere Bedeutung erfahren. Die Stadtgrenzen sind sehr häufig zu eng festgelegt, so daß eine zufriedenstellende Lösung in funktioneller und gestalterischer Hinsicht größtes Augenmerk verdient. Dabei wird es für unbedingt notwendig gehalten, daß die Deutsche Bauakademie und die Staatliche Plankommission ihre Arbeit auf dem Gebiet der Gebietsplanung koordinieren.
Zu den Fragen der Typenprojektierung wird der Standpunkt vertreten, daß es eine Typenbeschränkung nicht geben darf. Es müßte eher eine Typenbereinigung vorgenommen werden. Vor allem muß eine gewisse Stetigkeit auf diesem Gebiet erreicht werden, so daß eine verbindliche Ausführung für die Dauer von drei bis vier Jahren möglich ist. Hinsichtlich der Fassaden sollte eine örtliche Anpassung ermöglicht werden. Dadurch erreichen wir bei gleicher Grundkonzeption eine Unterschiedlichkeit der äußeren Gestaltung unter Berücksichtigung der jeweiligen Landschaftsgebiete.
Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß von der Praxis her das Streben erkennbar ist, aus all den bisherigen Diskussionen endlich einmal brauchbare Schlußfolgerungen zu ziehen.
In Plauen wurde ein Siedlungsgebiet — „Im See" — so bearbeitet, daß ein Vorlauf erreicht werden konnte. Es waren auch die Vorbedingungen hinsichtlich der Versorgung mit Wasser und Energie sowie der Nebenanlagen berücksichtigt worden. Erst nachdem die Arbeiten sehr weit vorangeschritten waren, wurde bekannt, daß überraschenderweise Beschaffungsschwierigkeiten für die Rohre der Fernheizanlage aufgetaucht sind. Die Arbeit mußte dort liegen bleiben und wurde auf andere Wohngebiete umgesetzt. Allerdings waren dort die Voraussetzungen und Vorbedingungen abweichend von denen „Im See".
Durch solche Mängel wird die Arbeitsfreude der Kollegen nicht gehoben, da von ihnen in solchen Fällen die Unabänderlichkeit nicht immer eingesehen werden kann.
Für die Abteilung Stadtplanung ist es schwer, real zu arbeiten, da sehr häufig die zu erwartende Anzahl von Einwohnern einer Stadt nicht bekannt ist. Es muß deshalb vordringlich eine Grobeinschätzung unserer Städte und Siedlungen in dieser Hinsicht durchgeführt werden.
Es soll angestrebt werden, eine Art Stadtkrone zu schaffen, die etwa mit dem zentralen Bezirk jeder Stadt zusammenfallen müßte. Wenn dagegen grundsätzlich auch nichts einzuwenden ist, liegen Fälle vor — wie beispielsweise in Plauen —, in denen ausgerechnet der zentrale Bezirk der Stadt der tiefste Punkt im Stadtgelände ist. Für eine solche Siedlungsform kommt eine Stadtkrone nicht in Frage. Hier bedürfen die Bearbeitungen der Stadtmitte besonderer Aufmerksamkeit, da diese wie der Boden einer Schüssel

zu betrachten ist. Das bringt Schwierigkeiten, aber zugleich auch Reize bei der Gestaltung mit sich.

Es wird weiter unterstrichen, daß es sich bei all den bisherigen Problemen nicht um neue Erkenntnisse und Angelegenheiten handelt, sondern um Fragen, die seit jeher bestanden. Selbstverständlich müssen in einem sozialistischen Siedlungsgebiet (Stadt, Dorf) erkennbare Erscheinungen berücksichtigt und gefordert werden. Dafür einzutreten, ist vor allem der auf diesem Gebiet tätige Architekt berufen. Besonders wichtig ist, daß Volkswirtschaftler und Verkehrstechniker zusammen mit den Architekten auf dem Gebiet der Stadtplanung arbeiten. Die Projektierung muß an Ort und Stelle durchgeführt werden, weil dort im allgemeinen Fachkräfte sind, die ortsgebunden sind und eingehende Kenntnisse über örtliche Gepflogenheiten und Voraussetzungen besitzen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kam zum Ausdruck, daß in den Stadtverordnetenversammlungen und so weiter unbedingt die Fachleute gehört werden müßten, und daß Fachleute auch in den beschließenden Gremien vertreten sein müßten.

Von den Kollegen wird allgemein begrüßt, wenn gewisse Richtlinien für städtebauliche und architektonische Gestaltung vorliegen. Es wird jedoch zugleich davor gewarnt — auf Grund der Erfahrungen der zurückliegenden Zeit —, daß dadurch die Initiative und die Großzügigkeit der Projektanten ungünstig beeinflußt werden. Zeidler

Suhl

Gründung einer Betriebsgruppe im VEB Hochbauprojektierung Suhl

Durch die Gründung einer Betriebsgruppe des Bundes Deutscher Architekten im VEB Hochbauprojektierung Suhl ist die gesellschaftliche Arbeit der Bezirksgruppe Suhl erfreulicherweise wesentlich bereichert worden. So beabsichtigt die Betriebsgruppe beispielsweise, laufend Projektierungsbesprechungen durchzuführen. Solch eine Veranstaltung wurde bereits im August vergangenen Jahres durchgeführt, und zwar ein Aussprachezyklus über den Teilbebauungsplan und die Hochbauprojekte des Wohnkomplexzentrums Suhl-Lautenberg, an dem sich die Projektanten vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und des VEB Hochbauprojektierung beteiligten. Dabei wurden die Betriebsberufsschulen, die Polytechnische Oberschule und die Wohnungsbauvorhaben in diesem Gebiet erläutert, kritisiert und besprochen. Eine Besichtigung der im Rohbau fertiggestellten Gebäude schloß sich an, sie gab allen Beteiligten die Möglichkeit, das Gehörte und Gesagte an Ort und Stelle zu überprüfen und wertvolle Anregungen und Erfahrungen für die weitere praktische Entwurfsarbeit zu sammeln. Diese Veranstaltungen fanden bei allen Teilnehmern lebhafte Zustimmung, da nach übereinstimmender Meinung nur durch einen Vergleich des Entwurfs mit seiner baulichen Verwirklichung ein wirklich fruchtbares Diskussionsergebnis erreicht werden kann.

Eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen wird folgen, auf denen die Schulbauten in Roßdorf, Frankenheim, Wasungen, das Kreiskrankenhaus Suhl mit der dazugehörenden Wohnbebauung sowie die Teilbebauungspläne Suhl an der Aue und Sonneberg am Wokenrasen vorgestellt und diskutiert werden sollen. In der letzten Septemberwoche 1960 führte die Bezirksgruppe Suhl ihren ersten gut besuchten Vortragsabend nach der Sommerpause durch. Der Präsident unseres Bundes, Herr Professor Hopp, berichtete in einem Farblichtbildervortrag über seine in Finnland gesammelten Eindrücke. Besonders eindrucksvoll war die Darstellung des finnischen Städtebaus, der seine Grundlagen in der Eigenart der Menschen und der spezifischen Mentalität des finnischen Volkes sucht, der jedoch trotz seiner Besonderheiten nicht über die Bindungen, die ihm die ideologischen und ökonomischen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auferlegen, hinauswachsen kann. Bemerkenswert sind das Spiel mit den Farben am Bauwerk, die vollendete Beherrschung des Materials sowie die liebevolle Behandlung der Details durch die finnischen Berufskollegen.

Die Pflege und Schonung des Bau- und Grünbestandes im Baugebiet ist beispielhaft. Natürlich fehlt es auch nicht an besonderen formalistischen Spielereien, durch die der geschäftstüchtige Architekt in den kapitalistischen Ländern beweisen muß, daß er „up to date" ist; sie spielten jedoch insgesamt gesehen eine untergeordnete Rolle.

Der Vortrag vermittelte einen ausgezeichneten Einblick in das bauliche Geschehen Finnlands und darüber hinaus auch ein buntes Bild der landschaftlichen Reize dieses Landes der Seen und Wälder.

Anschließend saßen wir gemeinsam mit Herrn Professor Hopp und seiner Gattin noch einige Stunden zusammen und diskutierten über Fragen des Baugeschehens in unserer Deutschen Demokratischen Republik und im Ausland, die uns alle äußerst interessierten. Die Fragen des Aufbaus des Zentrums von Berlin und die Möglichkeiten einer Studienreise in die uns befreundeten sozialistischen Länder standen im Mittelpunkt der Diskussion. Darüber hinaus wurden noch viele andere zur Zeit aktuelle Probleme des Städtebaus und der Architektur besprochen. Auch spezielle Fragen der baulichen Entwicklung des Bezirkes Suhl, wie zum Beispiel Probleme des Wohnungsbaus und der städtebaulichen Umgestaltung der Bezirksstadt, wurden rege diskutiert. Insgesamt gesehen war die Zusammenkunft ein erfolgreicher Auftakt zum Veranstaltungsprogramm der Bezirksgruppe im Winterhalbjahr 1960/61.

Angermüller

Rechtsspiegel

Vorplanung und Investitionsprojekt bei Wohnungsneubauten

Die grundlegenden Bestimmungen für die Ausarbeitung der Vorplanung und des Investitionsprojektes sind in der Anordnung Nr. 1 vom 15. Dezember 1958 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes — Grundsätzliche Bestimmungen[1] — sowie in der Anordnung Nr. 6 vom 14. März 1959 — Aufgabenstellung, Vorplanung und Investitionsprojekt[2] — enthalten. Die Anordnung vom 28. Mai 1960 über die Vorbereitung, Planung und Durchführung des Wohnungsbaus — Plan der Erweiterung des Wohnungsbestandes[3] — konkretisiert und ergänzt diese Regelung in bezug auf den Wohnungsneubau. Auf ihrer Grundlage ist die Anordnung vom 2. Juni 1960 über die methodischen Grundsätze für die Vorbereitung, Planung und Durchführung des Wohnungsbaus — Plan der Erweiterung des Wohnungsbestandes[4] — ergangen. Die Anordnung vom 27. Juli 1960 schließlich über die Finanzierung von Vorplanungen und Investitionsprojekten[5] enthält die hierzu erforderlichen Bestimmungen des Ministers der Finanzen.

Eine Verpflichtung zur Ausarbeitung einer Vorplanung besteht für alle Bau- und Wohnkomplexe mit über 250 Wohnungseinheiten. Für die der Vorplanung zugrunde zu legende volkswirtschaftliche Aufgabenstellung[6] sind die Räte der Kreise und Städte verantwortlich. Ein technologischer Teil der Vorplanung entfällt im Wohnungsbau. Die Vorplanung besteht hier lediglich aus dem ökonomischen und aus dem bautechnischen Teil. Darin werden die ökonomischen, städtebaulichen, konstruktiven und bautechnischen Belange des Vorhabens zu einer Grundkonzeption vereinigt. Es ist zulässig, Wohnkomplexe in Teilvorhaben zu zerlegen[7]; Voraussetzung ist dabei, daß ihre Unterteilung unter Beachtung der Erfordernisse der kontinuierlichen Serienfertigung erfolgt. Im einzelnen sind für die Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung und des ökonomischen Teiles der Vorplanung die besonderen Bestimmungen der Abteilung Bauwesen der Staatlichen Plankommission und für die Ausarbeitung des bautechnischen Teiles diejenigen des Ministeriums für Bauwesen maßgebend.

In die Vorplanung sind die unmittelbaren Folgeinvestitionen des Wohnungsbaus einzubeziehen. Sie sind Mitinhalt des komplexen Planes der Erweiterung des Wohnungsbestandes. Zu diesen Folgeinvestitionen gehören die unmittelbaren Aufschließungsmaßnahmen und die sonstigen Versorgungseinrichtungen, die innerhalb der Bau- und Wohnkomplexe, jedoch außerhalb der Wohngebäude liegen. Die ersteren umfassen innerhalb von staatlichen und genossenschaftlichen Bau- und Wohnkomplexen die Anschlußleitungen für Gas, Energie, Wasserversorgung und Fernheizung bis zur Verbrauchsleitung und für Entwässerung bis zu der der Hauptleitung zugekehrten Außenseite des Kontrollschachtes. Bei Eigenheimen einschließlich der LPG-Hauswirtschaften umfassen sie nur die Maßnahmen bis zur Grundstücksgrenze. Zu den unmittelbaren Aufschließungsmaßnahmen gehören ferner die Anlage von Gruppenwasserversorgungs- und Gruppenkläranlagen, für die das Kreisbauamt Planträger ist, und der Bau der kommunalen Straßen, die Einrichtung ihrer Beleuchtung sowie die Grünflächenanlage innerhalb der Komplexe. Sonstige unmittelbare Versorgungseinrichtungen, auf die sich die Vorplanung erstreckt, sind solche, die, wie beispielsweise Verkaufsstellen oder Klubgaststätten, für den täglichen und häufigen Bedarf der Bevölkerung bestimmt sind. Hierzu gehören auch Schulen, Kinderhorte, Kindergärten und Krippen, Ambulatorien, staatliche ärztliche Praxen, Kulturräume sowie Dienstleistungseinrichtungen. Die außerhalb der Bau- und Wohnkomplexe anfallenden Maßnahmen zur technischen Versorgung, wie die Einrichtung neuer oder die Erweiterung bestehender Wasserwerke oder des Versorgungsnetzes oder der Verkehrsanschlüsse, sind mittelbare Folgeinvestitionen. Sie werden im Plan der Erweiterung des Wohnungsbestandes nicht erfaßt und sind von den jeweils zuständigen Fachabteilungen gesondert zu planen. Maßgebend ist hierfür die Anordnung Nr. 4 vom 14. Februar 1959 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes — Folgeinvestitionen[8], die entgegen ihrem Wortlaut (Paragraph 1, Absatz 2) nach ausdrücklicher Vorschrift des Paragraphen 4, Absatz 2, der Anordnung vom 28. Mai 1960 über die Vorbereitung, Planung und Durchführung des Wohnungsbaus[3] auf die Planung der Folgeinvestitionen im Wohnungsbau Anwendung findet.

Auch für die unmittelbaren Folgeinvestitionen bleibt die Verantwortung der fachlich zuständigen Planträger in vollem Umfange bestehen. Sie haben die unmittelbaren Folgeinvestitionen des Wohnungsbaus auf den Bebauungs- und Teilbebauungsplänen zu bestätigen. Die Bestätigung des ökonomischen Teiles der Vorplanung erfolgt durch die Räte der Bezirke. Soweit es sich um Komplexe mit nicht mehr als 800 Wohnungseinheiten an einem Standort handelt, sind die Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke für die Bestätigung zuständig. Bei Wohnkomplexen — das sind in der Regel über 800 an einem Standort zusammengefaßte Wohnungseinheiten, die mit Schule, Kinder- und Versor-

gungseinrichtungen für den Bevölkerungsbedarf eine komplexe Einheit bilden — wird die gesamte Vorplanung durch die Räte der Bezirke begutachtet. Nach Bestätigung des ökonomischen Teiles wird die Vorplanung wie jede andere durch die Planträger, das heißt hier durch die Räte der Kreise (Stadtkreise), für verbindlich erklärt[9]. Auch das auf der Grundlage der Vorplanung auszuarbeitende Investitionsprojekt für Wohnungsneubauten umfaßt das gesamte Vorhaben oder in der Vorplanung bestätigte Teilvorhaben unter Einschluß seiner unmittelbaren Folgeinvestitionen. Die Aufträge für die Ausarbeitung von Investitionsprojekten für den volkseigenen Neubau werden durch die Investitionsträger erteilt. Die Räte der Bezirke und Kreise sollen durch Beschlüsse sicherstellen, daß für den Bau von Wohnkomplexen einschließlich der unmittelbaren Folgeinvestitionen Aufbauleitungen als Investitionsträger eingesetzt werden.

Diese Aufbauleitungen sind den Bauämtern zu unterstellen und tragen die Verantwortung für die termingerechte Fertigstellung der Produktionsserien einschließlich der festgelegten unmittelbaren Folgeinvestitionen. So ist beispielsweise in Berlin die Aufbauleitung „Stadtzentrum Berlin" Investitionsträger für alle im Stadtzentrum von Groß-Berlin anfallenden Investitionsvorhaben, die sie in Vereinbarung mit den Planträgern als Generalinvestitionsträger verantwortlich durchführt[10]. Die Projektierungsaufträge für den genossenschaftlichen Wohnungsbau werden durch die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften sowie die umgebildeten gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften als Lizenzträger erteilt. Die Vergabe der Ausarbeitung der Investitionsprojekte für die unmittelbaren Folgeinvestitionen, auch des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, erfolgt, soweit nicht Aufbauleitungen als Investitionsträger in Betracht kommen, durch die sonst zuständigen Investitionsträger.

Das Investitionsprojekt besteht nach der Anordnung Nr. 1 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes[1] grundsätzlich aus dem Grundprojekt und den Ausführungsunterlagen. Nunmehr können bei Einzelbebauung und bei Baukomplexen bis zu 250 Wohnungseinheiten Grundprojekte und Ausführungsunterlagen zusammengefaßt werden. Darüber hinaus verbleibt es jedoch bei der begrifflichen Zweiteilung.

Auch das Grundprojekt besteht aus zwei Teilen. Der ökonomische Teil des Grundprojektes enthält bei Wohnungsneubauten, für die eine Vorplanung ausgearbeitet wurde, lediglich den Nachweis der Kennziffern, die als Ergebnis des Bestätigungsverfahrens für den ökonomischen Teil der Vorplanung im Bestätigungsprotokoll festgelegt worden sind. Entfällt die Notwendigkeit einer Ausarbeitung der Vorplanung, so sind im ökonomischen Teil des Grundprojektes die Investitionskennziffern auszuweisen. Im bautechnischen Teil des Grundprojektes ist bei den nach Typen zu errichtenden Gebäuden nur die Typenbezeichnung anzugeben. Zu den Ausführungsunterlagen gehören die örtliche Anpassung der Typenprojekte des Wohnungsbaus an die Standortverhältnisse sowie die bautechnologischen Arbeitsprojekte bei industriellen Bauweisen. Im übrigen verbleibt es bei den allgemeinen Bestimmungen, wie sie in den Paragraphen 12 ff. der Anordnung Nr. 1[3] sowie in den Paragraphen 9 ff. der Anordnung Nr. 6[2] enthalten sind. Das gilt auch für die Bestätigung der Grundprojekte, die durch die Planträger zu erfolgen hat.

Die finanziellen Mittel für die Ausarbeitung der Vorplanung des Wohnungsbaus einschließlich seiner unmittelbaren Folgeinvestitionen, für die Ausarbeitung der Investitionsprojekte im volkseigenen Sektor des Wohnungsbaus und für die Ausarbeitung der Investitionsprojekte der unmittelbaren Folgeinvestitionen im volkseigenen wie im genossenschaftlichen Sektor werden durch den örtlich zuständigen Haushalt bereitgestellt. Die Finanzierung selbst einschließlich der Finanzkontrolle wird von der Deutschen Investitionsbank auf die Sparkassen übergeleitet, bei denen entsprechende Sonderbankkonten eingerichtet werden. Die Projektierung für den genossenschaftlichen Wohnungsbau (nicht für die unmittelbaren Folgeinvestitionen) erfolgt aus den dafür vorgesehenen Krediten, ebenfalls über die Sparkassen, sowie aus Eigenmitteln. Für die genossenschaftlichen Investitionsprojekte entfällt die Einrichtung von Sonderkonten.

Brandschutz in Wohnstätten

Auf dem Gebiet der Wohnraumgesetzgebung bedarf die Brandschutzanordnung Nr. 4 — Wohnstätten — vom 21. Juli 1960[11] der besonderen Erwähnung. Sie gilt für alle Wohnstätten und Wohnhäuser und enthält unter anderem wichtige Vorschriften über häusliche Feuerstätten und über Wohnhausböden. So dürfen bei häuslichen Feuerstätten aus Stein oder Kacheln ebenso wie bei Gasfeuerstätten, von Küchenherden abgesehen, im Umkreis von 250 mm und bei eisernen Feuerstätten im Umkreis von mindestens 500 mm keine brennbaren Stoffe und Gegenstände, wie Schränke, Stühle, Holz und Kohlen, vorhanden sein. Werden die Abstände nicht eingehalten, dürfen die Feuerstätten nicht beheizt werden. Das gilt nicht für bereits vorhandene Ofenbänke aus Hartholz an Kachelöfen. Küchenherde müssen von anderen Einrichtungsgegenständen, gemessen von der Abstellplatte, mindestens 10 mm Abstand haben. Sind keine Abstellplatten vorhanden, muß ein Abstand von mindestens 80 mm eingehalten werden. In Wohnstätten mit Holzfußboden oder brennbaren Belägen sind vor den Feuerungs- oder Ascheöffnungen der Öfen und Herde Ofenbleche anzubringen. Ausgenommen sind solche Feuerstätten, die entsprechend Paragraph 66 der Anlage 4 zur Deutschen Bauordnung[12] auf 50 mm dicken Betonplatten, Kacheln, Fliesen oder Steinen in mindestens 50 mm Dicke unter Wahrung der dort vorgeschriebenen Überstände aufgestellt sind. Das Trocknen oder Lagern von Holz oder anderen brennbaren Stoffen auf, an, über oder unter Öfen oder in den Herd- oder Ofenröhren und das Trocknen an Rauchabzugsrohren ist untersagt. Böden müssen von leicht brennbaren Stoffen (Heu, Stroh, Papier, Reisig) freigehalten werden. Brennmaterial darf nur in ganz beschränktem Umfange und nur in Ausnahmefällen dort aufbewahrt werden. In jedem Falle muß der Abstand solcher Stoffe von Schornsteinen, die nicht 1/4 Stein dick ummauert sind, mindestens 100 mm betragen; auch müssen die Schornsteine ständig zugänglich sein. Verantwortlich für die Beseitigung baulicher Mängel, die den brandschutztechnischen Sicherheitsbestimmungen widersprechen, ist der Hauseigentümer oder sein gesetzlicher Vertreter, bei volkseigenen Wohnstätten der Leiter der verwaltenden Dienststelle und bei Wohnungsbaugenossenschaften deren Vorsitzender. Andere Mängel sind durch den Mieter oder sonstigen Nutzer zu beseitigen. Zuwiderhandlungen gegen die Brandschutzanordnung werden nach Paragraph 11, Absatz 1, Buchstabe i, des Brandschutzgesetzes vom 18. Januar 1956[13] mit Haft oder Geldstrafe, in schweren Fällen mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit einer dieser Strafen geahndet. Für Berlin siehe die Übernahmeanordnung vom 1. September 1960[14].

Dr. Linkhorst

[1] GBl.-Sonderdruck Nr. 294, für Berlin übernommen mit Anordnung vom 25. Februar 1959 (VOBl. I, S. 180)
[2] GBl.-Sonderdruck Nr. 298
[3] GBl.-Sonderdruck Nr. 277b, S. 133
[4] GBl.-Sonderdruck Nr. 277b, S. 85
[5] GBl. II, S. 277
[6] Siehe Anordnung Nr. 6 vom 14. März 1959 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes — Aufgabenstellung, Vorplanung und Investitionsprojekt — (GBl.-Sonderdruck Nr. 298), für Berlin übernommen mit Anordnung vom 25. Mai 1959 (VOBl. I, S. 389)
[7] Vergleiche dazu Paragraph 9, Absatz 4, der Anordnung Nr. 1 vom 15. Dezember 1958 (GBl.-Sonderdruck Nr. 294)
[8] GBl.-Sonderdruck Nr. 296, S. 15
[9] Paragraph 11, Absatz 3, der in Anmerkung 1 genannten Anordnung Nr. 1
[10] Siehe Statut der Aufbauleitung Stadtzentrum Berlin vom 8. April 1960 (VOBl. I, S. 303)
[11] GBl. I, S. 438. Nach Paragraph 12 der Brandschutzverordnung des Magistrats von Groß-Berlin vom 12. April 1956 (VOBl. I, S. 297) auch für Groß-Berlin gültig
[12] GBl.-Sonderdruck Nr. 287
[13] GBl. I, S. 110
[14] VOBl. I, S. 627

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Antennen



Bad Blankenburg/Thür. W.,
VEB Fernmeldewerk
UKW-, Fernseh-, Auto-Antennen, Antennen-Verstärker
Gemeinschaftsantennen-verstärker für 4, 15 und 50 Teilnehmer.
Installationsmaterial für Gemeinschaftsanlagen,
Antennen-Installationsmaterial,
Selen-Trockengleichrichter,
Empfangskonverter, Band IV

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29 Tel. 3 23 82

Aufzugs- und Maschinenbau



Leipzig, VEB Schwermaschinenbau, S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59
Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kranken- und Kleinlastenaufzüge

Bauglas



Gräfenroda/Tür.,
VEB Glaswerk,
Tel. 3 20 Gräfenroda
Glasdachziegel,
Prismenplatten,
Glasbausteine,
Normalformat hohlgepreßt



Hosena/Lausitz, VEB Glaswerk
Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Bautenschutz

Zerlith

Arnstadt/Thür.,
Heinrich Boll & Sohn,
Chemische Fabrik
Teer- und Bitumen-Erzeugnisse für Hoch-, Tief- und Spezialbau sowie Hygienebauten nach AIB, TGL und DIN

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Bautenschutzmittel



Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Bautenschutzmittel
Korrosionsschutz
Technische Beratung kostenlos

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik Paul Weiland KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27, Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbeton



Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Mörteldichtungs- und Schnellbindemittel
Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk, KG,
Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Dresden N 6, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co.,
Bautzener Straße 17, Telefon 5 33 23
Estrichfußböden, Spachtelbeläge, Poren-Gips-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche,
PVA-Plattenbeläge,



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk,
Blankenburger Straße 85/89,
Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG,
Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau,
Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche,
PVC- und Spachtelbeläge, Industriefußböden,
Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden.
Beratung durch das Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael,
Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk
Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG,
Arbeitsplatzleuchten,
Telefon-Scherenschwenkarme,
Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dachklebemasse

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bez. Leipzig,
FRAENKEL, BERGEMANN & CO.,
Fernruf 3 48
Projektierung und Ausführung von Hoch- und Niederdruck-Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsstrick



Gotha/Thür., VEB Weiß- und Teerstrickfabrik, Teerstrick und Weißstrick i. all. gew. Ausführ. jederzeit greifbare Standard-Maße
6fach 1/8 etwa 25 mm ø
8fach 1/4 etwa 20 mm ø
1fach 1/8 etwa 10 mm ø
1fach 1/4 etwa 8 mm ø
Liefer. üb. VEB Baustoffvers. od.
Wiratex Exportges., Berlin C 2, Rosenstr. 15

Estriche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk,
Blankenburger Straße 85/89,
Tel. 48 55 87 und 48 38 23

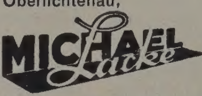
Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31,
Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke



Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Silikatfarben Grünau
Wetterfeste Fassadenanstriche
Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau,



chem.-techn. Werke
Böhme & Michael
Lack- und Farbenfabrik,
Oberlichtenau,
Bez. Karl-Marx-Stadt,

bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Fensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald,
Joseph Erbe, KG,
Striegelfabrik, gegr. 1796,
Dreh-Kipp-Fensterbeschlag
— die ideale Belüftung —

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton,
W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18
Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), VEB Fotokinoverlag Halle,
Mühlweg 19

Fußbodenpflegemittel



Lutherstadt Wittenberg,
Rothemarkt 7 - 9
Wittol — Bohnerwachs
Wittol — Hartwachs
Wittol — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge

Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 7 31
Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen,
Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen



Friedrichroda/Thür.,
Ewald Friederichs,
Verdunkelungsanlagen,
Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11,
Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Großkochanlagen



Elsterberg, VEB Wärmegerätewerk, Telefon 2 14 — 2 16 Großkochanlagen, Kohlebadeöfen, Öfen und Herde für feste Brennstoffe

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik



Altenburg, Bez. Leipzig, Walter Pallmann, KG, Heizungsbau, Rohrleitungsbau, Be- und Entlüftungsanlagen

Leipzig, VEB Montagewerk, Leipzig C 1, Bitterfelder Straße 19, Ruf 5 07 57

Werk II

Dresden, VEB Montagewerk Leipzig, Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50

Werk III

Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3, Ruf 40 667

Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs-, Rohrleitungs- und Chemieanlagen, Be- und Entwässerungen, Gas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Heizungsbau

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden



Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau Betonhaft Grünau eine Kunststoffdispersion und dient als Zusatz zu Mörtel und Beton Technische Beratung kostenlos

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel. Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 51049

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolieranstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Isolierungen



Hermsdorf/Thür., W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk
Alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Installationstechnik



Halle (Saale), VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.

Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk

Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstraße 29, Tel. 3 23 82

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co., KG mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. **Für Bahnenbelag** (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. **Für Kacheln und Wandplatten** Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. **Für Parkett-Verklebung** Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren



Floh/Thür., Wilhelm Weisheit, KG, Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik, Tel.: Schmalkalden 4 79 (24 79)

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30 Kurt Todt, echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon: Muskau 84

Wurzen/Sa., Sächsische Broncewarenfabrik Neidhardt & Zimmermann, KG, Kunstschmiede- und Schlosserarbeiten für Innen- und Außenarchitektur, Beleuchtungskörper, Laternen, Gitter
Badergraben 16, Tel.: Wurzen 2703

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Ladenbau



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Vitrinen und Preisständer, Konfektionsständer, Garderobenständer, Preisschienen, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 4 08/4 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 4 73

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 17 30

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Lufttechnische Anlagen

Leipzig, Marcus Helmbrecht & Co., lufttechn. Anlagen für alle Industriebauten, O27, Glafeystr. 19, Ruf 63060

Markisen



Elsterwerda/Sa., Gebr. Heinrich, Markisen aller Art Gegründet 1900



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb. Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör, — Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Möbelspiegel

Weißwasser/OL, Lausitzer Spiegelfabrik Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten sowie farbige Glasscheiben usw.

Naturstein

Rochlitz/Sa., Vereinigte Porphyrbrüche, Werksteinarbeiten, Fassadenverkleidungen in roten geaderten Rochlitzer Porphyr

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Zementit C 10210/C 10693 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Profilglas



Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon 6 57 „Copilit"-Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 5 52 50

Reißzeug



Karl-Marx-Stadt S 8, E. O. Richter & Co., GmbH, Präzisionsreißzeug-Fabrik, Original Richter „Das Präzisions-Reißzeug", Melanchthonstraße 4/8, Telefon 4 02 90 und 4 04 26, Telegr.: Richterwerk

Rolläden



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL, VEB (G), Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 4 08/4 09



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Säurebau



Brandis, Bezirk Leipzig, Säurebau Byczkowski, KG Säurefeste und flüssigkeitsdichte Fußboden- und Behälterauskleidungen für die chemische und metallurgische Industrie. Projektierungen und Beratungen

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schornstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Gera, Louis Fraas & Co., KG mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Staubsauger



Döbeln/Sa., Max Knobloch Nachf., KG, „Emka" Handstaubsauger, neue Ausführung, Type 1000

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Teppiche



Münchenbernsdorf/Thür., VEB Thüringer Teppichfabriken Wir fertigen: Tournay-, Bouclé-Teppiche, Brücken, Läufer und Bettumrandungen




Oelsnitz/Vogtl., VEB Halbmond-Teppiche Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-, Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht



Wurzen/Sa., VEB Wurzner Teppichfabrik Wir liefern Teppiche, Läufer und Bettumrandungen in moderner und orientalischer Musterung. Unsere Spezialität: Läufer und Auslegeware

Turmuhren (Fassadenuhren)



Leipzig C 1, Wiesenstr. 10, Tel. 2 62 30 Bernhard Zachariä, KG, Spezialbetrieb für: Turmuhrwerke m. elektr. Aufzug und Schlagwerken sowie Motorlaufwerke für den Anschluß an Hauptuhren, Zifferblätter in allen Ausführungen mit und ohne Beleuchtung an Fassaden

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Wandfliesen



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51